

Universität Rostock  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Institut für Soziologie und Demographie

## Magisterarbeit

zum Thema

### **Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland und Frankreich – eine Analyse mit dem European Labour Force Survey**

vorgelegt von:	Anne Hornung
geboren am:	12. August 1980
Wohnort:	Doberaner Str. 32, 18057 Rostock
Studiengang:	Englisch: Sprache, Literatur und Kultur (B.A.) Soziologie (M.A.)
Matrikel- Nr.:	201034
Bearbeitungszeitraum:	6 Monate
Erstgutachterin:	Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld
Zweitgutachter:	Prof. Dr. Peter A. Berger

Rostock, 9. Juni 2006 (leicht korrigierte Fassung – Stand Juli 2008)

***Inhaltsverzeichnis***

Tabellenverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	4
Abkürzungsverzeichnis	5
Einleitung	6
I. Theoretischer Teil	9
1 Theoretischer Rahmen	9
1.1 Der mikroökonomische Ansatz	9
1.1.1 Humankapitaltheorie und Neue Haushaltsökonomie	9
1.1.2 Kritik an der Humankapitaltheorie und der Neuen Haushaltsökonomie	14
1.1.3 Die Theorie des dualen Arbeitsmarkts - eine makroökonomische Sichtweise	15
1.1.4 Zusammenfassung	16
1.2 Der wohlfahrtsstaatliche Ansatz	17
1.2.1 Gøsta Esping-Andersens Typologie der Wohlfahrtsregime	18
1.2.2 Kritik an Esping-Andersen und die Typologie der Geschlechterregime nach Ilona Ostner	23
1.2.3 Zusammenfassung	27
1.3 Der kulturell-normative Kontext	28
1.3.1 Birgit Pfau-Effingers These der nationalen Geschlechterarrangements	29
1.3.2 Frauenbilder in Deutschland und Frankreich	32
1.3.3 Einstellungen zur Frauen- und Müttererwerbstätigkeit	39
1.3.4 Zusammenfassung	45
2 Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit	46
2.1 Bildung und Ausbildung	46
2.2 Erwerbsbeteiligung	49
2.3 Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung	55
2.4 Zusammenfassung	60
3 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie	61
3.1 Die Rolle des Wohlfahrtsstaats bei der Strukturierung des Erwerbsverlaufs	61
3.2 Vergleich staatlicher Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie	63
3.3 Exkurs: Kinderbetreuungssysteme	67
3.4 Zusammenfassung	73
4 Ableitung der Hypothesen	75
4.1 Kennziffern der Frauenerwerbstätigkeit	75
4.2 Bildung der Frau	76
4.3 Haushaltskontext	78
4.3.1 Familienstand	78

4.3.2	Bildung und Erwerbstätigkeit des Partners	79
4.3.3	Müttererwerbstätigkeit	80
4.4	Zusammenfassung	82
II. Empirischer Teil		83
5 Datensatz und Methode		83
5.1	Der Datensatz des European Labour Force Survey für Deutschland und Frankreich	83
5.2	Der deutsche Mikrozensus und die französische Enquête Emploi im European Labour Force Survey	84
5.3	Methodisches Vorgehen	87
6 Empirische Analyse ausgewählter Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit		88
6.1 Deskriptive Analyse		88
6.1.1	Beschreibung der abhängigen Variablen	88
6.1.2	Beschreibung der unabhängigen Variablen	91
6.1.3	Vergleich der Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten	99
6.2 Kreuztabellenanalyse		102
6.2.1	Der Einfluss des Alters	102
6.2.2	Ergänzende Indikatoren der Erwerbssituation von Frauen	107
6.2.3	Der Einfluss des höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschlusses	112
6.2.4	Der Einfluss des Familienstandes	115
6.2.5	Der Einfluss des Partners	116
6.2.6	Der Einfluss der Kinder	122
6.2.7	Zusammenfassung	124
6.3 Logitmodell zu den Determinanten der Vollzeitwerbstätigkeit von Frauen		126
6.3.1	Modellbeschreibung	126
6.3.2	Methodische Grundlagen	126
6.3.3	Logitmodell zur Vollzeitwerbstätigkeit von Frauen	129
6.3.4	Zusammenfassung der Ergebnisse der logistischen Regression	146
Fazit und Ausblick		150
Literaturverzeichnis		155
Danksagung		166
Eidesstattliche Versicherung		167
Einverständniserklärung		168

**Tabellenverzeichnis**

Tab. 1:	Überblick der Regimemerkmale nach Esping-Andersen .....	21
Tab. 2:	Bevorzugte Form des Vereinbarens von Familie und Beruf 20- bis 65-jähriger Frauen in West- und Ostdeutschland, 2003 (in %) .....	40
Tab. 3:	Bevorzugte Form des Vereinbarens von Familie und Beruf von Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 1997 (in %).....	44
Tab. 4:	Fallzahlen der verwendeten Datensätze fr2004q1.sav und de2004q2.sav .....	84
Tab. 5:	Überblick der ISCED-1997-Stufen, ihrer Entsprechung in den Fragebögen des Mikrozensus und der Enquête Emploi sowie der zusammengefassten Variable <i>höchster Bildungs- und Ausbildungsabschluss</i> .....	94
Tab. 6:	Verteilung der unabhängigen Variablen in den Datensätzen für Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren .....	97
Tab. 7:	Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten nach verschiedenen statistischen Quellen für 15- bis 64-jährige Männer und Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 sowie Vollzeitäquivalenzquoten, 2003 (in %).....	100
Tab. 8:	Überblick der Erwerbsquoten nach dem ILO-Konzept für Frankreich, West- und Ostdeutschland, Männer und Frauen nach Altersgruppen, 2004 (in %) .....	103
Tab. 9:	Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach Altersgruppen für Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)*** .....	104
Tab. 10:	Dauer der Erwerbslosigkeit für 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %) .....	105
Tab. 11:	Durchschnittliche gewöhnlich geleistete Wochenarbeitszeit der 25-49-jährigen Erwerbstätigen in Frankreich, Deutschland, West- und Ostdeutschland, 2004 (in Stunden).....	107
Tab. 12:	Verteilung der 25-49-jährigen erwerbstätigen Frauen auf die Wirtschaftssektoren in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %) ....	108
Tab. 13:	Gründe für Teilzeiterwerbstätigkeit nach Selbsteinschätzung bei weniger als 30 Wochenstunden, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %) .....	109
Tab. 14:	Verteilung befristeter und unbefristeter Arbeitsverhältnisse nach Art der Beschäftigung für 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %) .....	111
Tab. 15:	Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem Familienstand, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)*** .....	115
Tab. 16:	Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschluss des Partners im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)***..	117
Tab. 17:	Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach der Bildungskonstellation der Partner im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)*** .....	119
Tab. 18:	Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem Alter des jüngsten Kindes im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)*** .....	123
Tab. 19:	Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Frauen in Frankreich, 2004.....	130
Tab. 20:	Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Mütter in Frankreich, 2004.....	134
Tab. 21:	Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Frauen in Westdeutschland, 2004.....	136

Tab. 22: Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Mütter in Westdeutschland, 2004.....	140
Tab. 23: Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Frauen in Ostdeutschland, 2004 .....	142
Tab. 24: Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Mütter in Ostdeutschland, 2004 .....	145
Tab. 25: Logitmodelle „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Mütter in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004.....	146

**Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1: Frauenerwerbsquoten der 15- bis 64-Jährigen in Frankreich und Deutschland, darunter West- und Ostdeutschland, 1950-2004 (in %) .....	50
Abb. 2: Frauenerwerbstätigenquoten in Deutschland und Frankreich nach Altersklassen, 1990-2000 (in %) .....	53
Abb. 3: Erwerbstätigenquoten von Frauen im Alter zwischen 20 und 49 Jahren mit und ohne Kinder nach dem Alter des jüngsten Kindes in Deutschland und Frankreich, 2003 (in %).....	54
Abb. 4: Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen in Deutschland und Frankreich, 1985-2000 (in %) .....	58
Abb. 5: Anteil der Frauen an den Teilzeit erwerbstätigen in Deutschland und Frankreich, 1985-2000 (in %) .....	58
Abb. 6: Anteil der weiblichen Teilzeiterwerbstätigen an den weiblichen Erwerbstätigen in Deutschland und Frankreich, 1985-2000 (in %).....	59
Abb. 7: Anteil der männlichen Teilzeiterwerbstätigen an den männlichen Erwerbstätigen in Deutschland und Frankreich, 1985-2000 (in %).....	59
Abb. 8: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschluss, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, 2004 (in %)*** .....	113
Abb. 9: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschluss, 25-49-jährige Frauen in West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)*** .....	113
Abb. 10: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem Erwerbsstatus des Partners im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, 2004 (in %)*** .....	120
Abb. 11: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem Erwerbsstatus des Partners im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)*** .....	121
Abb. 12: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach der Anzahl der Kinder bis 14 Jahre im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, 2004 (in %)*** .....	122
Abb. 13: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach der Anzahl der Kinder bis 14 Jahre im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)*** .....	122

***Abkürzungsverzeichnis***

Abb. – Abbildung

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

bzw. – beziehungsweise

CASMIN – Comparative Analysis of Social Mobility in Industrial Nations

DDR – Deutsche Demokratische Republik

d.h. – das heißt

et al. – et alia/ und andere

EU – Europäische Union

Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union

i.d.R. – in der Regel

ILO – International Labour Organization

INSEE – Institut national de la statistique et des études économiques

ISCED – International Standard Classification of Education

LFS – Labour Force Survey

OECD – Organization for Economic Cooperation and Development

o.J. – ohne Jahr

o.S. – ohne Seite

Tab. – Tabelle

u.a. – unter anderem

u.ä. – und ähnliche(s)

UNESCO – United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

usw. – und so weiter

vgl. – vergleiche

vs. – versus/ gegenüber

z.B. – zum Beispiel

zit. – zitiert

### *Einleitung*

„Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großem, gesellschaftlichem Maßstab an der Produktion sich beteiligen kann und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maß in Anspruch nimmt.“ (Engels 1970 [1884]: 182)

„Quite frankly, I don't think that mothers have the same right to work as fathers do. If the good Lord had intended us to have equal rights to go out to work, he wouldn't have created men and women. These are biological facts ... We hear a lot today about social work – perhaps the most important social work is motherhood.“ (Patrick Jenkin, späterer britischer Secretary of State for Social Services auf einer Parteitagrede der Konservativen 1977, zit. in: Clarke et al. 2001: 90)

Diese beiden Aussprüche umschreiben so gegensätzlich wie nur möglich das Verständnis von der Beteiligung der Frau am Berufsleben. Während Friedrich Engels die emanzipatorische Wirkung der Erwerbsintegration der Frauen betont, hebt das britische Zitat die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und die Rolle der Frau als Mutter hervor.

Die tatsächliche Situation der Frauen im heutigen Europa bewegt sich auf einem Mittelweg zwischen den beiden Extremen. So ist seit den 1960er Jahren ein allgemeiner Anstieg der Erwerbsbeteiligung der Frauen in Europa zu verzeichnen (Maruani 1995: 37). Bessere berufliche Qualifikationen durch den verstärkten Zugang zu Bildung, die Schaffung neuer Tätigkeitsfelder im expandierenden Dienstleistungssektor, institutionelle Regelungen zur Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und moderne Arbeitsformen wie Teilzeittätigkeit gelten dabei als Ursachen und Begleiterscheinungen der zunehmenden Präsenz von Frauen im Erwerbsleben.

Dennoch gelten für Männer und Frauen weiterhin eklatante Unterschiede in den Erwerbsmustern (Schulze Buschoff 1995: 15f.). Während bei der männlichen Erwerbsbevölkerung die kontinuierliche Vollzeiterwerbstätigkeit als Muster deutlich überwiegt, sind für Frauen zumeist brüchige Erwerbsbiographien und darin unterschiedliche Abfolgen von Erwerbs- oder Nichterwerbstätigkeit, Vollzeit- oder Teilzeittätigkeit und kurz- oder langfristigen Erwerbsunterbrechungen zu beobachten.

Von besonderem Interesse bei der Betrachtung von Frauenerwerbstätigkeit ist häufig der Ländervergleich. In welcher Weise unterscheiden sich die Frauenerwerbsmuster in verschiedenen Staaten? Welche Faktoren haben Einfluss darauf, ob und in welchem Umfang Frauen am Erwerbsleben teilhaben? Solche und ähnliche Fragen sollen in der vorliegenden

Arbeit in Bezug auf die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland und Frankreich beantwortet werden.

Frankreich gilt gemeinhin als mustergültig, wenn es um die Erwerbsintegration von Frauen in Vollzeitarbeitsverhältnissen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht (Reuter 2003b: 583). Daraus abgeleitet wird im Vergleich mit anderen europäischen Staaten von einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen und insbesondere von Müttern ausgegangen. In der Bundesrepublik Deutschland bestimmten hingegen lange Zeit eine unzureichende Kinderbetreuung und die staatliche Förderung des Hausfrauenstatus eine eher zurückhaltende Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen. Zudem bestehen seit der Wiedervereinigung enorme Unterschiede im Erwerbsverhalten der ost- und westdeutschen Frauen (Bothfeld 2004: 142f., 2005: 116f.).

Sind aber solche Typisierungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts überhaupt noch zutreffend oder zeigen sich mittlerweile andere vorherrschende Erwerbsmuster? Wird der französische Wohlfahrtsstaat weiterhin seiner Vorbildfunktion bei der Ermöglichung weiblicher Erwerbstätigkeit gerecht? Und inwiefern ist es noch zeitgemäß, von einer traditionell geringen Erwerbsorientierung westdeutscher Frauen und einem ausgeprägten innerdeutschen Kontrast im Arbeitsmarktverhalten der Frauen auszugehen?

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, anhand der Datenbasis des *European Labour Force Survey* 2004 aktuelle empirische Belege dafür zu erhalten, welche Determinanten die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Frankreich und den beiden Teilen Deutschlands beeinflussen und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede existieren.

Gerade im Hinblick auf den deutsch-französischen Ländervergleich finden sich in der wissenschaftlichen Literatur zahlreiche Publikationen mit thematischem Bezug zur Erwerbstätigkeit von Frauen. Als wichtige Autoren sind u.a. Andrea Becker (2000), Jeanne Fagnani (2002), Silke Reuter (2002, 2003) oder Franz Schultheis (1998) zu nennen. Die vorliegende Arbeit soll auf diese Untersuchungen aufbauend anhand neuester empirischer Daten weiterführende Erkenntnisse liefern. Die theoretischen Vorüberlegungen beleuchten die möglichen ökonomischen Beweggründe der Frauen, erwerbstätig oder nicht erwerbstätig zu sein, die wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen sowie die kulturellen Besonderheiten in den beiden Staaten bzw. drei unterschiedlichen Regionen.

Im ersten Abschnitt der theoretischen Grundlagen (Kapitel 1) wird der mikroökonomische Ansatz in Form der Humankapitaltheorie und der Neuen Haushaltsökonomie erläutert. Dabei steht besonders die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen den Haushaltsmitgliedern nach Gary S. Becker (1993) im Mittelpunkt des Interesses. Der zweite theore-

tische Schwerpunkt befasst sich mit der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung und stellt die Typologien der Wohlfahrtsregime nach Gøsta Esping-Andersen (1990, 1999) und Ilona Ostner (1995a) vor. Anschließend erfolgt nach Darlegung der kulturell-normativen Forschungsperspektive Birgit Pfau-Effingers (2000) der Übergang zum Ländervergleich, indem die in Deutschland und Frankreich vorherrschenden Frauenbilder und Einstellungen zur Frauen- bzw. Müttererwerbstätigkeit nachvollzogen werden.

Kapitel 2 stellt daraufhin die Entwicklungen der Frauenerwerbstätigkeit in Frankreich, West- und Ostdeutschland seit dem Zweiten Weltkrieg gegenüber. Von Bedeutung sind dabei der Bereich Bildung und Ausbildung, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung und die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung. Die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird im dritten Kapitel diskutiert. Zum einen wird die Rolle des Wohlfahrtsstaates bei der Strukturierung des Erwerbsverlaufes erörtert und zum anderen die staatlichen Maßnahmen der deutschen und französischen Familien- und Sozialpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Kinderbetreuungssysteme besprochen.

Kapitel 4 widmet sich der Ableitung der Forschungshypothesen für die empirische Untersuchung. In Vorbereitung auf die empirische Analyse werden in Kapitel 5 Datensatz und Methode vorgestellt. Im Anschluss daran erfolgt die Darstellung und Interpretation der Ergebnisse der Berechnungen mit dem *European Labour Force Survey* 2004. Dabei schließt sich an die Beschreibung der abhängigen und unabhängigen Variablen zunächst ein Vergleich der Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten mehrerer statistischer Quellen an. In der Kreuztabellenanalyse wird sodann der Einfluss mehrerer Kovariaten auf die Erwerbsbeteiligung der französischen, west- und ostdeutschen Frauen untersucht. Abschließend werden die Resultate einer logistischen Regression zu den Determinanten der Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen präsentiert. Die Schlussbetrachtung fasst am Ende die Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit noch einmal zusammen.

## **I. Theoretischer Teil**

### ***1 Theoretischer Rahmen***

#### **1.1 Der mikroökonomische Ansatz**

In ökonomischen Theorien, insbesondere in der klassischen ökonomischen Theorie, wird der Schwerpunkt der Analyse zumeist auf die Wechselwirkungen zwischen dem Markt und dem Individuum gelegt. Betrachtet man die marktförmige Arbeit, gehen die Untersuchungen vor allem von der reinen Angebots- und Nachfragekonstellation aus. In der neueren ökonomischen Sichtweise treten das Individuum und dessen Humankapital sowie in der haushaltsökonomischen Theorie der Haushalt, seine Mitglieder und deren Humankapital in den Mittelpunkt der Analyse von Arbeitsmarktbeteiligungen.

##### **1.1.1 Humankapitaltheorie und Neue Haushaltsökonomie**

Als wichtigster Vertreter der Humankapitaltheorie und der Neuen Haushaltsökonomie gilt der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Gary S. Becker. Eine Neuorientierung der klassischen ökonomischen Theorie in Form der *new home economics* erachtete er als notwendig, um sich mit weiterreichenden Themen wie dem Heirats- und Geburtenverhalten, Ehescheidungen oder der Arbeitsteilung in Haushalten theoretisch beschäftigen zu können. Ihren Anfangspunkt nimmt die theoretische Auseinandersetzung mit diesen nicht nur an den reinen Marktbeziehungen orientierten Phänomenen im Rational-Choice-Ansatz der Chicagoer Schule. Es wird davon ausgegangen, dass das Individuum sein Handeln rational gemäß aller ihm vorliegenden Informationen und entlang stabiler Präferenzen gestaltet und dabei nach Nutzenmaximierung strebt (Becker 1993: ix).

##### ***Die Humankapitaltheorie***

Die Humankapitaltheorie konzentriert sich zunächst auf die Nutzenmaximierung eines Individuums. Der Mensch ist im Laufe seines Lebens fortwährend damit beschäftigt, in seine Ressourcen zu investieren oder mit ihrer Hilfe zu produzieren, um dann zu konsumieren. Das sogenannte Humankapital ist „das Resultat jener Aktivitäten, die das gegenwärtige und zukünftige monetäre und nichtmonetäre ‚Einkommen‘ durch Vermehrung und Verbesserung der ‚menschlichen Ressourcen‘ erhöhen“ (Krüsselberg 1987: 178). Jede Investition des Individuums in seine Arbeitskraft führt also zur Steigerung seines

Humankapitals. Theodore W. Schultz (Schultz 1971: 36) benennt fünf Gruppen solcher Investitionen: die Investition (1) in Gesundheit, (2) in Berufserfahrung, (3) in die formale (Aus-)Bildung, (4) in Fort- und Erwachsenenbildung und (5) in „regionale und sektorale Mobilität von Individuen und Familien zum Zwecke der Anpassung an veränderte Arbeitsmöglichkeiten“ (Krüsselberg 1987: 178).

Im Sinne des Humankapitalansatzes handeln Frauen dann rational, wenn sie bei der Investition in ihr Humankapital bedenken, wie wahrscheinlich Erwerbsunterbrechungen aus familiären Gründen für sie sind. Während langer Ausbildungszeiten können sie kein Einkommen verdienen, und folgt bald nach der Ausbildung eine familiär bedingte Erwerbspause, ist ihnen nach ökonomischen Gesichtspunkten Einkommen entgangen. Die Frauen müssen in ihre Handlungsentscheidungen auch einbeziehen, dass ihr berufsspezifisches Wissen im Falle einer länger währenden Erwerbsunterbrechung veraltet bzw. nicht zunehmen kann. Zudem fällt in dieser Zeit das Einkommen meist geringer aus als bei Berufstätigkeit. Es ist demzufolge für eine Frau (mit Kinderwunsch bzw. hoher Familienorientierung) langfristig gesehen rational, wenn sie das sogenannte entgangene Einkommen und eine Entwertung des Berufswissens möglichst gering hält (Buchmann o.J.: 28).

### ***Die Neue Haushaltsökonomie***

Die Neue Haushaltsökonomie weitet den Humankapitalansatz auf die Haushaltsebene aus. Ebenso wie Individuen werden die einzelnen Haushaltsmitglieder als rationale Akteure angesehen, deren Ziel es ist, durch ihr Handeln den Nutzen des gesamten Haushalts zu maximieren. Außerdem geht eine weitere Grundannahme, die Theorie der Zeitallokation, davon aus, dass der Faktor *Zeit* in die Nutzenfunktionen einzubeziehen ist und dass sich die Produktivität einer Tätigkeit erhöht, je mehr Zeit ihr gewidmet wird (Rees 1992: 23).

In der klassischen ökonomischen Theorie wurden Haushalte als reine Konsumeinheiten wahrgenommen. In der Neuen Haushaltsökonomie treten sie jedoch zugleich als Konsumenten und Produzenten auf (Becker 1965: 516, Ott 1998: 66). Bei der Haushaltsproduktion entstehen durch den Einsatz von auf dem Markt erzielten Gütern und der den Haushaltsmitgliedern zur Verfügung stehenden *Zeit commodities*. Dabei handelt es sich sowohl um materielle Güter wie Geld oder Konsumwaren als auch um immaterielle Güter wie individuelle Fähigkeiten, Gesundheit, Selbstwertgefühl usw., welche zusammengekommen für den Nutzen des Haushalts von Bedeutung sind (Becker 1993: 20, 23f.). Um

all diese *commodities* bereitzustellen, muss der Haushalt die entsprechenden Markt- und Zeitpreise berücksichtigen (Krüselberg 1987: 174).

Die Verteilung der Markt- und Zeitinvestitionen der einzelnen Haushaltsmitglieder wird in Beckers Ansatz der ökonomischen Logik folgend in ein Konzept zur Aufgabenteilung innerhalb von Haushalten umgesetzt. Es wird davon ausgegangen, dass durch die Spezialisierung der Haushaltsmitglieder auf Markt- bzw. Haushaltsarbeit und die richtige Zeitaufteilung eine optimale Nutzenfunktion erreicht werden kann. Diejenigen Haushaltsmitglieder, welche auf dem Markt effizienter sind, wenden zu größeren Teilen ihr Humankapital und ihre Zeit für marktförmige Arbeit auf, während diejenigen Personen, welche auf dem Markt einen geringeren Nutzen für den Haushalt erwirtschaften würden, die nötigen Haushaltstätigkeiten erledigen (Becker 1965: 512).

Für die Beurteilung, wessen Humankapital und Zeit in welchem Bereich eingesetzt werden sollte, ist das Konzept der Opportunitätskosten richtungsweisend. Unter Opportunitätskosten versteht man diejenigen Kosten, welche durch die Wahl einer anderen als der (ökonomisch) besten Handlungsmöglichkeit entstehen (Joshi 1998: 162). In Bezug auf die Frauenerwerbstätigkeit bedeutet dies beispielsweise, dass für Frauen Opportunitätskosten entstehen, wenn sie ihren Beruf für die Ausübung von Haushaltstätigkeiten aufgeben oder in Teilzeit arbeiten. Es gehen ihnen nämlich Einkommen verloren, die sie bei Vollzeiterwerbstätigkeit erzielt hätten.

Beckers Konzept der Spezialisierung im Haushalt (Becker 1965: 31ff.) geht zunächst davon aus, dass die Haushaltsmitglieder an sich identisch sind. Bestimmte Unterschiede in ihren Fähigkeiten ergeben sich erst aus unterschiedlichen Erfahrungen und Investitionen in das Humankapital. Dadurch, dass das Humankapital der Haushaltsmitglieder verschieden ist, haben ihre Arbeitsstunden einen unterschiedlich hohen Produktivitätswert, d.h. die (Haushalts- oder Markt-)Zeit einiger Mitglieder ist produktiver als die der anderen.

Rein theoretisch ist es möglich, dass alle Haushaltsmitglieder über das gleiche Humankapital verfügen und sich somit sowohl auf dem Markt als auch im Haushalt betätigen könnten. Doch die Nutzenmaximierung erfordert es, dass nicht mehr als eine Person ihre Zeit und ihr Kapital sowohl im Markt- als auch im Haushaltssektor aufwendet. Alle anderen Personen müssen sich entsprechend ihrer Fähigkeiten, Erfahrungen und bisherigen Investitionen in das Humankapital entweder für den Markt oder für den Haushalt spezialisieren. Das heißt, dass sie nur in einem der beiden Bereiche tätig sind und daraus folgt auch, dass sie in Zukunft die Investitionen in ihr Humankapital je nach Markt- oder Haushaltsarbeit ausrichten. Im Sinne der Nutzenmaximierung ist es für einen Haushalt

nicht lohnend, dass sich zwei oder mehr Personen die Tätigkeiten auf dem Markt und im Haushalt gleichwertig/egalitär aufteilen. Es wird davon ausgegangen, dass es am zweckmäßigsten ist, wenn sich eine Person entweder ganz auf die Arbeit im Haushalt konzentriert bzw. ihre Zeit zwischen der Markt- und Haushaltsarbeit aufteilt und die übrigen Personen ausschließlich im Marktsektor tätig sind.

Gary Beckers Schlüsse zur Aufgabenverteilung in Haushalten betrachten zwar die einzelnen Haushaltsmitglieder zunächst neutral und als „intrinsisch identisch“ (Becker 1993: 32), doch in der konkreten Anwendung ist zumeist von Ehepaaren, also Männern und Frauen, die Rede. Den Frauen kommt aus biologischer Sicht eine besondere Funktion zu.

„Women not only have a biological commitment to the production and feeding of children, but they are biologically committed to the care of children in other, more subtle ways. Moreover, women have been willing to spend much time and energy caring for their children because they want their heavy biological investment in production to be worthwhile.“ (Becker 1993: 37f.)

Demgegenüber sind Männer von ihren biologischen Anlagen her weniger mit der Betreuung von Kindern betraut und verwenden ihre Zeit und Energie eher auf die Bereitstellung von Nahrung, Kleidung, Schutz und andere Marktaktivitäten (Becker 1993: 38).

Aus den biologischen Unterschieden zwischen Frauen und Männern leitet Becker ab, dass neben dem unterschiedlichen Humankapital der Individuen das Geschlecht eine bessere oder schlechtere Eignung für Haushalts- oder Marktaktivitäten bestimmt. Bei gleichem Humankapital ist eine Stunde Haushalts- bzw. Marktzeit einer Frau nicht gleichwertig mit der eines Mannes (Becker 1993: 38). Sobald Frauen in einem Haushalt mehr haushalts- als marktrelevantes Humankapital besitzen (bzw. mehr haushaltsrelevantes Humankapital als andere Haushaltmitglieder), ist es für den Haushalt nutzensteigernd, wenn die Aufgabenverteilung geschlechtsspezifisch erfolgt. Das bedeutet, dass Frauen ihre Zeit hauptsächlich für Haushaltstätigkeiten und Männer ihre Zeit vor allem für Marktaktivitäten aufwenden. Einpersonenhaushalte wirtschaften gegenüber Mehrpersonenhaushalten weniger effizient, da sie nicht von dieser Arbeitsteilung profitieren können (Becker 1993: 31).

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verlangt, dass die Investitionen in das Humankapital von Männern und Frauen entsprechend ihrer Aufgabenbereiche getätigt werden. So investieren Männer, weil sie die meiste Zeit auf dem Markt tätig sind, vorrangig in Kapital, welches ihre Markteffizienz steigert, und Frauen erhöhen ihr haushaltsrelevantes Kapital, da sie in diesem Bereich die meiste Zeit verbringen. Becker räumt ein, dass durch diese Spezialisierung von Männern und Frauen die biologisch begründete Arbeitsteilung

verstärkt und gleichzeitig unklarer wird, inwieweit biologische oder aber Umweltfaktoren eigentlich die Aufgabenverteilung beeinflussen (Becker 1993: 39).

Anders als im einfachen Humankapitalansatz ist in der Neuen Haushaltsökonomie für die Erwerbstätigkeit einer Frau ihr Haushaltskontext relevant. Lebt sie mit einem Mann in einem Haushalt zusammen, müssen beide im Sinne der Nutzenmaximierung abwägen, wie sie ihre Markt- und Haushaltszeiten effizient aufteilen. Besitzt die Frau ein geringeres marktrelevantes Humankapital als der Mann, erzielt der Mann aus der marktförmigen Arbeit einen größeren Ertrag. In diesem Fall würden nach ökonomisch rationalen Gesichtspunkten der Mann die Markt- und die Frau die Haushaltsarbeit erledigen.

Sind die Frau und der Mann für Tätigkeiten auf dem Markt mit gleichem Humankapital ausgestattet, so entscheiden sie sich für die gleiche Aufgabenteilung, da die Frau aufgrund ihrer biologischen Anlagen besser für die Kinderbetreuung und Haushaltstätigkeiten geeignet ist (Becker 1993: 39). Traditionelle Rollenmuster, die geschlechtsspezifische Sozialisation von Kindern, die Teilung des Arbeitsmarktes in typische Männer- und Frauenberufe und damit einhergehend die häufig geringeren Löhne für Frauen unterstützen diese Aufgabenteilung.

Die zu erwartende Arbeitsteilung für den Fall, dass die Frau einen höheren Marktertrag als der Mann erwirtschaftet, wird bei Becker nicht näher aufgeführt. Aus neueren empirischen Studien ist zu entnehmen, dass Frauen mit hoher Bildung und hoher beruflicher Stellung häufig erwerbstätig sind (Klein/ Lauterbach 1994: 279). Paare mit zwei hohen Einkommen können es sich zudem eher leisten, Haushaltstätigkeiten oder Kinderbetreuung durch Bezahlung in Form von marktförmigen Diensten zu erwerben.

Weiterhin stehen höhere Bildungsabschlüsse von Frauen in Zusammenhang mit im Lebensverlauf später auftretenden sowie kürzer andauernden Erwerbsunterbrechungen für die Betreuung eines Kindes (Klein/ Lauterbach 1994: 280ff.). Die Höhe der Opportunitätskosten der Familientätigkeit spielt in dieser Hinsicht eine entscheidende Rolle (Klein/ Lauterbach 1994: 291f.). Außerdem ist u.a. für die Bundesrepublik Deutschland zu beobachten, dass mit höherem Bildungsabschluss die Wahrscheinlichkeiten dafür, kinderlos zu sein oder das Familiengründungsalter aufzuschieben<sup>1</sup>, ansteigen (Klein/ Lauterbach 1994: 292). Die Entscheidungen der Frauen bezüglich Familie und Erwerbstätigkeit stehen in enger Wechselwirkung zueinander und lassen sich mithilfe der Neuen Haushaltsökonomie begründen.

---

<sup>1</sup> Das Aufschieben des Familiengründungsalters hängt vor allem auch vom sogenannten Institutioneneffekt, d.h. der Dauer des Bildungsweges ab (Blossfeld/ Huinink 1991: 164, Klein/ Lauterbach 1994: 279).

### **1.1.2 Kritik an der Humankapitaltheorie und der Neuen Haushaltsökonomie**

Kritik an der haushaltsökonomischen Theorie findet sich insbesondere auf Seiten der feministischen Theorie. Man kann dem theoretischen Ansatz der Neuen Haushaltsökonomie den Vorwurf machen, biologisch deterministisch zu argumentieren. Den Haushaltsmitgliedern werden entsprechend ihres biologischen Geschlechts sogenannte natürliche Rollen und eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zugeschrieben (Rees 1992: 24). Dem kann im Sinne einer gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Geschlechter nur widersprochen werden.

In den 1990er Jahren räumt Becker hingegen ein, dass durch die mit einem starken Geburtenrückgang und Lohnanstieg einhergehende wachsende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen die traditionelle Arbeitsteilung ins Wanken gerät (Becker et al. 1990: S34). Andererseits belegen aktuelle empirische Studien die andauernde Aufteilung der Hausarbeit zu Lasten der Frauen (Künzler 1994: 200ff., Institut für Demoskopie Allensbach 2005ff.). Begründen lässt sich dies mit einem Ungleichgewicht zwischen dem gesellschaftlichen Anspruch und dem tatsächlichen Handeln der Individuen sowie mit sozialisationsbedingten Rollenmustern bei Männern wie Frauen.

In Gary Beckers Ansatz werden Haushalte bzw. Familien im Sinne von Ehepaaren betrachtet. Dies trägt der zu beobachtenden Lebensformenvielfalt im ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert keineswegs Rechnung. Vielmehr kann angenommen werden, dass in unterschiedlichen Haushaltsstrukturen wie nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Patchworkfamilien, homosexuellen Partnerschaften usw. eigene Varianten der Arbeitsteilung auftreten mögen.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die Grundannahme der Haushaltsnutzenfunktion in der Neuen Haushaltsökonomie (Ott 1992: 14). Indem davon ausgegangen wird, dass alle Mitglieder eines Haushalts im Sinne der Maximierung des Gesamtnutzens für den Haushalt handeln, wird ihnen ein hohes Maß an Altruismus unterstellt. Außerdem wird in der Theorie angenommen, dass alle Haushaltsmitglieder nach einem gemeinsamen Ziel streben. Mögliche individuelle Kosten-Nutzen-Abwägungen werden somit außer acht gelassen (Ott 1992: 14).

Zu bedenken ist weiterhin, dass bei Becker konstante, eher langfristig ausgerichtete Präferenzen der Haushaltsmitglieder angenommen werden, obwohl Entscheidungen in Bezug auf die Erwerbstätigkeit oder andere Lebensbereiche durchaus von den Individuen geändert werden können (Knapp 2001: 694).

Für die Neue Haushaltsökonomie spricht hingegen, dass im Haushalt ausgeführte Tätigkeiten generell in ihrer Wertigkeit mit der marktförmigen Arbeit gleichgesetzt werden. Dies trägt zu einer Aufwertung des Status der Hausfrau bei. In diesem Zusammenhang vernachlässigt die Theorie jedoch, dass in der Praxis, z.B. bei der Berechnung von Rentenansprüchen, das Hausfrauendasein nicht wie eine entlohnte kontinuierliche Erwerbstätigkeit angesehen wird (Veil 1997: 94). Die Lebensmodelle *Erwerbskarriere* und *Hausfrauentätigkeit* besitzen also ganz unterschiedlich hohe gesellschaftliche und finanzielle Wertschätzung.

Weiterhin vernachlässigt Beckers Ansatz, dass bei der marktförmigen Arbeit anderes als nur der materielle Nutzen der Tätigkeit für das Individuum von Bedeutung ist. Erwerbstätige schätzen an ihrer Arbeit, dass sie interessant ist und Spaß bereitet, dass sie mit anderen Menschen in Kontakt sind und dass sie ihnen einen gewissen sozialen Status verleiht. Dieses „psychische Einkommen“ kann nur in begrenztem Umfang durch die Arbeit im Haushaltssektor erlangt werden und ist der Person vorbehalten, die auf dem Markt arbeitet (Joshi 1998: 167).

Die Neue Haushaltsökonomie nach Becker beachtet in ihrer Argumentationskette nicht den Einfluss der institutionellen Rahmenbedingungen im Hinblick die Kinderbetreuung. Das Zusammenwirken von Betreuungs- und Erwerbsmöglichkeiten für Mütter ist jedoch von großer Erklärungskraft. Darum sollten die Kosten solcher Kinderbetreuung und die damit verbundenen rational ökonomischen Überlegungen von Frauen bzw. Paaren berücksichtigt werden (Kreyenfeld/ Geisler 2006: 334, vgl. Heckman 1974). Hohe Kosten für externe Kinderbetreuung reduzieren das Haushaltseinkommen und machen vermutlich eine Erwerbstätigkeit der Frau weniger ökonomisch rational.

### **1.1.3 Die Theorie des dualen Arbeitsmarkts - eine makroökonomische Sichtweise**

Im Folgenden soll kurz aus makroökonomischer Sichtweise ein weiterer ökonomischer Ansatz mit speziellem Bezug zur Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt erwähnt werden.

Edwards (1975) und Piore (1975) sind Vertreter der Theorie des dualen Arbeitsmarkts. Ursprünglich auf die US-amerikanischen Arbeitsverhältnisse ausgerichtet, geht diese Theorie davon aus, dass sich der Arbeitsmarkt in einen primären und sekundären Sektor

unterteilen lässt.<sup>2</sup> Im primären Sektor sind gute Karriereaussichten, Arbeitsplatzsicherheit sowie günstige Arbeitsbedingungen gegeben, während der sekundäre Arbeitsmarkt durch instabilere und weniger gewinnbringende Arbeitsverhältnisse wie Teilzeit- bzw. Zeitarbeit oder befristete Arbeitsverträge charakterisiert ist (Edwards 1975: 16, Piore 1975: 126). Es wird angenommen, dass Arbeitgeber bei der Einstellung von Arbeitskräften die Kandidaten dem Merkmal *Geschlecht* entsprechend für Stellen auf dem primären oder sekundären Arbeitsmarkt auswählen (Edwards et al. 1975: xvii, Rees 1992: 29f.).

An anderer Stelle wird dieses Konzept weiterentwickelt.<sup>3</sup> Barron und Norris (1976) präzisieren, dass weibliche Arbeitskräfte eher dem sekundären Sektor zugeschrieben werden, da sie eine schwächer ausgeprägte Arbeitsmarktbindung aufweisen, geringere Erwartungen an eine Karriere haben und ungünstigere Arbeitsbedingungen und Vergütungen akzeptieren. Im Gegensatz dazu werden Männer eher dem primären Sektor zugeordnet, weil sie sehr erwerbsmotiviert sind, eine Karriere verfolgen und zumeist für die Versorgung einer Familie zuständig sind (Barron/ Norris 1976: 47ff., Ott 1997: 44).

Kritisch lässt sich zu der Theorie des dualen Arbeitsmarkts äußern, dass in diesem Ansatz innerhalb der Gruppe der Frauen bzw. der Männer kaum abgestuft, sondern ohne weitere Differenzierung das jeweilige Geschlecht einem der beiden Sektoren zugeordnet wird.

#### **1.1.4 Zusammenfassung**

Die neoklassische ökonomische Theorie ermöglicht es, das Verhalten von Menschen zum einen auf der Individual- und zum anderen auf der Haushaltsebene zu betrachten und baut dabei auf stabilen Grundannahmen auf. Ein großer Nutzen für die Analyse von Entscheidungsprozessen liegt darin, dass sich so ein Handlungsmodell erschließt, aus dem sich empirisch überprüfbare Hypothesen ableiten lassen.

Mithilfe der Annahmen der Neuen Haushaltsökonomie ist es möglich, das Zusammenwirken mehrerer Personen in der Wirtschaftseinheit *Haushalt* darzustellen, was z.B. bei der Erklärung unterschiedlicher Erwerbsneigungen in Abhängigkeit von dem Familienstand der Frau herangezogen werden kann, indem man ihre Situation mit der ihres Partners in Beziehung setzt. Außerdem kann das Arbeitskräftepotenzial von Frauen und Männern auf der Haushalts-, also Mikroebene, verglichen werden und nicht nur in der Dimension einer

---

<sup>2</sup> Diese Unterteilung in einen primären und sekundären Sektor ist nicht mit den primären, sekundären und tertiären Produktionssektoren zu verwechseln.

<sup>3</sup> Neben der Kategorie *Geschlecht* spielen dabei auch die ethnische Zugehörigkeit oder andere Merkmale eine Rolle.

gesamten Volkswirtschaft, wobei das Arbeitskräftepotenzial aller Frauen gegenüber dem aller Männer in einem Staat gemessen wird.

Dennoch zeigen sich in den beschriebenen Ansätzen auch Schwächen, wenn es um die konkrete Anwendung der Theorie auf das Handeln der Menschen geht. In den ökonomischen Ansätzen der Humankapitaltheorie und der Neuen Haushaltsökonomie wird nämlich rein entscheidungslogisch argumentiert. Im Vordergrund steht das rationale ökonomische Handeln, nicht jedoch das soziale Handeln der Individuen, welches durchaus von einem ökonomischen Kalkül abweichen und anderen Regeln folgen kann. Ein solcher Rational-Choice-Ansatz kann darüber hinaus nicht für die Erklärung von Länderunterschieden bzw. Unterschieden zwischen den einander recht ähnlichen westlichen Gesellschaften herangezogen werden.

Die Theorie des dualen Arbeitsmarktes liefert einen weiteren Erklärungsansatz für die unterschiedlichen Erwerbsbeteiligungen von Männern und Frauen. Sie geht davon aus, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt mit ökonomisch motivierten Diskriminierungsmechanismen konfrontiert werden.

Die Argumentationsmuster der ökonomischen Theorien berücksichtigen nur in geringem Maße, dass die individuellen Entscheidungsprozesse der Menschen nicht im luftleeren Raum, sondern in festen institutionalisierten Strukturen einer Gesellschaft ablaufen. Das Verhalten der Individuen und Haushalte ist dementsprechend von geltenden Normen und Werten, persönlichen Einstellungen sowie von den sie betreffenden Rahmenbedingungen abhängig und wird davon beeinflusst, welche Vor- und Nachteile beispielsweise durch die Gesetzgebung oder durch konkrete wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen an die Haushalte gegeben sind. Im Folgenden werden aus diesem Grund der wohlfahrtsstaatliche Ansatz Esping-Andersens und weitere Typologien mit Bezug auf den deutsch-französischen Ländervergleich vorgestellt und diskutiert.

### **1.2 Der wohlfahrtsstaatliche Ansatz**

Die Auseinandersetzung mit dem Aufbau, der Funktionsweise und dem Wandel von Sozialstaaten und insbesondere der internationale Vergleich der Vor- und Nachteile der verschiedenen Systeme sind seit mehr als 20 Jahren Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Es wird untersucht, inwiefern politische und wirtschaftliche Arrangements die Handlungsmöglichkeiten der Individuen beeinflussen. Dabei steht das Thema der Vereinbarkeit von Familien- und Berufssphäre häufig im Vordergrund, da die jeweilige Form des

Wohlfahrtsstaats einen wichtigen Beitrag zur Ausgestaltung von Lebensläufen leistet. Im Folgenden werden die wichtigsten wohlfahrtsstaatlichen Ansätze im Hinblick auf die Analyse von Frauenerwerbstätigkeit vorgestellt.

### **1.2.1 Gøsta Esping-Andersens Typologie der Wohlfahrtsregime**

Mit dem Ende des 19. Jahrhunderts entstanden in den westlichen Industriegesellschaften sogenannte Wohlfahrtsstaaten, deren Minimalziel es war, der Bevölkerung einen Schutz gegen Risiken zu bieten, mit denen sie im Lauf ihres Lebens konfrontiert sein könnten. Das Hauptaugenmerk richtete sich dabei auf den Bereich der Arbeit bzw. Nichtarbeit (Kolberg/ Esping-Andersen 1991: 6). Kolberg und Esping-Andersen (1991) gehen davon aus, dass in fortgeschrittenen Wohlfahrtsstaaten, wie sie heute in den westlichen Industrieländern zu finden sind, das ursprüngliche Ziel der Grundabsicherung der Bevölkerung gegen Arbeitsmarktrisiken ausgeweitet ist. Die Wohlfahrtsstaaten im ausgehenden 20. Jahrhundert sind jeweils mehr oder weniger darauf ausgerichtet, die arbeitsrelevanten Fähigkeiten der Menschen zu optimieren ebenso wie ihre Möglichkeiten, Arbeit zu finden und dabei möglichst zu gewährleisten, dass es sich bei dem Arbeitsplatz um eine gut bezahlte Stelle mit guten Arbeitsbedingungen handelt. Je nach nationaler Ausgestaltung der Sozialpolitik wird darauf abgezielt, die Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zu lösen (Kolberg/ Esping-Andersen 1991: 6).

Als ein wichtiger und viel beachteter Vertreter der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung betrachtet Gøsta Esping-Andersen in seinen Büchern *The Three Worlds of Welfare Capitalism* (1990) und *Social Foundations of Postindustrial Economies* (1999), in welcher Weise in marktwirtschaftlich organisierten Staaten das Zusammenspiel sozialer, wirtschaftlicher und politischer Faktoren im Hinblick auf die Beschaffenheit der sozialpolitischen Institutionen funktioniert (Schmid 2002: 73).

Im Mittelpunkt seines Ansatzes steht dabei das Konzept der Dekommodifizierung von Arbeit. Da die Arbeitskraft eines Menschen auf dem Arbeitsmarkt den Wert einer Ware (*commodity*) im Austausch gegen einen Lohn hat, bezeichnet der Grad der Dekommodifizierung, inwiefern ein Wohlfahrtsstaat die Abhängigkeit der Menschen von Erwerbsarbeit durch bestimmte alternative Leistungen kompensieren kann. „Decommodification occurs when a service is rendered as a matter of right, and when a person can maintain a livelihood without reliance on the market” (Esping-Andersen 1990: 21f.). Solche nicht marktformigen Leistungen erlauben bei Bedarf ein Leben unabhängig vom (Arbeits-)Markt.

Als Antwort auf Kritiker (u.a. Sainsbury 1996), welche ihm vorwarfen, in seinen *Three Worlds* die Dimension *Familie* gegenüber der Verflechtung von Markt und Staat zu vernachlässigen, integrierte Esping-Andersen (1999) in den *Social Foundations* die Konzepte *Familialismus* und *Defamilialisierung*. In einem familialistischen Wohlfahrtsregime werden die sozialen Sicherungsleistungen in hohem Maße vom Staat an die Familie übertragen. Unter Defamilialisierung werden hingegen politische Maßnahmen verstanden, welche für das Individuum das Angewiesensein auf familiäre Unterstützung verringern und somit die Unabhängigkeit einer Person von verwandtschaftlichen Netzwerken in Bezug auf das Geben und Nehmen von Leistungen erhöhen (Esping-Andersen 1999: 45).

Gemäß dem Ausmaß der Dekommodifizierung, der Art der sozialen Stratifizierung durch die Sozialpolitik und dem Verhältnis von Staat, Markt und Familie bildet Esping-Andersen drei Idealtypen von Wohlfahrtsstaaten, das sogenannte liberale, das sozialdemokratische und das konservative Wohlfahrtsregime, und ordnet ihnen nach empirischer Überprüfung die real existierenden Wohlfahrtsstaaten zu (Kohl 1993: 69f.). Die drei Idealtypen sollen nun kurz charakterisiert werden (Esping-Andersen 1990: 26ff., 1999: 74ff., Schmid 2002: 84f.).

### ***Die drei Wohlfahrtsregime***

Im liberalen Wohlfahrtsstaat ist der Grad der Dekommodifizierung am geringsten ausgeprägt. Dies äußert sich z.B. in einem geringen Schutz gegen Einkommensausfälle, in einem hohen privaten Anteil an den Ausgaben für Alterssicherung und Gesundheit und in geringen Ausgaben des Staates für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Wohlfahrtsstaatliche Leistungen fallen eher gering aus, sind stark bedarfsgeprüft und häufig mit geringem gesellschaftlichen Ansehen behaftet. Im Zentrum steht der Grundsatz, dass der freie Markt durch seine ihm eigenen Kräfte die Wohlfahrt der Bürger befördern soll. Erst wenn der Markt „scheitert“, greift der Staat regulierend mit eigenen Maßnahmen ein (Gustafsson 1994: 45). Typische Beispiele für den liberalen Wohlfahrtsstaat sind die USA, Kanada und Australien. Eine schwächere Zugehörigkeit zu diesem Modell kommen Dänemark, der Schweiz sowie Großbritannien zu (Esping-Andersen 1998: 44).

Ganz im Gegensatz zum liberalen steht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime mit den typischen Fällen Norwegen und Schweden und in etwas geringerem Maße Dänemark<sup>4</sup> und

---

<sup>4</sup> Dass Dänemark von Esping-Andersen zum größten Teil dem sozialdemokratischen Regime, aber in Ansätzen auch dem liberalen Typ zugeordnet wird, unterstreicht den Idealcharakter seiner Typologie. Es

Finnland (Esping-Andersen 1998: 44f.). Die Bezeichnung *sozialdemokratisch* bezieht sich auf den Umstand, dass in diesen Ländern die Sozialdemokratie die treibende Kraft bei der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaats war. In diesem Regimetyt wird Gleichheit auf höchstem Niveau angestrebt. Universelle Bürgerrechte bilden die Grundlage für die Vergabe von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, d.h. der Bürgerstatus und nicht über ein Sozialversicherungssystem eingezahlte Beiträge entscheiden über den Anspruch auf staatliche Unterstützung. Auf den Punkt gebracht, bedeutet dies: „All benefit; all are dependent; and all will presumably feel obliged to pay“ (Esping-Andersen 1990: 28).

Die Dekommodifizierung ist in diesem Regimetyt am stärksten ausgeprägt. Leistungen werden nicht an erster Stelle an die Familie übertragen, sondern möglichst vor dem konkreten Bedarfsfall als soziale Dienste angeboten. Darunter fallen die Pflege von Kindern sowie von alten und hilflosen Personen. Das bedeutet, dass mit einem hohen Dekommodifizierungsgrad ein geringes Maß an Familialismus einhergeht. Die individuelle Unabhängigkeit und nicht die Abhängigkeit von der Familie steht im Vordergrund.

Für Frauen bedeutet es, dass sie sich eher für eine Erwerbsarbeit als für die ausschließliche Haushaltstätigkeit entscheiden können. Daneben kommt den Frauen zugute, dass der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat die Vollbeschäftigung anstrebt. Zur Erreichung dieses Ziels und der Absicherung der wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen leistet er sich ein umfassendes staatliches Netz öffentlicher Einrichtungen, in denen zu großen Teilen Frauen beschäftigt sind. Der geringe Familialisierungsgrad begünstigt demnach zum einen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zum anderen ermöglicht er den Frauen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor, eine Beschäftigung zu finden. Beide Gesichtspunkte sind eng miteinander verknüpft.

Das dritte, konservative Wohlfahrtsregime sieht Esping-Andersen am eindeutigsten in den Staaten Österreich, Frankreich, Italien und der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht. In ihm sind die sozialen Rechte eng an die Klassen- und Statuszugehörigkeit gebunden. In diesem Sinne wird dieser Regimetyt auch als korporatistisch, d.h. nach Klasse oder Status geschlossen, bezeichnet. Der Markt ist nicht so frei wie im liberalen Wohlfahrtsregime, sondern der Staat greift ein, indem ein ausgebautes Sozialversicherungssystem, welches jedoch eng an die Erwerbstätigkeit geknüpft ist, die Menschen gegen Arbeitsmarkt- und soziale Risiken absichert. Ein großer Einfluss geht außerdem von der Kirche aus, wodurch traditionelle Familienformen und -werte aufrechterhalten werden.

---

findet sich in der empirisch überprüfbaren Realität immer ein sozialpolitischer Mix in den einzelnen Wohlfahrtsstaaten.

Für nichterwerbstätige Frauen ergibt sich, dass sie nicht selbst über die Sozialversicherung versorgt, sondern über die Versicherungsansprüche des Ehemanns abgesichert sind. Darüber hinaus fördern häufig familienpolitische Leistungen die Mutterschaft, nicht aber die Müttererwerbstätigkeit. Familienbezogene Dienstleistungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen sind weniger ausgebaut als im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime, denn es gilt zunächst das Subsidiaritätsprinzip, dass an erster Stelle die Familie und erst, wenn diese keine Unterstützung mehr gewährleisten kann, der Staat einschreitet. Das Ausmaß der Familialisierung ist eher hoch und der Dekommodifizierungsgrad mittelmäßig einzuschätzen. Tabelle 1 fasst die Merkmale von Esping-Andersens Wohlfahrtstypologie noch einmal zusammen.

**Tab. 1: Überblick der Regimemerkmale nach Esping-Andersen**

	liberal	sozialdemokratisch	konservativ
<b>Rolle von:</b>			
<b>Familie</b>	marginal	marginal	zentral
<b>Markt</b>	zentral	marginal	marginal
<b>Staat</b>	marginal	zentral	subsidiär
<b>Wohlfahrtsstaat:</b>			
<b>Vorherrschende Art der Solidarität</b>	individuell	universell	Verwandtschaft Korporatismus Etatismus
<b>Vorherrschender Ort der Solidarität</b>	Markt	Staat	Familie
<b>Grad der Dekommodifizierung</b>	minimal	maximal	hoch (für den Ernährer)
<b>Modellbeispiele</b>	USA	Schweden	Deutschland Italien

Quelle: eigene Darstellung nach Esping-Andersen 1999: 85.

### ***Die drei Arbeitsmarktregime***

In *The Three Worlds of Welfare Capitalism* untersucht Gøsta Esping-Andersen außerdem die Hypothese, dass sich je nach vorherrschendem Regimetyp in den Wohlfahrtsstaaten ein spezifisches Arbeitsmarktregime herausgebildet habe (Esping-Andersen 1990: 144ff.). Damit geht er über die neoklassische Theorie hinaus, die den Wohlfahrtsstaat als solchen in die Erklärung von Arbeitsmarktmechanismen nicht einbezieht (Esping-Andersen 1990: 144).

Besonders wichtig ist Esping-Andersen die Beachtung der jüngeren Vergangenheit in der Entwicklungsgeschichte der Wohlfahrtsstaaten. Es werden drei „schleichende Revolutionen“ identifiziert, welche die Verbindung von Arbeit und Wohlfahrt in dem Maße verändert haben, dass die Wohlfahrtsstaaten direkt in die jeweiligen Arbeitsmärkte verankert worden sind: (1) der Wandel von einstigem Wirtschaftswachstum mit gleichzeitigem

Wachstum der verfügbaren Arbeitsplätze zu einer wirtschaftlichen Situation des Wachstums ohne Schaffung von Arbeitsstellen bzw. mit Stellenabbau, (2) die Abkehr vom Idealbild der Vollbeschäftigung der männlichen Erwerbsbevölkerung aufgrund der steigenden Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen und somit enormen Aufstockung der Gesamtzahl der Erwerbspersonen und (3) der Wandel von der Fürsorgefunktion des Wohlfahrtsstaats hin zu seiner Funktion als Motor für Beschäftigung (Esping-Andersen 1990: 147ff.).

Wirtschaftswachstum ohne gleichzeitigen Beschäftigungszuwachs bedeutet für den Wohlfahrtsstaat sinkende Beschäftigungszahlen bzw. steigende Arbeitslosigkeit und somit eine große Belastung der Staatsfinanzen. Mit dem Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen ergeben sich für den Wohlfahrtsstaat zum einen eine größere Verantwortung für deren erfolgreiche Integration in das Erwerbsleben und zum anderen finanzielle Probleme, falls dies nicht gelingt.

Die modernen Wohlfahrtsstaaten bedienen sich zur Lösung dieses Dilemmas zum Teil in großem Ausmaß des Prinzips der Frühverrentung, um die Zahl der Erwerbspersonen einzugrenzen (Esping-Andersen 1990: 149). Außerdem sorgt eine längere Verweildauer im Bildungssystem für eine geringere Zahl von Personen, die potenziell arbeitsfähig sind. Zu guter letzt ist festzuhalten, dass der Wohlfahrtsstaat selbst ein wichtiger Bestandteil des Arbeitsmarkts geworden ist, indem er durch die Beschäftigung wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungen gewährleistet und gleichzeitig für den Lohn von Beschäftigten statt kostenineffektiver für deren Transferleistungen im Fall von Arbeitslosigkeit aufkommt.

Esping-Andersen identifiziert durch die empirische Überprüfung (1) des Austritts aus dem Arbeitsmarkt, (2) der bezahlten Abwesenheit vom Arbeitsmarkt und (3) des Eintritts in den Arbeitsmarkt drei Arbeitsmarktregime (Esping-Andersen 1990: 159). Diese entsprechen im Großen und Ganzen den drei oben diskutierten Wohlfahrtsregimes.

Im ersten Cluster befinden sich Norwegen, Schweden und Dänemark, die Vertreter des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes. In diesen Ländern sind die Frühverrentungsraten eher gering, und die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt fällt sehr hoch aus. Insgesamt liegt also auch das Arbeitskräfteangebot sehr hoch. Zur zweiten Gruppe gehören u.a. die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande, Italien und Frankreich. In diesen konservativen bzw. korporatistischen Wohlfahrtsregimes wird der Austritt aus dem Arbeitsmarkt im Vergleich zum sozialdemokratischen Regimetyp stark unterstützt. Insgesamt reduziert sich dadurch auch das Arbeitskräfteangebot stark. Im Fall der Vertreter des dritten, liberalen Wohlfahrtstyps, z.B. USA und Kanada, existieren weder Maßnahmen,

die in besonderem Umfang den Austritt aus dem Arbeitsmarkt begünstigen, noch solche, die explizit die Erwerbsbeteiligung von Frauen fördern (Esping-Andersen 1990: 159).

Als Einflussfaktoren auf die Ausgestaltung der Arbeitsmarktregime sind zu einem großen Teil politische zu nennen. „The really fundamental point is that social policy has been systematically transformed so as to deliberately reshape the clearing mechanisms in the labor market.“ (Esping-Andersen 1990: 160) Insbesondere die Situation der Frauen im Erwerbsleben wird durch die Institution *Wohlfahrtsstaat* und die ihm innewohnenden sozialpolitischen Strukturen beeinflusst:

„The decisions of women [...] to enter the labor force are even more intimately patterned by the welfare state, in terms of its service delivery (child care), transfer system (ability to utilize the option of absenteeism), tax system, and its labor demand (social-welfare jobs).“ (Esping-Andersen 1990: 160)

Insgesamt sind die „drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ als Typologie sehr gut greifbar und ermöglichen einen Vergleich der tatsächlich existierenden Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland oder Frankreich (Schmid 2002: 92). Darüber hinaus weist Esping-Andersen darauf hin, dass die einzelnen Staaten stets einen „system mix“ (Esping-Andersen 1990: 49) aufweisen. So ist festzustellen, dass sich Deutschland und Frankreich, obwohl beide Spielarten des konservativen Regimes, sich in der konkreten Ausgestaltung bzw. Schwerpunktsetzung ihrer Sozialpolitik stark unterscheiden. Eine ausführliche Gegenüberstellung der institutionellen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben wird in Kapitel 3 vorgenommen. Zunächst soll auf einige Kritikpunkte und eine weiterführende Typologie von Wohlfahrtsregimes eingegangen werden.

### **1.2.2 Kritik an Esping-Andersen und die Typologie der Geschlechterregime nach Ilona Ostner**

Esping-Andersens Typologie der sozialdemokratischen, konservativ-korporatistischen und liberalen Wohlfahrtsregime wurde vor allem von feministischer Seite viel Kritik entgegengebracht. Am stärksten wurde dem Ansatz vorgeworfen, die Wirkung der Institution *Familie* innerhalb der Staat-Markt-Beziehung zu vernachlässigen (Sainsbury 1996: 36f.). Dem wurde Esping-Andersen mit der Einführung des Familialismusbegriffs jedoch später gerecht (vgl. Esping-Andersen 1999).

Zwei weitere Kritikpunkte beziehen sich auf das Konzept der Dekommodifizierung. Zum einen wird, dadurch dass der Grad der Dekommodifizierung, d.h. das Ausmaß, in dem die

Warenförmigkeit der Arbeitskraft aufgehoben ist, als zentrales Kriterium für den Entwicklungsstand eines Wohlfahrtsstaats angesehen wird, dem sozialdemokratischen Regimetyp der skandinavischen Länder eine gewisse Vorreiterrolle zugeschrieben (Sachße 1993: 66, Schmid 2002: 91). Die Einteilung der Wohlfahrtsregime erfolgt demnach insgesamt nicht wertungsfrei. Zum anderen verbirgt sich hinter dem Dekommodifizierungsbegriff auch die Tatsache, dass nur diejenigen Personen Aussicht auf wohlfahrtsstaatliche Absicherung haben, die überhaupt eine Verbindung zum Arbeitsmarkt besitzen und also kommodifiziert sind. Das trifft besonders auf die Männer zu, da sie größtenteils das Normalarbeitsverhältnis leben, für Frauen aber in geringerem Maße, insofern ihnen noch immer die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben verwehrt bleibt (Sachße 1993: 66, Sainsbury 1996: 36).

### ***Ostners Typologie der Geschlechterregime***

Die feministisch geprägte Wohlfahrtsstaatsforschung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Esping-Andersens Ansatz um die Kategorie *Geschlecht* auszuweiten, u.a. um die unterschiedlichen Verteilungsmechanismen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen für Frauen und Männer darstellen zu können. Dies stellt eine maßgebliche Neuerung in der Wohlfahrtsstaatsforschung dar.

In ihrem Artikel mit dem Titel *Arm ohne Ehemann?* (1995a) zum Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und Geschlechterordnung in modernen Wohlfahrtsstaaten entwickelt Ilona Ostner in Anlehnung an Esping-Andersens Wohlfahrtsstaatstypologie eine Klassifizierung von sogenannten Ernährer-Wohlfahrtsstaaten. Gemäß dem Ausmaß der Einbindung der Frau in die Familienarbeit (z.B. durch Kinderbetreuung und Alten- oder Krankenpflege) und der ihr gegebenen Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit auf dem Arbeitsmarkt bildet sie drei idealtypische sogenannte Ernährer-Modelle mit den Ausprägungen *schwach*, *moderat* und *stark* (Ostner 1995a: 9ff.).

Als Indikatoren für die Zuweisung zu den Ernährer-Modellen verwendet sie (1) den Grad der (Voll- und Teilzeit-)Müttererwerbstätigkeit, (2) das Angebot öffentlicher Betreuungsinfrastruktur und (3) den Grad der Kommodifizierung weiblicher Familienarbeit (Ostner 1995a: 8f.). Diese drei Indikatoren werden als geeignet erachtet, um die Bereiche Markt, Staat und Familie abzubilden, und „[s]ie geben Auskunft über den Grad der Kommodifizierung (Marktintegration) bzw. Familiarisierung (Familiengebundenheit) weiblicher Arbeitsvermögen“ (Ostner 1995b: 60).

Speziell auf die Lage der Frauen zwischen Erwerbs- und Haushaltsarbeit bezogen, bedeuten die Begriffe *Kommodifizierung* und *Entkommodifizierung* nach Esping-Andersen folgendes. Je eher eine Frau von Betreuungs- und Pflegeaufgaben durch sozialpolitische Leistungen entlastet wird, um so entkommodifizierter ist ihre Familienarbeit einzuschätzen. Eine zum Wohl der Familie geleistete Arbeit gilt dann als entkommodifiziert, wenn die Frau nicht ihre Arbeitskraft dafür einsetzen muss, sondern ihr andere Mittel, z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen, zur Verfügung stehen, welche die Aufgaben übernehmen (Ostner 1995a: 6). Je eher einer Frau hingegen eine Erwerbsarbeit ermöglicht wird, um so kommodifizierter ist ihre Arbeitskraft auf dem Markt. Das bedeutet, die Frau kann ihre Arbeitskraft in Form einer Ware auf dem Arbeitsmarkt einsetzen und im Tausch dafür eine Entlohnung erhalten.

Gemäß der Typologie von Ostner wird die Bundesrepublik Deutschland dem *starken* Ernährer-Modell zugeordnet. Im Idealtyp dieses Modells ist für die Frau mit der Geburt eines Kindes der Ausstieg aus dem Erwerbsleben vorgesehen. Das Kind wird bis zum schulfähigen Alter von der Mutter zu Hause betreut. Kinderbetreuungsplätze sind höchstens als Teilzeitangebote und nicht zum Zweck der Vereinbarkeit mit einer Berufstätigkeit der Mutter gedacht. Geht das Kind in die Schule, setzt die Mutter ihre Erwerbstätigkeit entweder weiterhin aus oder arbeitet in Teilzeit, um sich auch künftig um die Kinderbetreuung kümmern zu können (Ostner 1995a: 9f.).

Der männliche Ernährer wird in dem Sinne als stark eingestuft, als dass er mit seiner Erwerbstätigkeit das fehlende Einkommen der Frau auffängt und für die soziale Sicherung der gesamten Familie zuständig ist. Sozialpolitische Leistungen, wie im Fall Deutschlands z.B. die Leistungen aus der Krankenversicherung, ergeben sich aus der Erwerbstätigkeit des Mannes. Kurzum, die Frau ist in diesem Modell ganz vom Ernährer(-ehemann) abhängig, solange sie nicht selbst erwerbstätig ist. Es handelt sich dabei um ein für die Erwerbsbeteiligung von Frauen hemmendes Modell (Ostner 1995a: 10).

An dieser Stelle ergibt sich ein Schnittpunkt zwischen den Ansätzen der Neuen Haushaltsökonomie und der Wohlfahrtsstaatsforschung, denn im *starken* Ernährer-Wohlfahrtsstaat wird die ökonomisch rationale Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern gefördert. Inwiefern das beschriebene Modell des *male breadwinner* für Deutschland heutzutage zutrifft, wird im empirischen Teil der Arbeit näher untersucht.

Für den französischen Wohlfahrtsstaat offenbart sich ein anderes Bild. Nach Betrachtung des vorherrschenden männlichen Ernährer-Modells, der weiblichen Familienpflichten und der gegebenen familienpolitischen Rahmenbedingungen stellt Ostner für Frankreich einen

*moderat* ausgeprägten Ernährer-Wohlfahrtsstaat fest. In diesem Modell befinden sich die Frauen in einer Zwischenposition, „zwischen Abhängigkeit vom Mann und Individualisierung“ (Ostner 1995a: 10). Für die Französinen bedeutet dies konkret, dass sie im Idealfall zugleich vollzeiterwerbstätig und Mütter sind. Es gibt für sie bei der Geburt eines Kindes die Möglichkeit, entweder erwerbstätig zu bleiben, da öffentliche sowie staatlich geförderte private Kinderbetreuungsangebote existieren, oder aber, unterstützt durch entsprechende staatliche Transferleistungen, die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen (Ostner 1995a: 10).

Was das französische Modell von den *schwachen* Ernährer-Modellen der skandinavischen Länder unterscheidet und somit das *moderate* Modell kennzeichnet, ist, dass „zwar die arbeitende Familie – und in ihr die arbeitende Mutter –, nicht aber das Recht des Individuums Frau auf eigenständige Existenzsicherung und auf die von ihr bevorzugte Lebensform“ (Ostner 1995a: 11) gefördert wird. Ausgehend vom Idealbild der arbeitenden Familie unterstützt der französische Staat aus familienpolitischen Gründen die Mutterschaft und erleichtert daher für die Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (vgl. Kapitel 3).

Nachteile für die Frauen im französischen *moderaten* Ernährer-Modell ergeben sich zum einen aus den relativ niedrig ausfallenden Durchschnittslöhnen, welche durch staatliche Familienzulagen ergänzt werden müssen und einen starken Anreiz für die gemeinsame Haushaltsführung von Paaren und gegen Ledigenhaushalte darstellen. Daneben ist das öffentliche System der Altenpflege mangelhaft ausgebaut, wodurch diese Aufgabe häufig durch die Frauen in der Familie geleistet werden muss (Ostner 1995b: 64).

Ostners Ansatz der männlichen Ernährer-Modelle findet bei einigen feministischen Vertretern nur begrenzt Anklang, weil eben auch in diesem Konzept von der ungleichen Stellung von Männern und Frauen im Erwerbsleben ausgegangen wird (vgl. Sainsbury 1996). Der Begriff *männliches Ernährer-Modell* drückt ja bereits aus, dass die Ausrichtung des jeweiligen Wohlfahrtsstaates aus der Perspektive der Abhängigkeit der Frau von dem sie ernährenden (Ehe-)Mann betrachtet wird. Als Ausgangssituation der Betrachtungen gilt also nicht der gleiche Zugang zu Erwerbsarbeit für Mann und Frau, sondern die männliche Erwerbstätigkeit ist der weiblichen zeitlich vorgelagert.

Konkret wird an Ostners Typologie die Einteilung des *schwachen* Ernährer-Modells kritisiert. Sainsbury (1996) bemängelt die zu wenig differenzierte Charakterisierung der Merkmale dieses Typus und die zu stark verallgemeinernde Einteilung der *starken*

Ernährer-Wohlfahrtsstaaten. Ihrer Meinung nach fallen in die letzte Kategorie zu viele sozialpolitisch unterschiedlich strukturierte Länder (Sainsbury 1996: 43).

Von Nutzen ist Ostners Ansatz insofern, als dass er die Theorie Esping-Andersens um die Kategorie *Geschlecht* erweitert und eine eigene anwendbare Typologie entwickelt. Für die vorliegende Arbeit können der deutsche und der französische Wohlfahrtsstaat anhand der unterschiedlichen Ausgestaltung ihrer Sozial- und Familienpolitiken dem *starken* bzw. *moderaten* Modell zugeordnet werden. Im Gegensatz zu Esping-Andersens Typologie fallen Deutschland und Frankreich bei Ostner in zwei unterschiedliche Kategorien. Zudem sind die Ernährer-Modelle für diese Arbeit aussagekräftiger, da sie die Lage der Frauen besonders betonen.

### 1.2.3 Zusammenfassung

Die beiden Typologien von Esping-Andersen und Ostner bieten für die Untersuchung von Erwerbstätigkeit in modernen Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland und Frankreich geeignete Klassifizierungsschemata, wobei bei Ostner besonders auf die Analyse der Erwerbsintegration von Frauen eingegangen wird. Esping-Andersen ordnet Deutschland und Frankreich in die Gruppe der konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsregime ein, während Ostner Deutschland als Vertreter des starken und Frankreich als Repräsentant des moderaten Ernährer-Modells ausmacht. Diese unterschiedliche Klassifizierung ergibt sich aus den jeweils betrachteten Faktoren. Bei Ostner erfolgt die Typisierung aus einer anderen Perspektive als bei Esping-Andersen. Sie analysiert die Verankerung der Frauen im jeweiligen Wohlfahrtssystem und nicht den Wohlfahrtsstaat als Ganzen, unabhängig vom Geschlecht der Bürger.

Eine weitere wichtige Analyseebene entwirft Esping-Andersen durch seine Einteilung der Wohlfahrtsregime nach den in ihnen vorherrschenden Arbeitsmarktarrangements. Je nach Wohlfahrtstyp lassen sich in den einzelnen Ländern typische Arbeitsmarktmechanismen feststellen. Für Deutschland und Frankreich identifiziert Esping-Andersen ein Arbeitsmarktregime, in dem der Staat das Arbeitskräfteangebot durch Maßnahmen wie Frühverrentung oder die Förderung von Erwerbsunterbrechungen für Frauen reguliert. Die Ausgestaltung der jeweiligen Regelungen ist jedoch national unterschiedlich, ebenso wie die dahinter stehenden historischen und ideologischen Wurzeln.

Trotz der Unterschiede ist den beiden Ansätzen von Esping-Andersen und Ostner gemein, dass sie sich auf marktwirtschaftlich organisierte Staaten beziehen. Betrachtet man die

aktuellen Entwicklungen der (Frauen-)Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, darf allerdings ein Rückblick auf die gesellschaftlichen Umstände zur Zeit der DDR nicht fehlen, um die heutzutage bestehenden innerdeutschen Unterschiede verstehen und erklären zu können. Vor allem im Hinblick auf die unterschiedlich ausgeprägten Wertevorstellungen und Einstellungen zur Frauen- und Müttererwerbstätigkeit in den Alten und Neuen Bundesländern ist es wichtig, nachzuvollziehen, wie diese historisch gewachsen sind. Die unterschiedliche Vergangenheit der Bürger aus den beiden Teilen Deutschlands hat bis heute Auswirkungen auf ihr Handeln. Der dritte Theorieschwerpunkt befasst sich deshalb näher mit dem kulturell-normativen Kontext von Frauenerwerbstätigkeit in West- und Ostdeutschland sowie in Frankreich.

### **1.3 Der kulturell-normative Kontext**

Einen bedeutenden theoretischen Beitrag zur Analyse der verschiedenen kulturellen Besonderheiten in europäischen Staaten hat Birgit Pfau-Effinger (2000) geleistet. In ihrem Buch *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa* kritisiert sie, dass die üblicherweise angeführten theoretischen Konzepte wie die neoklassische ökonomische Theorie, institutionalistisch ausgerichtete Arbeitsmarkttheorien oder die Erklärungsansätze der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung nur unzureichende Interpretationsmuster für das soziale Handeln der Menschen liefern. Den wohlfahrtsstaatlichen Ansätzen setzt sie u.a. entgegen, dass Frauen ihr Handeln in Bezug auf die Erwerbsarbeit nicht gemäß dem Schema des *homo oeconomicus*, also nicht nach streng rationalen ökonomischen Erwägungen wie z.B. Steuervor- oder -nachteilen ausrichten, sondern dass sie besonders stark vom kulturellen Werte- und Normenkontext beeinflusst werden (Pfau-Effinger 2000: 20).

Gerade für den internationalen Vergleich müssen demnach die kulturellen Bedingungen in einer Gesellschaft als Unterscheidungsmerkmal herangezogen werden. Im Folgenden wird Pfau-Effingers Konzept der kulturellen Leitbilder in Bezug auf die Erwerbsorientierung der Frauen vorgestellt und auf die Situation in Deutschland und Frankreich angewendet. Abschließend werden Ergebnisse empirischer Studien zu den Einstellungen zu Frauen- und Müttererwerbstätigkeit präsentiert.

### 1.3.1 Birgit Pfau-Effingers These der nationalen Geschlechterarrangements

Der Faktor *Kultur* galt bislang häufig als „der letztlich nicht mehr zu erklärende ‚Rest‘“ (Pfau-Effinger 2000: 21), als eine nicht fassbare Größe, die zwar in einer Gesellschaft existiert, aber kaum näher zu spezifizieren und zu messen ist. Deshalb wurde Kultur in international vergleichenden Arbeiten theoretisch kaum behandelt (Pfau-Effinger 2001: 284). Pfau-Effinger (2000) untersucht deshalb, welchen Einfluss die Kultur in europäischen Gesellschaften auf die allgemeine Orientierung der Frauen in Bezug auf die Familie und die geschlechtliche Arbeitsteilung hat und leitet in einem zweiten Analyseschritt davon ab, inwiefern die existierenden institutionellen Rahmenbedingungen eine Erwerbsbeteiligung von Frauen ermöglichen (Pfau-Effinger 2000: 21).

Der zentrale Ausgangspunkt des theoretischen Ansatzes ist der Begriff *Kultur*. Außerdem bauen die Betrachtungen auf drei theoretische Ebenen auf, (1) dem kulturellen System, (2) dem sozialen System und (3) den sozialen Akteuren (Pfau-Effinger 2001: 285).

Pfau-Effinger legt ihren Überlegungen eine Definition von Kultur nach Neidhardt zugrunde. Kultur versteht sich danach als

„das System kollektiver Sinnkonstruktionen, mit denen Menschen die Wirklichkeit definieren – jener Komplex von allgemeinen Vorstellungen, mit denen sie zwischen wichtig und unwichtig, wahr und falsch, gut und böse sowie schön und hässlich unterscheiden.“ (Neidhardt 1986: 11, Pfau-Effinger 2001: 285)

Die Werte, Leitbilder und Rollenverständnisse sowie kulturelles Wissen und Ideale, welche in einer Gesellschaft existieren, müssen nicht homogen und logisch aufeinander abgestimmt sein. Es gibt durchaus dominante und demgegenüber auch marginalisierte kulturelle Vorstellungen, die nebeneinander bestehen und sich historischen Veränderungen unterliegen. Dieser Wandel muss auf der kulturellen und institutionellen Ebene nicht zeitgleich ablaufen und kann von Konflikten und Aushandlungsprozessen zwischen Gruppen von Akteuren gekennzeichnet sein (Pfau-Effinger 2000: 22). Ein weiteres wichtiges Merkmal ist, dass sich die kulturellen Ideen von sozialen Akteuren nach sozialstrukturellen Indikatoren wie Geschlecht, Alter, Region, Schichtzugehörigkeit, Religion usw. unterscheiden können (Pfau-Effinger 2001: 285).

Bezogen auf die Erwerbsmuster von Männern und Frauen, führt Pfau-Effinger den Begriff des *Geschlechter-Arrangements* ein. Dieser baut auf dem Ansatz des *Geschlechter-Kontrakts* von Yvonne Hirdman auf. Eine Grundannahme dabei ist, dass „[j]ede Gesellschaft und Zeit [...] einen sozio-kulturellen Konsens über die jeweilige Ausprägung der Verkehrsformen der Geschlechter“ (Pfau-Effinger 1995: 174) entwickelt. Diese Umgangsformen sind sowohl nach den Geschlechtern getrennt, also segregiert, als auch nach den

Geschlechtern geordnet, also hierarchisiert, wobei dem weiblichen Geschlecht gegenüber dem männlichen allgemein ein gesellschaftlich geringerer Stellenwert zugewiesen wird.

Der Geschlechterkontrakt zieht sich durch die drei Theorieebenen: (1) auf der Ebene des kulturellen Systems in Form von geschlechtsbezogenen gesellschaftlichen Normen und kulturellen Leitbildern, (2) auf der Ebene des sozialen Systems in Institutionen wie dem Arbeitsmarkt und schließlich (3) auf der Ebene der sozialen Akteure beim Erlernen von Geschlechterrollen in der Phase der Sozialisation (Pfau-Effinger 2001: 51). Auf allen drei Ebenen ist ein Wandel des Geschlechter-Kontrakts prinzipiell möglich.

Der Begriff des *Geschlechter-Arrangements* ist umfassender als der des Geschlechter-Kontrakts und bezeichnet das Zusammenspiel der kulturellen und strukturellen Faktoren im Hinblick auf die Geschlechter (Pfau-Effinger 2000: 72). Innerhalb des Arrangements wirken unterschiedlich starke Machtverhältnisse und Abhängigkeiten, die sich im sozialen Wandel verändern können. Doch sie können auch dann stabil sein, wenn zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen asymmetrische Machtverhältnisse bestehen (Pfau-Effinger 2000: 73).

Aufbauend auf fünf theoretische Dimensionen der Strukturen der geschlechtlichen Arbeitsteilung klassifiziert Pfau-Effinger fünf idealtypische geschlechterkulturelle Modelle für westeuropäische Staaten, welche einzeln oder in kombinierter Form in den verschiedenen Geschlechter-Arrangements vorkommen und sich im Zeitverlauf in der Stärke ihrer Ausprägung wandeln: (1) das *familienökonomische Modell*, (2) das *Hausfrauenmodell der Versorgerehe*, (3) das *Vereinbarkeits-Modell der Versorgerehe*, (4) das *Doppelversorger-Modell mit staatlicher Kinderbetreuung* und (5) das *Doppelversorger-Modell mit partnerschaftlicher Kinderbetreuung*. Diese fünf Modelle sollen nun kurz charakterisiert werden (Pfau-Effinger 2000: 86ff).

Das *familienökonomische Modell* bezieht sich auf Familien, die eine wirtschaftliche Einheit im Sinne eines landwirtschaftlichen oder handwerklichen Betriebes darstellen. In ihnen gilt nicht so sehr eine strikte geschlechtliche Arbeitsteilung nach weiblicher und männlicher Arbeitssphäre, sondern die Arbeit aller Mitglieder dieser Familienökonomie hat den gleichen Stellenwert für das Überleben der Familie. Das familienökonomische Modell stellte in vielen Staaten den Vorgänger der Versorgerehe dar und kommt teilweise heute noch neben diesem Modell vor, so z.B. in Frankreich.

Im Gegensatz zum familienökonomischen Modell sind im *Hausfrauenmodell der Versorgerehe* die männliche Erwerbsarbeit im öffentlichen Arbeitsleben und die weibliche Haushalts- und Betreuungsarbeit in der privaten Sphäre voneinander getrennt. Der männ-

liche Ernährer erwirtschaftet das Familieneinkommen, von dem die Hausfrau abhängig ist. Hinzu kommt eine kulturell geprägte Norm der Mutterschaft. Kinderbetreuung und -erziehung werden als Aufgabe der Mutter angesehen. Zwei besonders verbreitete Formen des Hausfrauenmodells der Versorgerehe bilden zum einen die *traditionelle Hausfrauenehe*, in welchem die Frau bei der Heirat oder spätestens sobald sich Nachwuchs einstellt, dauerhaft den Arbeitsmarkt verlässt, und zum anderen das *Dreiphasenmodell der Hausfrauenehe*, in dem die Frau nach der Geburt des ersten Kindes ihre Erwerbstätigkeit solange unterbricht, bis das letztgeborene Kind im Jugendalter ist.

Im dritten Modell, dem *Vereinbarkeits-Modell der Versorgerehe*, sind Frauen zunächst vollzeiterwerbstätig. Nach der Geburt eines Kindes folgt eine kurze Unterbrechung der Erwerbstätigkeit und daraufhin Teilzeitbeschäftigung, um Kinderbetreuungspflichten und Erwerbsleben miteinander zu verknüpfen, solange die Kinder klein sind.

Die beiden Varianten der Versorgerehe, d.h. das Hausfrauen-Modell und das Vereinbarkeits-Modell, hatten und haben noch heute in Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und Westdeutschland eine zentrale Stellung inne.

Dem *Doppelversorger-Modell mit staatlicher Kinderbetreuung* liegt die Vorstellung zugrunde, dass Frauen wie Männer gleichberechtigt vollzeiterwerbstätig sein können. Auch verheiratete Frauen sollen sich durch eigene Erwerbarbeit finanziell absichern können. Der Wohlfahrtsstaat übernimmt die wichtige Aufgabe der Kinderbetreuung von jungen Jahren an. Der finnische oder auch schwedische Wohlfahrtsstaat sind z.B. in dieser Richtung entwickelt (Pfau-Effinger 2000: 91, Gustafsson 1994: 47ff.).

Das *Doppelversorger-Modell mit partnerschaftlicher Kinderbetreuung* sieht ebenfalls vor, dass beide Geschlechter gleichwertig am Erwerbsleben teilhaben. Die Kinderbetreuung fällt jedoch in den privaten Bereich und soll von Männern und Frauen gleichermaßen übernommen werden. Diese familiären Verpflichtungen werden von Seiten des Arbeitsmarktes und der Sozialpolitik durch entsprechende Regelungen gelöst. Dieses Modell weist Pfau-Effinger hauptsächlich den skandinavischen Ländern Dänemark und Norwegen, aber auch den Niederlanden zu.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die fünf geschlechterkulturellen Modelle im Hinblick auf die geschlechtliche Arbeitsteilung in westeuropäischen Staaten Aufschluss über die Rollenverteilung von Männern und Frauen geben. Sie stellen Idealtypen dar, welche die grundlegenden Ideen der jeweiligen Geschlechter-Arrangements erklären. Beim Herstellen der empirischen Bezüge für die Modelle wird klar, dass sowohl dominante als auch

weniger verbreitete Geschlechter-Arrangements in einer Gesellschaft nebeneinander existieren können.

Die Frage, warum sich die Geschlechter-Arrangements in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Maße herausgebildet haben, beantwortet Pfau-Effinger mit den Besonderheiten in der jeweiligen historischen Entwicklung. Im nächsten Abschnitt werden diese Pfadabhängigkeiten für Westdeutschland und Frankreich herausgearbeitet und für die ehemalige DDR und das heutige Ostdeutschland ebenfalls die Entstehung eines kulturellen Frauenbildes nachvollzogen.

### **1.3.2 Frauenbilder in Deutschland und Frankreich**

Pfau-Effingers geschlechterkulturelle Modelle beziehen sich eindeutig nur auf westeuropäische Staaten. In Bezug auf die Ausweitung ihres Konzepts auf andere Staaten, z.B. in Osteuropa, räumt sie ein, dass weitere Modelle hinzugefügt werden müssten (Pfau-Effinger 2000: 89). Zunächst soll in diesem Abschnitt Pfau-Effingers Klassifizierung auf Westdeutschland und Frankreich angewendet und den Fragen nachgegangen werden, welches Modell derzeit vorherrschend ist und welche Entwicklung der Geschlechter-Arrangements sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vollzogen hat. Im Anschluss wird der Fall der DDR bzw. Ostdeutschlands behandelt.

#### ***Geschlechter-Arrangements in Westdeutschland und Frankreich***

In der Soziologie ist die Sichtweise gängig, dass sich mit der Entwicklung von der Agrar- zur Industriegesellschaft in westlichen Gesellschaften als dominantes kulturelles Modell der Arbeitsteilung die männliche Versorgungsehe herausgebildet hatte. Pfau-Effinger stellt die These auf, dass sich jedoch kein einheitliches Geschlechtsrollenmuster entwickelt hat, sondern bis heute nationale Unterschiede bestehen. Diese erklärt sie dadurch, dass die Rolle, welche das städtische Bürgertum als dominanter Träger des Modells der männlichen Versorgungsehe in den einzelnen Staaten gespielt hat, unterschiedlich stark ausgeprägt war (Pfau-Effinger 2000: 23).

### *Westdeutschland*

In der Bundesrepublik Deutschland begann der Prozess der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Besonders stark war dabei der soziale und kulturelle Einfluss des städtischen Bürgertums auf die gesellschaftlichen Umwälzungen. Das Leitbild der bürgerlichen Familie mit seinem Ideal der männlichen Versorgerehe wurde neben anderen bürgerlichen Normen und Werten zur hauptsächlich gelebten Familienform.

Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die geringen Zugangsmöglichkeiten zum Bildungssystem für Frauen, durch die staatliche Wohnpolitik, die vorrangig auf die Kleinfamilie ausgelegt war, sowie durch Arbeitsmarktmechanismen, die für (verheiratete) Frauen eine Erwerbstätigkeit verhinderten (Pfau-Effinger 1995: 180, 2000: 113). „Das bürgerliche Familienmodell wurde langfristig nicht nur zum normativen Leitbild der Gesellschaft und zu einer wichtigen Grundlage bei der Konstruktion des Sozialstaates, sondern zur überwiegend gelebten Familienform“ (Pfau-Effinger 1995: 180).

Einen enormen Einfluss auf die Etablierung des bürgerlichen Familienmodells übten in Deutschland die katholische und die protestantische Kirche aus. In der Politik wurden kaum andere Familienmodelle propagiert und die bürgerliche Frauenbewegung Ende des 19. Jahrhunderts unterstützte ebenfalls die Trennung nach geschlechterspezifischen Aufgaben. Mehrheitlich wurde eine Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen als „wesensfremd“ angesehen (Pfau-Effinger 2000: 113f.).

Das bürgerliche Ideal der Versorgerehe als Hausfrauenehe hatte in Westdeutschland bis in die 1950er Jahre Bestand (Pfau-Effinger 2000: 117). Besonders der Schutz der Kindheit in der Privatsphäre der Familie und damit verbundenen die starke Betonung der Mutterpflichten waren darin prägend. Die Aufteilung der Geschlechterrollen in den Einkommenserwerb des Mannes in der öffentlichen Sphäre und die Familien- und Haushaltsarbeit der Frauen im privaten Bereich waren klar definiert.

Für verheiratete Frauen bestand die Frage der Erwerbstätigkeit deshalb höchstens aus ökonomischen Gründen bzw. in der Zeit, wenn die Kinder nicht mehr im Haushalt lebten.<sup>5</sup> Mit dem Hausfrauendasein wurde außerdem ein höherer sozialer Status der Familie verbunden, denn Nichterwerbstätigkeit stand als ein Zeichen für Wohlstand, den Frauen aus unterprivilegierten Schichten bisher nicht erreicht hatten (Pfau-Effinger 2000: 117).

---

<sup>5</sup> Im Jahre 1957 wurde die Hausfrauenehe auch auf gesetzlicher Ebene als Norm festgelegt, indem im Gleichberechtigungsgesetz festgesetzt wurde, dass eine Erwerbstätigkeit der Frau nur mit Zustimmung des Ehemannes möglich sei. Dieses Gesetz und damit die Hausfrauenehe wurden rechtlich erst 1977 abgeschafft (Eifler 1998: 39).

Unter den ledigen Frauen, deren Zahl nach dem Zweiten Weltkrieg groß war, war hingegen eine lebenslange Erwerbstätigkeit sehr verbreitet.

Zu einem Wandel des dominanten Geschlechter-Arrangements der Hausfrauenehe kam es in der Nachkriegszeit, vor allem im Zuge der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre, dem Erstarken der Frauenbewegung und dem Einsetzen der Bildungsexpansion in den 1970er Jahren. Das bestehende kulturelle Leitbild wurde von den Frauen einseitig aufgekündigt und Diskussionen um neue Gleichberechtigungsvorstellungen vor allem durch die Integration von Frauen in das Erwerbsleben entfacht (Pfau-Effinger 2000: 120).

Als ursächlich für den Wandel in den Orientierungen der Frauen zum Thema Erwerbstätigkeit lassen sich mehrere soziale Phänomene identifizieren (Pfau-Effinger 2000: 121f.). Zum einen kam es im Zuge der Demokratisierung nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Ungleichgewicht zwischen der politischen und innerfamiliären Gleichstellung von Frauen und Männern. Das kulturelle Leitbild der Hausfrauenehe passte mit der neu entstandenen Staatsordnung nicht zusammen.

Gleichzeitig vollzogen sich seit den 1960er Jahren Prozesse der Individualisierung. Das bedeutet, die Handlungsspielräume der Individuen in der Gesellschaft weiteten sich aus, was zugleich einerseits neue Handlungsoptionen und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung mit sich brachte, auf der anderen Seite die bisherigen Lebensmuster aber brüchiger werden ließ und Planungssicherheiten im Hinblick auf die eigene Biographie, z.B. die traditionelle Absicherung durch die Institution *Ehe*, verminderte. Gerade für die Frauen ergaben sich dadurch eher die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit, durch eine eigene Erwerbstätigkeit unabhängiger leben zu können. „Die kulturellen Werte von Fürsorge, Aufopferung und Selbstlosigkeit, die an die Hausfrauenrolle geknüpft waren, waren in Zeiten, in denen sich Prozesse der Individualisierung stark beschleunigten, immer weniger aktuell.“ (Pfau-Effinger 2000: 121) In einem engen Zusammenhang mit dem Wertewandel infolge der Individualisierung steht der deutliche Geburtenrückgang in Westdeutschland seit den 1970er Jahren, der mit der allgemeinen Verfügbarkeit der „Pille“ und anderen Verhütungsmitteln die Einstellungen zur Mutterschaft und das Geburtenverhalten der Frauen nachhaltig veränderte.

Zur gleichen Zeit erlebte die Bundesrepublik Deutschland eine Phase enormen wirtschaftlichen Wachstums, das allgemeine Wohlstandsniveau nahm zu und eine Erwerbstätigkeit von Frauen wurde vermutlich auch genutzt, um durch ein erhöhtes Haushaltseinkommen den Lebensstandard anzuheben. Die bereits angesprochene Bildungsexpansion eröffnete den Frauen Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen und

beruflichen Qualifikationen. Schließlich erfolgte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die umfassende Ausweitung des Dienstleistungssektors, in dem vor allem eher Frauen zugeordnete Tätigkeitsfelder entstanden.

Auch der gesellschaftliche Diskurs hinsichtlich der Hausfrauen- und Mutterrolle veränderte sich. Die Erwerbstätigkeit von Müttern wurde lange Zeit deshalb nicht für gut erachtet, da sie nach der traditionellen Auffassung das Wohl des Kindes beeinträchtigte (Pfau-Effinger 2000: 123f.).

Bis heute äußert sich diese Einstellung auch im Verhalten der Frauen in Form einer „doppelten Lebensführung“ (Geissler/ Oechsle 1994: 147). Doppelt ist diese Lebensführung in dem Sinne, als dass eine Erwerbsarbeit und das traditionelle Bild von Mutterschaft möglichst miteinander vereinbart und also eine „*Balance von Beruf und Familie*“ (Geissler/ Oechsle 1996: 114) erreicht werden sollen. Die besondere Problematik, die sich aus den beiden Ansprüchen vor allem für junge Frauen ergibt, ist die, dass für es für dieses Lebensmuster bislang „kein biographisches Modell, keinen ‚Normallebenslauf‘“ (Geissler/ Oechsle 1994: 149), wie er hingegen für Männer existiert, gibt.

So ist es schließlich sowohl durch die eher negative Einstellung der Mütter zur (ganztägigen) Kinderbetreuung als auch durch das unzureichend ausgebaute Kinderbetreuungssystem in der Bundesrepublik Deutschland zu erklären, dass erwerbstätige Mütter mit noch nicht schulpflichtigen Kindern zumeist in Teilzeit arbeiten, um ihren familiären Pflichten nachzukommen. In Westdeutschland ist die Teilzeitarbeit zu einem zentralen Muster der weiblichen Erwerbstätigkeit geworden.

„Die Orientierung auf eine Erwerbsunterbrechung und auf Teilzeitarbeit und vor allem auch die Dauer des Verbleibs in Teilzeitarbeit wird dabei sicherlich wiederum durch institutionelle Faktoren, wie die ungünstigen Kindergarten- und Schulzeiten, beeinflusst.“ (Pfau-Effinger 2000: 126)

In dieser Argumentationskette wird deutlich, dass beide Faktoren, sowohl kulturelle als auch institutionelle Gegebenheiten, aufeinander einwirken.

Für Westdeutschland ist festzustellen, dass vor allem von erwerbstätigen Müttern das dritte geschlechterkulturelle Modell nach Pfau-Effinger, nämlich das *Vereinbarkeits-Modell der Versorgerehe*, gelebt wird. „Die Entwicklung folgt hier dem Leitbild einer modernisierten Zuverdiener-Ehe, in dem durchaus ‚Gleichheit in der Differenz‘ beansprucht wird“ (Hampele Ulrich 2004: 261).

### **Frankreich**

Die Entwicklung der Geschlechter-Arrangements in Frankreich kann ebenso wie für Westdeutschland nach der Rolle, die das städtische Bürgertum für die Herausbildung dominanter Werte- und Normenvorstellungen spielte, nachgezeichnet werden. Die heute offenbar zu einer sozialen Norm gewordene Erwerbsorientierung von Frauen bildete sich vor allem erst Ende der 1960er Jahre heraus (Maruani 2004: 109).

Die bereits Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung brachte ähnliche Entwicklungen, z.B. verstärkte Urbanisierung, wie im damaligen Deutschland mit sich (Große/ Lüger 1996: 166). Doch erfolgten diese in Frankreich insgesamt langsamer, so dass sich Landwirtschafts- und Industriesektor parallel weiterentwickelten (Daune-Richard 1998: 222).

Das in den Städten lebende Bürgertum übertrug auch in Frankreich seine Idealvorstellung von Familie und vom Rollenverständnis zwischen Mann und Frau auf andere Schichten (Schultheis 1991: 104). Insbesondere in der Epoche zwischen den beiden Weltkriegen bildete sich für die Frauen als Bezugsmodell das Ideal der Hausfrau heraus. Ehefrau und Mutter zu sein, erhielt eine besondere soziale Wertschätzung (Battagliola 2000: 88).

Nach einer Zeit des Aufschwungs in den 1920er Jahren folgte eine wirtschaftlich schwache Zeit, in der im gesellschaftlichen Diskurs mit der großen Bedeutung der Mutterrolle und mit dem gewichtigen Argument der Massenarbeitslosigkeit die Rückkehr der erwerbstätigen Frauen in den Haushalt begründet wurde. Einen besonderen Einfluss machte dabei die katholische Kirche geltend. In dieser Zeit waren jedoch zwischen christlichen Arbeitnehmerverbänden und zahlreichen feministischen Gruppen auch Auseinandersetzungen um die Werte- und Rollenvorstellungen in der französischen Gesellschaft an der Tagesordnung (Battagliola 2000: 74).

Daneben verfolgte der französische Staat eine explizite pronatalistische Familienpolitik und förderte das traditionelle Familienmodell vor allem zum Wohle der Kinder (Fagnani 2002: 109). Dieses Modell wurde dann auch soweit möglich gelebt, und bis in die „Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs der Nachkriegszeit, den sogenannten *trente glorieuses* herrschte noch das Leitbild der Hausfrau (*femme au foyer*) mit einer nach den Bedürfnissen der Familie ausgerichteten punktuellen Erwerbsbeteiligung vor“ (Veil 2002: 61).

Ein Bestandteil der pronatalistischen Familienpolitik war beispielsweise die 1940 eingeführte sogenannte Hausfrauenzulage (*allocation de mère au foyer*), ein Zuschuss von 10 % auf den Lohn des Ernährerehemannes, welche als eindeutiges Signal für die Aufrechterhaltung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern interpretiert

werden kann (Veil 2002: 61). Zu jener Zeit waren an die Erwerbs- bzw. Nichterwerbstätigkeit der Frau gekoppelte Transferleistungen an der Tagesordnung, deren Höhe ab dem zweiten Kind nicht deutlich zunahm. Das bevorzugte Lebensmodell war demnach das der Hausfrau und weniger das der kinderreichen Mutter. Erst mit der Aufhebung der Hausfrauenzulage im Jahr 1978 wurde die Erwerbstätigkeit von Müttern im besonderen und Frauen im allgemeinen von nachteilig wirkenden Regelungen befreit, und die Erwerbsorientierung der Frauen stieg immer mehr an (Battagliola 2000: 90).

Die Umorientierung in Bezug auf die Erwerbstätigkeit und die Geschlechterrollen erfolgte ab den 1960er Jahren und dann vor allem unter den verheirateten Frauen (Battagliola 2000: 84, Veil 2002: 62). Ab den 1970er Jahren wurde in Frankreich die Meinung, dass auch Kinder unter 3 Jahren fremdbetreut werden könnten, ohne dass die Frau als schlechte Mutter gelte, immer verbreiteter (Fagnani 2002: 114) und hat sich bis heute zu einem kulturellen Leitbild entwickelt, das die Verbindung von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit der Frau als Norm ansieht. In Frankreich ist der „Grad des Denkens in ‚Entweder-oder‘ bzw. ‚Alles-oder-nichts‘ Kategorien“ (Schultheis 1991: 107) auffallend geringer als in Westdeutschland ausgeprägt.

Aktuell ist in Frankreich noch immer das *Doppelversorger-Modell* mit zwei vollzeiterwerbstätigen Verdienern höchst präsent. Knapp die Hälfte aller Paarhaushalte mit Kindern unter 15 Jahren leben nach diesem Muster, während nur etwa 16 % das *Vereinbarkeits-Modell der Versorgerehe* mit einem vollzeitberufstätigen Mann und einer teilzeitberufstätigen Frau gewählt haben (Reuter 2003a: 39). Eine Abweichung vom eigentlich zu erwartenden Verhalten der Französisinnen besteht darin, dass sie dennoch auch zu einem Großteil das *traditionelle Hausfrauenmodell der Versorgerehe* aufrecht erhalten haben. Es kommt bei Zwei-Eltern-Familien mit Kindern fast genauso häufig vor wie in Westdeutschland (36,0 % zu 39,7 %) (Reuter 2003a: 39). Doch scheint dieses Modell schichtspezifisch und regional verbreitet zu sein, nämlich unter Arbeiterinnen und auf dem Lande (Christadler 1994: 166).

### ***Ostdeutschland***

Als nach dem zweiten Weltkrieg Deutschland in die Bundesrepublik und die DDR geteilt wurde, entstanden zwei Staaten mit vollkommen unterschiedlich strukturierten und ideologisch fundierten Gesellschaftsordnungen und mit sich ebenso unterschiedlich entwickelnden Werte- und Normensystemen.

Die ideologische Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung fußte auf dem Marxismus-Leninismus. Danach galt „die Teilnahme an der materiellen Produktion als entscheidender Faktor der Persönlichkeitsentwicklung“ (Helwig 1988: 468) eines Menschen. Gleichberechtigung von Männern und Frauen sollte durch die möglichst umfassende Erwerbsbeteiligung der Frauen (und Männer) in das Erwerbsleben und ihre finanzielle Unabhängigkeit erlangt werden. Ein ausschließliches Leben als Hausfrau und Mutter stellte für die Frauen kein erstrebenswertes Lebensmodell dar und wurde ganz im Gegensatz zur westdeutschen Auffassung sogar heftig kritisiert. Das staatliche Kinderbetreuungssystem wurde nicht als Kompensation für die Zeit, in der die Mutter erwerbstätig war, angesehen, sondern als ein wichtiger Ort der Sozialisation und Erziehung der Kinder (Helwig 1988: 468).

„Das offizielle »sozialistische« Familienleitbild war die vollständige, auf Ehe beruhende Zwei- bis Drei-Kinder-Familie, in der die Frau über alle Phasen des Familienzyklus hinweg vollberufstätig sein und sich das häusliche Arbeitspensum mit dem Partner teilen sollte.“ (Gysi/ Meyer 1993: 140)

Für die Frauen bedeutete das ein politisch gewolltes Leitbild, welches insgesamt drei Rollen in sich vereinte – die Rolle der Hausfrau, der Mutter und der Erwerbstätigen.

Das staatliche Frauen- und Familienleitbild wich jedoch von der gelebten Realität ab. Die Frauen brachten beispielsweise weniger Kinder zur Welt als von familienpolitischer Seite gewünscht, die Zahl der Ehescheidungen nahm fast kontinuierlich zu (Gysi/ Meyer 1993: 140) und Wünsche nach reduzierten Arbeitszeiten wurden häufiger (Nickel 1990: 41). Zum einen weisen diese Entwicklungstendenzen darauf hin, dass es wohl unter den realen Bedingungen vielen Frauen nicht gelang, das sozialistische Frauenleitbild umzusetzen. Auf der anderen Seite kann das Verhalten der Frauen auch als Ausdruck ihres Strebens nach Gleichberechtigung sowie wirtschaftlicher Unabhängigkeit und einer gewissen Ablehnungshaltung gegenüber dem allzu strikten Ideal gedeutet werden.

Auch in der DDR hatte die formale Gleichberechtigung der Männer und Frauen vor dem Gesetz nicht die Ungleichheiten im Alltagsleben verschwinden lassen. Trotz der Widersprüchlichkeit zwischen dem staatlichen Ideal und dem Privatleben vertraten aber dennoch viele Frauen und Männer die Auffassung, dass keine wesentlichen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern bestünden (Trappe 1995: 85f.). Dem in der DDR vorherrschend existierenden geschlechterkulturellen Modell entspricht nach Pfau-Effinger am ehesten das *Doppelversorger-Modell mit staatlicher Kinderbetreuung* (Pfau-Effinger 1998: 190).

Lebenslang und ohne längere Unterbrechung erwerbstätig zu sein, war für die überwiegende Mehrheit der Frauen in der DDR eine Selbstverständlichkeit. Die positive Einstellung zu den Lebensbereichen Beruf und Familie bzw. Mutterschaft war bei der Mehrheit der Frauen gleich stark ausgeprägt (Gysi/ Meyer 1993: 141). Aus der anfänglich staatlich verordneten *Doppelbelastung* entwickelte sich ein *Doppelanspruch* der Frauen, ihrer Rolle als Mutter und Erwerbstätige gerecht zu werden. Eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit erfolgte zumeist nur innerhalb des gesetzlichen Rahmens bei der Geburt eines Kindes (Gysi/ Meyer 1993: 141).

Mit der deutschen Wiedervereinigung wurde zunächst angenommen, dass sich die Erwerbsorientierungen ostdeutscher Frauen aufgrund der veränderten politischen und institutionellen Rahmenbedingungen an die der westdeutschen angleichen würden (Fuchs/ Weber 2004: 1).

„Die zum Teil als Zwang erlebte Pflicht zur permanenten Doppelpräsenz von Frauen [...] könnte in Handlungsstrategien von Ost-Frauen umschlagen, die sich in einer tendenziellen Abkopplung von erwerbszentrierten Lebenskonzepten ausdrücken und mit einer stärkeren Familienorientierung verbunden sind. Das muß nicht zu einer generellen Abkehr von Berufarbeit führen, sondern könnte sich in der Vermeidung von beruflichem Aufstieg, in verstärkter Teilzeitarbeit, in der Akzeptanz traditioneller Geschlechterhierarchien usw. äußern.“ (Nickel 1993: 254)

Bis heute konnte diese Konvergenzhypothese jedoch nicht belegt werden. Vielmehr versuchen die Frauen in den Neuen Bundesländern auch heute noch, möglichst das Modell des Zwei-Vollzeitverdiener-Haushalts aufrecht zu erhalten (Pfau-Effinger 2000: 128).

Einige Autoren versuchen die weitere Entwicklung der Einstellungen in den Neuen Bundesländern vorherzusehen (z.B. Fuchs/ Weber 2004: 5). Eine Prognose erscheint jedoch sehr schwierig. Selbst mehr als 15 Jahre nach der Wiedervereinigung lassen sich noch fundamentale Unterschiede in den Orientierungen der Frauen zu Familie und Beruf erkennen (vgl. Abschnitt 1.3.3). Ein drastischer Rückgang der Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen ist aus diesem Grunde in der näheren Zukunft offenbar nicht zu erwarten.

### **1.3.3 Einstellungen zur Frauen- und Müttererwerbstätigkeit**

Befragungen zu Einstellungen bezüglich solcher Lebensbereiche wie Erwerbsleben oder Elternschaft können allgemein als Stimmungsbarometer für die Ausprägung der kulturellen Leitbilder in einer Gesellschaft angesehen werden.

Der folgende Überblick über Ergebnisse bisheriger Studien soll zeigen, inwiefern die Einstellungen der Frauen zur eigenen Erwerbstätigkeit und ihren idealen Vorstellungen

von der Vereinbarkeit von Mutterschaft mit einer Erwerbstätigkeit mit den tatsächlich gelebten Geschlechter-Arrangements übereinstimmen. Weichen die Einstellungen von der Realität ab, so kann entweder angenommen werden, dass die Machtpositionen im vorherrschenden Geschlechter-Arrangement zu Ungunsten der Frauen ausfallen oder dass die institutionellen Rahmenbedingungen des Wohlfahrtsstaates nicht mit den Wünschen der Bürgerinnen im Einklang sind.

***Einstellungen in West- und Ostdeutschland***

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (vgl. Dorbritz et al. 2005) stellt eine Auswertung der im Jahre 2003 international durchgeführten *Population Policy Acceptance Study (PPAS)* vor. In der PPAS wurde u.a. nach den Einstellungen der Menschen zur Thematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zu Geschlechterrollen gefragt. Befragt nach der bevorzugten Variante des Vereinbarens von Familie und Beruf, machten die 20- bis 39-jährigen Frauen in West- und Ostdeutschland folgende Angaben:

**Tab. 2: Bevorzugte Form des Vereinbarens von Familie und Beruf 20- bis 65-jähriger Frauen in West- und Ostdeutschland, 2003 (in %)**

Varianten des Vereinbarens von Familie und Beruf		Westdeutschland	Ostdeutschland
Vollzeitarbeit	keine Kinder	8,5	6,1
	ein Kind	5,5	19,1
	zwei oder mehr Kinder	7,0	23,8
Teilzeitarbeit	keine Kinder	2,1	0,6
	ein Kind	13,1	9,7
	zwei oder mehr Kinder	32,3	30,5
keine Berufstätigkeit, solange Kinder klein sind		25,6	8,6
überhaupt keine Berufstätigkeit, wenn Kinder da sind		5,8	1,7
gesamt		100	100

Quelle: eigene Darstellung nach Dorbritz et al. 2005: 45.

Wie Tabelle 2 zeigt, gab die überwiegende Mehrheit der Frauen an, dass sie sich ein ideales Leben zusammen mit Kindern vorstellt. Nur ein geringer Anteil der westdeutschen Frauen sieht die Rolle der vollzeitberufstätigen Mutter (12,5 %) bzw. der kinderlosen Karrierefrau als das für sie erstrebenswerte Idealbild an (8,5 %). Das dominierende Leitbild nimmt das *Vereinbarkeitsmodell* mit einer Teilzeittätigkeit neben der Mutterrolle ein, das sich fast die Hälfte der Frauen wünschen (45,4 %). An zweiter Stelle rangiert das *traditionelle Hausfrauenmodell der Versorgerehe*, in dem die Frau die Rollen der Hausfrau und der Mutter einnimmt (31,4 %). Dazu ist anzumerken, dass dieses Lebensmodell von den westdeutschen Frauen bevorzugt wird, solange die Kinder klein sind. Sobald die Kinder die Schule besuchen, wird auch von diesen Frauen eine Erwerbstätigkeit nicht

ausgeschlossen. Diese Vorstellung entspricht dem *Dreiphasenmodell*, in dem Frauen ihre Erwerbstätigkeit bei der Geburt eines Kindes unterbrechen und wenn es selbständig ist, in den Arbeitsmarkt zurückkehren wollen (Dorbritz et al. 2005: 45).

Auf eine langfristige Nichterwerbstätigkeit, wenn Kinder im Haus sind, legen sich lediglich 5,8 % der 20- bis 65-jährigen westdeutschen Frauen fest. Außerdem lässt sich feststellen, dass die Präferenz für ein Lebensmodell ohne Erwerbstätigkeit von Frauen älterer Jahrgänge etwas häufiger bevorzugt wird. Offensichtlich nimmt seine Akzeptanz unter den jüngeren Frauen in der Tendenz ab. 28,2 % der 20- bis 39-jährigen westdeutschen Frauen gegenüber 34,3 % der 40- bis 65-Jährigen befürworten es, mit Kindern im Haushalt (zunächst) nicht erwerbstätig zu sein. Es ist zu erwarten, dass sich die Verteilung der Präferenzen für die unterschiedlichen Modelle in den einzelnen Altersgruppen in Zukunft weiter zu Ungunsten des Hausfrauenmodells verschieben wird.

Für Ostdeutschland ergibt die gleiche Befragung, dass die Frauen sowohl das Modell der vollzeiterwerbstätigen als auch der teilzeiterwerbstätigen Mutter als ideal ansehen (42,9 % bzw. 40,2 %). Der deutliche Gegensatz in den Einstellungen und Wünschen ost- und westdeutscher Frauen wird folglich darin deutlich, dass sich zwei Fünftel der ostdeutschen Frauen für die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Vollzeittätigkeit, also für ein *Doppelversorger-Modell*, und lediglich ein Zehntel für die Hausfrauenehe mit Kind aussprechen. In dieser Hinsicht sind die Einstellungen der Frauen in den beiden Teilen Deutschlands entgegengesetzt ausgerichtet. Zudem lassen sich für die ostdeutschen Frauen kaum altersspezifische Differenzen in den Lebensentwürfen belegen (Dorbritz et al. 2005: 46).

Aufgrund der hohen Akzeptanz des Leitbildes der vollberufstätigen Mutter in Ostdeutschland mag auch der Wunsch nach Teilzeiterwerbstätigkeit in einem anderen Licht erscheinen. Anzunehmen ist, dass sich ostdeutsche und westdeutsche Frauen unter einer Teilzeittätigkeit verschiedenartige Arbeitszeitmodelle vorstellen. Die Befragungsergebnisse deuten darauf hin, dass die Teilzeiterwerbstätigkeit in Westdeutschland eher als Wahlmöglichkeit neben dem Hausfrauendasein und in Ostdeutschland eher als Alternative zur Vollzeiterwerbstätigkeit angesehen wird.

Beim Vergleich zu Ergebnissen früherer Studien ist zu beobachten, dass

„[e]ine Annäherung [der Einstellungen in den Alten und Neuen Bundesländern] am ehesten hinsichtlich der geringen Präferenz für die reine Hausfrauen- und Mutterrolle stattgefunden [hat], wobei sich hier mehr der Westen auf den Osten zubewegt hat als umgekehrt.“ (Dorbritz et al. 2005: 46)

In ihrer Studie über die Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit in West- und Ostdeutschland sowie Großbritannien wertet Claudia Vogel die Daten des *ISSP*<sup>6</sup> 1994 mit dem Schwerpunktthema „Familie und sich ändernde Geschlechterrollen“ aus. Bezogen auf Deutschland findet sie dabei heraus, dass Männer jeweils traditionellere Ansichten zu den Geschlechterrollen vertreten als Frauen. Für ostdeutsche Männer gilt das weniger als für westdeutsche (Vogel 2000: 21). Darüber hinaus hat das Alter in Ostdeutschland keinen signifikanten Einfluss auf die Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ältere Ostdeutsche besitzen kein traditionelleres Rollenverständnis als jüngere (Vogel 2000: 28). Eine Erklärung dafür könnte in der Tatsache bestehen, dass die Frauenerwerbstätigkeit in der DDR früher und stärker als in westlichen Ländern ausgebildet war.

Insgesamt zeigt sich, dass kulturelle Unterschiede in der Geschlechtsrollensozialisation einen weiteren wichtigen Erklärungsgrund liefern. „Die Sozialisationserfahrung: ‚Eigene Mutter war erwerbstätig‘ geht mit einer befürwortenden Einstellung zu Frauenerwerbstätigkeit einher“ (Vogel 2000: 29). Insofern lässt sich begründen, dass von ostdeutschen Frauen und Männer das Bild der erwerbstätigen Mutter eher als alltäglich empfunden und Müttererwerbstätigkeit eher befürwortet wird, da sie im eigenen Lebensverlauf erlebt wurde.

Im Rahmen der PPAS 2003 konnten ebenfalls die in Westdeutschland eher traditionellen Rollenvorstellungen bestätigt werden. Rund die Hälfte der 20- bis 65-Jährigen Westdeutschen sprechen sich für die Aussage aus, dass ein Vorschulkind unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leiden würde. Zusätzlich meinen knapp 60 %, dass das Familienleben unter einer Vollzeitwerbstätigkeit der Frau leiden würde. Von Ostdeutschen werden beide Aussagen nur zu rund 30 % befürwortet (Dorbritz et al. 2005: 48). Die Einstellungen laufen in Westdeutschland demnach zu großen Teilen der Müttererwerbstätigkeit im Allgemeinen und der Vollzeitfrauenerwerbstätigkeit im Besonderen entgegen.

Zusammenfassend ergibt sich aus dem Ost-West-Vergleich ein starker Kontrast zwischen den Einstellungen zu Frauenerwerbstätigkeit in den beiden Teilen Deutschlands. Während in Ostdeutschland in der Mehrheit egalitäre und etatistische Einstellungen vertreten werden, überwiegt in Westdeutschland das Leitbild der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen (Vogel 2000: 32).

---

<sup>6</sup> Beim ISSP, dem *International Social Survey Programme*, handelt es sich um eine international vergleichende Studie zur Messung von Einstellungen zu bestimmten Themen. Sie wird in 41 Ländern jährlich mit regelmäßig wechselnden Schwerpunkten durchgeführt. Für Deutschland fließen in das ISSP die Daten der *Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS)* ein. Der Fragenkomplex zum Thema „Family and Changing Gender Roles“ wurde 1988 zum ersten Mal erhoben (Vogel 2000: 1, vgl. auch <http://www.issp.org>).

Die Gründe für die hohe Akzeptanz weiblicher Erwerbsorientierung in Ostdeutschland gehen auf die zu DDR-Zeiten staatlich vorangetriebene Vereinbarkeit von Familie und Beruf zurück. Die Sozialpolitik erhob die Müttererwerbstätigkeit zur Norm. Abweichende Lebensformen wie das Versorger-Modell der Hausfrauenehe verbreiteten sich kaum. Für die Einschätzung des Umfangs der Geschlechtergleichheit in der DDR muss außerdem bedacht werden, dass die Gleichberechtigung im Berufsleben größtenteils nicht mit einer egalitären Rollenverteilung in der Familie korrespondierte. Förderlich für die Ausbildung des egalitären Rollenverständnisses zur Erwerbstätigkeit war darüber hinaus die geringer ausgeprägte sozialstrukturelle Differenzierung in der Gesellschaft (Vogel 2000: 32).

Für westdeutsche Männer und Frauen hingegen besteht die Hauptaufgabe der Frauen noch immer in der Familienarbeit, die als kaum mit einer außerhäuslichen Tätigkeit vereinbar angesehen wird und auch von Seiten der Sozialpolitik kaum Förderung erfährt. Vor bei den jüngeren Frauen verliert das vorherrschende starke Ernährermodell jedoch zunehmend an Zuspruch. Dieser Befund schlägt sich in ihrer sowohl hohen Familien- als auch Erwerbsorientierung nieder (Vogel 2000: 33). Dennoch ist zu beachten, dass sich die Einstellungen zur Rolle der Frau in den beiden Teilen Deutschlands nicht annähern, sondern sowohl in West- als auch in Ostdeutschland jeweils moderner<sup>7</sup> werden (Blohm 2002: 540).

### ***Einstellungen in Frankreich***

Ein auffälliger Unterschied zu Deutschland im Hinblick auf die Einstellungen französischer Frauen und Männer zu Frauenerwerbstätigkeit besteht allein schon darin, dass kaum Studien zu dieser Fragestellung existieren und die Rolle der Frauen im Erwerbsleben offenbar kaum thematisiert wird. Eine Debatte über angebliche Rabenmütter, die, weil berufstätig, ihre Kinder vernachlässigen würden, eine solche Diskussion, wie man sie aus Deutschland kennt, wird anscheinend in Frankreich nicht geführt. Allein international vergleichende Studien geben Auskunft über die Einstellungen der Franzosen zu den Themen Mutterschaft, Kinderbetreuung und Erwerbsorientierung von Frauen. Die Meinung, dass ein Kind im Vorschulalter unter der Berufstätigkeit der Mutter leidet, vertreten beispielsweise in Westdeutschland 70 % gegenüber 34 % in Ostdeutschland und 55 % in Frankreich (Fagnani 2002: 114).<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Die Ablehnung von Aussagen aus dem ISSP, der PPAS und ähnlichen Studien, die dem traditionellen Rollenbild entsprechen, wird als modern interpretiert.

<sup>8</sup> Die Angaben beziehen sich auf die 1998 erhobenen ISSP-Daten zum Thema „Family and Changing Gender Roles III“.

Die Ergebnisse des *Eurobarometer* aus dem Jahre 1997 zeigen ebenfalls auffällige Unterschiede im deutsch-französischen Vergleich (vgl. Tab. 3). So bestätigt sich erneut die Ansicht der westdeutschen Frauen, dass noch nicht schulpflichtige Kinder im Haushalt von der Mutter versorgt werden sollten und dies mit einer Erwerbstätigkeit unvereinbar sei. In Frankreich äußern nur halb so viele Frauen diese Einstellung und in Ostdeutschland noch einmal halb so viele. In Frankreich wird dagegen bei gleichzeitiger Mutterschaft eine Erwerbstätigkeit als ideal angesehen und dabei lieber Teilzeit- als Vollzeittätigkeit (44,0 % zu 28,3 %) gewünscht. Zu beachten ist dabei, dass sich französische Frauen am seltensten für die Kombination von Kinderlosigkeit und Berufskarriere aussprechen.

**Tab. 3: Bevorzugte Form des Vereinbarens von Familie und Beruf von Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 1997 (in %)**

Varianten des Vereinbarens von Familie und Beruf	Frankreich	Westdeutschland	Ostdeutschland
<b>Vollzeitarbeit</b> keine Kinder	4,5	10,6	5,2
ein Kind	10,2	6,1	20,2
zwei oder mehr Kinder	18,1	5,2	16,0
<b>Teilzeitarbeit</b> keine Kinder	9,6	12,9	16,7
ein Kind	28,4	16,7	27,8
zwei oder mehr Kinder	15,6	34,3	7,8
keine Berufstätigkeit, solange Kinder klein sind	7,9	7,4	2,5
überhaupt keine Berufstätigkeit, wenn Kinder da sind	5,8	6,9	3,9
weiß nicht	5,5	6,9	6,7
<b>gesamt</b>	106	107	107

Quelle: eigene Darstellung nach Fagnani 2002: 115.<sup>9</sup>

Im deutsch-französischen Ländervergleich zeichnen sich scheinbar widersprüchliche Argumentationsmuster in den Rollenauffassungen der Menschen ab. Während sich die Franzosen gleichzeitig für eine weibliche Erwerbstätigkeit und den höheren Stellenwert von Familie im Gegensatz zum Beruf aussprechen, ist für westdeutsche Frauen die Mutterschaft nicht Bedingung für das erfüllte Leben einer Frau und wird nicht die Frauenerwerbstätigkeit in verstärktem Maße befürwortet. Für Frankreich ergibt sich die Erklärung, dass die Erwerbsrolle nicht zur

„Tugend einer in der Wertehierarchie überragenden Norm hochstilisiert und idealisiert wird, sondern in friedlicher – wenn auch scheinbar paradoxer – Koexistenz mit dem vermeintlich unvereinbaren, und dennoch hochgeschätzten Wert der Mutterschaft und der Familienkarriere“ (Schultheis 1998: 215)

gelebt wird.

Für Deutschland kann man in der Unschlüssigkeit hinsichtlich der weiblichen Rollenzuschreibungen das parallele Bestehen ganz unterschiedlicher kultureller Leitbilder, von

<sup>9</sup> Leider enthält Fagnani (2002) keine Angabe der befragten Altersgruppe. Im Eurobarometer 1997 waren zudem offenbar Doppelnennungen möglich.

der traditionellen Hausfrau bis zur vollzeitberufstätigen Mutter erkennen. In Westdeutschland wird die Doppelrolle von Muttersein und Erwerbstätigkeit anscheinend noch als sehr belastend und überfordernd empfunden, was sich in einem Hin- und Hergerissensein zwischen beidem ausdrückt.

### 1.3.4 Zusammenfassung

Der Ansatz der kulturellen Leitbilder, wie ihn Birgit Pfau-Effinger (2000) theoretisch fundiert eingeführt hat, widmet sich der Erklärung internationaler Verhaltensunterschiede, welche auf historisch verschiedenartig gewachsenen Idealen, Normen und Werten beruhen. Pfau-Effinger identifiziert fünf idealtypische geschlechterkulturelle Modelle, in die sie den Geschlechtervertrag und die Machtpositionen zwischen Männern und Frauen und die daraus abgeleitete geschlechtsspezifische Arbeitsteilung einbindet. In ihrer Anwendung auf Westdeutschland und Frankreich konnte gezeigt werden, welche Geschlechter-Arrangements in den Gesellschaften jeweils vorherrschen.<sup>10</sup>

Für Westdeutschland gibt es zwei dominante Muster, zum einen das *Vereinbarkeits-Modell der Versorgerin*, in dem die Frau vollzeit- und in der Phase aktiver Mutterschaft teilzeiterwerbstätig ist, und zum anderen das *traditionelle Versorger-Modell der Hausfrauenehe*, in dem die Frau durch das Einkommen des Mannes abgesichert ist und selbst keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Für Frankreich lässt sich ebenfalls ein diversifiziertes Bild der Geschlechter-Arrangements feststellen. Doch dominiert in der französischen Gesellschaft der Leitgedanke: „Besser eine Frau, gleich ob Mutter oder nicht, ist teilzeit- als gar nicht erwerbstätig“ (Ostner 1995b: 63f.).

Im Fall Ostdeutschlands ist die Bestimmung der Geschlechter-Arrangements in einem anderen historischen Zusammenhang als für die westeuropäischen Staaten zu sehen. Die Kategorisierung nach Pfau-Effinger ist hier nur begrenzt anwendbar. Zu Zeiten der DDR entwickelte sich als Norm eine Variante des *Doppelversorger-Modells mit staatlicher Kinderbetreuung* heraus (Pfau-Effinger 1998: 190), in dem jedoch der Großteil der familiären Pflichten zumeist auf den Schultern der Frauen lag.

In jeder der drei Regionen herrschen spezifische Einstellungen zum Thema Frauenerwerbstätigkeit und in diesem Zusammenhang auch zur Mutterschaft vor, die größtenteils mit den gelebten geschlechterkulturellen Leitbildern korrelieren. Das bedeutet, die Präferenzen für

---

<sup>10</sup> Dabei ist darauf hinzuweisen, dass sich die Betrachtungen ausschließlich auf Partnerschaften zwischen Männern und Frauen beziehen und allein lebende Personen, so auch allein erziehende Mütter, in den geschlechterkulturellen Modellen nicht einbezogen wurden.

ein bestimmtes kulturelles Leitbild drücken sich auch in den Einstellungen zum Geschlechterverhältnis und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus. So dominiert in Westdeutschland die Befürwortung der Mutterrolle, wohingegen in Ostdeutschland ähnlich wie in Frankreich Mutter- und Berufsrolle gleich betont werden.

Inwiefern die vorherrschenden Geschlechter-Arrangements in Deutschland und Frankreich in der jeweiligen Sozialpolitik des Landes umgesetzt worden sind, wird in Kapitel 3 untersucht. Zunächst soll in einem Überblick die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit im Hinblick auf die Bildung, die Erwerbsbeteiligung sowie die Voll- und Teilzeitbeschäftigung von Frauen charakterisiert werden.

### ***2 Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit***

Eine umfassende Betrachtung der historischen Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit für Deutschland und Frankreich und zusätzlich für West- und Ostdeutschland wäre an dieser Stelle zu umfangreich. Deshalb sollen im folgenden lediglich anhand einiger Indikatoren die Unterschiede und Gemeinsamkeiten dargestellt werden.

Eine wichtige Voraussetzung für die wachsende Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben ist ihre Teilhabe an qualifizierender Bildung und Ausbildung. Der Ausbau des Zugangs der Frauen zum Bildungssystem wird deshalb in einem ersten Schritt nachvollzogen. Danach wird die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung und der Erwerbstätigkeit in einem Überblick anhand vergleichender Zahlen für Frankreich, West- und Ostdeutschland dargelegt. Zuletzt rücken die Ausgestaltung weiblicher Beschäftigungsverhältnisse und dabei vor allem das Phänomen der Teilzeitbeschäftigung ins Blickfeld.

#### **2.1 Bildung und Ausbildung**

Eine wichtige Bedingung für den Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich seit den 1960er und 1970er Jahren bestand in dem breiteren Zugang zu Bildung und Ausbildung, der den Frauen im Zuge der Bildungsexpansion eröffnet wurde (Beck 1986: 127f.). Mit dieser Entwicklung ging zu jener Zeit außerdem eine allgemeine Anhebung des gesamten Bildungsniveaus einher, so dass die

weiterführenden Schularten gegenüber den Volks- und Hauptschulen in Deutschland und den *collèges* in Frankreich an Bedeutung gewannen.

Die Entwicklung der umfassenden Integration der Frauen in das Bildungssystem hält auch heute noch an, und junge Frauen sind aktuell in Schule, Lehre und Studium etwa gleich viel oder sogar anteilmäßig stärker als die gleichaltrigen Männer vertreten, so z.B. in den deutschen Gymnasien und den französischen *lycées* (Duru-Bellat 1992: 166).

Der Besuch weiterführender Schulen und Universitäten hat zudem zu einer Verlängerung der Verweildauer im Bildungssystem geführt. In Deutschland beginnt der Prozess des Austritts aus dem Bildungssystem relativ spät im Alter von 17 bis 18 Jahren und erstreckt sich über eine lange Periode bis zum Alter um die 30 Jahre. Frankreich gehört dagegen zu den Ländern, in denen der Abschluss der formalen Bildung in kürzeren Zeiträumen verläuft. Im Alter von 25 oder 26 Jahren sind dort nur noch geringe Anteile einer Kohorte in Ausbildung. Zwar fördert das deutsche duale Ausbildungssystem einen etwas früheren Einstieg in das Erwerbsleben, doch verlaufen zahlreiche Bildungswege in Deutschland längerfristig als in Frankreich, so dass die Hauptgruppe der Jugendlichen dort bereits mit 18 Jahren das Bildungssystem verlässt (Couppié/ Mansuy 2003: 103).

Neben den ähnlichen Entwicklungstendenzen im Hinblick auf die Bildungsexpansion und der unterschiedlich ausgedehnten Verweildauer im Bildungs- und Ausbildungssystem existieren zwischen Deutschland und Frankreich weitere Unterschiede im Hinblick auf die Entwicklung der weiblichen Bildungsbeteiligung. Catherine Marry (2001) macht dabei für die Französinen die größeren Fortschritte aus (Marry 2001: 108ff.). So sind die Frauen in Frankreich früher als in Deutschland zum Hochschulstudium zugelassen worden, und zwar im Jahre 1868, in Deutschland hingegen erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Christadler/ Hervé 1994: 196, Marry 2001: 108f.). Die Frauen der Geburtsjahrgänge 1962-66, also die heute knapp 40-jährigen, haben in Frankreich zu einem größeren Anteil als ihre männlichen Altersgenossen das Abitur oder höhere Abschlüsse erlangt (36,4 % gegenüber 23,3 %), während in der Bundesrepublik Deutschland für diese Kohorte solch eine Entwicklung noch nicht zutraf (23,3 % gegenüber 27,0 %) (Marry 2001: 109).

Die gleichen bzw. höheren Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse der Frauen im Vergleich zu denen der Männer dürfen aber über eine entscheidende Tatsache nicht hinwegtäuschen, welche für die Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben von großer Bedeutung ist. Noch immer erfolgt die Wahl der Ausbildungsberufe oder Studienfächer in beiden Ländern nach eher traditionellen Mustern. So orientieren sich junge Frauen bei der Studienwahl vor allem auf die geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen oder entscheiden sich, wie seit

jüngerer Zeit, auch vermehrt für Jura-, Volkswirtschafts- oder Betriebswirtschaftsstudien. In Frankreich und Deutschland bleiben die naturwissenschaftlichen Fächer hingegen eine Männerdomäne (Duru-Bellat 1992: 166f., Marry 2001: 109f.). Dieser anhaltende Trend der geschlechtsspezifischen Berufs- oder Studienwahl wirkt sich wiederum auf die Repräsentation der Frauen in bestimmten Berufsfeldern und in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten negativ auf ihre Arbeitsmarktchancen aus, da dann vor allem in den weiblich dominierten Branchen Stellenkürzungen häufiger vorkommen.

Die Berufsentscheidung der jungen Frauen drückt jedoch in gewisser Weise auch eine Strategie der Kompromissfindung aus. Mit der Wahl eines frauentypischen Berufszweiges werden von vornherein (bewusst oder unbewusst) Karrieren ausgeschlossen, die mit der Art und Weise der zukünftig gewünschten Lebensführung nicht kompatibel wären (Duru-Bellat 1992: 168). So geben rund 70 % der jungen Französinen an, dass für sie die mit dem Beruf verbundene „Freizeit“ ein ausschlaggebendes Kriterium bei der Berufswahl darstellt, eben jene „Freizeit“, in der es möglich wird, eine Familie zu gründen und Beruf und Kinder miteinander zu vereinbaren (Duru-Bellat 1992: 168ff.). Unkonventionelle Karrieren in männlich dominierten Berufszweigen würden die Frauen hingegen viel eher vor die Entscheidung „Kind oder Karriere?“ stellen.

Für die jungen ostdeutschen Frauen hat sich die Lage im Bildungssystem nach der „Wende“ an die westdeutschen Gegebenheiten angepasst. So befinden sie sich nun in einer länger dauernden Bildungsphase, als es zu DDR-Zeiten üblich war, und sehen sich im Vergleich mit ihren westdeutschen Altersgenossinnen mit ähnlichen oder aufgrund der schlechteren wirtschaftlichen Lage größeren Schwierigkeiten bei der Berufswahl und dem Eintritt in das Erwerbsleben konfrontiert (Schober 2001: 523f.). Das Abitur ist heute für viele Schülerinnen und Schüler zum am meisten angestrebten Schulabschluss geworden. Dahinter steht die weit verbreitete Meinung, dass man heutzutage ohne Abitur auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen habe. Diese Ansicht vertreten die jungen Frauen insgesamt häufiger als ihre männlichen Altersgenossen (Schober 2001: 534).

Zusammenfassend und als allgemeiner Trend kann für die Entwicklung der weiblichen Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung festgehalten werden, dass für die Frauen in den vergangenen Jahrzehnten ein deutlicher Anstieg nicht nur beim Erwerb von höheren Schulabschlüssen, sondern auch beim Erreichen von qualifizierten Berufsabschlüssen zu erkennen ist. Diese allgemeine Höherqualifizierung kann als eine der Ursachen für die erhöhte Erwerbsbeteiligung der Frauen verstanden werden (Lauterbach et al. 2001: 175).

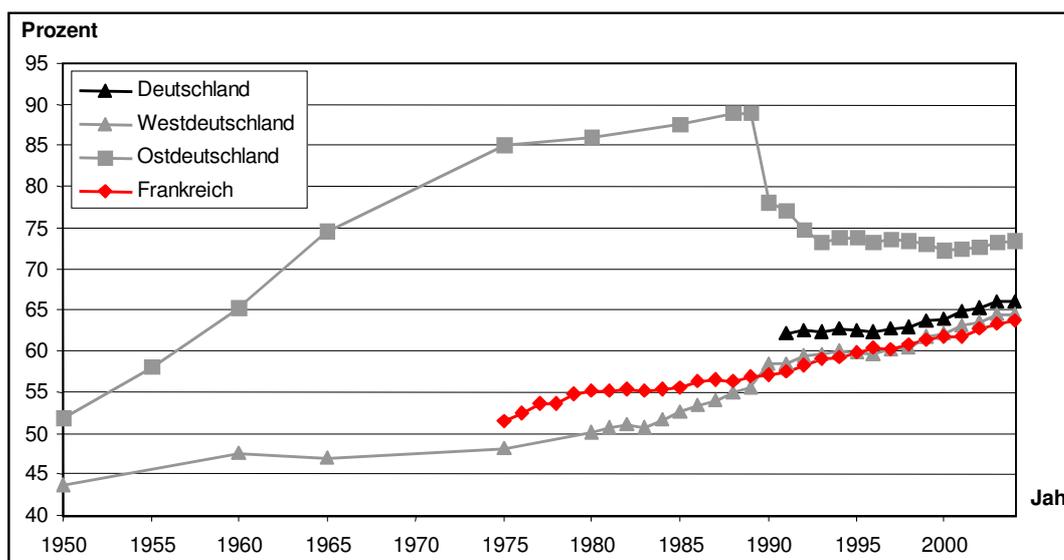
Doch der Umkehrschluss, dass die gleichen Bildungs- und Ausbildungschancen für die Frauen auch zu gleichen Erwerbschancen auf dem Arbeitsmarkt geführt haben und führen, kann nicht gezogen werden, da die geschlechtsspezifische Segregation innerhalb des Ausbildungssystems eine ungleiche Verteilung der Männer und Frauen in die einzelnen Berufsbranchen mit unterschiedlichen Arbeitslosigkeitsrisiken, Arbeitszeitmodellen und Aufstiegschancen sowie unterschiedlicher Entlohnung bewirkt.

### **2.2 Erwerbsbeteiligung**

Für die westeuropäischen Staaten wie Frankreich oder die Bundesrepublik Deutschland lassen sich zur Frauenerwerbsbeteiligung einige verallgemeinerbare Trends festhalten. In jeder Dekade seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich die Länge des Austritts aus dem Erwerbsleben für die Betreuung eigener Kinder verringert. Während es in den 1940er und 1950er Jahren üblich war, mit der Heirat die Arbeitswelt zu verlassen, blieben Frauen später bis zur Geburt ihres ersten Kindes häufig in Erwerbsarbeit und kehrten in den Arbeitsmarkt zurück, wenn das älteste Kind schulpflichtig wurde. Dadurch standen dem Arbeitsmarkt im Großen und Ganzen zwei Gruppen von Frauen zur Verfügung, die jungen, kinderlosen Frauen und die älteren Frauen mit herangewachsenen Kindern. In den letzten Jahrzehnten hat sich dieses Bild gewandelt und Frauen kehren auch zwischen den Geburten von Kindern in das Erwerbsleben zurück (Rees 1992: 19).

Will man anhand von Zahlen die Frauenerwerbsbeteiligung in einzelnen Ländern vergleichen, so zieht man zunächst die Frauenerwerbsquote heran. Diese Quote zeigt an, in welchem Verhältnis die weiblichen Erwerbspersonen, also die erwerbstätigen und die erwerbslosen Frauen, zur gesamten weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren stehen. Die Erwerbsquote beinhaltet also auch die erwerbslosen Frauen und zeigt an, dass diese im Gegensatz zu den Nichterwerbspersonen als dem Arbeitsmarkt nahestehend angesehen werden, sofern sie arbeitssuchend sind (Bothfeld 2005: 127). Abbildung 1 verdeutlicht die Entwicklung der Frauenerwerbsquoten in Frankreich und Deutschland für den Zeitraum von 1950 bis 2004 und unterscheidet zusätzlich die ost- und westdeutschen Quoten.

**Abb. 1: Frauenerwerbsquoten der 15- bis 64-Jährigen in Frankreich und Deutschland, darunter West- und Ostdeutschland, 1950-2004 (in %)**



Quelle: eigene Darstellung, Daten für Deutschland in: Bothfeld et al. 2005: Tab. 3.A.1a-c, CD-ROM<sup>11</sup>, Daten für Frankreich in: INSEE o.J.: Online-Datenbank<sup>12</sup>.

Im der grafischen Darstellung lassen sich im deutsch-französischen Vergleich für beide Länder ähnlich hohe Frauenerwerbsquoten ausmachen. In Frankreich lag die Frauenerwerbsbeteiligung etwas früher als in der Bundesrepublik Deutschland auf einem höheren Niveau. Insgesamt gesehen blieben die Frauenerwerbsquoten aber in Westdeutschland und Frankreich auf einem fast gleich hohen Stand mit zuletzt um die 64 %. Die etwas höher gelagerte Frauenerwerbsquote im vereinigten Deutschland resultiert aus der deutlich höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen in Ostdeutschland auch nach der Wiedervereinigung. Besonders auffällig sind die unvergleichbar hohen Erwerbsquoten der Frauen zu Zeiten der DDR. „In der ehemaligen DDR [...] war von Beginn an die berufliche Qualifizierung und die umfassende Rekrutierung der Frauen für den Arbeitsprozeß politisches Programm und ökonomische Notwendigkeit“ (Lauterbach et al. 2001: 175). Bereits in den 1950er Jahren lag ihre Erwerbsbeteiligung mit einer Erwerbsquote von rund 50 % im Jahre 1950 bis rund 65 % im Jahre 1959 deshalb sehr hoch.

<sup>11</sup> Westdeutschland: Ab 1990 existiert ein neues Leitfragenkonzept. Geringfügig Beschäftigte werden nun als Erwerbstätige ausgewiesen. Ostdeutschland: Für 1950-1990 mit der Methodik der Bundesstatistik zurückgerechnete Daten auf Basis der DDR-Statistik, ab 1991 Ergebnisse des Mikrozensus./ Datenbasis für West- und Gesamtdeutschland: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, FS 1 R 4.1.1 (verschiedene Jahrgänge), Arbeitstabellen; Datenbasis für Ostdeutschland: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 14; FS 1 R 4.1.1 (verschiedene Jahrgänge), Arbeitstabellen.

<sup>12</sup> Datenbasis für Frankreich: INSEE, Paris, Enquêtes Emploi und für die Jahre 1975, 1982, 1990 und 1999 Volkszählung, abgerufen unter: [http://www.insee.fr/fr/ffc/chifcle\\_fiche.asp?ref\\_id=NATCCF03103&tab\\_id=303](http://www.insee.fr/fr/ffc/chifcle_fiche.asp?ref_id=NATCCF03103&tab_id=303) (05.04.2006).

In der alten Bundesrepublik entwickelte sich die Frauenerwerbsbeteiligung hingegen erheblich langsamer. Erst infolge der größeren Partizipation am Bildungs- und Ausbildungssystem ab den 1970er Jahren stieg auch dort der Anteil der Erwerbspersonen unter den Frauen etwa ab 1980 kontinuierlich an. Den Umfang wie zuletzt in den 1980er Jahren in der DDR erreichte sie allerdings nie. Eine Besonderheit der weiblichen Erwerbstätigkeit in der DDR bestand außerdem darin, dass sie in ihrer Höhe und in der Kontinuität ihres Verlaufs jener der Männer stark ähnelte (Ochs 2000: 59).

Im Zuge der Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft kam es auf dem Gebiet der heutigen Neuen Bundesländer einerseits zu einem einschneidenden Beschäftigungsabbau mit einhergehender hoher Arbeitslosigkeit sowie andererseits zur Reduzierung des gesamten Erwerbspersonenpotenzials. Die Zahl der ostdeutschen Erwerbspersonen sank im Jahr der Einheit von zuvor 9,8 Millionen im Jahr 1989 auf 8,6 Millionen. Dieser enorme Rückgang setzte sich auch in den Folgejahren fort, so dass sich ab 1989 innerhalb von vier Jahren das Erwerbspersonenpotenzial um mehr als ein Viertel verminderte (Dahms/ Wahse 1996: 30). Infolge von Umstrukturierungen des Arbeitsmarktes verschlechterte sich vor allem auch die Erwerbssituation der ostdeutschen Frauen. Sie waren deutlich stärker als die Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. So stieg ihr Anteil an den Arbeitslosen im Zeitraum von April 1991 bis Juli 1993 von 56,1 % auf 64,4 % an (Dahms/ Wahse 1996: 40).

Im Ost-West-Vergleich sind die heute ungleichen Erwerbsquoten hauptsächlich Ausdruck der unterschiedlichen Arbeitsmarktbelastung der verheirateten Frauen (Bothfeld 2005: 127). Beispielsweise lag der Anteil der verheirateten weiblichen Erwerbspersonen im Jahr 2001 in den Alten Bundesländern bei 51,0 %, in den Neuen Bundesländern hingegen bei 63,7 % (Statistisches Bundesamt 2002: 89). Das bedeutet, dass verheiratete Frauen in Westdeutschland seltener als der Durchschnitt von 63,2 % der westdeutschen Frauen am Erwerbsleben teilnahmen, während die Erwerbsquote verheirateter Frauen in Ostdeutschland deutlich über der allgemeinen ostdeutschen Frauenerwerbsquote von 72,5 % lag.<sup>13</sup>

Während die Frauenerwerbsquoten in Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung noch immer deutlich voneinander abweichen (2004: 73,4 % in Ost- und 64,5 % in Westdeutschland), nähern sich die Zahlen an, sobald man die Erwerbstätigenquoten

---

<sup>13</sup> In Bezug auf die Erwerbsquoten der verheirateten Frauen in Frankreich lässt sich an dieser Stelle keine Aussage treffen, da weder in der vorliegenden Literatur noch in den Datenbanken des INSEE Angaben dazu gemacht werden. Im empirischen Teil der Arbeit wird der Einfluss des Familienstandes jedoch auch für Frankreich untersucht.

heranzieht (Bothfeld 2005: 126). Diese geben den prozentualen Anteil der erwerbstätigen, also der beschäftigten, Personen an der entsprechenden Gruppe der Bevölkerung an.

2004 lag diese Beschäftigungsquote für die ostdeutschen 15- bis 64-jährigen Frauen bei 58,1 % und für die westdeutschen Frauen gleichen Alters bei 58,5 %. Der Grund für die Angleichung von Ost- und Westdeutschland liegt in der überaus hohen Erwerbslosigkeit der ostdeutschen Frauen. Im Jahr 2004 waren in den Neuen Bundesländern 19,3 % der Frauen im erwerbsfähigen Alter erwerbslos gegenüber 8,0 % in Westdeutschland (Statistisches Bundesamt 2005a: 43). Dieser Befund deutet zudem darauf hin, dass ostdeutsche Frauen auch in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit an ihrer starken Erwerbsorientierung und ihrer Bindung zum Arbeitsmarkt festhalten.

Im Vergleich zu den deutschen Frauen lag die Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Französinen 2004 bei 63,8 %, ihre Erwerbstätigenquote bei 56,7 % und ihre Erwerbslosenquote bei 11,1 % (Attal-Toubert/ Derosier 2005: 1ff.)<sup>14</sup>. Auf den ersten Blick erkennt man eine geringere Erwerbsbeteiligung und Erwerbstätigkeit verglichen mit den deutschen Frauen sowie eine höhere Erwerbslosigkeit als bei den westdeutschen Frauen.

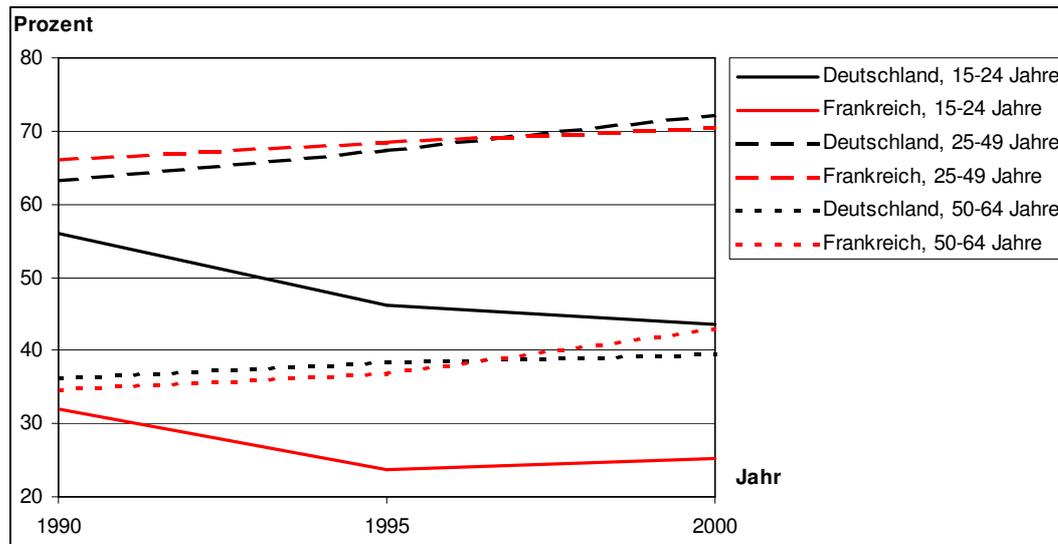
Aufschlussreicher als die reinen Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten sind für eine genauere Betrachtung jedoch die altersspezifischen Erwerbstätigenquoten, welche es erlauben, den Anteil der weiblichen Erwerbstätigen innerhalb der unterschiedlichen Altersgruppen zu analysieren. Im folgenden werden drei Altersstufen berücksichtigt, (1) die jungen Frauen im Alter von 15 bis 24 Jahren, (2) die Kerngruppe der 25- bis 49-Jährigen mit der höchsten Erwerbstätigenquote und (3) die älteren Frauen im Alter von 50 oder mehr Jahren. Abbildung 2 stellt auf der folgenden Seite die altersspezifischen Frauenerwerbstätigenquoten für Deutschland und Frankreich gegenüber.

Während in den Altersgruppen ab 25 Jahren in Deutschland und Frankreich sehr ähnliche Frauenerwerbstätigenquoten zu verzeichnen sind, besteht in der Gruppe der 15- bis 24-jährigen Frauen eine hohe Abweichung von rund 18 Prozentpunkten. Die jungen Französinen sind sogar stärker als die jungen ostdeutschen Frauen von Erwerbslosigkeit betroffen. Im Jahr 2002 waren beispielsweise 22,8 % der 15- bis 24-Jährigen erwerbslos (Maruani 2005: 460), und diese sehr hohe Jugenderwerbslosigkeit hält in Frankreich bis zum Alter von 30 Jahren an. So zählten 2004 bei steigender Tendenz 18,4 % der 15- bis 29-jährigen Französinen zu den Erwerbslosen (Attal-Toubert/ Derosier 2005: 1).

---

<sup>14</sup> Datenbasis: Enquête Emploi 2004.

**Abb. 2: Frauenerwerbstätigenquoten in Deutschland und Frankreich nach Altersklassen, 1990-2000 (in %)**



Quelle: eigene Darstellung nach Europäische Kommission 2002: 101<sup>15</sup>.

Insgesamt gesehen sind die Frauen in Deutschland wie in Frankreich, gleich in welcher Altersgruppe, stärker als die Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. Außerdem hat seit der ansteigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen eine Feminisierung der Arbeitslosigkeit eingesetzt. Gerade Langzeitarbeitslosigkeit scheint ein vermehrt weibliches Phänomen zu sein (Gauvin 2001: 286f.):

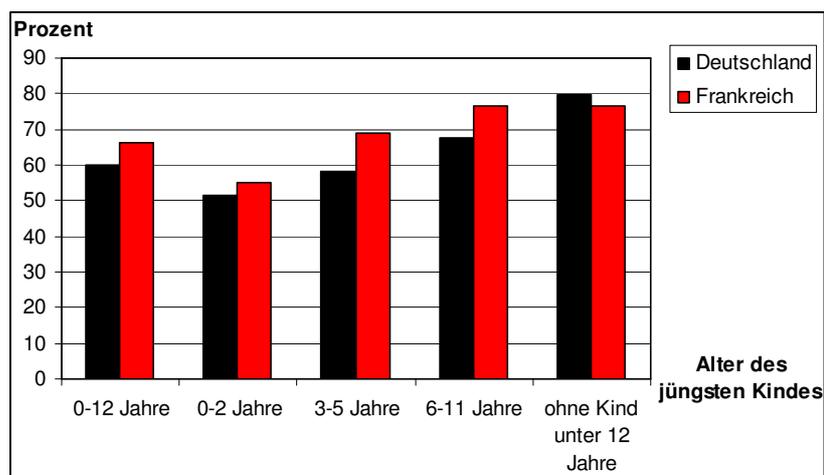
„Die Frauenarbeitslosigkeit hängt stärker als die Männerarbeitslosigkeit mit ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen zusammen; der »Drehtür-Effekt«, d.h. der Wechsel von Beschäftigung in Arbeitslosigkeit und wieder in Beschäftigung usw. ist daher stärker.“ (Gauvin 2001: 288)

Insbesondere Beschäftigte in solchen Wirtschaftsbereichen, in denen seit den letzten 30 Jahren der Anteil der Frauenerwerbstätigkeit beständig gewachsen ist, gehören zu den besonders häufig von Arbeitslosigkeit Betroffenen (Rogerat 2001: 279). Die hohe Arbeitslosigkeit ist demnach eine strukturelle Besonderheit der Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt sowohl in (Ost-)Deutschland als auch in Frankreich.

Nach diesen teilweise übereinstimmenden Tendenzen zeigt der Ländervergleich ein weitaus diversifizierteres Bild von der Frauenerwerbstätigkeit, sobald man die Müttererwerbstätigkeit betrachtet. In Abbildung 3 wird der höhere Erwerbstätigenanteil der Französinen mit Kindern deutlich.

<sup>15</sup> Die Angaben für Deutschland für das Jahr 1990 beziehen sich nur auf Westdeutschland.

**Abb. 3: Erwerbstätigenquoten von Frauen im Alter zwischen 20 und 49 Jahren mit und ohne Kinder nach dem Alter des jüngsten Kindes in Deutschland und Frankreich, 2003 (in %)**



Quelle: eigene Darstellung nach Bothfeld et al. 2005: Tab. 3.A.24, CD-ROM<sup>16</sup>.

Am größten fällt der deutsch-französische Unterschied für Frauen mit Kindern im Alter von 3 bis 5 Jahren aus. Die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern in diesem Alter ist am stärksten von einer ausreichend vorhandenen Kinderbetreuung abhängig, da i.d.R. kein Erziehungsurlaub mehr besteht und die Kinder noch nicht schulpflichtig sind. In Frankreich scheint die Möglichkeit für eine Erwerbstätigkeit der Frauen eher gegeben.

Weiterhin bemerkenswert ist, dass für Deutschland die Erwerbstätigenquoten der Mütter eher unter dem Durchschnitt der Frauenerwerbstätigkeit angesiedelt sind, während die französischen Mütter mit Kindern ab 3 Jahren etwa so häufig wie alle französischen Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen (vgl. Abb. 2). Dieses Ergebnis drückt auch aus, dass von den Französisinnen eher als von den deutschen Frauen Mutterschaft und Erwerbsarbeit gleichzeitig verwirklicht werden.

Auch bei mehreren Kindern hat der deutsch-französische Unterschied Bestand. So liegen „[d]ie Erwerbsquoten von kinderlosen Frauen und Müttern mit ein oder zwei Kindern [...] in Frankreich – anders als in Deutschland – nahe beieinander. Der Schnitt setzt erst beim dritten Kind ein“ (Reuter 2003a: 40). Auch mit mehr als einem Kind ist in Frankreich von Seiten der Mütter eine Erwerbstätigkeit häufiger gewünscht und wohl auch aus institutioneller Sicht realisierbar.

Als augenscheinlichste Unterschiede in den Erwerbsbeteiligungen deutscher und französischer Frauen lassen sich die soeben beschriebene höhere Müttererwerbstätigkeit oder die hohe Jugendarbeitslosigkeit unter den Französisinnen ausmachen. In anderer Hinsicht, so bei der Erwerbsbeteiligung aller Frauen im erwerbsfähigen Alter oder bei der Erwerbstätigkeit

<sup>16</sup> Quelle: Eurostat, EU-Arbeitskräfteerhebung 2003, Arbeitstabelle

der Frauen im Alter ab 25 Jahren, lassen sich eher Übereinstimmungen finden. Als Ausreißer in den Betrachtungen fällt immer wieder Ostdeutschland auf. Für die empirische Analyse scheint daher erneut die differenzierte Betrachtung nach den französischen, westdeutschen und ostdeutschen Frauen interessant.

### 2.3 Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung

Im Zusammenhang mit den oben beschriebenen, sehr ähnlichen Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten der deutschen und französischen Frauen scheint das häufig skizzierte Bild von der hohen Frauenerwerbstätigkeit der Französinen und ihrer Vorbildfunktion im europäischen Vergleich hinfällig zu sein. Doch eine detailliertere Darstellung des Umfangs weiblicher Erwerbsarbeit kann diese Wahrnehmung wieder zurecht rücken.

„Wer Teilzeit sagt, meint Frau und also Teillohn“ (Silvera 2001: 187). Dieses Zitat verdeutlicht pointiert die Auswirkungen der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung in Europa. Im großen Umfang sind es Frauen, die Teilzeit erwerbstätig sind und aufgrund geringerer Stundenzahlen und oftmals geringerer Stundenlöhne auch ein entsprechend geringeres Gehalt verdienen (Rubery 1998: 140ff.). So waren im Jahr 2003 30,0 % der erwerbstätigen Frauen in Frankreich und 40,4 % in Deutschland teilzeitbeschäftigt (Bothfeld et al. 2005: Tab. 3.A.2<sup>17</sup>, CD-ROM).

Mit dem Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit hat sich eine enorme Verbreitung dieses Beschäftigungstyps vollzogen, wenn gleich die Teilzeitbeschäftigung in großem Umfang in Frankreich erst Anfang der 1980er Jahre einsetzte. Zu jener Zeit der Beschäftigungskrise begünstigten arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie finanzielle Hilfen für Arbeitgeber bei Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen bzw. Senkung der Sozialabgaben für solche Stellen die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung (Daune-Richard 1998: 223, Maruani 2004: 109f.). Hervorzuheben ist, dass die Teilzeitbeschäftigung in Frankreich eben nicht ein ausschlaggebender Faktor für den Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit wie in Westdeutschland war (Daune-Richard 1998: 220). Im Fall Frankreichs strömten die Frauen zu Beginn der 1960er Jahre in Arbeitsverhältnisse auf Vollzeitbasis. Anders als in Westdeutschland machte also die Vollzeiterwerbstätigkeit das Typische des Anstiegs der Frauenerwerbsbeteiligung „à la française“ (Maruani 2004: 109) aus.

Allgemein geht in Europa die Entwicklung hin zur Teilzeitbeschäftigung vorwiegend mit der Expansion des Dienstleistungssektors einher.

---

<sup>17</sup> Datenquelle: Eurostat, EU-Arbeitskräfteerhebung, <http://www.eds-destatis.de/de/database/database.php?m=db> (01.06.2005), 2003, 2. Quartal.

„Die Erklärung [für die Ausdehnung der dienstleistungsbezogenen Beschäftigungsverhältnisse] liegt auf der Hand: Eine der Triebkräfte der Tertiarisierung besteht darin, dass solche Tätigkeiten, die früher im Haushalt erledigt wurden, nunmehr betrieblich organisiert und in formeller Beschäftigung erbracht werden.“ (Wagner 2002: 546)

Die wichtigsten Wirtschaftsbereiche stellen heutzutage der Handel, das Hotel- und Gastgewerbe sowie Serviceleistungen für Privatpersonen und Unternehmen dar (Maruani 2004: 110).

Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit und die Ausdehnung der Dienstleistungsbeschäftigung stehen in Wechselwirkung zueinander. Einerseits entlastet der Dienstleistungssektor erwerbstätige Frauen von häuslichen Aufgaben, andererseits finden Frauen gerade in der Dienstleistungsbranche neue Betätigungsfelder. „Die Ausweitung bestimmter, insbesondere der sozialen Dienstleistungen ist folglich sowohl Voraussetzung als auch Folge wachsender Erwerbstätigkeit von Frauen“ (Wagner 2002: 546). Verglichen mit Berufen in der Industrie sind die durchschnittlichen Arbeitszeiten bei dienstleistungsbezogenen Tätigkeiten hingegen meist kürzer, so dass die Zunahme der Arbeitsplätze in diesem Bereich mit einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit einhergeht (Wagner 2002: 547).

Man muss jedoch das Phänomen der Teilzeitarbeit differenziert betrachten, denn Teilzeit ist nicht gleich Teilzeit. Allgemein versteht man unter diesem Begriff ein Arbeitsverhältnis, dessen „Arbeitszeit aufgrund einer arbeitsvertraglichen Vereinbarung unter der vollen betriebs-, branchen- oder ortsüblichen Wochenarbeitszeit liegt“ (Schmidt 2000: 10). Diese Definition deutet darauf hin, dass der Stundenumfang einer solchen Beschäftigung je nach Wirtschaftsbereich, Unternehmen oder Land verschieden sein kann.

Eine weitere Erscheinung im Zusammenhang mit dem verminderten Arbeitsumfang der weiblichen Erwerbstätigen besteht in der geringfügigen Beschäftigung, einer besonderen Form der Teilzeitarbeit. In Deutschland hat die geringfügige Beschäftigung mit geringen Wochenarbeitsstunden und einem Höchstekommen von 400 Euro besonders in den 1990er Jahren stark zugenommen. Reformen bezüglich dieses Beschäftigungstyps in den Jahren 1999 und 2003 haben noch einmal zu einem Anstieg der in den sogenannten Mini-jobs Beschäftigten geführt. (Bothfeld 2005: 135). In Frankreich wird die Erwerbstätigkeit mit sehr geringen Wochenarbeitszeiten von staatlicher Seite nicht explizit gefördert. Da es für die Arbeitgeber keine speziellen Anreize für die Schaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse gibt, hat diese Form der Arbeit in Frankreich nicht die gleiche Bedeutung wie in Deutschland (Dingeldey 2000: 24).

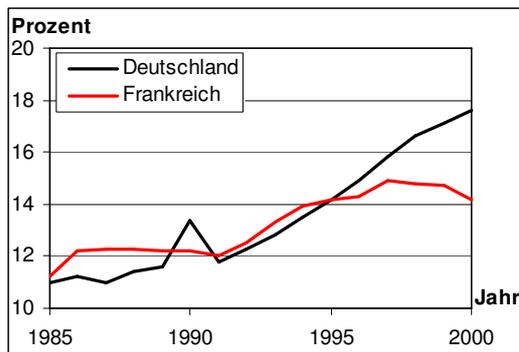
Die besondere Problematik, die sich für die geringfügig Beschäftigten ergibt, ist, dass die erzielten Einkommen nicht für eine Existenzsicherung ausreichen und keine Ansprüche auf Leistungen der Sozialversicherung entstehen (Bothfeld 2005: 134). Diese Beschäftigungsform kommt deshalb vorrangig für Personen in Frage, die durch andere Einkünfte bzw. erwerbstätige Partner finanziell und sozial abgesichert sind und wird vor allem von Personen ausgeübt, „die ihre Erwerbstätigkeit mit anderen zeitintensiven Tätigkeiten (Studium, Ausbildung, Kindererziehung) vereinbaren wollen“ (Bothfeld 2005: 134). Im empirischen Teil der Arbeit wird die geringfügige Beschäftigung berücksichtigt. Zunächst soll jedoch die Entwicklung der Teilzeiterwerbstätigkeit in Ostdeutschland, Westdeutschland und Frankreich in Abgrenzung zur Vollzeiterwerbstätigkeit diskutiert werden.

In der DDR existierte Teilzeittätigkeit nur als Randerscheinung und war zeitlich umfangreicher als beispielsweise in der Bundesrepublik. Die normale wöchentliche Arbeitszeit betrug für Frauen und Männer 43,5 Stunden. Vollzeiterwerbstätigkeit war die Norm. An allen Arbeitsverhältnissen für Frauen waren 1989 27 % Teilzeitverträge. Männer arbeiteten so gut wie gar nicht in Teilzeit. Die Teilzeiterwerbstätigkeit umfasste in rund 60 % der Fälle ein Volumen von 25 bis 35 Wochenstunden und je 20 % lagen über bzw. unter dieser Marke (Klenner 2000: 167, Sessar-Karpp/ Harder 2001: 570).

Ein bedeutender Gegensatz zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland oder in Frankreich bestand im Timing der Teilzeitphase in der Erwerbsbiographie der Frauen. Während die Teilzeitbeschäftigung von Frauen in der Bundesrepublik und in Frankreich gemeinhin in der Zeit aktiver Elternschaft wahrgenommen wird, waren in der DDR größtenteils Frauen in den mittleren und oberen Altersstufen teilzeiterwerbstätig. Seit Mitte der 1970er Jahre wurde nämlich das Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung für die Gruppe der jungen Frauen stark eingegrenzt, und lediglich für ältere Beschäftigte war eine Arbeitszeitverkürzung auf Wunsch möglich (Sessar-Karpp/ Harder 2001: 568ff.).

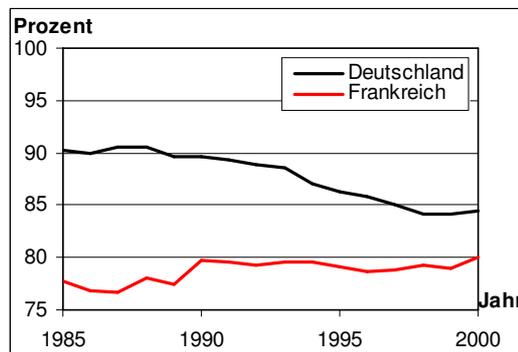
Die Abbildungen 4 bis 7 geben einen Überblick über die Ausprägung der Teilzeiterwerbstätigkeit in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1985 bis 2000 (ab 1990 sind für Deutschland die Neuen Bundesländer mit berücksichtigt). Unter Teilzeitarbeit werden hier nach OECD-Definition Beschäftigungsverhältnisse mit weniger als 30 Wochenarbeitsstunden im Hauptarbeitsverhältnis verstanden.

**Abb. 4: Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen in Deutschland und Frankreich, 1985-2000 (in %)**



Quelle: eigene Darstellung nach OECD 2001: 142f., 150f.

**Abb. 5: Anteil der Frauen an den Teilzeit erwerbstätigen in Deutschland und Frankreich, 1985-2000 (in %)**

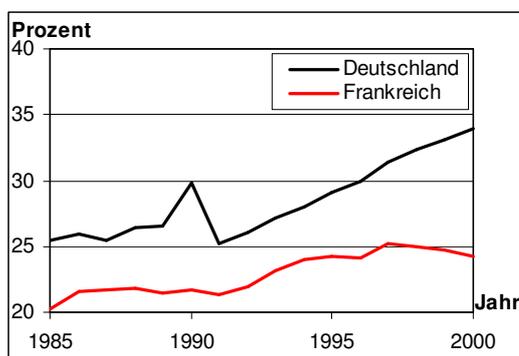


Quelle: eigene Darstellung nach OECD 2001: 142f., 150f.

Abbildung 4 verdeutlicht, dass die Teilzeiterwerbstätigkeit als Beschäftigungsform in Deutschland im Verhältnis zu allen Beschäftigungsverhältnissen kontinuierlich wächst und insbesondere seit 1991 steil ansteigt. Im Jahr 2000 lag der Anteil an allen Arbeitsverträgen bei knapp 18 %. Die Spitze im Jahr 1990 und das Einknicken der Kurve im Jahr 1991 sind auf die neu hinzugekommenen ostdeutschen Beschäftigten zurückzuführen, bei denen die Teilzeitarbeit, zumal mit weniger als 30 Wochenstunden, sehr selten vorkam und die mit der „Wende“ kurzzeitig in großem Ausmaß in sogenannter Kurzarbeit beschäftigt wurden (Dahms/ Wahse 1996: 34). Auch in Frankreich ist der Anteil der Teilzeitarbeitsverhältnisse seit Mitte der 1980er Jahre im Steigen begriffen, doch hat sich der Anteil in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bei einem Wert um die 15 % eingependelt.

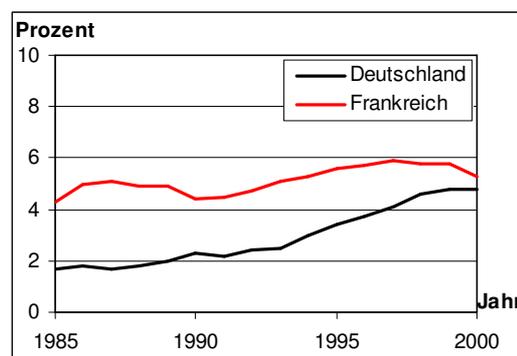
Betrachtet man den Anteil der Frauen an allen Teilzeitbeschäftigten (Abb. 5), erkennt man allgemein, dass der Löwenanteil der Teilzeitarbeitsverhältnisse von Frauen ausgeübt wird. Während er in Frankreich im gesamten betrachteten Zeitraum zwischen 75 % und 80 % rangiert, ist er in Deutschland von der sehr hohen Marke von 90 % auf im Jahr 2000 knapp 85 % gefallen. In Deutschland, so lässt sich aus Abbildung 5 schlussfolgern, ist die Teilzeiterwerbstätigkeit noch deutlicher ein weibliches Phänomen als in Frankreich, wo jedoch ebenfalls der Anteil der Frauen an den Teilzeiterwerbstätigen deutlich überwiegt.

**Abb. 6: Anteil der weiblichen Teilzeiterwerbstätigen an den weiblichen Erwerbstätigen in Deutschland und Frankreich, 1985-2000 (in %)**



Quelle: eigene Darstellung nach OECD 2001: 142f., 150f.

**Abb. 7: Anteil der männlichen Teilzeiterwerbstätigen an den männlichen Erwerbstätigen in Deutschland und Frankreich, 1985-2000 (in %)**



Quelle: eigene Darstellung nach OECD 2001: 142f., 150f.

Die Abbildungen 6 und 7 stellen die geschlechtsspezifischen Teilzeitquoten dar. Während in Deutschland in gleichem Maße wie in Frankreich nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der männlichen Beschäftigungsverhältnisse auf Teilzeit ausgerichtet sind (im Jahr 2000 rund 5 %, vgl. Abb. 7), lagen im Jahr 2000 die weiblichen Teilzeitanteile an den erwerbstätigen Frauen um das Vierfache in Frankreich und um fast das Siebenfache in Deutschland höher (vgl. Abb. 6).

Unter den weiblichen Beschäftigungsverhältnissen ist vor allem in Deutschland die Teilzeiterwerbstätigkeit ein weit verbreitetes Arbeitsarrangement. Dieser Befund korrespondiert mit den in Kapitel 1.3 erläuterten Präferenzen der westdeutschen Frauen für eine Teilzeittätigkeit, solange die Kinder im Haushalt noch nicht schulpflichtig sind. Außerdem zeigt sich anhand dieses Ergebnisses die Annahme bestätigt, dass sich der Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung in Westdeutschland seit Beginn der 1990er Jahre vornehmlich auf den Zustrom verheirateter Frauen und Müttern auf den Arbeitsmarkt gründet (Bothfeld 2005: 138).

Für Mütter kann die Teilzeittätigkeit eine Form der Vereinbarkeit von Familie und Beruf darstellen, und für die verheirateten Frauen stellt sie die entsprechende Beschäftigungsform zum Geschlechter-Arrangement des Vereinbarkeits-Modells dar. „Teilzeitarbeit kommt somit den Verpflichtungen und Erwerbsmöglichkeiten von [westdeutschen] Frauen sehr entgegen. Sie ist daher in erster Linie als die bessere Alternative zur Nichterwerbstätigkeit anzusehen“ (Beckmann 2003: 11).

In Frankreich mag der Anteil der Teilzeitarbeitsverhältnisse an allen Arbeitsverhältnissen zum einen deshalb geringer ausfallen, weil durch die Reduzierung der gesetzlichen

Arbeitszeit von 39 auf 35 Wochenstunden, welche in den Jahren 1998 und 2002 schrittweise umgesetzt wurde, der Umfang der Vollzeitarbeitszeit in großem Ausmaß zugunsten einer arbeitsmarkt- und familienfreundlicheren Arbeitszeit verringert wurde (Hübner 2001: 344). Von Seiten der französischen Frauen wird die 35-Stunden-Marke als vorteilhaft für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie empfunden (Hübner 2001: 345). Zum anderen ist die Teilzeitbeschäftigung in Frankreich im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ein relativ junges Phänomen (Maruani 2004: 109).

Als Fazit lässt sich hinsichtlich der Arbeitsarrangements von Frauen in (West-) Deutschland feststellen, dass die in den vergangenen Jahrzehnten gestiegenen Erwerbsquoten der Frauen (vgl. Kapitel 2.2) nicht über das spezifisch weibliche Phänomen der Teilzeitbeschäftigung hinwegtäuschen sollten. So gesehen erstrahlen die in den letzten Jahrzehnten gestiegenen Beschäftigtenanteile von westdeutschen Frauen in einem anderen Licht.

### **2.4 Zusammenfassung**

Frauen in Deutschland und Frankreich profitieren auf ähnliche Weise von der Erweiterung der Bildungschancen seit den 1970er Jahren. Durch höhere Qualifikationen sind sie in der Lage, sich stärker am Erwerbsleben zu beteiligen. In beiden Ländern wirken allerdings noch immer die Mechanismen der geschlechtsspezifischen Berufswahl, so dass die Mehrzahl der Frauen in frauentypischen Berufsfeldern erwerbstätig ist, während sich die Männer gleichmäßiger über die Berufsgruppen verteilen (Rees 1992: 21).

Das deutsche und französische Bildungssystem unterscheiden sich in der Ausrichtung der angebotenen Ausbildungsformen. In Frankreich überwiegt die allgemein ausgerichtete schulische Bildung. Die duale Ausbildung, wie sie in Deutschland sehr verbreitet ist, kommt dort nur selten vor. Daher ist in Frankreich ein Bestehen auf dem Arbeitsmarkt eher auch ohne einen qualifizierten Berufsabschluss möglich als in Deutschland, wo der Zugang zu bestimmten Positionen nahezu ausschließlich mit entsprechendem Abschluss möglich ist.

Der Vergleich der Erwerbsbeteiligungen deutscher und französischer Frauen ergibt ein Bild ähnlich hoher Gesamterwerbsquoten für die 15- bis 64-Jährigen und stark unterschiedlicher Erwerbstätigenquoten in der Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen Frauen. In Frankreich existiert das Problem der überaus hohen Jugendarbeitslosigkeit. Ostdeutsche Frauen sind im gesamten Erwerbsverlauf sehr stark von Erwerbslosigkeit betroffen.

Bei näherer Betrachtung der erwerbstätigen Frauen in Deutschland und Frankreich stellt man fest, dass sich in Frankreich deutlicher als in (West-)Deutschland die Vollzeitfrauen-erwerbstätigkeit behauptet. In der früheren Bundesrepublik bzw. den Alten Bundesländern ist die Teilzeitarbeit das verbreitete Muster weiblicher Erwerbsarbeit. Auch in Frankreich nimmt sie seit den 1990er Jahren immer weiter zu und ist ebenfalls deutlich weiblich geprägt.

Teilzeitarbeit kann zum einen die passende Lösung für Mütter, denen eine adäquate Betreuung ihrer Kinder fehlt, oder auch eine gewollte Form der Erwerbstätigkeit sein. Im Allgemeinen wirkt sie sich aber auf die ökonomische und soziale Situation von Frauen eher negativ aus. Eine geringere Wochenarbeitszeit bringt z.B. weniger Lohn ein. Geringere Beiträge für die gesetzliche Sozialversicherung wirken sich auf die Höhe von Bezügen bei Arbeitslosigkeit und im Alter aus. Besonders für Alleinverdienende kann eine Teilzeittätigkeit wohl keine ausreichende Versorgung bieten. Das Modell der teilzeiterwerbstätigen Frau stellt daher eher die passende Lösung für eine verheiratete Frau dar, die sich der Kinderbetreuung widmen will bzw. muss und deren Mann ein Vollzeiteinkommen hat.

Im nächsten Kapitel steht die Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Zentrum des Interesses.

### ***3 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie***

#### **3.1 Die Rolle des Wohlfahrtsstaats bei der Strukturierung des Erwerbsverlaufs**

Die vorliegende Arbeit konzentriert sich aufgrund der zur Verfügung stehenden empirischen Grundlage auf einen Querschnittsvergleich Deutschlands und Frankreichs. Es ist jedoch hervorzuheben, dass für die Beurteilung von weiblicher Erwerbstätigkeit gerade auch die Lebenslaufperspektive von großer Aussagekraft ist, da für Frauen die Erwerbsbiographien häufig von Brüchen, d.h. von Ein- und Austritten aus dem Erwerbsleben, gekennzeichnet sind. So genügt es nicht, den Erwerbsstatus einer Frau zu einem Zeitpunkt in ihrem Leben zu analysieren, um Schlussfolgerungen für ihre Karrierechancen oder ihren weiteren Berufsverlauf ziehen zu können.

Bei der Strukturierung der Lebensverläufe hat der Wohlfahrtsstaat, indem er die institutionellen Grundlagen für die Ausgestaltung des persönlichen Lebens bietet, einen enormen

Einfluss. Kolberg und Esping-Andersen (1991) bringen es so auf den Punkt: „[I]t has become deeply embedded in the everyday life of virtually every citizen. Our personal lives are structured by the welfare state, and so is the entire political economy” (Kolberg/ Esping-Andersen 1991: 5).

Für die Erwerbsverläufe von Männern und Frauen gilt, dass sie sich immer noch deutlich voneinander unterscheiden. Zwar haben sich die Vorbedingungen für ein gleichberechtigtes Berufsleben wie der Zugang zu Schul-, Berufs- oder Universitätsausbildung nahezu angeglichen, doch sobald Frauen und Männer in die Familienphase eintreten, beginnen die Mechanismen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zu wirken und es ergeben sich für die Frauen und Männer unterschiedliche Erwerbsverläufe (Lauterbach et al. 2001: 179f.).

Zum einen ist es heutzutage für die Frauen prinzipiell möglich, Erwerbstätigkeit und Mutterrolle miteinander zu vereinbaren, zum anderen kann dies nur unter gewissen Voraussetzungen funktionieren. Der Arbeitsmarkt auf der einen und der Wohlfahrtsstaat auf der anderen Seite bestimmen diese Voraussetzungen und damit, in welchem Maße eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisierbar ist (Lauterbach et al. 2001: 180).

Die in Esping-Andersens Typologie erfolgte Zuordnung Deutschlands und Frankreichs in die Gruppe der konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsregime weist auf ähnliche Arten der Dekommodifizierung von Arbeit, des Aufbaus der sozialen Sicherungssysteme und des Verhältnisses von Staat, Markt und Familie hin. Es ist jedoch festzustellen, dass sich Deutschland und Frankreich in der konkreten Ausgestaltung bzw. Schwerpunktsetzung ihrer Sozialpolitik stark unterscheiden. Am schwierigsten gestaltet sich in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung die Zuordnung Frankreichs zu einem Regime-typus. Frankreich gilt als „nicht eindeutig, aber trotzdem konservativ-korporatistisch (Esping-Andersen 1999), weder schwaches noch starkes, sondern moderates Ernährermodell (Ostner 1995)“ (Reuter 2003b: 583).

Die traditionellen Wurzeln sowie die politischen Maßnahmen, welche sich förderlich oder hemmend auf die Erwerbstätigkeit von Frauen auswirken, sollen im Folgenden diskutiert werden. Im Zentrum des Interesses steht dabei die Vereinbarkeitsproblematik von Familie und Beruf und deren Auflösung für die Frauen.

### **3.2 Vergleich staatlicher Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Die Familien- und Sozialpolitik in Deutschland richtet sich traditionell an die „complete and legitimate family“ (Hantrais 1994: 147), d.h. an in einer Ehe verbundene Paare mit Kindern, wenn gleich die gesetzlichen Reformen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs familienpolitische Regelungen zur Stärkung der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen sowie wohlfahrtsstaatlicher Leistungen für die Eltern unehelicher Kinder usw. beinhalten (Hantrais 1994: 146f.). Das starke Ernährer-Modell, wie es Ostner für Deutschland beschrieben hat, ist jedoch in den grundlegenden Regelungen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beeinflussen, noch immer verankert. So existieren sowohl direkte als auch indirekte Anreize für eine weniger intensive Arbeitsmarktintegration von Frauen als z.B. in Frankreich (Dingeldey/ Reuter 2003: 662).

Als beispielhaft für die Förderung des Hausfrauenstatus gilt das Ehegattensplitting. „Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die noch strikt an einer gemeinsamen Ehegattenbesteuerung festhalten“ (Dingeldey 2000: 11). Das deutsche Steuersystem des Ehegattensplittings ist auf Ehepaare ausgerichtet, unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht. Der Haushalt eines Ehepaares wird am meisten dann begünstigt, wenn die Frau Hausfrau ist bzw., falls sie erwerbstätig ist, wenn sie ein sehr geringes Einkommen hat (Hantrais 1994: 147).

Die Besteuerung erfolgt so, dass das Jahreseinkommen beider Partner addiert, durch zwei geteilt und mit dem entsprechenden Steuersatz als zwei separate Einkommen versteuert wird. Dieser Rechenvorgang bringt insbesondere für Ehepaare Vorteile, in denen ein Partner ein hohes und der andere ein geringes Einkommen einbringt. Je mehr sich die Einkommen der Ehepartner angleichen, umso weniger vorteilhaft ist dieses Steuersystem für sie. Dadurch wird in eindeutiger Weise das Leitbild des männlichen Familienernährers als Erwerbsmuster begünstigt (Dingeldey 2000: 15). Nichteheliche Partnerschaften mit oder ohne Kinder profitieren von dieser Besteuerungsweise nicht (Hantrais 1994: 147).

Konkret auf Familien mit Kindern ist der Erziehungsurlaub, der in Deutschland seit 2002 als Elternzeit bezeichnet wird, zugeschnitten. Er kann prinzipiell von beiden Elternteilen in Anspruch genommen werden. Seine Höchstdauer beträgt seit 1992 drei Jahre (Bothfeld 2005: 175). Finanziell wird diese Art der Freistellung von der Erwerbstätigkeit zur Kleinkindbetreuung gefördert, indem während zwei der drei Jahre ein einkommensabhängiges Erziehungsgeld von 300 Euro gezahlt wird (Kreyenfeld/ Geisler 2006: 335f.). Dieser Betrag ist gering und bietet keineswegs einen Lohnersatz für entgangene

Erwerbstätigkeit beim vorübergehenden Ausstieg aus dem Berufsleben (Kreyenfeld/ Geisler 2006: 336).

Ein IAB-Projekt zum „Einfluss des Erziehungsurlaubs auf den Berufsverlauf von Frauen in Ost- und Westdeutschland“ kommt zu dem Ergebnis, dass ostdeutsche Frauen kürzere Erziehungsurlaube nehmen (im Durchschnitt 1-2 Jahre) als westdeutsche (zumeist 2-3 Jahre). Des Weiteren sind ostdeutsche Mütter (von kleinen Kindern) nach dem Erziehungsurlaub häufiger erwerbstätig und das größtenteils Vollzeit (Beckmann/ Kurtz 2001: 6). Offenbar bewirkt das längere Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt bei den westdeutschen Müttern (in Verbindung mit den wenig ausgebauten Krippen- und Kindergartenplätzen (vgl. Abschnitt 3.3), eine Verringerung des Anteils der rückkehrwilligen Frauen bzw. eine Verminderung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Eine finanzielle Unterstützung für Familien stellt in Deutschland das ab dem ersten Kind gezahlte Kindergeld dar. Die Förderungsdauer erstreckt sich höchstens bis zum Ende des 27. Lebensjahres des Kindes (Becker 2000: 246). Für das erste, zweite und dritte Kind werden derzeit monatlich 154 Euro und ab dem vierten Kind 179 Euro gezahlt (BMFSFJ 2006: o.S.).

Neben den beschriebenen familienpolitischen Regelungen kam es in Deutschland in den vergangenen Jahren zu aktivierenden arbeitsmarktpolitischen Reformen. Als Beispiel sei das *Job-Aktiv-Gesetz* aus dem Jahre 2002 genannt (Dingeldey/ Reuter 2003: 662). Es sieht die explizite Steigerung des Frauenanteils an arbeitsfördernden Programmen vor. Eine Bestrebung geht dahin, die Wiedereingliederung von Frauen nach der Elternzeit zu unterstützen. Andere Regelungen, wie das *Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen* (2003) fördern explizit die Beschäftigung von Frauen bzw. Müttern im Bereich der geringfügigen Beschäftigung und schaffen damit für Frauen eher prekäre, weil gering entlohnte Beschäftigungsverhältnisse (Dingeldey/ Reuter 2003: 662).

In Frankreich erfolgt die Förderung der Frauenerwerbsbeteiligung nur nachrangig durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, da diese universalistisch, d.h. auf alle sozialen Gruppen gleichermaßen ausgerichtet ist (Reuter 2003b: 589f.). Die Familienpolitik ist hingegen traditionell auf die Förderung der Teilhabe der Frauen am Erwerbsleben ausgerichtet (Dingeldey/ Reuter 2003: 661).

Ein Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist das in Frankreich seit 1988 bestehende *Revenue Minimum d'Insertion (RMI)*, ein Mindesteinkommen, das Personen wieder in den Arbeitsmarkt integrieren soll, von dem „die klassischen Zielgruppen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Frankreich[, nämlich] Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose und

Jugendliche“ (Dingeldey/ Reuter 2003: 661), nicht aber verstärkt die Frauen unter ihnen profitieren, obwohl sie stärker von Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung betroffen sind.

Die Förderung der Frauen verläuft traditionell über familienpolitische Maßnahmen. Diese haben ihren Ursprung in den Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich einsetzenden bevölkerungspolitischen Befürchtungen wegen der im europäischen Vergleich eher geringen Geburtenzahlen (Becker 2000: 155). Zu jener Zeit entstand die Idee der „Solidargemeinschaft unter der Autorität des ‚Patron‘“ (Schultheis 1988: 129), die zum Ziel hatte, unabhängig vom Staat die sich unter den Bedingungen der Industrialisierung verschärfende „soziale Frage“ direkt zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu lösen. Die Bewegung war familialistisch und sozialkatholisch ausgerichtet (Reuter 2003b: 584).

Maßnahmen wie von den Unternehmern finanzierter Wohnungsbau (Schultheis 1988: 136ff.), „materielle[...] Unterstützung für schwangere Arbeitnehmerinnen oder Frauen der Arbeitnehmer“ (Schultheis 1988: 141), die Bereitstellung betriebseigener Kinderkrippen und Schulen (Schultheis 1988: 143), Kindergeld (Reuter 2003b: 584) u.ä. wurden ins Leben gerufen. Später übernahm der Staat verstärkt die Lenkung der Sozial- und Familienpolitik. Bis heute hält das Zusammenspiel zwischen Staat und Arbeitgebern bei der Bereitstellung von Leistungen jedoch an. So wurden bis 1991 die familienpolitischen Leistungen in Frankreich allein durch Arbeitgeberbeiträge finanziert (Becker 2000: 157, Reuter 2003b: 586).

Mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert wurde in Frankreich die kinderreiche Familie als die von staatlicher Seite zu fördernde Familienform angesehen (Schultheis 1988: 185). Gleichzeitig sollte gewährleistet sein, dass sich sie Familienmitglieder möglichst eigenständig um die Erwirtschaftung eines ausreichenden Familieneinkommens kümmern konnten (Reuter 2003b: 585).

„Die aktuelle ‚Politique Familiale‘ zeichnet sich grob gesprochen durch eine Kombinatorik traditioneller familienpolitischer und geburtenfördernder Interventionsformen und Elementen einer gezielt am Prinzip weiblicher Wahlfreiheit und der praktischen Harmonisierung von Familien- und Erwerbsarbeit orientierten Familienpolitik aus.“ (Schultheis 1991: 105)

Die beiden Prinzipien *Familialismus* und *Solidarismus* sollen gleichermaßen umgesetzt werden (Reuter 2003b: 584f.). Aus dieser Logik ergibt sich die besondere Förderung der öffentlichen Kinderbetreuung, welche gleichermaßen die Geburtenentwicklung und die Frauenerwerbstätigkeit begünstigen soll. Sie wird im Abschnitt 3.3 näher erläutert.

In Frankreich gibt es für Haushalte mit zu geringen Familieneinkommen eine breite Palette kindbezogener Familienbeihilfen zum Lebensunterhalt, die nur im Überblick vorgestellt

werden sollen. Besonders gefördert wird die außerfamiliäre Kinderbetreuung mit Beihilfen oder der Möglichkeit die Betreuungskosten steuermindernd geltend zu machen. Sie beziehen sich seit den Reformen im Bereich der individuellen Kinderbetreuung im Jahre 1990 vor allem auf die Finanzierung von Tagesmüttern [u.a. *allocation de garde d'enfant à domicile (AGED)*, *prestation spéciale assistante maternelle (PSAM)* und *allocation familiale pour l'emploi d'une assistante maternelle (AFEAMA)*] (Becker 2000: 173).

Neben den Beihilfen zur externen Kinderbetreuung gibt es in Frankreich weitere Maßnahmen zur Stärkung der finanziellen Situation der Familien, u.a. Hilfen für Alleinerziehende oder die Beihilfe zum Schuljahresbeginn, die *allocation pour rentrée scolaire (ARS)* (Becker 2000: 173).

Das Einkommenssteuersystem ist in Frankreich wie in Deutschland auf die Ehe, mehr aber noch auf die Familie ausgerichtet. Anders als im Fall des deutschen Ehegattensplittings, werden beim französischen Familiensplitting die Kinder in die Berechnung der Steuerschuld einbezogen. Das Haushaltsjahreseinkommen wird, wie die Bezeichnung *quotient familial* vermuten lässt, durch die Anzahl der Familienmitglieder geteilt. Der entsprechende Steuersatz wird auferlegt und der Betrag erneut mit der Anzahl der Haushaltsmitglieder multipliziert. Kinderlose Paare werden folglich mit dem Faktor 2 gesplittet. Erst für Familien mit Kindern ergibt sich ein noch vorteilhafterer Effekt (Dingeldey 2000: 15f.).

Man könnte meinen, dass der *quotient familial* noch deutlicher als das Ehegattensplittingsystem in Deutschland die Erwerbsneigung verheirateter Frauen einschränkt, weil zusätzlich die Kinder einen steuererleichternden Effekt haben. Dingeldey (2000) fand heraus, dass Frankreich in die Gruppe der „Länder mit relativ niedriger Steuerbelastung [fällt], bei denen die Steuererleichterungen für einen bestimmten Familienstatus unwesentlich sind“ (Dingeldey 2000: 22). Es kann also nicht wie im Fall Deutschlands davon ausgegangen werden, dass der Ehestatus der bestimmende Faktor für eine geringere Steuerbelastung ist. Außerdem konnte festgestellt werden, dass trotz der zu vermutenden Begünstigung der Ein-Verdiener-Haushalte in Frankreich eher eine Tendenz zu egalitären Erwerbsmustern besteht (Dingeldey 2000: 31). Es sind andere Maßnahmen der neueren französischen Familienpolitik, die in größerem Maße den Rückzug bzw. das Fernbleiben der Französischen vom Arbeitsmarkt unterstützen.

Als Gegenpol zur expliziten Förderung der Müttererwerbstätigkeit sind die Regelungen zur Erziehungsfreistellung und zum Einkommensersatz für Frauen mit Kindern zu sehen

(Reuter 2003b: 591). Wie in Deutschland besteht für die Eltern die Möglichkeit einer Freistellung nach der Geburt ihres Kindes für maximal drei Jahre, der *congé parental*.

Für diese Zeit gibt es zwei Möglichkeiten der staatlichen finanziellen Unterstützung, die *allocation pour jeune enfant (APJE)* oder die *allocation parentale d'éducation (APE)*. Erstgenannte ist dem deutschen Erziehungsgeld sehr ähnlich (Becker 2000: 210). Die *APE* wurde 1985 erstmals als Erziehungsgeld für Familien mit drei und mehr Kindern eingeführt, aber seit 1994 auf Paare mit mindestens zwei Kindern ausgedehnt (Reuter 2002: 17). Praktisch wird diese Beihilfe vorrangig von Müttern in Anspruch genommen (Battagliola 2000: 106). Können zwei Jahre Erwerbstätigkeit in den fünf Jahren vor der Geburt des Kindes nachgewiesen werden, wird das Erziehungsgeld bis zum dritten Geburtstag des Kindes als nicht steuerpflichtige und unabhängig vom Haushaltseinkommen gewährte Beihilfe gezahlt. Teilzeiterwerbstätigkeit während des Bezugs der *APE* ist möglich. Die Beihilfe vermindert sich dann um die Höhe des Einkommens aus der Teilzeitarbeit (Becker 2000: 213).

Für einige Frauengruppen begünstigt das Erziehungsgeld den Rückzug aus dem Arbeitsmarkt, für andere stellt sie eine Alternative zum Erwerbslosenstatus dar (Battagliola 2000: 106). „Die *APE* kann also [durchaus] als ein Anreiz zum Rückzug von Frauen aus dem Arbeitsmarkt interpretiert werden“ (Reuter 2002: 18). Reuter (2003b) sieht darin eine „Tendenz[...] in Richtung des starken Ernährermodells“ (Reuter 2003b: 594).

Der Vergleich der staatlichen Maßnahmen, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus Sicht der Frauen beeinflussen, macht deutlich, dass in Deutschland vermehrt ehe- und mutterschaftsunterstützende Regelungen vorherrschen. In Frankreich existieren parallel sowohl Begünstigungen der Frauen- bzw. Müttererwerbsbeteiligung und als auch Anreize für einen Rückzug der Frauen aus dem Arbeitsmarkt. Im nächsten Abschnitt soll als besonderer Baustein der Vereinbarkeitsproblematik die Kinderbetreuungssituation in Deutschland und Frankreich gegenübergestellt werden.

### **3.3 Exkurs: Kinderbetreuungssysteme**

Die Existenz und Organisation der Kinderbetreuung wird gemeinhin als Schlüssel für die Realisierung von Müttererwerbstätigkeit angesehen (Spieß/ Büchel 2002: 104ff., Spieß/ Wrohlich 2005: 30). Ist die Möglichkeit der außerfamiliären Kinderbetreuung gegeben, können beide Eltern berufstätig sein. Da die Kinderbetreuung zumeist in den Aufgaben-

bereich der Frauen fällt, ergibt sich für sie ein erweiterter Handlungsspielraum, wenn die Betreuungspflichten zeitweise an Institutionen übergeben werden können.

In Frankreich und Deutschland existieren vielfältige Angebote zur Kinderbetreuung in öffentlich oder privat finanzierten, individuell oder kollektiv ausgerichteten Einrichtungen (Becker 2000: 225). Um feststellen zu können, inwiefern die Ausgestaltung der Betreuungsmaßnahmen eine positive oder negative Wirkung auf die Erwerbstätigkeit von Frauen hat, werden zunächst die national unterschiedlich organisierten Betreuungsformen für die Kinder bestimmter Altersgruppen erläutert und im Anschluss daran die Betreuungsquoten für Kinder in Deutschland und Frankreich gegenübergestellt.

Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren können in Deutschland und Frankreich in Krippen bzw. *crèches* betreut werden. In Frankreich erfolgt die Versorgung der Kinder i.d.R. ganztägig. Die Beiträge der Familien ergeben sich aus dem Einkommen der Eltern und der Anzahl der Kinder. Ein Viertel der Betreuungskosten kann bis zu einem bestimmten Betrag von der Steuer rückerstattet werden (Becker 2000: 226f.).

Verschiedene Arten der *crèches*, die vollkommen oder zum Teil aus öffentlicher Hand finanziert sind, können unterschieden werden: die *crèches traditionnelles*, die *mini-crèches*, die *crèches parentals*, welche unter starker Einbeziehung der Eltern betrieben werden, sowie die *crèches en multi-accueil*. Hinter den sogenannten *crèches familiales* verbergen sich hingegen die staatlich anerkannten und geförderten Tagesmütter, welche die Kinder in privatem Umfeld betreuen (Becker 2000: 227).

In Deutschland ist die konkrete Ausgestaltung der Kinderbetreuung auf der Ebene der Bundesländer unterschiedlich geregelt. Die Landesgesetze regeln die Altersgrenzen sowie die Regelöffnungsdauern der Einrichtungen zur Kleinkindbetreuung. Von Bundesland zu Bundesland kommt es deshalb zu verschiedenen hohen Anteilen an Vollzeit- und Teilzeitkrippenplätzen. Die Träger der Einrichtungen sind größtenteils kirchliche oder andere karitative Organisationen, die sich durch öffentliche Mittel finanzieren, und daneben auch die Kommunen. Wie in Frankreich errechnet sich der Elternbeitrag aus der Einkommenshöhe und der Anzahl der Kinder in der Familie (Becker 2000: 227f.).

Tagesmütter bzw. die *assistantes maternelles agréées (AMA)* in Frankreich und die *Tagespflegepersonen*, wie sie in Deutschland offiziell heißen, stellen in beiden Ländern eine weit verbreitete Betreuungsform dar. Sie sind nicht nur für Kleinkinder zuständig, sondern können Kinder bis zum Eintritt in die Schule betreuen.

Französische Tagesmütter sind staatlich geschult und anerkannt, erhalten einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn und haben Ansprüche auf Urlaub und soziale Leistungen wie

Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung (Becker 2000: 232). Die Finanzierung einer *AMA* wird für die Eltern durch eine *aide à la famille pour l'emploi d'une assistante maternelle agréée (AFEAMA)*, also eine Familienbeihilfe für die Beschäftigung einer Tagesmutter, staatlich unterstützt. Wie für in einer *crèche* betreute Kinder können die Kosten bei der Steuerveranlagung einbezogen werden (Becker 2000: 232). Auf ähnliche Weise wie bei den *AMA* wird die Einstellung einer Kinderfrau (*nourrice*) im eigenen Haushalt vom Staat finanziell und steuerlich gefördert (Becker 2000: 232).

*Tagespflegepersonen* in Deutschland besitzen einen anderen Status als die französischen *AMA* oder *nourrices*. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz regelt, dass die Pflege von weniger als vier Kindern keine spezielle Erlaubnis erfordert. Tagesmütter können über die Jugendämter vermittelt werden oder nicht. Im ersten Fall erhalten sie vom Jugendamt ein Pflegegeld, an dem sich die Eltern soweit wie möglich finanziell beteiligen, im letzteren Fall erfolgt die Kostenübernahme für die sogenannten Selbstzahlerpflegestellen komplett durch die Eltern. Beide Formen der Tagespflege sind nicht durch Arbeits-, sondern durch Pflegeverträge geregelt, so dass die Tagesmütter den Status von Freiberuflerinnen innehaben und zumeist nicht sozialversichert sind. Auch in Deutschland erhalten die Eltern steuerliche Vergünstigungen bei Nutzung eines solchen Kinderbetreuungsangebotes (Becker 2000: 233f.).

Kinder im Vorschulalter können in Frankreich bereits ab dem Alter von 2 Jahren die Vorschule (*école maternelle*) besuchen. „Ihr Besuch ist kostenlos und freiwillig, sie ist aber ein vollintegrierter Teil des Bildungssystems, d.h. die befindet sich (bis auf einige Ausnahmen konfessioneller privater Träger) in Trägerschaft des Bildungsministerium[s]“ (Becker 2000: 228). In den *écoles maternelles* sollen die Kinder auf die Grundschule vorbereitet und ihre Sozialisierung und allgemeine Persönlichkeitsentwicklung gefördert werden (Becker 2000: 229).

In Deutschland stehen für die Betreuung der Kinder im Vorschulalter zwischen 3 und 6 Jahren Kindertagesstätten bzw. Kindergärten zur Verfügung. Seit Januar 1996 besteht für Kinder ab dem vierten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Die Umsetzung dieses Rechtsanspruchs bzw. die Gewährleistung ausreichender Kindergartenplätze fällt in den Verantwortungsbereich der Länder und Kommunen (Becker 2000: 229). Zudem bezieht sich der Rechtsanspruch auf die i.d.R. vier Stunden umfassende Halbtagsbetreuung (Kreyenfeld/ Geisler 2006: 336, Spieß/ Büchel 2002: 99). Wie im Fall der Krippen werden die Kindergärten häufig durch die Kirchen oder andere karitative Organisationen sowie außerdem durch die Kommunen getragen (Becker 2000: 229f.). Der

Umfang der Betreuung ist vor allem in den Alten Bundesländern häufig auf Teilzeitangebote ohne Mittagessen begrenzt. In den Neuen Bundesländern finden sich deutlich häufiger Ganztagsplätze (BMFSFJ 2003: 120).

Weitere Betreuungsmöglichkeiten bestehen in Frankreich in den *halte-garderies*, in denen nach Absprache mit den Eltern an bestimmten Tagen oder stundenweise Kinder im Alter von 2 Monaten bis zu 6 Jahren beaufsichtigt werden können. Die *garderies périscolaire* und die *jardins d'enfants* widmen sich der Betreuung 2- bis 6-jähriger Kinder für die Zeiten, in denen die *école maternelle* nicht geöffnet ist, d.h. morgens vor 8.30 Uhr und nachmittags nach 16.30 Uhr oder auch an den schulfreien Mittwochnachmittagen. Schulkinder können dort vor und nach dem Unterricht in der Grundschule (*école élémentaire*) ebenfalls betreut werden. Sie werden nach Schulschluss und in Ferienzeiten auch in den *centres de loisir sans hébergement (CLSH)* beaufsichtigt, wo sie wie in einem Hort in Deutschland Hausaufgaben erledigen und an Sport- und Freizeitaktivitäten teilnehmen können (Becker 2000: 230).

Die außerschulische Betreuung fällt in Deutschland ebenso wie die Betreuung von Klein- und Vorschulkindern in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Bundesländer. Wie für Krippenplätze besteht kein Rechtsanspruch auf einen solchen Betreuungsplatz. Nach dem Schulunterricht können die Kinder, meist bis zu dem Alter, in dem sie die Grundschule beendet haben, in von freien Trägern geführten Horten oder Schulhorten betreut werden. Die Öffnungszeiten orientieren sich streng am Unterricht in den Grundschulen, der bis mittags stattfindet und in den einzelnen Klassenstufen bzw. an den verschiedenen Wochentagen je nach Stundenplan nicht einheitlich endet. Die unregelmäßigen Unterrichtszeiten sind eine Ursache dafür, dass selbst mit schulpflichtigen Kindern Teilzeiterwerbstätigkeit der Mütter nicht leicht zu realisieren ist (Becker 2000: 230f.).

Nachdem die unterschiedlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder in Deutschland und Frankreich vorgestellt wurden, ist vor allem die Frage interessant, in welchem Umfang die Angebote heutzutage ausgebaut sind und genutzt werden. Dabei werden für Deutschland die Situationen in West- und Ostdeutschland getrennt betrachtet. Es bestehen deutliche Unterschiede in der Betreuungsinfrastruktur in den Alten und Neuen Bundesländern, die u.a. dadurch begründet sind, dass zahlreiche Einrichtungen aus der Zeit der DDR auch nach Wiedervereinigung bestehen geblieben sind (Kreyenfeld/ Geisler 2006: 338).

Auch in Frankreich sind die einzelnen Betreuungsangebote ungleich über die Regionen verteilt. Es ist dort allerdings nur für die Altersgruppe der unter 3-jährigen Kinder keine flächendeckende Betreuung gewährleistet. Die geringsten Versorgungsquoten für unter

3-Jährige bestehen im äußersten Norden, im Großraum Paris und im Süden bzw. Südosten Frankreichs (Chastenet 2005: 8). Außerdem verteilen sich die Angebote ungleich zwischen Stadt- und Landregionen (Bachelard 2000: o.S.). Je geringer ein Betreuungstyp für die Kleinkinder in einer Region ausgebaut ist, umso mehr Angebote existieren in einer anderen Betreuungsform.

Zusammen genommen gab es in Frankreich im Jahre 2004 für 100 Kinder 42 außerfamiliäre Betreuungsplätze, wovon zwei Drittel bei den direkt von den Familien bezahlten *assistantes maternelles* angeboten wurden. Für etwas weniger als die Hälfte der Kinder bis zu 3 Jahren bestand also eine Versorgung in öffentlichen Einrichtungen oder bei Tagesmüttern (Chastenet 2005: 8). Seit einigen Jahren gibt es von staatlicher Seite stärkere finanzielle Anstrengungen für den Ausbau der Krippenplätze, doch sind diese viel geringer im Vergleich zu den Geldern, welche die individuelle Kleinkindbetreuung unterstützen (Reuter 2002: 20).

Die Kinder zwischen 2 und 6 Jahren besuchen in Frankreich in der Mehrzahl die öffentlichen, ganztägigen *écoles maternelles*, nämlich 88 % in dieser Altersgruppe. Der Anteil der bereits eingeschulten, 2-Jährigen liegt bei etwa 35 %. Der Anteil der Kinder, die in einem *jardin d'enfants* betreut werden, ist dagegen heutzutage marginal. Zum Vergleich: 1999 gingen rund 10 400 in den Kindergarten, während etwa 2 129 000 ihrer Altersgenossen die *école maternelle* besuchten (Bachelard 2000: o.S.).

Anders sieht die Platz-Kind-Relation in Deutschland aus. In den Alten Bundesländern lag sie Ende 2002 für die unter 3-Jährigen bei nur 3 %. Mit 88 % fiel sie für die Kinder im Kindergartenalter weitaus umfangreicher aus, während „nur für jedes zwanzigste Schulkind [...] ein Hortplatz vorhanden [war] (5 %)“ (Statistisches Bundesamt 2004b: 1). Günstiger verhielt es sich mit der Betreuungssituation in Ostdeutschland. Dort kamen auf 100 Kinder bis 3 Jahre 37 Krippenplätze. Hinsichtlich der Kindergartenplätze war mit 105 % die Vollversorgung erreicht, und ein Hortplatz konnte für 41 % der Kinder angeboten werden. Anders als für Frankreich beinhalten die Quoten keine Tagesmütter, sondern nur kollektive Einrichtungen. Nach Angaben aus dem *Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)* ist aktuell eine Versorgungsquote durch Tagesmütter oder ähnliche, bezahlte individuelle Betreuung von 7 % bei den unter 3-Jährigen in Deutschland anzunehmen (Spieß/ Wrohlich 2005: 32). Daneben wird für etwa 32 % der Kinder bis 3 Jahre informelle Betreuungsmöglichkeiten, z.B. durch Großeltern, Freunde und Bekannte, zurückgegriffen (Spieß/ Wrohlich 2005: 32). Mit Blick auf die Versorgung von Kleinkindern in

öffentlichen Institutionen wird jedoch insgesamt deutlich, dass das Angebot vor allem in den Alten Bundesländern vollkommen unzureichend ist.<sup>18</sup>

Besonderes Augenmerk muss bei der Bewertung von Versorgungsquoten auf die Unterscheidung ganz- und halbtägiger Betreuung gerichtet werden. So zeigt die relativ hohe Versorgungsquote für Vorschulkinder in Westdeutschland nicht, dass ein Großteil der Plätze nur halbtags zur Verfügung steht.

„24 % der Plätze für Kindergartenkinder im früheren Bundesgebiet bieten Ganztagsbetreuung, in den neuen Ländern 98 %. [Die] Ganztags-Platz-Kind-Relation für Kindergartenkinder liegt im früheren Bundesgebiet bei 21 %, in den neuen Ländern bei 103 %.“ (Statistisches Bundesamt 2004b: 2)

In Westdeutschland öffnen die Kinderkrippen und Kindergärten durchschnittlich später und schließen früher als die Einrichtungen in den Neuen Bundesländern (Deutsches Jugendinstitut 2005: 8f.). „[West]deutsche Kindergärten [funktionieren] meistens nach völlig willkürlich erscheinenden Öffnungs- und Schließungszeiten [...] (z.B. von 8.30 bis 11.45 Uhr mit Wiederöffnung von 14 bis 16 Uhr an drei Nachmittagen in der Woche)“ (Schultheis 1998: 217).

„Je höher die Aufnahmekapazitäten aller Betreuungsvarianten insgesamt und je länger die Öffnungszeiten, desto größer werden die Wahlmöglichkeiten zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit und somit unmittelbar die externen Alternativen in einer Partnerschaft“ (Becker 2000: 234). Unter Berücksichtigung der in Frankreich und Deutschland vorherrschenden Betreuungssituationen kann deshalb die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Handlungsoptionen, erwerbstätig oder nicht erwerbstätig zu sein, für Mütter in Frankreich und Ostdeutschland existiert, während eine bestehende Erwerbsneigung durch die unzureichenden Betreuungsangebote in Westdeutschland seltener realisierbar ist. Die Ergebnisse einer Untersuchung aus dem Jahre 2000 bestätigt diese Feststellung in Bezug auf Deutschland (Büchel/ Spieß 2002). So ist festzustellen,

„dass beträchtliche Beschäftigungspotenziale bei ost- und westdeutschen Frauen vorhanden sind, die genutzt werden könnten, wenn den Frauen bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Verfügung stünden. Das bezieht sich sowohl auf ein erweitertes Angebot an institutioneller Kinderbetreuung als auch auf die Arbeitsbedingungen (Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten).“ (BMFSFJ 2003: 124, vgl. Büchel/ Spieß 2002: 62)

In Frankreich, aber aktuell besonders in Deutschland wird der Ausbau des Kinderbetreuungssystems gefordert und damit die Hoffnung auf die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze am „Schnittpunkt von Familien- und Beschäftigungspolitik“ (Lauer 2001: 155) verbun-

---

<sup>18</sup> Das seit dem 1. Januar 2005 geltende Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) sieht in Deutschland den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung vor (vgl. BMFSFJ 2005).

den. Diese Hoffnung ist insofern berechtigt, da gerade der Bereich der personalen Dienstleistungen zu den expandierenden gehört und somit Arbeitsplätze geschaffen werden.

Diese Entwicklung wird allerdings auch kritisch betrachtet (Lallement 2001, Laufer 2001, Reuter 2002, 2003b). Zwar erleichtern Tagesmütter, Nachhilfelehrerinnen oder ähnliche Betreuungspersonen den Müttern die allseits geforderte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und durch die für sie entstandenen Arbeitsplätze werden gleichzeitig finanzielle Lasten vom Staat abgewendet. Doch die Kehrseite der Medaille sind flexible, oft ungeschützte und auf Teilzeit basierende Arbeitsverhältnisse, welche eben vor allem Frauen betreffen (Laufer 2001: 160f., Reuter 2002: 22). Insgesamt gesehen sind Beschäftigungen im Bereich der personalen Dienstleistungen

„gering bewertet, gering bezahlt und gering qualifiziert. Somit könnte ihre Ausbreitung die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung noch vertiefen, ebenso die ungleiche Aufteilung von Aufgaben und Arbeitsplätzen zwischen Frauen und Männern sowie zwischen den Frauen selbst. Im Grunde würden damit die sozialen Ungleichheiten und die Lohnunterschiede nur in anderer Gestalt wieder aufgenommen.“ (Laufer 2001: 161)

Ein wichtiger Aspekt besteht darin, dass Beschäftigungsverhältnisse im Betreuungssektor zumeist Teilzeitstellen sind und sich durch ihre Ausbreitung die Situation verstärkt, dass sich die Erwerbsarbeit in vorrangig durch Frauen ausgeübte Teilzeitarbeitsplätze und eher von Männern besetzte Vollzeitstellen aufteilt (Lallement 2001: 227). Bislang fehlen vielerorts ausreichende tarifrechtliche Regelungen und gewerkschaftliches Engagement in dieser typischen Frauendomäne, so dass von einer Aufwertung und wirtschaftlichen Gleichstellung der Berufe und einer ganzen Branche noch keine Rede sein kann (Lallement 2001: 238, Laufer 2001: 161f.).

### **3.4 Zusammenfassung**

Der Vergleich der unterschiedlichen arbeits- und familienpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland und Frankreich verdeutlicht, dass das staatliche Handeln in Frankreich größtenteils darauf ausgelegt ist, „den Frauen die parallele Übernahme beruflicher und familialer Rollen zu ermöglichen“ (Laufer 2001: 159). Die Unterstützung zielt dabei vor allem auf Paare mit Kindern und die Unterstützung der Zwei-Einkommen-Familien (Reuter 2003b: 589).

Auch der deutsche Wohlfahrtsstaat fördert die Institution *Familie*, ist allerdings in besonderem Maße auf verheiratete Paare zugeschnitten. Die Verbindung der Familienpolitik mit einer Förderung der Frauenerwerbstätigkeit ist so wie im Beispiel Frankreichs

hingegen nicht gegeben. Die Organisation einer Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung wird zu aller erst als Privatsache angesehen (Lauer 2001: 159). Deutschland ist bezüglich der sozial- und familienpolitischen Rahmenbedingungen bislang durch mehr transfer- als dienstleistungsorientierte Leistungen gekennzeichnet (Dingeldey/Gottschall 2001: 37). Die treffendsten Beispiele für die Untermauerung einer solchen Charakterisierung sind zum einen das spezifisch deutsche System des Ehegattensplittings, welches die Nichterwerbstätigkeit bzw. die verringerte Erwerbstätigkeit der Ehefrau stark begünstigt, und die unzureichende Versorgung mit Kinderbetreuungsangeboten in Westdeutschland.

Der Ländervergleich im Hinblick auf die Kinderbetreuungssituation offenbart im Gegensatz zum westdeutschen negativen Vorbild eine gute Versorgungsdichte in Ostdeutschland und Frankreich. Für diese beiden Regionen können darüber hinaus eher wohlwollende Einstellungen zu außerfamiliärer Kinderbetreuung identifiziert werden. Es muss jedoch betont werden, dass auch in Frankreich und Ostdeutschland für Kleinkinder bis zum Alter von 3 Jahren und in Ostdeutschland überdies für Kinder im Grundschulalter keine flächendeckende Versorgung gewährleistet ist.

Nichtsdestoweniger lässt sich schlussfolgern, dass eine Erwerbstätigkeit von Müttern in Westdeutschland nur schwierig umzusetzen und erfolgt aus diesem Grund noch häufig in Form des Dreiphasenmodells. In Frankreich ist die Vereinbarkeit von Müttererwerbstätigkeit und Familie hingegen deutlich besser realisierbar. Ostdeutschland steht mit seiner guten Kinderbetreuungssituation und den identischen gesetzlichen und steuerlichen Regelungen wie in den Alten Bundesländern zwischen den beiden Vereinbarkeitsmodellen. Aufgrund der enormen Bedeutung einer guten Betreuungsinfrastruktur für die Frauenerwerbstätigkeit (Spieß/ Büchel 2002: 104ff.) sowie der in den Neuen Bundesländern vorherrschenden Befürwortung der Berufstätigkeit von Frauen ist eine Orientierung der Frauen wie im französischen Modell durchaus schlüssig.

Letztlich bleibt die Organisation der Vereinbarkeit von Familie und Beruf allerdings sowohl in Deutschland als auch in Frankreich eine Frage der Ausgestaltung des individuellen Lebensentwurfs einer Frau (Knapp 2001: 694). Die wohlfahrtsstaatlichen Kontextbedingungen wirken lediglich vereinfachend oder erschwerend auf bestimmte Lebensmuster und Erwerbsbiographien.

#### **4 Ableitung der Hypothesen**

In diesem Abschnitt werden vorbereitend für die empirische Untersuchung aus den in Kapitel 1 vorgestellten und diskutierten Theorien Forschungshypothesen zum Thema der Frauenerwerbsbeteiligung in Deutschland und Frankreich abgeleitet.

Die Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit sind vielschichtig. Unterschiedliche Erwerbsbeteiligungen sind für Frauen mit unterschiedlichen Berufen, Qualifikationen, ethnischen Zugehörigkeiten, Regionen usw. zu erwarten. In der vorliegenden Arbeit werde ich mich auf die Merkmale *Region* (für Deutschland), *Alter*, *höchster Bildungs- und Ausbildungsabschluss* sowie auf den *Haushaltskontext*, in dem die Frauen mit Kindern und/oder Partner leben, konzentrieren, da ich bei ihnen die aussagekräftigsten Unterschiede erwarte.

##### **4.1 Kennziffern der Frauenerwerbstätigkeit**

Aus der historischen Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Frauen lässt sich für die drei zu analysierenden Regionen Frankreich, West- und Ostdeutschland annehmen, dass die Erwerbs- wie auch die Erwerbstätigenquoten im Jahr 2004 angestiegen oder zumindest auf Vorjahresniveau verblieben sind. Aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage und Konjunktur wird jedoch auch der Anteil der erwerbslosen Frauen ähnlich hoch bleiben oder sogar zunehmen. Ausgehend von der Theorie des dualen Arbeitsmarkts sind Frauen durch ihre Position in eher instabileren, auf Teilzeit-, Zeitarbeit oder befristeten Arbeitsverträgen basierenden Erwerbsverhältnissen häufiger als Männer von einer schlechten konjunkturellen Lage in ihrem Land betroffen.

Häufiger als Männer sind Frauen außerdem in Teilzeitbeschäftigungen zu finden. Sie sind vermehrt im expandierenden Dienstleistungssektor angestellt, wo durch die nationalen arbeitspolitischen Regelungen Teilzeitarbeit oder geringfügige Beschäftigungsverhältnisse begünstigt werden. Für Frankreich wird eine geringere Teilzeitquote erwartet, da dort die Einstellungen der Frauen stärker in Richtung Vollzeitwerbstätigkeit ausgeprägt sind. Im innerdeutschen Vergleich wird sich eine höhere Teilzeitquote für die westdeutschen Frauen ergeben, und zwar deshalb, weil für sie die Umsetzung einer Vereinbarkeit von Familien- und Berufsrolle eher mit einer Teilzeit- als mit einer Vollzeitwerbstätigkeit verknüpft ist und weil der westdeutsche Arbeitsmarkt auch mehr auf Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und besonders Mütter ausgerichtet ist.

Einen weiteren Erklärungsansatz für die geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen im Gegensatz zu den Männern bieten die Humankapitaltheorie und die Neue Haushaltsökonomie an. Durch die Spezialisierung der Frau auf die Haushaltstätigkeiten und die Kinderbetreuung sowie die Ausrichtung des Mannes auf die marktförmige Arbeit fällt die Neigung der Frauen für eine Berufstätigkeit insgesamt geringer aus, da sie nur um die zeitintensiven Verpflichtungen im Haushalt herum organisiert werden kann (Rees 1992: 23).

Die Gruppe der Nichterwerbspersonen fällt unter den Frauen demnach höher aus als bei den Männern. Es wird allgemein angenommen, dass viele Frauen nicht aktiv eine Beschäftigung suchen, außer wenn sie glauben, dass eine passende Arbeit verfügbar sein wird (Rees 1992: 16). Einige Hypothesen für die Existenz eines hohen Potenzials an weiblichen Erwerbspersonen innerhalb der Gruppe der Nichterwerbspersonen, die sogenannte Stille Reserve, leitet sich aus der Erforschung von Präferenzen bezüglich Erwerbstätigkeit ab.

„Präferenzen [...] sind nicht dauerhaft, sondern ändern sich häufig mit den Umständen. Erweitert sich der Handlungsspielraum des einzelnen, kann früher für ihn Undenkbares auf einmal vorstellbar und wünschenswert werden, während er unter einschränkenden Bedingungen bislang gehegte Wünsche fallen lässt. [...] [S]o ist etwa zu berücksichtigen, dass Erwerbswünsche von Frauen mit davon abhängen, ob ihnen der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen der Kinderbetreuung erleichtert oder erschwert wird. Ebenso weckt eine günstige Arbeitsmarktlage latente Beschäftigungswünsche; hingegen bewirkt eine schlechte, dass Beschäftigungswillige eher resignieren. Eben deshalb ist die gesamte Stille Reserve an Arbeitskräften nicht mit der Frage nach aktuellen Absichten, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, zu ermitteln.“ (Bielinski et al. 2002: 36)

Im deutsch-französischen Vergleich lässt sich infolge der in Frankreich besseren Situation bei der Kinderbetreuung sowie der für erwerbstätige Frauen vorteilhafteren Steuerpolitik schlussfolgern, dass deutsche und insbesondere westdeutsche Frauen häufiger latente Erwerbswünsche aufgrund ungünstiger institutioneller und politischer Rahmenbedingungen nicht umsetzen können und dem Arbeitsmarkt deshalb fernbleiben. Da die Kinderbetreuungssituation in Ostdeutschland besser ist, wird der Anteil der Stillen Reserve geringer als in Westdeutschland ausfallen.

### **4.2 Bildung der Frau**

Der Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau einer Person und ihrer Integration in den Arbeitsmarkt ist in der soziologischen wie in der ökonomischen Literatur umfassend erforscht (Becker 1975, Spilerman/ Lunde 1991, Blossfeld/ Huinink 1991).

Nach dem Ansatz der Neuen Haushaltsökonomie lässt sich die Hypothese aufstellen, dass mit steigendem Ausbildungsniveau einer Person deren Erwerbstätigkeit wahrscheinlicher ist (Krüsselberg 1987: 180). Für Frauen wird vermutet, dass sie eher dann erwerbstätig sind, wenn sie eine hohe Qualifikation besitzen, da sie mit höherem Bildungsniveau häufiger in Positionen mit höherer Arbeitsplatzsicherheit beschäftigt sind und, wenn sie Kinder haben, durch ein höheres Einkommen besser für externe, bezahlte Kinderbetreuung aufkommen können (Rees 1992: 19). Eine kontinuierliche Erwerbskarriere ist für Frauen mit gehobenem Bildungsniveau eher wahrscheinlich, da sich ihre Investitionen in ihr Humankapital, also u.a. ein längerer Bildungsweg, in Form von steigendem Einkommen und besseren Karrierechancen auszahlen sollen. Bei Unterbrechung der Erwerbskarriere wäre für diese Gruppe von Frauen die Entwertung des Humankapitals besonders verlustreich (Blossfeld/ Huinink 1991: 150).

Die Unterschiede im Ausmaß des Zusammenhangs zwischen dem Bildungsstand und der Erwerbstätigkeit liegen im deutsch-französischen Vergleich in den länderspezifischen institutionellen Rahmenbedingungen begründet. In beiden Ländern erfolgt der Zugang zu Beschäftigung nach unterschiedlichen Kriterien (Brauns et al. 1997: 1). Während der deutsche Arbeitsmarkt Personen überwiegend nach ihren im dualen Ausbildungssystem erworbenen beruflichen Qualifikationen bestimmten Berufszweigen und -positionen zuweist, existieren in Frankreich weniger praktische berufliche Ausbildungsgänge mit konkreten Berufszielen und umso mehr (unternehmens-)interne Mobilität (Brauns et al. 1997: 6). Dies bedeutet gleichzeitig, dass ein Fehlen beruflicher Abschlüsse in Deutschland die Arbeitsmarktintegration einer Person eher negativ beeinflusst als in Frankreich, wo Arbeitgeber durch „training-on-the-job“-Programme Arbeitnehmer ohne entsprechende Qualifikation gezielt für die Aufgaben im Unternehmen schulen können (Brauns et al. 1997: 9f.). Der höchste erreichte Bildungs- bzw. Ausbildungsabschluss wäre dieser Annahme zufolge in Frankreich weniger ausschlaggebend für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit als in Deutschland.

Zwischen West- und Ostdeutschland wird bezüglich der Bildung einer Frau vermutet, dass geringe Bildungsabschlüsse in den Neuen Bundesländern die Arbeitsmarktchancen stärker mindern als in den Alten Bundesländern, denn die schlechte Arbeitsmarktlage bevorzugt vermutlich Personen mit qualifizierten Abschlüssen.

### 4.3 Haushaltskontext

Neben individuellen Merkmalen wie dem Bildungsstand einer Frau haben, abgeleitet von traditionellen weiblichen Versorgungspflichten, die Gegebenheiten des familiären Umfelds Auswirkungen auf Erwerbswünsche und die tatsächliche Erwerbstätigkeit einer Frau. So lässt sich behaupten, dass

„Entscheidungen über die Erwerbsbeteiligung und über die individuellen Arbeitszeiten [...] nicht allein von den unmittelbar Betroffenen, sondern gemeinsam mit dem Partner bzw. in Abhängigkeit von der Erwerbstätigkeit und Arbeitszeit des Partners oder der Partnerin gefällt [werden].“ (Bielinski et al. 2002: 13)

Einige messbare Einflussfaktoren in Bezug auf den Haushaltskontext einer Frau sind ihr Familienstand, der Bildungsstand und die Erwerbstätigkeit des Partners sowie die Kinderzahl und das Alter des jüngsten Kindes.

#### 4.3.1 Familienstand

Bezogen auf den Familienstand kann allgemein angenommen werden, dass verheiratete Frauen am ehesten nicht erwerbstätig sind. Sie haben einen Partner, der mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Beschäftigung ausübt und als *male breadwinner* ein Einkommen für den Haushalt erwirtschaften kann. In diesem Fall besteht für den Haushalt eine geringere ökonomische Notwendigkeit dafür, dass die Frau (vollzeit-)erwerbstätig ist. Daher ist es außerdem denkbar, dass verheiratete Frauen eher als nicht verheiratete eine Erwerbstätigkeit mit geringerer Wochenarbeitszeit ausüben. Eine weniger umfangreiche Beschäftigung wäre im Sinne der Neuen Haushaltsökonomie besser mit der Spezialisierung der Haushaltsmitglieder auf die Haushalts- und Familienarbeit zu vereinbaren.

Verwitwete, geschiedene oder getrennt lebende Frauen sind hingegen eher als verheiratete auf ein eigenes Erwerbseinkommen angewiesen und aus diesem Grund vermutlich häufiger erwerbstätig (Lauterbach 1991: 31). Für ledige Frauen ohne Partner gilt ebenfalls das Argument der finanziellen Dringlichkeit einer Erwerbstätigkeit.

Doch neben der ökonomischen Notwendigkeit, durch ein eigenes Einkommen die Haushaltskasse aufzufüllen, können gerade für Frauen in einer Ehe oder Partnerschaft weitere Überlegungen eine Erwerbstätigkeit begünstigen. Da bei der ausschließlichen Tätigkeit im Haushalt kein marktrelevantes Humankapital gebildet wird, hätten Hausfrauen im Falle einer Trennung vom Partner eine schlechte Ausgangsposition, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Eine Ehescheidung oder Auflösung einer Partnerschaft kann

jedoch nie von vornherein ausgeschlossen werden, so dass die Erwerbstätigkeit von Frauen auch im Sinne der Wahrung ihrer eigenen Lebenschancen interpretiert werden kann (Pfaueffinger 2000: 122, Pollak 1985: 601). Nach dieser Logik müssten Frauen außerdem versuchen, ihre Erwerbstätigkeit möglichst kontinuierlich zu gestalten, um beständig in ihr Humankapital zu investieren, den mit Erwerbsunterbrechungen verbundenen Karriereknick zu vermeiden und eine unabhängige ökonomische Stellung zu bewahren.

Im Ländervergleich kommt voraussichtlich ein weiterer Faktor zum Tragen. Vor allem die Erwerbstätigkeit verheirateter deutscher Frauen wird durch das Ehegattensplitting, welches das Ein-Verdiener-Modell finanziell begünstigt, negativ beeinflusst, während das in Frankreich übliche Familiensplitting bei der Einkommensbesteuerung auch für verheiratete Frauen eine Erwerbstätigkeit finanziell sinnvoll macht. Die traditionell hohe Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen, die starke Befürwortung der Frauenerwerbstätigkeit sowie die günstigere Kinderbetreuungssituation lassen für Ostdeutschland jedoch eine geringere Bedeutung des Familienstandes vermuten.

In Frankreich existieren das Erwerbsverhalten sowohl begünstigende als auch hemmende familienpolitische Rahmenbedingungen. Es ist jedoch anzunehmen, dass vor allem das kulturelle Leitbild der vollzeiterwerbstätigen Mutter, die flexiblen Betreuungsformen für Kleinkinder und die sehr umfangreich ausgebaute Betreuungsinfrastruktur für Kinder ab 3 Jahren die Erwerbsorientierung der Frauen unabhängig vom Familienstand eher realisierbar macht.

### **4.3.2 Bildung und Erwerbstätigkeit des Partners**

Ein vermuteter Zusammenhang im Hinblick auf die Bildung des Partners mag darin liegen, dass mit höherer Bildung des Mannes oftmals eine sichere bzw. höher entlohnte Erwerbstätigkeit einhergeht, die für die Sicherung eines ausreichenden Haushaltseinkommens sorgen kann. Eine Erwerbstätigkeit der Frau wäre dann ökonomisch nicht notwendig. Diese Hypothese ginge mit der Spezialisierung der Haushaltsmitglieder auf Erwerbs- bzw. Haushaltsarbeit im Sinne der Neuen Haushaltsökonomie konform.

Im Ländervergleich wird angenommen, dass in Westdeutschland die Versorgerehe weiterhin dominiert und Frauen mit einem Partner seltener vollzeiterwerbstätig sind. Eine Erwerbsarbeit der Frau wird dann eher als Zuverdienst angesehen. Das in Frankreich sehr präsente Doppelversorger-Modell mit zwei vollzeiterwerbstätigen Verdienern wird als weiterhin vorherrschend erwartet. Zumindest ist für Frauen mit Partner überhaupt eine

Erwerbstätigkeit wahrscheinlich. Für Ostdeutschland sollte weiterhin gelten, dass beide Partner eine Vollzeit-erwerbstätigkeit anstreben. Gründe dafür liegen zum einen in seit der Wende fortgesetzten Erwerbsmustern (Dingeldey 2002: 157) und zum anderen in der ökonomischen Notwendigkeit.

Anders als in Westdeutschland empfinden Menschen in den Neuen Bundesländern eine höhere Arbeitsplatzunsicherheit. Das bedeutet, dass anders als in Westdeutschland, wo mit steigendem Alter und steigender Betriebszugehörigkeit die eigene Beschäftigungssituation als sicherer eingeschätzt wird, junge wie alte, männliche wie weibliche, qualifizierte wie unqualifizierte Ostdeutsche einen Arbeitsplatzverlust in ihrer subjektiven Wahrnehmung als wahrscheinlicher ansehen. (Schramm 1996: 63f.). Daneben sind Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche (oder Franzosen) tatsächlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Bedrohung, die finanzielle Absicherung der Familie möglicherweise bald nicht mehr gewährleisten zu können, scheint dadurch sehr präsent und die Erwerbstätigkeit des Partners wird selten als sicher wahrgenommen. Diese Befunde lassen vermuten, dass ostdeutsche Frauen auch dann häufiger erwerbstätig sind, wenn der Partner in einem Beschäftigungsverhältnis steht bzw. dass zwischen dem Erwerbsstatus der Frau und dem des Partners ein geringerer Zusammenhang als bei westdeutschen oder französischen Frauen besteht. Eine weitere Erklärung bieten die oftmals geringeren Löhne in den Neuen Bundesländern, die es für den Haushalt notwendig machen, dass es möglichst zwei (Vollzeit-)Verdiener gibt.

### **4.3.3 Müttererwerbstätigkeit**

Sobald in einem Haushalt ein Kind lebt, stellt sich für die Eltern das Problem der Aufteilung der damit verbundenen Aufgaben. Zumeist wird der Großteil der Fürsorge- und Betreuungspflichten von den Müttern übernommen. So unterbrechen eher Mütter als Väter für eine Zeit des Elternurlaubs ihre Erwerbstätigkeit. Die Motive dafür können ökonomisch begründet sein, da Männer meist ein höheres Einkommen als Frauen haben und darüber hinaus auf bestehenden Rolleneinstellungen beruhen. Gerade wenn das Kind noch sehr klein ist, ist es häufiger der Fall, dass eine Mutter vorerst aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Wenn das Kind älter wird, haben die institutionellen Gegebenheiten, d.h. die Verfügbarkeit und die Kosten von Kinderbetreuungsmöglichkeiten Auswirkungen auf den Wiedereintritt der Frauen in den Arbeitsmarkt. Außerdem wirken kulturelle Leitbilder in Bezug auf die Erwerbsrolle von Müttern und die häusliche Betreuung von Kindern.

Mütter finden in Deutschland und Frankreich unterschiedliche Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit ihrer familiären Versorgungspflichten mit einer Erwerbstätigkeit vor. In der empirischen Analyse sollte sich zeigen, dass französische Mütter von der guten Situation bei der öffentlichen und (staatlich subventionierten) privaten Kinderbetreuung profitieren. Auch in Ostdeutschland sollte sich die im Vergleich zu Westdeutschland bessere öffentliche Betreuungsinfrastruktur positiv auf die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern auswirken. Für westdeutsche Mütter wird also die geringste Erwerbsbeteiligung angenommen.

Neben der Existenz von marktförmiger Kinderbetreuung spielen jedoch arbeitsmarkt- und steuerpolitische Faktoren sowie Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit eine Rolle (Fagan et al. 2001: 64). So wird bei ungünstigerer Versorgungsdichte und Betreuungsdauer für die Kinder wie in Westdeutschland für die Erwerbstätigkeit von Frauen ausschlaggebend sein, ob Teilzeitjobs zur Verfügung stehen, die mit einem Teilzeitbetreuungsplatz oder ungünstigen Öffnungszeiten vereinbar sind. Auch vermehrte geringfügige Beschäftigungsverhältnisse mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von unter 15 Stunden könnten in einem solchen Fall für Mütter eine Alternative zur Nichterwerbstätigkeit darstellen. Für Westdeutschland kann daher angenommen werden, dass Mütter mit Erwerbswunsch, die aufgrund ungünstiger Kinderbetreuungsangebote nicht vollzeiterwerbstätig sein können, auf Beschäftigungsformen mit geringeren Stundenzahlen ausweichen.

Eine Vollzeiterwerbstätigkeit und Familie besser zu vereinbaren, wird in Frankreich z.B. durch die gesetzlich festgelegte 35-Stunden-Woche möglich, die in betriebsinternen Regelungen auf familiäre Bedürfnisse wie die Ferienzeiten der Kinder angepasst werden kann und sich nach den Angaben der Frauen durchaus positiv auf das Familienleben auswirkt (Hübner 2001: 345).

Hinsichtlich der Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit lassen sich, wie in Abschnitt 1.3.3 gezeigt wurde, zwischen Westdeutschland auf der einen und Ostdeutschland sowie Frankreich auf der anderen Seite zwei entgegengesetzte Lager ausmachen. Während für die westdeutschen Frauen die Mutterschaft (mit einem kleinen Kind) eher als unvereinbar mit einer Erwerbstätigkeit angesehen wird, sehen ostdeutsche Frauen und Französisinnen das Idealbild in einer Vereinbarkeit der beiden Lebensbereiche. Es ist jedoch zu beachten, dass alle drei Gruppen von Frauen am stärksten das Vereinbarkeits-Modell mit einer Teilzeittätigkeit neben der Mutterrolle bevorzugen. Aus den jeweiligen Präferenzen lässt sich schlussfolgern, dass französische und ostdeutsche Frauen mit Kindern eher erwerbstätig

sind und unter ihnen auch Vollzeittätigkeit verbreitet ist. In Westdeutschland sollte hingegen eher gelten, dass Mütter entweder nicht oder teilzeiterwerbstätig sind.

Wahrscheinlich haben in Westdeutschland die Anzahl der Kinder und das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt im Vergleich zu Frankreich und Ostdeutschland den größten (hemmenden) Einfluss auf eine Erwerbstätigkeit der Frau. Mit steigendem Alter des jüngsten Kindes sollte der Anteil der erwerbstätigen Mütter ansteigen, spätestens jedoch mit dem Beginn der Schulpflicht, da die ständige Betreuung des Kindes dann nicht mehr nötig ist. Womöglich zeigt sich mit wachsender Kinderzahl auch in Frankreich und Ostdeutschland eine geringere Erwerbsneigung von Frauen, da sich dann auch dort eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglicherweise schwieriger darstellt oder bei Frauen mit mehreren Kindern eine höhere Familienorientierung unterstellt werden kann, die sich negativ auf einen Erwerbswunsch auswirkt.

#### **4.4 Zusammenfassung**

Die Hypothesenbildung zur Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland und Frankreich stützt sich auf die drei im ersten Kapitel vorgestellten Theoriekomplexe *ökonomische Theorie*, *Wohlfahrtsstaatsforschung* und *kulturelle Leitbilder*. Je nach betrachteter Determinante spielen sie in unterschiedlichem Ausmaß eine Rolle. Während die Humankapitaltheorie und die Neue Haushaltsökonomie Argumente für allgemeinere Zusammenhänge in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen liefern, besitzen die wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen sowie die bestehenden Normen und Einstellungen für den Länder- bzw. Regionenvergleich eine hohe Erklärungskraft. Unterschiedliche Werte, Traditionen und Rollenvorbilder spielen für die vermuteten Ost-West-Unterschiede in Deutschland die größte Rolle.

Im nächsten Abschnitt werden die theoretischen Grundlagen der empirischen Analyse vorgestellt. Zunächst wird der Datensatz des European Labour Force Survey (LFS) vorgestellt, in den sowohl der deutsche Mikrozensus als auch die französische Enquête Emploi als wichtige nationale Haushaltserhebungen eingebettet sind. Im Anschluss wird das methodische Vorgehen bei der empirischen Analyse der Frauenerwerbstätigkeit erläutert.

## II. Empirischer Teil

### 5 *Datensatz und Methode*

#### 5.1 **Der Datensatz des European Labour Force Survey für Deutschland und Frankreich**

Bei dem für die empirischen Analysen zur Verfügung stehenden Datensatz handelt es sich um die in Deutschland und Frankreich erhobenen Arbeitskräfteerhebungen, welche auf europäischer Ebene im *European Labour Force Survey (LFS)* durch das europäische Statistikamt Eurostat zusammengefasst und für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden. In der vorliegenden Arbeit werden die Teildatensätze des Jahres 2004 verwendet. Durch die Zentralisierung der Datenweitergabe durch Eurostat wird gewährleistet, dass in einem Ländervergleich identische Variablen und Kategorien, Referenzzeiträume und Konzepte zum Themenkomplex *Erwerbstätigkeit* vorliegen. Die Datenaufbereitung und -darstellung bei Eurostat erfolgt im Rahmen der Definitionen der International Labour Organization (ILO).

Der enorme Vorteil des Datensatzes liegt in der nahezu perfekten Vergleichbarkeit der Variablen, die, sofern sie nicht in gleicher Weise in den einzelnen Staaten erhoben wurden, von Eurostat in übereinstimmende Klassifikationen und Standards übertragen werden (Europäische Kommission 2005: 11).

Die Fallzahlen des deutschen und des französischen Datensatzes weichen stark voneinander ab. So stehen für Deutschland viermal so viele Fälle wie für Frankreich zur Verfügung. Der Grund dafür liegt darin, dass für Deutschland bislang nur ein einziger Erhebungszeitpunkt für die Daten besteht, während in Frankreich das ganze Jahr hindurch Erhebungen durchgeführt und in quartalsmäßig zusammengefassten Datensätzen an Eurostat weitergegeben werden. Für das gesamte Jahr zusammengefasst stünden für Frankreich hingegen fast 20 000 Fälle mehr als für Deutschland zur Verfügung, da die Haushalte der Stichprobe in bis zu 6 aufeinanderfolgenden Quartalen befragt werden. Pro Quartal wird ein Sechstel der Fälle erneuert (Givord 2003: 62). Die Gesamtstichprobe des Mikrozensus umfasst demnach bislang mehr unterschiedliche, pro Jahr nur einmal befragte Haushalte.

Den in Kapitel 6 folgenden Analysen liegt aus dem Grund der besseren Vergleichbarkeit das dem deutschen Datensatz entsprechende erste französische Quartal zugrunde, da es die gleiche Berichtswoche wie der deutsche Mikrozensus beinhaltet. Aus den Analysen ausgeschlossen werden Personen, die nicht in Privathaushalten, sondern in Institutionen leben. In Tabelle 4 sind die jeweiligen Fallzahlen für Frankreich und Deutschland,

einschließlich der Unterteilung nach Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren, angegeben.

**Tab. 4: Fallzahlen der verwendeten Datensätze fr2004q1.sav und de2004q2.sav**

	Frankreich	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
<b>Datensatz insgesamt</b>	87496	327089	256808	70281
- davon in Privathaushalten	87204	318825	250353	68472
- davon im erwerbsfähigen Alter von 15-64 Jahren	55861	211854	164272	47582
- darunter Männer im erwerbsfähigen Alter	27227	105206	81384	23822
- darunter Frauen im erwerbsfähigen Alter	28634	106648	82888	23760

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Auf die Besonderheiten des Mikrozensus und der Enquête Emploi soll nun kurz eingegangen werden.

## 5.2 Der deutsche Mikrozensus und die französische Enquête Emploi im European Labour Force Survey

In Deutschland werden Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der Bevölkerung sowie zu Ausbildung und Erwerbstätigkeit, welche für die Politik, Verwaltung oder wissenschaftliche Studien relevant sind, seit 1957 in den Alten Bundesländern und seit 1991 auch in Ostdeutschland in Form des jährlichen *Mikrozensus*, einer Haushaltsbefragung der deutschen Wohnbevölkerung, erhoben (Statistisches Bundesamt 2005b: 3f.). „Den Anstoß zum Aufbau dieser Statistik haben internationale Verpflichtungen gegeben, die die Bundesrepublik Deutschland durch Mitgliedschaft in der OECD [...] eingegangen war“ (Ehling et al. 1988: 7). Die so gewonnenen Daten bilden die wichtigste Informationsquelle für die Fortschreibung der Volkszählung, da seit 1987 aufgrund von Widerständen in der deutschen Bevölkerung keine Volkszählung mehr realisiert wurde (Grohmann 2000: 217). Einen Teil des Mikrozensus stellt die darin integrierte Arbeitskräfteerhebung (AKE) dar (Rengers 2004: 1377f.).

In Frankreich wurden bis zum Jahre 1999 im 8- bzw. 9-Jahresrhythmus Volkszählungen, die sogenannten *Recensements de la population* durchgeführt. Ab dem Jahr 2004 wird diese Form der Datenerhebung kontinuierlich erfolgen und im 5-Jahresrhythmus publiziert (INSEE 2005: 1). Seit 1950 findet darüber hinaus die jährliche Arbeitskräfteerhebung, die *Enquête Emploi*, statt, welche eine kontinuierliche Erhebung der Bevölkerung zu Themen der Erwerbstätigkeit darstellt (Goux 2003: 42). Sie liefert nötige Informationen über den

Zustand des Arbeitsmarktes und seine Entwicklung. Da neben den Kennziffern zu den Erwerbstätigen oder Arbeitslosen ebenso Angaben zu Arbeitszeiten oder prekären Arbeitsverhältnissen entnommen werden können, stellen die Ergebnisse der Enquête Emploi eine wichtige Diskussionsbasis über die beschäftigungs- und bildungspolitischen Maßnahmen sowie eine nützliche Forschungsgrundlage für den Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften dar (Attal-Toubert/ Couderc 2004: 3).

Seit 2003 wird die Enquête Emploi auf Grundlage der europäischen Verordnung n° 1991/2002, welche den EU-Mitgliedsstaaten ab dem 1. Januar 2003 eine fortlaufende Arbeitskräfteerhebung vorschreibt, als unterjährige Erhebung durchgeführt (Goux 2003: 42). Das bedeutet, dass es keine feste Berichtswoche gibt, wie beispielsweise im Mikrozensus die letzte Aprilwoche ohne Feiertage (Statistisches Bundesamt 2005b: 3), sondern dass über alle Wochen des Jahres verteilt Daten gesammelt und zu vierteljahresbezogenem Datenmaterial zusammengefasst werden.<sup>19</sup> Man bezeichnet die Enquête Emploi deshalb auch als „*Enquête Emploi en continu*“ (Givord 2003: 60), also als fortlaufende Arbeitskräfteerhebung. Auch im Mikrozensus wird ab dem Berichtsjahr 2005<sup>20</sup>, da dann das neue Mikrozensusgesetz in Kraft tritt, die Unterjährigkeit eingeführt und das bisherige Konzept der festen Berichtswoche aufgegeben (Lengerer et al. 2005: 40, Rengers 2004: 1377).

Der Mikrozensus ist eine 1-%-Stichprobe aller Haushalte in Deutschland. Das heißt, dass jährlich rund 380 000 Haushalte mit 830 000 Personen im Mikrozensus erfasst werden (Statistisches Bundesamt 2005b: 4f.). Die Stichprobe der Enquête Emploi umfasst pro Quartal etwa 54 000 Haushalte mit ungefähr 70 000 Personen im Alter von 15 oder mehr Jahren. Hochgerechnet auf ein Erhebungsjahr entspricht das rund 300 000 Personen ab 15 Jahren in 216 000 Haushalten, darunter 81 000 verschiedene Haushalte, welche zum Teil mehrfach befragt werden, da ein Haushalt möglichst für sechs aufeinanderfolgende Quartale in der Stichprobe verbleibt (Attal-Toubert/ Couderc 2004: 12, 17).<sup>21</sup>

---

<sup>19</sup> Die Enquête Emploi wurde in einigen Jahren bereits halbjährlich erhoben (1950, 1951, 1953, 1975, 1977-1989) und im Zeitraum von 1992 bis 2001 (außer 1997) zu methodischen Testzwecken bereits teilweise vierteljährlich durchgeführt. Im Jahr 2002 gab es nebeneinander die jährliche sowie die vierteljährliche Erhebung (Goux 2003: 52f.). Der Mikrozensus wurde bislang ausschließlich einmal jährlich realisiert (Rengers 2004: 1377).

<sup>20</sup> Für Deutschland und Italien wurde die Frist zur Einführung der vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebung auf den Januar 2005 bzw. 2004 verlängert (Goux 2003: 55). Im Gegenzug wurde Deutschland jedoch verpflichtet, bis 2005 pro Quartal geschätzte Durchschnittswerte ausgewählter Merkmale zu liefern (Rengers 2004: 1377).

<sup>21</sup> Die Stichprobe bezieht sich auf die Erhebung in Frankreich (inklusive Korsika) ohne die französischen Überseedépartements. Jene werden in einer gesonderten Stichprobe erhoben und ausgewertet (Attal-Toubert/ Couderc 2004: 11).

Die europäische Arbeitskräfteerhebung, das *European Labour Force Survey*, vereint in sich die Arbeitskräftestichproben aller 25 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie Norwegens und Islands (Europäische Kommission 2005: 4). Die Entwicklung dieser vergleichenden Datenbasis begann 1950 mit der ersten europäischen Arbeitskräfteerhebung in Frankreich und wurde schrittweise mit dem Beitritt einzelner Staaten in die EU erweitert und wird seit 1983 jährlich erhoben (Europäische Kommission 2005: 8).

Im Jahre 1983 wurde außerdem das *Labour-Force-Konzept* der 1919 in Genf gegründeten *Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)*, wie es 1982 auf der 13. Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker festgelegt wurde, in das LFS integriert (Rengers 2004: 1371). „Dieses Konzept folgt dem Ziel, möglichst alle Erwerbstätigengruppen zu erfassen“ (Schmidt 2000: 6) und stellt einen international vergleichbaren Standard für die gemeinsame Messung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit dar (Rengers 2004: 1371).

Das Labour-Force-Konzept, welches die ökonomisch aktive Bevölkerung betrachtet, also diejenigen Personen, die potenziell zum Arbeitskräfteangebot in einer Volkswirtschaft gerechnet werden können, unterteilt die Bevölkerung ab 15 Jahren in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen (Rengers 2004: 1371). Ausschlaggebend dafür, als erwerbstätig zu gelten, ist eine Erwerbstätigkeit von mindestens einer Stunde in der Berichtswoche. Das bedeutet, dass auch geringfügig oder gelegentlich Beschäftigte sowie Personen, die trotz ihres Status als Rentner, Schüler oder Studenten einer Aushilfstätigkeit nachgehen, zu den Erwerbstätigen gezählt werden. Ebenso werden Personen, die zwar in einem Arbeitsverhältnis stehen, in der Berichtswoche aufgrund von Krankheit, (Mutter-schafts-/Eltern-)Urlaub oder anderen Gründen nicht gearbeitet haben, den Erwerbstätigen zugerechnet. Als erwerbslos gelten Personen, die in der Berichtswoche nicht erwerbstätig waren, in den letzten vier Wochen aktiv ein neues Beschäftigungsverhältnis gesucht haben und dieses innerhalb von zwei Wochen antreten könnten. Schließlich fallen in die Gruppe der Nichterwerbspersonen all diejenigen, die in der Berichtswoche weder erwerbstätig waren noch als Erwerbslose anzusehen sind (Schmidt 2000: 6f.).

In Frankreich wurde der Fragebogen mit der reformierten Enquête Emploi ab dem Jahre 2003 besser an das ILO-Erwerbskonzept angepasst. Die Selbsteinstufung der Befragten in die Kategorien „erwerbstätig“, „erwerbslos“ und „Nichterwerbsperson“ wich einer Liste von konkreten Fragen, durch welche die Person im Nachhinein in die entsprechende ILO-Erwerbskategorie eingeordnet wird (Goux 2003: 50). Im Mikrozensus wird seit 1996 die

aktive Beteiligung am Erwerbsleben ebenfalls durch vereinzelte Fragen ermittelt, so dass eine spätere Klassifizierung gemäß der ILO-Definition möglich ist (Schmidt 2000: 8).

Der Aufbau des Fragebogens der Enquête Emploi entspricht in den erhobenen Variablen nahezu exakt den Vorgaben des LFS, ist jedoch für die nationale Auswertung etwas ausführlicher angelegt (vgl. INSEE 2004). Für den Mikrozensus-Fragebogen trifft zu, dass einige Variablen, z.B. zum Umfang der gewünschten Erwerbstätigkeit, nicht erhoben werden. Das hat vermutlich u.a. damit zu tun, dass die Fragen der Arbeitskräfteerhebung im Mikrozensus nur einen Teil ausmachen und den einzelnen Staaten für die Ausgestaltung ihrer nationalen Erhebungen ein gewisser Spielraum eingeräumt wird (Europäische Kommission 2005: 11). Bei den im LFS ausgegebenen Variablenausprägungen gibt es bei einigen Fragen im Vergleich zu den Fragebögen des Mikrozensus und der Enquête Emploi zudem leichte inhaltliche Abweichungen, welche unter Umständen im Ländervergleich von Bedeutung sein können. In das LFS fließen systematische Stichproben des Umfangs von 150 000 Haushalten aus dem Mikrozensus und von 75 000 Haushalten aus der Enquête Emploi ein (Europäische Kommission 2005: 21ff.).

### **5.3 Methodisches Vorgehen**

In einem ersten Schritt werden in der Analyse der Frauenerwerbstätigkeit die abhängigen und unabhängigen Variablen im Datensatz deskriptiv dargestellt. Dabei steht die Erläuterung der Vor- und Nachteile der vorgegebenen Variablen sowie die Beschreibung eigenständig konstruierter Variablen im Mittelpunkt. Ein besonderer Stellenwert kommt dabei der Beschreibung der Messung der Erwerbsbeteiligung zu. Neben der im LFS vorhandenen Variable zum Erwerbskonzept der International Labour Organization ist es möglich, durch Kombination von Variablen eigene erweiterte Erwerbskonzepte aufzustellen. Die Vor- und Nachteile der Anwendung zweier möglicher Modelle werden abgewogen, um das aussagekräftigste erweiterte Erwerbskonzept auszuwählen.

Darauf aufbauend wird im nächsten Analyseschritt zunächst der Erwerbsstatus nach dem ILO-Erwerbskonzept sowie nach dem in Abschnitt 6.1.1 zu beschreibenden erweiterten Erwerbskonzept nach Männern und Frauen sowie Altersgruppen in Kreuztabellen dargestellt. In den weiteren Kreuztabellen bzw. Diagrammen wird der Einfluss des höchsten Bildungs- und Berufsabschlusses, des Familienstandes, des Bildungs- und Erwerbsstatus des im Haushalt lebenden Partners sowie des Alters des jüngsten Kindes und der Anzahl der Kinder im Haushalt betrachtet. Diese Kreuztabellenanalyse wird sich auf

die Betrachtung der Frauen Altersgruppe mit der höchsten Beteiligung am Erwerbsleben beschränken, welche in Abschnitt 6.2.1 ermittelt wird.

Im dritten Analyseschritt wird mittels einer binären logistischen Regression kontrolliert, welche der in den Kreuztabellen überprüften Determinanten der Frauenerwerbsbeteiligung in welchem Maße die Wahrscheinlichkeit einer Vollzeitberufstätigkeit der Frau bestimmen.

Die Berechnungen werden mit dem Statistikprogramm *SPSS 13.0* durchgeführt. Die Anzeige der statistischen Signifikanz der Ergebnisse erfolgt jeweils mit Hilfe des Stern-Symbols. \*\*\* bedeutet *hoch signifikant* ( $p \leq 0,001$ ), \*\* steht für *signifikant* ( $p \leq 0,01$ ) und \* bedeutet *schwach signifikant* ( $p \leq 0,05$ ). Steht kein Stern-Symbol, so besteht *keine statistische Signifikanz*.

## **6 Empirische Analyse ausgewählter Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit**

### **6.1 Deskriptive Analyse**

#### **6.1.1 Beschreibung der abhängigen Variablen**

Für die Analyse des zu erklärenden Sachverhalts *Frauenerwerbstätigkeit* liefert das LFS mehrere Variablen. Zum einen wird in der gemäß dem Labour-Force-Konzept der ILO von Eurostat generierten Variable der Haupterwerbsstatus einer Person (LFS-Variable WSTATUT) angegeben. Diese Variable ist für die Bestimmung der Frauenerwerbstätigkeit insofern aussagekräftig, als dass sie durch die Minimalgrenze von einer Arbeitsstunde in der Berichtswoche eine strenge Abgrenzung der Erwerbstätigkeit von der Erwerbslosigkeit vornimmt. Unschärfen in der Zuordnung erwerbstätiger und erwerbsloser Personen sind so weitgehend ausgeschlossen (Rengers 2004: 1373f.). Darüber hinaus wird mit der 1-Stunden-Grenze dem Phänomen Rechnung getragen, dass Frauen nicht selten einer marginalen Beschäftigung mit geringer Stundenzahl nachgehen. Eine systematische Untererfassung weiblicher ökonomischer Aktivität, wie sie bei einer höheren Bemessungsgrenze der Fall wäre, bleibt so aus (Rengers 2004: 1372).

Da sich das Konzept der Erwerbslosigkeit nicht nach nationalen institutionellen oder rechtlichen Regelungen richtet, sind, wie es für den deutsch-französischen Vergleich wichtig ist, die Anteile der Personen ohne Arbeit international vergleichbar (Rengers 2004: 1374). Ein weiterer positiver Aspekt des ILO-Labour-Force-Konzepts besteht darin, dass

auch Personen, welche in der Berichtswoche lediglich vorübergehend 0 Stunden erwerbstätig waren, z.B. wegen Urlaub oder Krankheit, weiterhin zu den Erwerbstätigen gezählt werden (Rengers 2004: 1373). Gleichzeitig deutet sich hierin ein Nachteil für die Erfassung der Frauenerwerbstätigkeit an, denn die Frauen in Elternzeit bilden unter ihnen eine quantitativ starke Gruppe.

„Zwar lässt sich argumentieren, dass die meisten Frauen nach der Elternzeit ihre Erwerbstätigkeit wieder aufnehmen, hier also nur eine (mehr oder weniger kalkulierbare) Unterbrechung vorliegt. Bezogen auf den jeweiligen Erhebungszeitpunkt misst die Beschäftigungsquote für die Gruppe der Frauen mit Kleinkindern dennoch viel ‚heiße Luft‘.“ (Beckmann 2003: 6)

Ein weiteres Manko ist aus sozialwissenschaftlicher Sicht darin zu sehen, dass das Labour-Force-Konzept die Erwerbstätigkeit vorrangig aus dem ökonomischen Blickwinkel betrachtet (Rengers 2004: 1370). Während aus volkswirtschaftlicher Perspektive bereits eine Arbeitsstunde als relevante Größe gilt, kann eine Person mit einem solchen Arbeitsumfang „unter Berücksichtigung sozialer Aspekte allerdings wohl kaum als ‚in ein Beschäftigungssystem integriert‘“ (Rengers 2004: 1370) beschrieben werden.

Aus dieser Diskussion der Vorzüge und Schwachstellen des Labour-Force-Konzepts lässt sich der Vorschlag ableiten, die umfassende, wenig detaillierte Variable WSTATUT anhand des Arbeitsumfangs in Untergruppen wie Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigkeit zu unterteilen. Dabei ergeben sich die beiden methodischen Probleme, welche Angabe zu den Arbeitsstunden zu verwenden und nach welchen Kriterien eine Abgrenzung der einzelnen Beschäftigungstypen vorzunehmen ist (Rengers 2004: 1374f.).

Für die Bestimmung des Arbeitsumfangs stehen im LFS die tatsächlich (in der Berichtswoche) geleisteten (LFS-Variable HWACTUAL) sowie die gewöhnlich geleisteten Arbeitsstunden (LFS-Variable HWUSUAL) zur Auswahl. Die gewöhnlich geleisteten Wochenstunden spielen als Indikator für die Analyse der Frauenerwerbstätigkeit eher eine Rolle, da so gezeigt werden kann, wie sich die Frauen gewöhnlich verhalten und nicht nur konkret in der Berichtswoche. Außerdem soll das gewöhnlich geleistete Arbeitspensum herangezogen werden, um diejenigen Personen, welche in der Berichtswoche tatsächlich 0 Stunden am Arbeitsplatz verbracht haben, in die Analysen mit einzubeziehen. Frauen, die nicht mindestens eine Stunde in der Berichtswoche erwerbstätig waren (LFS-Variable HWACTUAL) sowie ein Kind haben, können, für den Fall, dass sie angeben, sie seien im Mutterschafts- oder Erziehungsurlaub (LFS-Variable REASON=5) bzw. sie seien aus einem „anderen Grund (z.B. persönliche oder familiäre Verpflichtungen)“ (LFS-Variable REASON=8) nicht erwerbstätig gewesen, relativ zuverlässig identifiziert und gesondert ausgewiesen werden. Somit gelten diese Frauen als im Erziehungsurlaub und bilden eine

eigenständige Gruppe innerhalb der nach ILO-Definition Erwerbstätigen. Frauen, die Kinder betreuen, ohne eine enge Beziehung zum Arbeitsmarkt, z.B. durch einen Arbeitsvertrag, zu besitzen, zählen hingegen zu den Nichterwerbspersonen. Diese fallen nicht in die Kategorie des gesetzlich geregelten Erziehungsurlaubs.

Das zweite Problem, jenes der Abgrenzung von Beschäftigungstypen, ist schwieriger zu lösen, da z.B. für die Bestimmung von Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigkeit keine einheitlichen internationalen Festlegungen existieren und nationale Definitionen von Teilzeitarbeit sehr unterschiedlich ausfallen (Rengers 2004: 1375, Statistisches Bundesamt 2004c: 4). Das LFS (wie auch der Mikrozensus oder die Enquête Emploi) löst diese Unklarheit, indem die Befragten um eine Selbsteinschätzung in Vollzeit- bzw. Teilzeiterwerbstätige gebeten werden (Europäische Kommission 2005: 76). Da diese Einteilung jedoch höchst subjektiv und nach national üblichen Arbeitszeitmustern erfolgt und die geleisteten Angaben zu den Arbeitsstunden keine Beachtung finden (Rengers 2004: 1375), ist sie für den deutsch-französischen Vergleich nur bedingt tauglich.

Häufig wird für die Vollzeit-Teilzeit-Unterscheidung die 35-Stunden-Marke benutzt, doch ist sie gerade im Fall Frankreichs nicht angebracht. So lag im Jahre 2004, als Folge der Einführung der 35-Stunden-Woche, für etwas mehr als 80 % der Vollzeitbeschäftigten die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit unter 36 Stunden (Demetriades et al. 2006: 16). Die gesetzliche Arbeitszeit liegt in Frankreich auf einem geringeren Niveau als in Deutschland, wo die gesetzliche Höchstgrenze 48 und die normalerweise tariflich vereinbarten Arbeitszeiten zwischen 35 und 40 Wochenstunden betragen (Fagan et al. 2001: 115). Bei der Unterscheidung nach 35 Stunden würden demnach laut Arbeitsvertrag vollzeitbeschäftigte Franzosen häufiger als vollzeitbeschäftigte Deutsche zu den Teilzeiterwerbstätigen gezählt. Aus diesem Grund wird für die vorliegende Untersuchung die Zahl von 30 Wochenstunden als Grenze gewählt. An anderer Stelle wird die 30-Stunden-Marke ebenfalls als für internationale Vergleiche zweckmäßig empfohlen (van Bastelaer et al. 1997: 12).

Die nach diesen methodischen Überlegungen konstruierte Variable drückt ein erweitertes ILO-Erwerbskonzept aus. Auf Basis der LFS-Variable WSTATOR werden die Befragten in die Personengruppen, die einer Erwerbstätigkeit von mindestens einer Stunde nachgingen bzw. zeitweilig nicht am Arbeitsplatz waren (d.h. die erwerbstätige Bevölkerung) und die Nichterwerbstätigen unterteilt. Die Erwerbstätigen werden nach ihren gewöhnlich geleisteten Wochenstunden den vollzeiterwerbstätigen mit 30 oder mehr Wochenstunden, den teilzeiterwerbstätigen mit 15 bis 29 Wochenstunden und den

geringfügig beschäftigten Personen mit bis zu 15 Wochenstunden zugeteilt. Ausnahmen bilden die Frauen im Erziehungsurlaub sowie die Erwerbstätigen, die keine Angabe zu ihren gewöhnlichen Arbeitsstunden machen. Sie umfassen jeweils eine gesonderte Gruppe. Bei den Nichterwerbstätigen lassen sich nach dem Labour-Force-Konzept die Erwerbslosen und die Nichterwerbspersonen unterscheiden. Zu den Erwerbslosen werden diejenigen Personen gerechnet, die bereits eine neue Anstellung in der nächsten Zeit antreten werden (LFS-Variable RECHTRAV=2, 12,12) bzw. diejenigen, die in den vorangegangenen vier Wochen aktiv nach einer Erwerbstätigkeit gesucht haben (LFS-Variable RECHTRAV=1) *und* für diese innerhalb von zwei Wochen zur Verfügung stehen würden (LFS-Variable DISPO=1). Alle übrigen Personen zählen zu den Nichterwerbspersonen, für die keine enge Beziehung zum Arbeitsmarkt besteht. Mit Hilfe der LFS-Variable EDUCSTAT können sie in Nichterwerbspersonen, die in den letzten vier Wochen in Studium oder Lehre waren, und andere Nichterwerbspersonen unterschieden werden.

Neben dem Erwerbsstatus nach ILO-Definition bzw. nach dem erweiterten Konzept, werden einige weitere Indikatoren in den Analysen zur empirischen Fundierung einzelner Aussagen einbezogen. Dabei handelt es sich um die Gründe für eine Teilzeittätigkeit (LFS-Variable FTPT), die Dauer des derzeitigen Arbeitsverhältnisses (LFS-Variable PERM), die Gesamtdauer des befristeten Arbeitsverhältnisses (LFS-Variable DURTEMP), den Wirtschaftssektor des derzeitigen Arbeitsverhältnisses (LFS-Variable NACES), das Vorhandensein eines weiteren Arbeitsverhältnisses (LFS-Variable EXIST2J) sowie die Dauer der derzeitigen Arbeitslosigkeit (LFS-Variable DURUNE).

### **6.1.2 Beschreibung der unabhängigen Variablen**

In die Analysen zur Frauenerwerbstätigkeit werden eine Reihe von unabhängigen Variablen herangezogen, die im Folgenden vorgestellt werden. Einige von ihnen sind in der verwendeten Form im LFS gegeben, andere können auf der Basis von LFS-Variablen gebildet werden.

Die Variable *Geschlecht* ist mit ihren Ausprägungen „männlich“ und „weiblich“ im LFS gegeben (LFS-Variable SEX).

Für Deutschland erfolgt die Unterteilung in die *Regionen* „Alte Bundesländer ohne Berlin“ bzw. „Westdeutschland“ und „Neue Bundesländer mit Berlin“ bzw. „Ostdeutschland“ nach

der LFS-Variable REGIONOR, welche das Bundesland, in dem sich der Haushalt befindet, ausweist.

Das *Alter* einer Person wird im LFS aus Gründen der Anonymisierung in Altersgruppen zu 5 Jahren ausgegeben (LFS-Variable AGE) (Europäische Kommission 2005: 5). So stehen die Gruppen von 0 bis 4 Jahren, 5 bis 9 Jahren, 10 bis 14 Jahren usw. bis zu 95 und mehr Jahren zur Verfügung. Diese grobe Einteilung ist insbesondere bei der Betrachtung von Kindern von Nachteil, da die Altersgruppen ungünstig zusammengefasst werden. So dient beispielsweise nicht das übliche Kindergarteneintrittsalter von 3 Jahren als Abgrenzung einer Altersstufe, sondern die kleinste Stufe reicht von 0 bis 4 Jahren, und innerhalb der nächst höheren Stufe von 5 bis 9 Jahren findet der Schuleintritt statt. In der letztgenannten Altersgruppe finden sich beispielsweise Kinder vom Kindergartenalter bis zum dritten oder vierten Jahr der Schulpflicht wieder, so dass Betrachtungen, inwiefern Mütter mit dem Eintritt ihrer Kinder in das Schulsystem in den Arbeitsmarkt zurückkehren, nur bedingt möglich sind.

In Anlehnung an die übliche Eingrenzung des erwerbsfähigen Alters zwischen 15 und 64 Jahre wird die Bevölkerung ab 15 Jahren für den Hauptanteil der Berechnungen in Altersgruppen von 15 bis 24, 25 bis 49 sowie 50 bis 64 Jahren eingeteilt.

Die Variable zum *Familienstand* einer Person (LFS-Variable MSTATUS) enthält zum einen die Merkmalsausprägungen „ledig“ und „verheiratet“ und wird von Eurostat zum anderen aus Gründen der Anonymisierung zur Ausprägung „verwitwet, geschieden oder getrennt lebend“ zusammengefasst (Europäische Kommission 2005: 5).<sup>22</sup> Die letztgenannte Gruppe ist jedoch durchaus heterogen zusammengesetzt. So beziehen die Personengruppen z.B. jeweils unterschiedliche Leistungen zu ihrem Lebensunterhalt. Die mit der Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen implizierte Partnerlosigkeit kann zudem durch eine neue Partnerschaft aufgehoben sein.

Sowohl im Mikrozensus als auch in der Enquête Emploi werden die höchsten formalen *Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse* erfragt, die sich auf das jeweils nationale Bildungs- und Ausbildungssystem beziehen.<sup>23</sup> Um eine Vergleichbarkeit der deutschen und französischen Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse zu gewährleisten, ist ein einheitliches Messinstrument, welches den nationalen Unterschieden Rechnung trägt, nötig (Braun/

---

<sup>22</sup> Im Mikrozensus (Frage 10) wie in der Enquête Emploi (Frage M 20) wird der Familienstand durch mehr Kategorien festgestellt. Das traditionelle Familienkonzept und das Konzept der Lebensformen, wie sie im Mikrozensus unterschieden werden (Lengerer et al. 2005: 6ff.), sind mikrozensustypisch und nicht Bestandteil der Arbeitserhebung.

<sup>23</sup> Die entsprechenden Fragen sind die Fragen 105-106 im Mikrozensus und die Fragen F3 sowie F6-F8 in der Enquête Emploi.

Müller 1997: 164). Eine solche Messskala stellt die im LFS verwendete International Standard Classification of Education, kurz ISCED-1997, dar (LFS-Variable ISCED2D). Diese Skala wurde Anfang der 1970er Jahre von der UNESCO als international anerkannte und anwendbare Bildungstypologie entwickelt und im Jahre 1997 leicht verändert (UNESCO 2003: 195). Die Einstufung nationaler Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse in das ISCED-System erfolgt danach, welchen Platz sie in der Abfolge der Bildungsstufen einnehmen und für welche folgende Bildungsstufe sie eine Person qualifizieren. Der Bildungs- und Ausbildungsabschluss einer Person entspricht folglich ihrem höchsten erreichten Abschluss in dieser Stufenfolge (Braun/ Müller 1997: 174).

Die ISCED-1997 reicht von den Stufen 0 bis 6 und ist in vier Hauptbildungsstufen unterteilt. Die Stufe 0 umfasst vorschulische Bildung. Level 1 entspricht der Primärstufe, also der elementaren Bildung ab Beginn der Schulpflicht. Die Stufen 2 bis 4 beziehen sich auf die Sekundarstufe und die Stufen 5 und 6 auf den tertiären Bereich. Innerhalb der Sekundarstufe wird die Schulpflicht in Deutschland mit den Abschlüssen der Haupt- und Realschulen bzw. in Frankreich mit dem *Brevet d'Enseignement Professionnel (BEP)*, dem *Certificat d'Aptitude Professionnelle (CAP)* oder ähnlichen zu einer beruflichen Ausbildung qualifizierenden Abschlüssen (Brauns/ Steinmann 1999: 13f.) beendet (ISCED-1997-Stufe 2). Die Abschlüsse der höheren Sekundarstufe (ISCED-1997-Stufe 3), befähigen zum Zutritt zu universitärer Bildung (ISCED-1997-Stufe 5). In Deutschland sind die entsprechenden Abschlüsse die Fachhochschulreife und das Abitur, in Frankreich sind es die verschiedenen Formen des *Baccalauréat* (Brauns/ Steinmann 1999: 15).

Der postsekundäre, nicht tertiäre Bildungsbereich (ISCED-1997-Stufe 4) ist in Deutschland durch das duale Ausbildungssystem ausgeprägter als in Frankreich, wo die berufliche Ausbildung innerhalb berufsbezogener, aber eher schulisch ausgerichteter Bildungsprogramme erfolgt (Brauns/ Steinmann 1999: 13).

Tabelle 4 veranschaulicht noch einmal die Abfolge der ISCED-1997-Stufen und stellt sie den in den nationalen Befragungen erhobenen Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen gegenüber. In der linken Spalte befinden sich die Ausprägungen der für die folgenden Analysen zusammengefassten Bildungsvariable. Es wird außerdem deutlich, dass es sich bei der im LFS verwendeten ISCED-1997 um eine „Output-Harmonisierung“ (Statistisches Bundesamt 2004c: 38) handelt, da erst im Nachhinein der Befragung die national unterschiedlichen Ausprägungen der Bildungsvariable durch Eurostat in eine einheitliche Variable transformiert werden.

Wie die Übersicht zeigt, ordnet sich die (praktische) berufliche Ausbildung nach der ISCED-1997 für Deutschland in den postsekundären Sektor und damit in der Bildungsvariable in die Sekundarstufe II ein, während die französische, eher schulisch ausgerichtete Berufsausbildung zur ISCED-1997-Stufe 2 und damit zur Sekundarstufe I gehört. Diese unterschiedliche Einteilung eines ähnlichen Qualifikationsniveaus gehört zu den Nachteilen der ISCED-Klassifikation.

**Tab. 5: Überblick der ISCED-1997-Stufen, ihrer Entsprechung in den Fragebögen des Mikrozensus und der Enquête Emploi sowie der zusammengefassten Variable *höchster Bildungs- und Ausbildungsabschluss***

<b>zusammengefasste Variable <i>höchster Bildungs- und Ausbildungsabschluss</i></b>	<b>ISCED-1997-Stufe</b>	<b>Deutschland (Mikrozensus, Fragen 105, 105a, 106a)</b>	<b>Frankreich (Enquête Emploi, Fragen F3, F6, F7, F8)</b>
<b>ohne qualifizierten Abschluss</b>	0 Vorstufe des primären Sektors	105.2 ohne allgemeinen Schulabschluss	
	1 Primärstufe/ erste Stufe der Grundbildung		F3.1 Primaire
<b>Sekundarstufe I</b>	2 untere Sekundarstufe, zweite Stufe der Grundbildung	105a.1 Volks-/ Hauptschulabschluss, 105a.2 Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule in der ehemaligen DDR, 105a.3 Realschulabschluss (Mittlere Reife) oder gleichwertiger Abschluss	F3.2 Secondaire 1 <sup>er</sup> cycle, F3.3 Technique cycle court: préparation d'un CAP, BEP, ... en apprentissage, F3.4 Technique cycle court: préparation d'un CAP, BEP, ... hors apprentissage bzw. F6 oder F7 (offene Frage nach der exakten Bezeichnung des Abschlusses)
<b>Sekundarstufe II</b>	3 (höhere) Sekundarstufe	105a.4 Fachhochschulreife, 105a.5 Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Abitur)	F3.5 Secondaire général (seconde à terminale), F3.6 Secondaire technologique ou professionnel (cycle long) bzw. F6 oder F7 (offene Frage nach der exakten Bezeichnung des Abschlusses)
	4 Postsekundärer, nicht tertiärer Bereich	106a.3 Abschluss einer Lehrausbildung, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 106a.4 Berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule/ Kollegschule, Abschluss einer 1-jährigen Schule des Gesundheitswesens, 106a.5 Meister-/ Techniker Ausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie, 106a.6 Abschluss der Fachschule der ehemaligen DDR	-
<b>tertiärer Bereich</b>	5 erste Stufe des tertiären Bereichs (ohne fortgeschrittene wissenschaftliche Qualifikation)	106a.7 Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, 106a.8 Fachhochschulabschluss (auch Ingenieurschulabschluss), 106a.9 Abschluss einer Universität (wissenschaftliche Hochschule, auch Kunsthochschule)	F3.7 Supérieur premier cycle, F3.8 Supérieur 2 <sup>e</sup> cycle, F3.9 Grand école, école d'ingénieur, de commerce, 3 <sup>e</sup> cycle de l'université bzw. F8 (offene Frage nach der exakten Bezeichnung des Abschlusses)
	6 zweite Stufe des tertiären Bereichs (fortgeschrittene wissenschaftliche Qualifikation)	106a.10 Promotion	F8 (offene Frage nach der exakten Bezeichnung des Abschlusses)

Quelle: eigene Darstellung nach UNESCO 2003: 203ff., Statistisches Bundesamt 2004d: 22, INSEE 2004: 41.

Die CASMIN-Klassifikation, häufig auch als statistisches Messinstrument der Bildung benutzt, wird der Unterscheidung zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung eher gerecht (Braun/ Müller 1997: 174). CASMIN steht für *Comparative Analysis of Social Mobility in Industrial Nations* und wurde wie die ISCED in den 1970er Jahren entwickelt (Brauns et al. 2003: 221). Im Gegensatz zur ISCED orientiert sich die CASMIN-Klassifikation an der Hierarchie der Bildungsabschlüsse und nicht an deren Verflechtungen und Abhängigkeiten innerhalb des Bildungssystems. Die Typologie erfolgt in den drei Hauptstufen elementar (bis zum Ende der allgemeinen Schulpflicht), sekundär und tertiär, doch wird innerhalb einer Stufe zwischen dem Grad der allgemeinen (akademischen) Bildung und beruflicher (praktischer) Bildung unterschieden (Braun/ Müller 1997: 175). Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung würden so in Frankreich und Deutschland anders als mit ISCED-1997 in dieselbe CASMIN-Gruppe gezählt.

Das LFS ist als Haushaltsstichprobe konzipiert und erlaubt neben der Auswertung von Individualdaten auch Rückschlüsse auf die Haushaltskonstellation. Anhand der im LFS gegebenen Haushaltsnummer (LFS-Variable HHNUM) sowie der möglichen Identifizierung der Bezugsperson und ihres (Ehe-/ Lebens-)Partners (LFS-Variable LIENREF) ist es möglich, durch Aggregation der individuellen Daten auf die Haushaltsebene, einer Person die Merkmale ihres Partners im Haushalt zuzuweisen.

Es ist mit den Angaben im LFS hingegen nicht möglich, mehr als eine Partnerschaft pro Haushalt zu ermitteln. Partnerschaften zwischen anderen Personen als der Bezugsperson und deren Partner, beispielsweise von in demselben Haushalt lebenden Eltern einer Person, können nicht festgestellt werden, da die Beziehung einer Person in einem Haushalt lediglich relativ zur Bezugsperson angegeben wird. Gleichgeschlechtliche Paarbeziehungen zu einer Bezugsperson können jedoch identifiziert werden und werden in den Berechnungen berücksichtigt, indem diejenigen Frauen, welche als Partnerinnen einer Frau gelten, bei Betrachtungen auf Haushaltsebene ausgeschlossen werden. Die doppelte Einbeziehung eines Haushalts und unscharfe Ergebnisse werden somit vermieden. Aufgrund der geringen Fallzahlen für gleichgeschlechtliche weibliche Paare (35 in Frankreich, 81 in West- und 26 in Ostdeutschland) wird jedoch im weiteren lediglich die Bezeichnung *Partner* verwendet. Vermutlich wird die Zahl der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften unterschätzt.

Die Variable zum höchsten *Bildungs- und Ausbildungsstand des Partners im Haushalt* basiert auf der gleichen Zusammenfassung der ISCED-skalierten Variable ISCED2D wie die oben beschriebene einfache Bildungsvariable. Daneben ist die Variable zur Bestim-

mung der *Bildungskonstellation der Partner in einem Haushalt* von Bedeutung. Diese wird durch Vergleich und Kombination der Bildungsvariable der Frau und der ihres Partners gebildet. Sie hat die Ausprägungen „kein Partner im Haushalt“, „beide ohne qualifizierten Abschluss oder beide keine Angabe“, „beide Sekundarstufe I oder II oder ein Partner keine Angabe“, „beide tertiärer Bereich oder ein Partner keine Angabe“, „Partner höher qualifiziert“ sowie „Partner geringer qualifiziert“.

Der *Erwerbsstatus des Partners* im Haushalt lässt sich ebenfalls zuordnen. Für diesen Erwerbsstatus gelten dieselben Merkmalsausprägungen wie für die erweiterte abhängige Variable zum Erwerbsstatus einer Person (vgl. 6.1.1).

Variablen zu Kindern im Haushalt, genauer gesagt zu Kindern der Bezugsperson oder ihres Partners, lassen sich ebenfalls durch Aggregation der Individualdaten bilden. Kinder anderer Personen im Haushalt können nicht identifiziert werden. Ausschlaggebend sind wiederum die Haushaltsnummer (LFS-Variable HHNUM) sowie die Stellung der Person im Haushalt als Kind der Bezugsperson oder deren Partner (LFS-Variable LIENREF).

Das *Alter des jüngsten Kindes* im Haushalt wird bis zum Höchstalter von 14 Jahren nach den Altersgruppen „0 bis 4 Jahre“, „5 bis 9 Jahre“ sowie „10 bis 14 Jahre“ gebildet.

Die *Anzahl der Kinder* im Haushalt bezieht sich auch auf das Höchstalter von 14 Jahren und summiert die für einen Haushalt identifizierten Kinder einer Bezugsperson oder deren Partner. In einem Haushalt können „kein Kind“, „1 Kind“, „2 Kinder“ oder „3 und mehr Kinder“ leben.

Die Variable zur *Staatsangehörigkeit* einer Person umfasst die Merkmale „Staatsangehörigkeit des Landes“ („deutsch“ bzw. „französisch“) und die zusammengefassten, anonymisierten Gruppen „Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Staates“ sowie „Staatsangehörigkeit eines Landes außerhalb der EU“. Die beiden letztgenannten Gruppen werden zu „andere Staatsangehörigkeit“ verkürzt.

Anzumerken bleibt, dass jegliche Variablen zum *Einkommen* einer Person oder eines Haushalts im LFS aus Gründen der Anonymisierung gelöscht sind (Europäische Kommission 2005: 5). Rückschlüsse auf die finanzielle Situation einer Person oder ihres Haushalts sind somit unmöglich.

In Tabelle 6 sind die Verteilungen der einzelnen unabhängigen Variablen für die Gruppe der 15- bis 64-jährigen Frauen ausgewiesen.<sup>24</sup>

---

<sup>24</sup> Bei der Betrachtung der Variablen zum Haushaltskontext ergeben sich wegen einiger Fälle von Partnerschaften zweier Frauen geringfügig reduzierte Gesamtfallzahlen von 28599 für Frankreich, 82807 für Westdeutschland und 23734 für Ostdeutschland, da die Partnerinnen der Bezugsperson zur Vermeidung einer doppelten Einbeziehung der Haushalte ausgeschlossen werden. Diese Variablen sind in Tabelle 6 mit \* gekennzeichnet.

**Tab. 6: Verteilung der unabhängigen Variablen in den Datensätzen für Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren**

Variable	Ausprägung	Frankreich		Westdeutschland		Ostdeutschland	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
<b>Alter</b>	15-19 Jahre	2660	9,3	6817	8,2	2234	9,4
	20-24 Jahre	2778	9,7	6850	8,3	2194	9,2
	25-29 Jahre	2548	8,9	6623	8,0	1729	7,3
	30-34 Jahre	2955	10,3	7922	9,6	1987	8,4
	35-39 Jahre	3160	11,0	10398	12,5	2524	10,6
	40-44 Jahre	3290	11,5	10364	12,5	2947	12,4
	45-49 Jahre	3163	11,0	9223	11,1	2732	11,5
	50-54 Jahre	3122	10,9	8702	10,5	2663	11,2
	55-59 Jahre	2894	10,1	7165	8,6	1889	8,0
	60-64 Jahre	2064	7,2	8824	10,6	2861	12,0
<b>Familienstand</b>	verwitwet, geschieden, getrennt lebend	3452	12,1	9229	11,1	3097	13,0
	ledig	10792	37,7	24418	29,5	8120	34,2
	verheiratet	14390	50,3	49241	59,4	12543	52,8
<b>Höchster Bildungs- und Ausbildungsabschluss</b>	ohne qualifizierten Abschluss	4224	14,8	4198	5,1	1076	4,5
	Sekundarstufe I	7141	24,9	17798	21,5	3120	13,1
	Sekundarstufe II	10881	38,0	44864	54,1	12719	53,5
	tertiärer Bereich	6387	22,3	11759	14,2	6143	25,9
	keine Angabe	1	0,0	4269	5,2	702	3,0
<b>Höchster Bildungs- und Ausbildungsabschluss des Partners im Haushalt</b>	ohne qualifizierten Abschluss	2752	9,6	872	1,1	121	0,5
	Sekundarstufe I	3349	11,7	5431	6,6	700	2,9
	Sekundarstufe II	7833	27,4	28966	35,0	8534	36,0
	tertiärer Bereich	3854	13,5	15309	18,5	4707	19,8
	keine Angabe	-	-	2643	3,2	452	1,9
	kein Partner	10811	37,8	29586	35,7	9220	38,8
<b>Bildungskonstellation der Partner im Haushalt</b>	beide ohne qual. Abschluss oder beide keine Angabe	1478	5,2	3040	3,7	490	2,1
	beide Sekundarstufe I oder II oder ein Partner keine Angabe	8099	28,3	31899	38,5	7540	31,8
	beide tertiärer Bereich oder ein Partner keine Angabe	2400	8,4	5858	7,1	2728	11,5
	Partner höher qualifiziert	2895	10,1	10006	12,1	2064	8,7
	Partner geringer qualifiziert	2916	10,2	2418	2,9	1692	7,1
	kein Partner	10811	37,8	29586	35,7	9220	38,8
<b>Erwerbsstatus des Partners im Haushalt</b>	vollzeiterwerbstätig, 30 und mehr Stunden	12787	44,7	38348	46,3	9033	38,1
	teilzeiterwerbstätig, 15 bis 29 Stunden	429	1,5	999	1,2	203	0,9
	geringfügig beschäftigt, unter 15 Stunden	74	0,3	763	0,9	192	0,8
	erwerbstätig ohne Angabe gewöhnlicher Stunden	85	0,3	-	-	-	-
	Erziehungsurlaub	42	0,1	41	0,0	5	0,0
	erwerbslos	783	2,7	2762	3,3	1956	8,2
	Nichterwerbsperson – in Studium/ Lehre	51	0,2	247	0,3	107	0,5
	Nichterwerbsperson – andere	3537	12,4	10061	12,1	3018	12,7
	kein Partner	10811	37,8	29586	35,7	9220	38,8
<b>Anzahl der Kinder im Haushalt bis 14 Jahre</b>	1 Kind	5656	19,8	14218	17,2	3971	16,7
	2 Kinder	3812	13,3	9315	11,2	1507	6,3
	3 und mehr Kinder	1527	5,3	2715	3,3	343	1,4
	kein Kind	17604	61,6	56559	68,3	17913	75,5
<b>Alter des jüngsten Kindes im Haushalt bis 14 Jahre</b>	0-4 Jahre	4473	15,6	9441	11,4	2173	9,2
	5-9 Jahre	3096	10,8	7918	9,6	1540	6,5
	10-14 Jahre	3426	12,0	8889	10,7	2108	8,9
	kein Kind	17604	61,6	56559	68,3	17913	75,5
<b>Staatsangehörigkeit</b>	Staatsangehörigkeit des Landes	26977	94,2	75937	91,7	23073	97,1
	andere Staatsangehörigkeit	1657	5,8	6951	8,4	687	2,9
<b>Fallzahl</b>			28634		82888		23760

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Der deskriptive Vergleich der Häufigkeiten der einzelnen Merkmalsausprägungen zeigt, dass die 5-jährigen Altersgruppen jeweils etwa gleich verteilt sind. Verheiratete Frauen machen in Frankreich, und Ostdeutschland jeweils etwa die Hälfte der Frauen aus und in Westdeutschland sogar etwas mehr.

Bei den höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen bilden Frauen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II stets die größte Gruppe. In Deutschland stellen sie etwas mehr als die Hälfte aller Frauen zwischen 15 und 64 Jahren. Während bei den Französinen nur eine Frau keine Angabe zu ihrem Bildungsstand macht, sind es in Deutschland 5,2 % bzw. 3,0 % der Frauen, für die nicht gesagt werden kann, welcher Bildungsgruppe sie zuzuordnen sind. In Frankreich sind Frauen ohne qualifizierten Bildungsabschluss häufiger als in Deutschland vertreten. In Ostdeutschland und Frankreich erlangen Frauen häufiger als in Westdeutschland einen Abschluss im tertiären Bereich. In Frankreich hängt diese Entwicklung u.a. damit zusammen, dass in der Sekundarstufe eine allgemein orientierte Bildung dominant ist und die Berufsausrichtung, welche den Eintritt in den Arbeitsmarkt erleichtert, zumeist erst im Verlauf der tertiären Bildung erfolgt (Scherer/Kogan 2004: 138). Außerdem ist im französischen universitären System die Erlangung von qualifizierenden Abschlüssen bereits nach zwei Jahren möglich und anders als in Deutschland gestaffelt (Große/ Lüger 1996: 256).

Bezogen auf den Haushaltskontext einer Frau ist festzustellen, dass zwischen 35 % und 39 % der Frauen im erwerbsfähigen Alter ohne Partner im Haushalt leben. Lässt man diese Gruppe außen vor und betrachtet nur die Frauen mit Partner, so besitzen diese Partner am häufigsten einen höchsten (Aus-)Bildungsabschluss der Sekundarstufe II (in Frankreich zu 44,0 %, in Westdeutschland zu 54,4 % und in Ostdeutschland zu 58,8 %).<sup>25</sup> Sie haben (insbesondere in Ostdeutschland) seltener als die Frauen einen Abschluss der Sekundarstufe I (in Frankreich zu 18,8 %, in Westdeutschland zu 10,2 % und in Ostdeutschland zu 4,8 %). Partner ohne qualifizierten Abschluss kommen am häufigsten in Frankreich vor (15,5 %) und stellen in West- und Ostdeutschland nur eine Randerscheinung dar (1,6 % bzw. 0,8 %). Universitätsabschlüsse sind in Deutschland bei den Partnern häufiger, in Westdeutschland etwa doppelt so häufig wie bei den Frauen (28,8 %) und in Ostdeutschland liegt der Anteil bei den Partnern um 6,5 Prozentpunkte höher.

Am meisten verbreitet ist in allen drei Regionen die Bildungshomogamie der Partner. Für Westdeutschland ist zudem hervorzuheben, dass es deutlich seltener als in Frankreich oder

---

<sup>25</sup> Diese Anteile ergeben sich, wenn die Variablenausprägung *kein Partner* nicht berücksichtigt wird. Sie sind in dieser Form nicht in Tabelle 6 abgebildet.

Ostdeutschland vorkommt, dass der Partner geringer qualifiziert ist. In lediglich 4,5 % aller Paarhaushalte ist das der Fall.

Zum Erwerbsstatus des Partners ist zu sagen, dass der überwiegende Teil der Partner vollzeiterwerbstätig ist. In rund 72 % der Fälle sind die Partner in Frankreich und Westdeutschland vollzeitbeschäftigt. Die Partner in Ostdeutschland sind im Vergleich dazu weniger häufig vollzeiterwerbstätig.

Für etwa 60 % bis 76 % der Frauen kann kein Kind bis 14 Jahre im Haushalt identifiziert werden. Für Frankreich ist der Anteil der Frauen mit Kindern am höchsten. Die Anteile der jüngsten Kinder im Haushalt fallen ebenfalls in Frankreich am größten aus und sind für Ostdeutschland am niedrigsten.

Die höchste Zahl an ausländischen Frauen lebt in Westdeutschland, während in Ostdeutschland nur ca. 3 % der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

### **6.1.3 Vergleich der Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten**

Will man die Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt beurteilen, stehen verschiedene Kennzahlen zur Verfügung. So kann die Erwerbsbeteiligung zum einen anhand von Erwerbsquoten und zum anderen anhand von Erwerbstätigenquoten veranschaulicht werden. Da die Erwerbsquote im Gegensatz zur Erwerbstätigenquote außer den beschäftigten auch die erwerbslosen Personen umfasst, fällt sie stets höher als die Erwerbstätigenquote aus.

In Tabelle 7 werden die von Eurostat und der OECD veröffentlichten geschlechtsspezifischen Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten für das Jahr 2004 den mit dem LFS berechneten Zahlen gegenüber gestellt.

Nach den Berechnungen mit dem LFS liegen die Erwerbstätigenquoten der Männer und Frauen jeweils in Westdeutschland am höchsten. Der Vorsprung gegenüber Ostdeutschland und Frankreich bleibt für die Erwerbsquoten der Männer bestehen, die höchste Frauenerwerbsquote ist hingegen in Ostdeutschland zu verzeichnen. Insgesamt liegen die Frauenerwerbstätigenquoten in den zwei Ländern bzw. drei Regionen mit einer Differenz von maximal 3 Prozentpunkten dicht beieinander.

**Tab. 7: Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten nach verschiedenen statistischen Quellen für 15- bis 64-jährige Männer und Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 sowie Vollzeitäquivalenzquoten, 2003 (in %)**

	Frankreich		Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
<b>Erwerbsquoten nach:</b>								
Eurostat	75,3	63,9	79,2	65,8	-	-	-	-
OECD	75,3	63,7	79,1	66,1	-	-	-	-
LFS	74,5	63,4	79,2	65,8	79,4	63,9	77,5	71,1
<b>Erwerbstätigenquoten nach:</b>								
Eurostat	69,0	57,4	70,8	59,2	-	-	-	-
OECD	68,8	56,9	71,0	59,9	-	-	-	-
LFS	67,7	56,2	70,0	58,9	72,5	59,2	61,5	57,3
<b>Vollzeitäquivalenzquoten:</b>	67,2	50,2	68,9	46,2	-	-	-	-

Quelle: eigene Darstellung<sup>26</sup>.

Die von offiziellen Stellen wie Eurostat oder der OECD publizierten Quoten zur Erwerbstätigkeit stimmen mit den eigenständig berechneten größtenteils überein. Allen drei Berechnungen liegt u.a. die gleiche Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zugrunde, und sowohl Eurostat als auch die OECD ziehen das ILO-Labour-Force-Konzept zur Bestimmung von Erwerbs- und Nichterwerbspersonen heran. Leichte Abweichungen können durch unterschiedliche Berechnungszeiträume entstanden sein. So beziehen sich die LFS-Ergebnisse für Frankreich lediglich auf das zweite Erhebungsquartal und nicht auf das gesamte Jahr 2004.

Ein bedeutender Nachteil der von Eurostat und der OECD gelieferten Zahlen besteht darin, dass sie starke regionale Differenzen, wie sie im Fall Deutschlands seit der Wiedervereinigung auftreten, nicht aufzeigen und nur Quoten für Gesamtdeutschland veröffentlichen. Die Abweichungen sind insbesondere bei den männlichen Erwerbstätigenquoten und den weiblichen Erwerbsquoten beachtlich. So signalisiert der Ost-West-Unterschied bei den Männern, dass diese in Ostdeutschland in stärkerem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Dies wirkt sich in einer um 11 Prozentpunkte geringeren Erwerbstätigenquote bei ähnlich hoher Erwerbsquote aus. Bei den ostdeutschen Frauen bedeutet die um 7,2 Prozentpunkten höhere Erwerbsquote bei gleichzeitig nahezu identischen Erwerbstätigenquoten in beiden Teilen Deutschlands, dass Frauen in den Neuen Bundesländern eine erhöhte Erwerbsneigung besitzen, die sie aufgrund ungünstiger Arbeitsmarktbedingungen nicht umsetzen können. Andererseits lässt sich schlussfolgern, dass Frauen in Ost- und Westdeutschland aus der Perspektive der Erwerbstätigenquoten etwa gleich häufig aktiv

<sup>26</sup> Datenquellen für „Eurostat“ – Europäische Kommission Online-Datenbank sowie Jouhette/ Romans 2005: 5, für „OECD“ – OECD 2005: 239f., für „LFS“ – eigene Berechnungen, für „Vollzeitäquivalenzquoten“ – Bothfeld et al. 2005: Tab. 3.A.2, CD-ROM.

am Erwerbsleben teilhaben (Brautzsch 2005: 156). Eine Betrachtung gesamtdeutscher Quoten ermöglicht solche Einschätzungen nicht.

Wie in der Beschreibung der abhängigen Variablen zum Erwerbsstatus einer Person in Punkt 6.1.1 erläutert wurde, sind reine Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten blind gegenüber den Arten der Beschäftigung, die durch sie erfasst werden. Neben der Unterteilung in Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse nach den Angaben von gewöhnlich oder tatsächlich geleisteten Wochenstunden existiert mit dem Konzept der Vollzeitäquivalenzquoten ein alternatives Instrument zur Messung des Beschäftigungsumfangs. Es ist insbesondere für die Bewertung der Frauenerwerbstätigkeit von Nutzen, da es den großen Anteil von Teilzeitarbeitsverhältnissen relativiert (Beckmann 2003: 12, Bothfeld 2005: 144). Vollzeitäquivalente beziehen sich auf das geleistete Arbeitsvolumen.

„Zur Berechnung von Vollzeitäquivalenten werden alle (in Vollzeit und Teilzeit) erbrachten Arbeitsstunden summiert und durch die durchschnittliche Stundenzahl der Vollzeitbeschäftigten geteilt. Hierdurch ergibt sich eine Erwerbstätigenquote, die den fiktiven Anteil der Beschäftigten ausweist, der sich ergeben würde, wenn nur Vollzeitarbeit möglich wäre.“ (Bothfeld 2005: 145f.)

Die oben stehende Tabelle 7 gibt die Vollzeitäquivalenzquoten für das Jahr 2003 an. Im Vergleich zu den Erwerbstätigenquoten wird deutlich, dass die französischen und deutschen Männer fast ausschließlich Vollzeit arbeiten. Bei den Frauen fallen die Vollzeitäquivalente bedingt durch höhere Teilzeitanteile deutlich geringer als die Erwerbstätigenquoten aus. In Frankreich beträgt die Abweichung, gemessen an Eurostat, 7,2 und in Deutschland 13,0 Prozentpunkte. Im Vergleich zu Frankreich speist sich demnach ein größerer Anteil der deutschen Erwerbstätigenquote aus Teilzeitarbeitsverhältnissen.

Gerade bei Ländervergleichen und der Betrachtung von Geschlechterunterschieden sollten die Vollzeitäquivalente zusätzlich als Indikator der Beschäftigung verwendet werden, da „sich insbesondere bei den Frauen der Trend fortsetzen dürfte, dass ein gleichbleibendes oder sogar rückläufiges Arbeitsvolumen auf immer mehr Köpfe verteilt wird“ (Beckmann 2003: 12) und eine Beurteilung im Sinne des national üblichen Verständnisses vom Umfang der Vollzeiterwerbstätigkeit möglich ist.

Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse der Kreuztabellenanalyse für die verschiedenen Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit vorgestellt und diskutiert.

## **6.2 Kreuztabellenanalyse**

Die Kreuztabellenanalyse soll verdeutlichen, inwiefern die verschiedenen möglichen Einflussgrößen auf die Erwerbsneigung und die Erwerbstätigkeit der Frauen in Deutschland und Frankreich einwirken. Die Ergebnisse der Berechnungen mit dem Labour Force Survey werden dazu in Tabellen oder Diagrammen dargestellt, beschrieben und interpretiert.

### **6.2.1 Der Einfluss des Alters**

In Tabelle 8 werden die Quoten zum Erwerbsstatus von Männern und Frauen nach den im Labour Force Survey kleinstmöglichen Altersgruppen angegeben.

In der Tabelle wird ersichtlich, dass Frauen in den drei Regionen vorrangig im Alter zwischen 25 und 49 Jahren erwerbstätig sind. Mit 50 Jahren setzt bei ihnen eher als bei den Männern (dort mit 55 bzw. 59 Jahren) der Rückzug aus dem Erwerbsleben ein. Demnach haben Frauen in Deutschland und Frankreich durchschnittlich eine kürzere Erwerbsphase als Männer.

Aufgeschlüsselt nach den drei Regionen wird deutlich, dass mit 59,2 % die höchste Erwerbstätigenquote für die 15- bis 64-Jährigen bei den westdeutschen Frauen vorliegt. Die in Ostdeutschland geringere Frauenerwerbstätigenquote kommt dort vor allem deshalb zustande, weil dort in jeder Altersgruppe eine enorm hohe Erwerbslosigkeit vorherrscht. In Frankreich fällt die Erwerbstätigenquote dadurch insgesamt geringer aus, weil für unter 25-jährige und über 55-jährige Frauen sehr geringe Erwerbstätigenanteile vorherrschen. Vor dem Eintritt in das gesetzliche Rentenalter sind im Alter zwischen 60 und 64 Jahre nur noch 11,6 % der Französischen und 14,2 % der Franzosen erwerbstätig. Eine ähnlich hohe Rolle spielt die Frühverrentung bei den ostdeutschen Frauen. Frankreich ist zudem der Staat, in dem die Erwerbslosenquote der Frauen für die Altersgruppen zwischen 30 und 54 Jahren über jener der Männer liegt.

**Tab. 8: Überblick der Erwerbsquoten nach dem ILO-Konzept für Frankreich, West- und Ostdeutschland, Männer und Frauen nach Altersgruppen, 2004 (in %)**

Frankreich						
Männer				Frauen		
erwerbstätig	erwerbslos	Nichterwerbsperson		erwerbstätig	erwerbslos	Nichterwerbsperson
12,7	4,6	82,7	15-19 Jahre	7,4	3,3	89,3
52,2	13,6	34,2	20-24 Jahre	43,6	11,7	44,7
80,6	11,7	7,8	25-29 Jahre	67,7	10,3	22,0
87,6	7,7	4,7	30-34 Jahre	68,8	9,4	21,8
88,1	6,7	5,2	35-39 Jahre	72,3	8,4	19,2
90,5	5,5	4,0	40-44 Jahre	74,6	7,9	17,6
89,0	4,9	6,1	45-49 Jahre	74,6	5,6	19,7
83,6	6,2	10,2	50-54 Jahre	69,3	6,3	24,4
61,2	3,8	35,1	55-59 Jahre	48,0	3,5	48,6
14,2	0,3	85,5	60-64 Jahre	11,6	0,5	87,8
<b>67,7</b>	<b>6,6</b>	<b>25,7</b>	<b>15-64 Jahre</b>	<b>56,1</b>	<b>6,9</b>	<b>37,1</b>
Westdeutschland						
Männer				Frauen		
erwerbstätig	erwerbslos	Nichterwerbsperson		erwerbstätig	erwerbslos	Nichterwerbsperson
27,7	2,8	69,5	15-19 Jahre	22,7	2,3	75,1
59,9	10,8	29,3	20-24 Jahre	58,9	5,3	35,8
75,5	9,2	15,3	25-29 Jahre	69,2	5,1	25,7
88,0	7,3	4,8	30-34 Jahre	70,4	5,3	24,4
89,2	7,1	3,8	35-39 Jahre	71,6	5,3	23,1
89,3	6,7	4,0	40-44 Jahre	74,2	5,5	20,3
87,5	7,1	5,4	45-49 Jahre	74,3	5,5	20,2
82,4	7,5	10,0	50-54 Jahre	68,5	5,4	26,1
72,6	7,9	19,6	55-59 Jahre	52,9	5,5	41,7
35,3	3,4	61,3	60-64 Jahre	18,4	1,5	80,0
<b>72,5</b>	<b>6,9</b>	<b>20,6</b>	<b>15-64 Jahre</b>	<b>59,2</b>	<b>4,7</b>	<b>36,1</b>
Ostdeutschland						
Männer				Frauen		
erwerbstätig	erwerbslos	Nichterwerbsperson		erwerbstätig	erwerbslos	Nichterwerbsperson
29,6	3,0	67,4	15-19 Jahre	23,4	2,5	74,1
53,5	19,4	27,1	20-24 Jahre	53,0	11,9	35,1
66,3	16,6	17,1	25-29 Jahre	65,1	14,3	20,6
74,8	18,0	7,2	30-34 Jahre	73,0	15,2	11,7
78,3	17,0	4,7	35-39 Jahre	74,2	16,8	9,0
77,1	18,7	4,2	40-44 Jahre	76,1	16,9	7,0
74,6	18,8	6,5	45-49 Jahre	73,5	18,0	8,5
72,0	18,5	9,5	50-54 Jahre	68,8	19,1	12,2
59,1	22,3	18,6	55-59 Jahre	53,2	21,2	25,6
24,9	8,0	67,1	60-64 Jahre	14,1	2,9	83,0
<b>61,5</b>	<b>16,0</b>	<b>22,5</b>	<b>15-64 Jahre</b>	<b>57,3</b>	<b>13,8</b>	<b>28,9</b>

Frankreich n=27227 (Männer)/ 28634 (Frauen), Westdeutschland n=81384 (Männer)/ 82888 (Frauen), Ostdeutschland n=23822 (Männer)/ 23760 (Frauen).

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Nach der Betrachtung dieser altersspezifischen Quoten stellt sich die Frage, wie es zu dem übermäßig positiven Bild von der Frauenerwerbstätigkeit in Frankreich in der wissenschaftlichen Literatur oder in den Medien kommt (vgl. Henry-Huthmacher 2004, Reuter 2002, Schultheis 1991).

Die Aufschlüsselung der Erwerbstätigenquoten nach bestimmten Beschäftigungsformen bzw. Arbeitszeiten soll diese Frage klären. Dabei werden größere Altersgruppen

zusammengefasst. Die Einteilung erfolgt (1) in 15- bis 24-jährige Frauen, die sich größtenteils noch in der Phase der Ausbildung befinden, (2) in 25- bis 49-Jährige, welche die vorrangig erwerbstätige Gruppe darstellen und für die außerdem stärker als für andere Altersgruppen der Einfluss von Mutterschaft auf das Erwerbsverhalten besteht, sowie (3) in die Gruppe der 50- bis 64-Jährigen, für die der Austritt aus dem Erwerbsleben beginnt. Tabelle 9 stellt die jeweiligen Erwerbsquoten im Überblick dar.

**Tab. 9: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach Altersgruppen für Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)\*\***

	vollzeit- erwerbs- tätig, 30 und mehr Stunden	teilzeit- erwerbs- tätig, 15-29 Stunden	gering- fügig beschäf- tigt, unter 15 Stunden	erwerbs- tätig ohne Angabe von gewöhn- lichen Stunden	Erzie- hungs- urlaub	erwerbs- los	Nicht- erwerbs- person – in Studium/ Lehre	Nicht- erwerbs- person – andere	gesamt
<b>Frankreich</b>									
15-24 Jahre	17,5	4,4	1,8	1,9	0,3	8,0	58,9	7,3	100
25-49 Jahre	53,8	13,1	2,8	0,8	1,3	8,7	0,5	19,0	100
50-64 Jahre	34,3	9,2	2,9	0,4	0,1	4,1	0,0	49,0	100
<b>Westdeutschland</b>									
15-24 Jahre	33,0	2,6	4,5	-	0,8	4,1	48,8	6,3	100
25-49 Jahre	38,6	19,7	10,6	-	3,3	5,6	1,6	20,7	100
50-64 Jahre	24,1	14,0	7,9	-	0,1	4,2	0,1	49,6	100
<b>Ostdeutschland</b>									
15-24 Jahre	32,0	2,3	2,9	-	0,8	7,3	49,4	5,2	100
25-49 Jahre	57,4	9,5	3,9	-	2,2	16,7	1,8	8,4	100
50-64 Jahre	34,7	6,0	2,9	-	0,0	13,6	0,0	42,7	100

Frankreich n=28634, Westdeutschland n=82888, Ostdeutschland n=23760.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Die Untergliederung nach dem Arbeitsumfang der erwerbstätigen Frauen verdeutlicht, dass die hohe Erwerbstätigenquote in Westdeutschland mit den geringsten Vollzeitquoten für die 25- bis 49-Jährigen und die 50- bis 64-Jährigen einhergeht. Parallel dazu sind in Westdeutschland in diesen Altersklassen die Teilzeiterwerbsquoten der Frauen am höchsten und die geringfügige Beschäftigung von unter 15 Wochenstunden ist dort am meisten verbreitet. Insgesamt sind 30 % der Frauen in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt. Für die ostdeutschen Frauen bestätigen sich trotz der im Vergleich höchsten Erwerbslosenquoten die höchsten Vollzeiterwerbsquoten in den drei Altersgruppen.

Geordnet nach den Altersklassen ergibt sich für Frankreich bei den jüngsten Frauen eine deutlich geringere Erwerbstätigenquote als in den beiden deutschen Gebieten, eine etwa gleich hohe Jugenderwerbslosigkeit wie in Ostdeutschland und der größte Anteil an Nichterwerbspersonen, die sich noch in Ausbildung befinden.

In der wissenschaftlichen Literatur wird häufig insbesondere auf das Phänomen des „sur-chômeage“, d.h. der höheren Betroffenheit der jüngeren Französinen von Arbeitslosigkeit eingegangen. Margaret Maruani (2004) weist darauf hin, dass es sich dabei um einen strukturellen Arbeitsmarkteffekt handelt, durch den die jungen Frauen beim Eintritt in das Erwerbsleben stärker als ihre männlichen Altersgenossen diskriminiert werden (Maruani 2004: 102). Erklärend ist dazu hinzuzufügen, dass „Länder mit ausgeprägt beruflich-spezifischen Ausbildungssystemen [wie Deutschland] die geringste Konzentration der Arbeitslosigkeit auf Berufsanfänger [haben]. In Ländern mit geringer beruflicher Spezifität des Ausbildungssystems [wie Frankreich] konzentriert sich Arbeitslosigkeit dagegen stärker auf die Berufsanfänger“ (Scherer/ Kogan 2004: 148). Der Unterschied im Aufbau der Bildungs- und Ausbildungssysteme wirkt sich für die jungen Frauen (und Männer) in Frankreich nachteilig auf deren Integration in das Erwerbsleben aus.

„Mit fast 900.000 Betroffenen sind berufliche Eingliederungsmaßnahmen für Jugendliche deshalb ein wichtiger Bestandteil der französischen Beschäftigungs- und Bildungspolitik [...]. Doch obwohl Frauen von höherer Arbeitslosigkeit und prekäreren beruflichen Eingliederungsverläufen betroffen sind, bleiben spezifische Beschäftigungsmaßnahmen für Frauen marginal.“ (Reuter 2002: 15)

In der höheren Altersgruppe der 25- bis 49-Jährigen besitzen die Frauen in Ostdeutschland die höchste Erwerbsbeteiligung (ohne Frauen im Erziehungsurlaub 87,5 %), die dort jedoch durch die sehr hohe Erwerbslosenquote von 16,7 % eingeschränkt wird. Diese fällt etwa dreimal so hoch wie bei den westdeutschen Frauen und doppelt so hoch wie bei den Französinen aus. Die große Differenz ist auf die spezifisch ostdeutsche Arbeitsmarktlage zurückzuführen.

Bezüglich der hohen Erwerbslosenquoten in Ostdeutschland ist festzustellen, dass dort unter den 25- bis 49-jährigen Frauen auch die größten Anteile Langzeiterwerbsloser vorkommen. 65,5 % der ostdeutschen erwerbslosen Frauen waren zum Befragungszeitpunkt länger als 12 Monate ohne Arbeit, aber aktiv auf der Suche nach einer Stelle. Wie Tabelle 10 veranschaulicht, liegen die Anteile der Langzeiterwerbslosen in Westdeutschland oder Frankreich niedriger.

**Tab. 10: Dauer der Erwerbslosigkeit für 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)**

	unter 6 Monate	6-12 Monate	länger als 12 Monate	keine Antwort	gesamt
Frankreich	39,6	19,4	40,6	0,4	100
Westdeutschland	36,6	19,3	42,6	1,5	100
Ostdeutschland	21,4	12,0	65,5	1,1	100

Frankreich n=1245, Westdeutschland n=2393, Ostdeutschland n=1963.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Eine Interpretation, welche sich aus dem sichtbaren Unterschied in der Langzeiterwerbslosigkeit und der ILO-Definition vom Erwerbslosenstatus ableiten lässt, könnte lauten, dass die ostdeutschen erwerbslosen Frauen länger als die Französinen und Westdeutschen aktiv nach einer neuen Tätigkeit suchen und sich seltener als diese als (nicht suchende) Nichterwerbspersonen vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

Bei den ältesten Frauen zwischen 50 und 64 Jahren zeigt sich, bezogen auf Tabelle 9 (vgl. S. 104), mit 24,1 % wie in den anderen Altersgruppen ebenfalls für Westdeutschland die geringste Vollzeitquote. In Ostdeutschland und Frankreich liegt sie dagegen rund 10 Prozentpunkte höher. Die Erwerbslosenquoten sind in Frankreich und Westdeutschland in dieser Altersgruppe am geringsten und die Anteile der Nichterwerbspersonen am höchsten, was auf den verstärkten Austritt der Frauen aus dem Erwerbsleben ab 50 Jahren hinweist.

Insbesondere für Frankreich kann als Grund die zumeist im privaten Bereich erfolgende Versorgung von pflegebedürftigen Familienangehörigen genannt werden (Ostner 1995b: 64). Zu bedenken sind außerdem mögliche Kohorteneffekte für die älteren Geburtsjahrgänge. Vor allem in Westdeutschland waren die nun älteren Frauen schon in jüngerem Alter weniger häufig erwerbstätig als beispielsweise die ostdeutschen Frauen gleichen Jahrgangs. Es muss angenommen werden, dass dieser Trend im Verlauf des Erwerbslebens der älteren Frauen angehalten hat. Die bei den ostdeutschen Frauen wiederum hohe Erwerbslosenquote deutet an, dass Frauen auch ab 50 Jahren weiterhin eine hohe Erwerbsneigung besitzen und bei besserer Arbeitsmarktlage vermutlich erwerbstätig wären.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich bei der Berücksichtigung des Arbeitsumfangs die auf den ersten Blick geringeren Erwerbsquoten in Frankreich und die zunächst scheinbar höheren Quoten in Westdeutschland relativieren. Französinen sind vor allem in der Gruppe der 25- bis 49-Jährigen vollzeiterwerbstätig. Ostdeutschland kann insbesondere im Vergleich zu Westdeutschland als ein Sonderfall mit überaus hoher weiblicher Erwerbsbeteiligung angesehen werden. Mit der höchsten Vollzeit- und der geringsten Teilzeitquote besteht in Ostdeutschland die Vollzeiterwerbstätigkeit als Norm bei der Frauenbeschäftigung. Ein sehr ähnliches Bild herrscht in Frankreich vor, wo die geringfügige Beschäftigung eine sehr geringe Rolle spielt und die Teilzeitarbeit ebenfalls weniger verbreitet ist. Auch in Frankreich sind die Frauen also in der Haupterwerbsphase hauptsächlich vollzeitbeschäftigt (Reuter 2002: 13).

Im Folgenden konzentrieren sich die empirischen Analysen auf die Frauen in der Haupterwerbsphase, d.h. im Alter zwischen 25 und 49 Jahren.

### 6.2.2 Ergänzende Indikatoren der Erwerbssituation von Frauen

Neben den verschiedenen Quoten, die den Umfang der Erwerbstätigkeit einer Person beschreiben, kann anhand weiterer Indikatoren nachvollzogen werden, inwiefern Männer und Frauen in das Erwerbsleben integriert sind.

Zunächst geben die durchschnittlich geleisteten Wochenarbeitsstunden in Tabelle 11 einen Hinweis darauf, in welchen Beschäftigungsformen die Erwerbstätigen in Deutschland und Frankreich arbeiten und inwiefern nationale und geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen.

**Tab. 11: Durchschnittliche gewöhnlich geleistete Wochenarbeitszeit der 25-49-jährigen Erwerbstätigen in Frankreich, Deutschland, West- und Ostdeutschland, 2004 (in Stunden)<sup>27</sup>**

	Männer	Frauen	Differenz
Frankreich	41,0	34,1	6,9
Westdeutschland	40,8	29,5	11,3
Ostdeutschland	40,3	34,9	5,4

Frankreich n=12198 (Männer)/ 10737 (Frauen), Westdeutschland n=38185 (Männer)/ 32137 (Frauen), Ostdeutschland n=16658 (Männer)/ 8698 (Frauen).

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Während die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten der Männer sowohl in Frankreich als auch in beiden Teilen Deutschlands mit 40 und 41 Stunden im Rahmen der Vollzeitarbeit liegen, existieren bei den Frauen größere Abweichungen. Am längsten arbeiten mit 34,9 Stunden pro Woche die ostdeutschen Frauen, gefolgt von den Französisinnen mit 34,1 Stunden vor den westdeutschen Frauen, welche mit durchschnittlich 29,5 Stunden pro Woche die kürzeste Zeit in einem Erwerbsverhältnis verbringen.<sup>28</sup> Die ostdeutschen und französischen Frauen arbeiten damit im Vergleich zu Frauen in anderen europäischen Staaten überdurchschnittlich lange (Bielinski et al. 2002: 61).

In Ostdeutschland ist die Differenz zwischen den Arbeitsstunden der Frauen und Männer am geringsten. Daraus kann abgeleitet werden, dass sich die Erwerbsmuster der beiden Geschlechter dort am stärksten ähneln. Auch in Frankreich ist die Differenz nicht sehr groß, während der Unterschied von 11,3 Wochenstunden in Westdeutschland zeigt, dass entweder Vollzeitarbeitsverhältnisse mit mehr als 30 Stunden pro Woche selten oder aber geringfügige Beschäftigungsverhältnisse mit weniger als 15 Wochenstunden bzw. wenig

<sup>27</sup> Nicht berücksichtigt werden die Antwortmöglichkeiten „keine Angabe von gewöhnlichen Arbeitsstunden möglich aufgrund stark variierender Stunden“ sowie „keine Angabe“. Stundenzahlen ab 80 Stunden pro Woche werden mangels weiterer Differenzierung im LFS als 80 Stunden gezählt.

<sup>28</sup> Nahezu identische Differenzen in den Wochenarbeitszeiten von Männern und Frauen wurden in der 1998 durchgeführten europaweiten Studie mit dem Titel „Employment Options of the Future“, welche sich mit Erwerbsmustern und Arbeitszeitwünschen befasst, berechnet (vgl. Bielinski et al. 2002: 57).

umfangreiche Teilzeitarbeit weit verbreitet sind. Vollzeitwerbstätigkeit scheint in Westdeutschland eine männlich besetzte Domäne zu sein.

Teilzeiterwerbstätigkeit wird vor allem mit der Expansion des Dienstleistungssektors in Verbindung gebracht (Maruani 2004: 110, Wagner 2002: 546). Anhand der Verteilung der erwerbstätigen Frauen auf die drei Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung soll diese Annahme überprüft werden (vgl. Tab. 12).

**Tab. 12: Verteilung der 25-49-jährigen erwerbstätigen Frauen auf die Wirtschaftssektoren in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)**

	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistung	gesamt
<b>Frankreich<sup>29</sup></b>				
<b>vollzeiterwerbstätig</b>	2,1	14,3	83,5	100
<b>teilzeiterwerbstätig</b>	1,8	7,0	91,1	100
<b>geringfügig beschäftigt</b>	1,9	4,7	93,2	100
<b>Westdeutschland</b>				
<b>vollzeiterwerbstätig</b>	1,8	21,1	77,1	100
<b>teilzeiterwerbstätig</b>	1,1	14,8	84,1	100
<b>geringfügig beschäftigt</b>	1,6	14,3	84,2	100
<b>Ostdeutschland</b>				
<b>vollzeiterwerbstätig</b>	2,1	14,5	83,4	100
<b>teilzeiterwerbstätig</b>	0,9	5,7	93,4	100
<b>geringfügig beschäftigt</b>	1,7	8,2	90,1	100

Frankreich n=10640, Westdeutschland n=30850, Ostdeutschland n=8450.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Mit sinkender Wochenarbeitszeit nimmt in Deutschland und in Frankreich der Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten tatsächlich zu. In allen Beschäftigungsformen und Regionen sind mehr als drei Viertel der Frauen in der Dienstleistungsbranche beschäftigt. Die Anteile der Frauen im primären Sektor sind dagegen in Frankreich und in Deutschland mit dem Höchstwert von 2,1 % marginal.

Nationale Unterschiede gibt es im sekundären Sektor. Die westdeutschen 25- bis 49-jährigen Frauen arbeiten anderthalb bis zweimal so häufig wie die ostdeutschen und die französischen Frauen in der Industrie. Dementsprechend sind die westdeutschen Frauen etwas seltener als die ostdeutschen oder französischen im Dienstleistungssektor tätig, obwohl man gerade für Westdeutschland mit den höchsten Frauenteilzeitquoten eine überragende Stellung des tertiären Sektors im Vergleich zu den beiden anderen Regionen erwarten würde.

<sup>29</sup> Für Frankreich sind die sehr geringen Anteile der Frauen, die zum Wirtschaftssektor keine Angaben machten, nicht angegeben.

Für die Wahl bestimmter Beschäftigungsformen gibt es individuell und vermutlich auch national unterschiedliche Beweggründe. Im Labour Force Survey werden neben der wöchentlichen Arbeitszeit ebenso eine Selbsteinschätzung der Befragten zur Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigung sowie eine Unterteilung nach den Gründen für eine Teilzeittätigkeit<sup>30</sup> angegeben. Tabelle 13 gibt die Verteilungen der Gründe für eine Teilzeiterwerbstätigkeit für die Frauen an, welche weniger als 30 Stunden pro Woche arbeiten.

**Tab. 13: Gründe für Teilzeiterwerbstätigkeit nach Selbsteinschätzung bei weniger als 30 Wochenstunden, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)**

	Frankreich	Westdeutschland	Ostdeutschland
als Vollzeitstelle eingeschätzt	14,4	0,9	1,1
Teilzeitstelle wegen Schul- oder Fortbildung	0,6	2,3	6,2
Teilzeitstelle wegen eigener Krankheit oder Verhinderung	3,9	1,2	2,2
Teilzeitstelle, denn konnte keine Vollzeitstelle finden	25,8	7,2	51,2
Teilzeitstelle, denn wollte keine Vollzeitstelle	44,0	9,5	9,2
Teilzeitstelle wegen anderer Gründe	1,3	-	-
Teilzeitstelle ohne Angabe von Gründen	1,3	8,5	5,2
Versorgung von Kindern/ pflegebedürftigen Erwachsenen	8,6	70,5	25,0
gesamt	100	100	100

Frankreich n=2410, Westdeutschland n=13622, Ostdeutschland n=1605.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Die 25- bis 49-jährigen, teilzeit- bzw. geringfügig beschäftigten Frauen in Frankreich geben am häufigsten an (44,0 %), eine Teilzeitstelle zu haben, weil sie keine Vollzeitstelle wollten. In der Enquête Emploi entspricht diese Antwortmöglichkeit der Angabe „um über mehr Freizeit zu verfügen oder um Haushaltstätigkeiten zu erledigen“. Dass diese Antwort am häufigsten gegeben wurde, verdeutlicht entweder, dass Frauen in Frankreich offenbar zu einem großen Teil dann in Teilzeit arbeiten, wenn sie dies auch wünschen oder aber, dass sich die Arbeitsteilung im Haushalt zu ihren Lasten negativ auf den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit auswirkt.

Am zweithäufigsten besteht mit 25,8 % für die Französinen der Grund für eine Teilzeiterwerbstätigkeit darin, dass sie keine Vollzeitstelle finden konnten. Sie wären also eigentlich lieber vollzeiterwerbstätig. Diese Gruppe der Frauen kann als unterbeschäftigt bezeichnet werden (Maruani 2004: 108). 8,6 % der Frauen führen außerdem an, dass sie Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zu versorgen haben und deshalb in Teilzeit oder auf Basis geringfügiger Beschäftigung arbeiten.

<sup>30</sup> Die entsprechende Frage im Mikrozensus ist Frage 45 und in der Enquête Emploi Frage B33.

Im Vergleich zu Frankreich, wo 15,9 % der Frauen im Alter zwischen 25 und 49 Jahren teilzeit- oder geringfügig beschäftigt sind, liegt in Ostdeutschland der Anteil mit 13,4 % auf ähnlich niedrigem Niveau. Die ostdeutschen Frauen nennen jedoch an erster Stelle den Grund, dass sie keine Vollzeitstelle finden konnten (51,2 %), was vermutlich mit der schlechten Arbeitsmarktlage zusammenhängt. Demnach sind auch die ostdeutschen teilzeiterwerbstätigen Frauen zu großen Teilen unterbeschäftigt. Für lediglich 9,2 % von ihnen stellt die Teilzeittätigkeit eine gewünschte Erwerbsform dar. Im Gegensatz zu den Französinen arbeiten circa dreimal so viele Frauen wegen der Versorgung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen in Teilzeit (25,0 %). Angemerkt sei, dass die geringfügig beschäftigten ostdeutschen Frauen im Gegensatz zu den teilzeiterwerbstätigen häufiger angeben, keine Vollzeit- und wohl auch keine Teilzeitstelle mit mehr als 15 Stunden gefunden zu haben (63,0 % gegenüber 46,3 %, Zahlen nicht in der Tabelle). Die geringfügige Beschäftigung ist für die Frauen demnach noch eher als die Teilzeitbeschäftigung eine unerwünschte Erwerbsform.

Mit 30,3 % der 25- bis 49-Jährigen liegt in Westdeutschland der Anteil der teilzeit- oder geringfügig beschäftigten Frauen etwa doppelt so hoch wie in Frankreich oder in Ostdeutschland. Darüber hinaus lässt sich anhand des überaus hohen Anteils von 70,5 % der Frauen, die in die Versorgung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen eingebunden sind, belegen, dass die in Westdeutschland in sehr viel geringerem Maße ausgebaute Betreuungsinfrastruktur für Kinder die Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen bedingt bzw. begünstigt (Beckmann 2003: 11). „Von einer echten Wahlfreiheit zwischen Erwerbs- und Familienarbeit kann daher bei vielen Müttern nicht die Rede sein“ (Beckmann 2003: 11). An zweiter Stelle folgt in Westdeutschland mit einem Anteil von 9,2 % mit sehr großem Abstand die Angabe, dass die Frauen die Teilzeitstelle auch wünschten.

Auch in Ostdeutschland haben fehlende Betreuungsmöglichkeiten offenbar einen, wenn auch wegen der deutlich günstigeren Situation als in Westdeutschland geringeren Einfluss auf die Stundenzahl, mit der eine Erwerbstätigkeit ausgeübt werden kann, während sich die gute Betreuungssituation für Kinder in Frankreich so auswirkt, dass Betreuungspflichten seltener einen Einfluss auf einen geringeren Stundenumfang haben. In Frankreich mögen eher die weniger vorhandenen öffentlichen Pflegeeinrichtungen für ältere Menschen (Ostner 1995b: 64) ausschlaggebend für die Angabe sein, dass Betreuungsaufgaben der Grund für eine Teilzeiterwerbstätigkeit sind, da die Pflege älterer Familienangehöriger dort zumeist eine Angelegenheit der Familien und somit größtenteils der Frauen ist.

Das Vorhandensein befristeter Arbeitsverhältnisse wird in der Literatur häufig als Indikator für die prekäre Arbeitsmarktsituation von Frauen gesehen (Maruani 2004: 107f.). Anhand der Daten des Labour Force Survey kann eine Betroffenheit der Frauen in Frankreich und Ostdeutschland von unsicheren Arbeitsverhältnissen insofern bestätigt werden, dass bei ihnen mit abnehmender Wochenarbeitszeit der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse zunimmt (vgl. Tab. 14).<sup>31</sup>

**Tab. 14: Verteilung befristeter und unbefristeter Arbeitsverhältnisse nach Art der Beschäftigung für 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)**

	unbefristeter Arbeitsvertrag	befristet wegen (Fort-) Bildung	befristet, denn konnte keine unbefristete Stelle finden	befristet, denn wollte keine unbefristete Stelle	befristet ohne Angabe von Gründen	befristet wegen Probezeit	keine Antwort	gesamt
<b>Frankreich</b>								
vollzeiterwerbstätig	90,3	0,1	7,5	1,6		0,5		100
teilzeiterwerbstätig	83,8		12,7	2,7		0,7		100
geringfügig beschäftigt	76,2		18,6	5,0		0,2		100
<b>Westdeutschland</b>								
vollzeiterwerbstätig	91,9	2,1	1,3	0,2	3,0	1,1	0,4	100
teilzeiterwerbstätig	92,2	0,4	1,4	0,2	3,6	1,5	0,6	100
geringfügig beschäftigt	91,8	0,5	1,3	0,6	4,0	0,9	1,1	100
<b>Ostdeutschland</b>								
vollzeiterwerbstätig	91,3	1,3	3,0	0,2	3,0	1,0	0,2	100
teilzeiterwerbstätig	88,0	0,8	4,2	0,7	5,0	0,9	0,3	100
geringfügig beschäftigt	80,4	1,4	10,6	1,2	5,0	0,9	0,5	100

Frankreich n=9912, Westdeutschland n=28188, Ostdeutschland n=7736.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Geringfügig beschäftigte, 25- bis 49-jährige Frauen befinden sich in Frankreich zu einem Viertel und in Ostdeutschland zu einem Fünftel in befristeter Anstellung. Für teilzeiterwerbstätige Frauen trifft das in etwas geringerem Maße zu (Frankreich: 16,2 %, Ostdeutschland: 12 %). In Westdeutschland, wo Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung verbreiteter sind, sind diese hingegen eher unbefristete Arbeitsverhältnisse.

Die Dauer der befristeten Arbeitsverhältnisse beträgt nach Berechnungen mit dem LFS in Frankreich, West- und Ostdeutschland am häufigsten zwischen sieben und zwölf Monate. Daneben fallen einige regionale Besonderheiten auf. So existieren in Frankreich deutlich mehr sehr kurze befristete Arbeitsverhältnisse von weniger als einem Monat bis zu sechs Monaten. Dabei ist unerheblich, ob es sich um Vollzeit, Teilzeit oder geringfügige Beschäftigung handelt. Etwa jeweils die Hälfte aller befristeten Arbeitsverträge umfassen

<sup>31</sup> Die entsprechende Frage im Mikrozensus ist Frage 43 und in der Enquête Emploi Frage B21.

höchstens sechs Monate. Lediglich befristete Verträge für Vollzeitstellen haben auch deutlich längere Laufzeiten von mehr als zwei Jahren.

In Deutschland gibt es für Vollzeit- und Teilzeitstellen deutlich seltener als in Frankreich sehr kurze Laufzeiten. Eine Ausnahme bilden die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, welche in Westdeutschland in drei Viertel und in Ostdeutschland in zwei Drittel der Fälle auf unter zwölf Monate befristet sind.

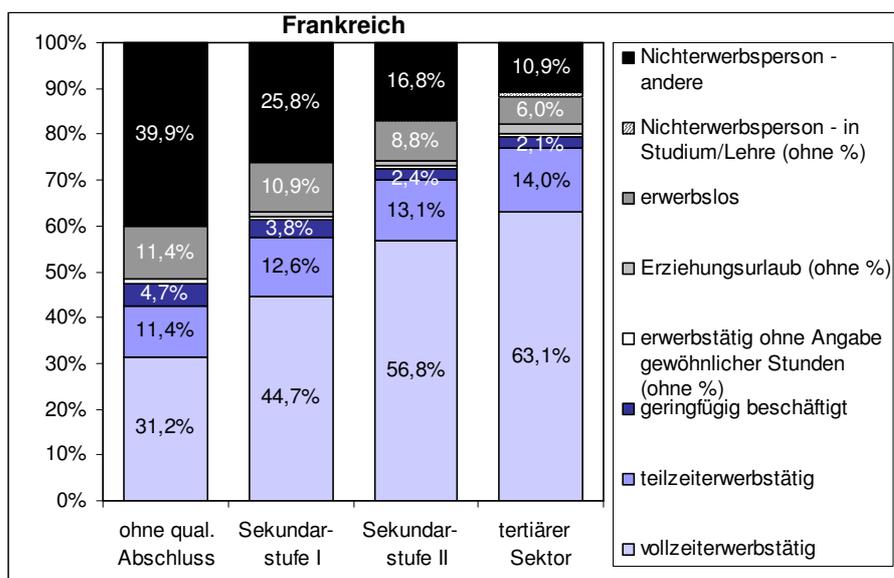
Weder für Deutschland noch für Frankreich ist für die erwerbstätigen Frauen der Altersgruppe 25-49 Jahre festzustellen, dass häufig ein zweites Arbeitsverhältnis aufgenommen wird. Der höchste Anteil findet sich mit 4,0 % in Frankreich, der geringste mit 1,7 % in Ostdeutschland.

Der nächste Abschnitt beleuchtet den Einfluss des höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschlusses einer Frau auf ihre Erwerbstätigkeit.

### **6.2.3 Der Einfluss des höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschlusses**

Für alle drei betrachteten Regionen bestätigt sich die Hypothese, dass mit höherem Bildungsniveau der Frau die Erwerbsbeteiligung sowie die Erwerbstätigkeit ansteigen (Abb. 8 und 9). Nach der Humankapitaltheorie wurde für das Erreichen eines gehobenen Bildungsabschlusses längere Zeit und mehr Aufwand, Geld etc. in das Humankapital investiert. Diese Investition soll sich in Form von Einkommen aus Erwerbsarbeit auszahlen. Darüber hinaus bestehen für höher gebildete Frauen bei einer Erwerbsunterbrechung, um z.B. zu Hause ein Kind zu betreuen, auch höhere Opportunitätskosten. Das Fernbleiben vom Arbeitsmarkt oder eine Arbeitszeitreduzierung hätten für die Frau ökonomische Verluste zur Folge (Joshi 1998: 162).

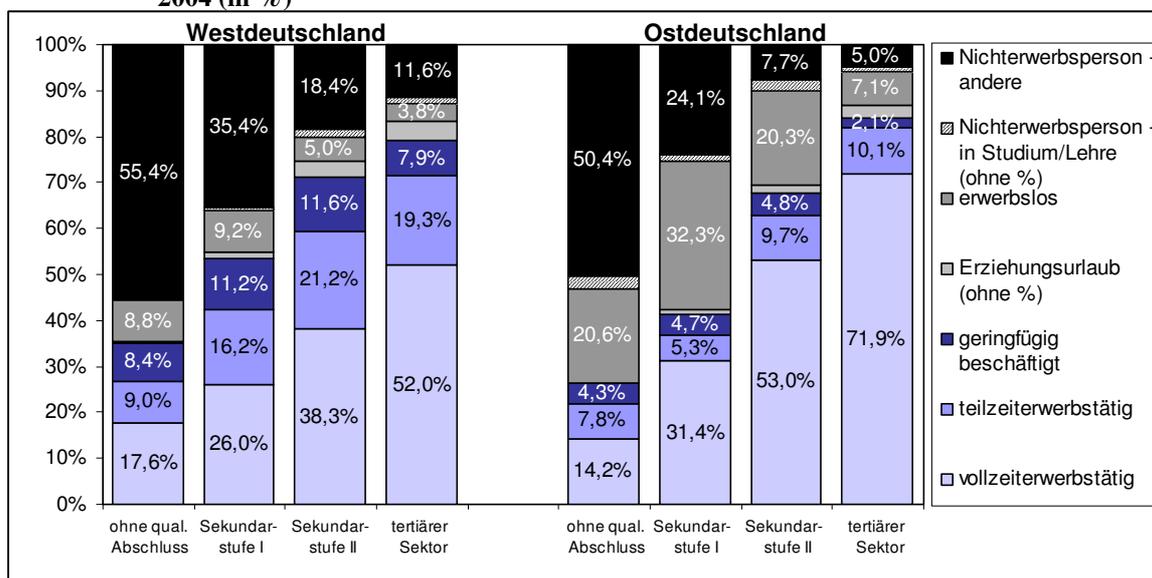
**Abb. 8: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschluss, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, 2004 (in %)\*\*\***



Frankreich n=15116.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

**Abb. 9: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschluss, 25-49-jährige Frauen in West- und Ostdeutschland<sup>32</sup>, 2004 (in %)\*\*\***



Westdeutschland n=44530, Ostdeutschland n=11919.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Die detaillierte Auswertung der Abbildungen 8 und 9 ergibt, dass Frauen im Haupterwerbsalter zwischen 25 und 49 Jahren ohne qualifizierten Berufsabschluss in Frankreich deutlich häufiger erwerbstätig sind als in Deutschland. Die Erwerbstätigenquote der Frauen

<sup>32</sup> Für West- und Ostdeutschland sind die Werte für die Frauen ohne Angaben zum Bildungsstand nicht abgebildet.

ohne Qualifikation liegt in Frankreich im Vergleich zu Westdeutschland um 12,3 Prozentpunkte und gegenüber Ostdeutschland um 21 Prozentpunkte höher. Dieser Befund kann mit den unterschiedlichen Ausbildungssystemen in beiden Ländern belegt werden. Während in Frankreich ein berufliches Fortkommen auch ohne abgeschlossene Berufsausbildung durch „training-on-the-job“ möglich und verbreitet ist, existieren für deutsche Frauen ohne berufliche Qualifikation deutlich größere Hindernisse für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt (Brauns et al. 1997: 25f.).

Westdeutsche Frauen sind ab einem Abschluss der Sekundarstufe I jeweils weniger häufig vollzeiterwerbstätig und umso häufiger in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt als ostdeutsche oder französische Frauen. Die ausgeprägte Tendenz zu Erwerbstätigkeit mit einem Arbeitsumfang von weniger als 30 Stunden pro Woche ist bei ihnen über alle Bildungsstufen verteilt. Nicht vollzeiterwerbstätig zu sein, um z.B. (gewollt oder infolge institutioneller Zwänge) Kinderbetreuungspflichten nachzukommen, ist in Westdeutschland für Frauen eine weit verbreitete Handlungsoption. In allen Bildungsstufen haben sie außerdem die größten Anteile an Nichterwerbspersonen.

Für Ostdeutschland wird deutlich, dass ein höheres Bildungsniveau die Erwerbstätigkeit einer Frau in großem Maße begünstigt. Frauen mit Abschlüssen der Sekundarstufe I bzw. II sind im Vergleich zu Frauen mit universitärer Ausbildung 4,5-mal bis 3-mal so häufig von Erwerbslosigkeit betroffen und die Erwerbstätigenquote der am höchsten gebildeten Frauen liegt mit 84,1 % etwa doppelt so hoch wie bei denen mit einem Abschluss der Sekundarstufe I. Zusätzlich sind innerhalb der höchsten Bildungsgruppe lediglich 5,0 % der Frauen zu den Nichterwerbspersonen zu zählen. Ein hohes Bildungsniveau ist demnach in Ostdeutschland mit einer hohen Erwerbsneigung und deren Realisierung gleich zu setzen.

In Frankreich ist der Grad des qualifizierten Abschlusses hingegen weniger entscheidend für die Integration der 25- bis 49-jährigen Frauen in den Arbeitsmarkt. Zwar wächst auch bei den Französischen die Vollzeitquote mit steigendem Bildungsniveau, nämlich stufenweise um 12,1 bzw. 6,3 Prozentpunkte, doch gibt es nur geringe Abweichungen bei den Beschäftigungsformen Teilzeit und geringfügige Beschäftigung. Im Hinblick auf die Erwerbslosenquoten bestehen ebenfalls Unterschiede, doch sind auch sie nicht stark ausgeprägt.

### 6.2.4 Der Einfluss des Familienstandes

Die allgemeine Hypothese, dass verheiratete Frauen am ehesten nicht erwerbstätig sind, muss für Ostdeutschland widerlegt werden (vgl. Tab. 15). Dort bilden die verheirateten Frauen mit minimalem Vorsprung sogar die Gruppe mit der stärksten Erwerbstätigkeit. Die verheirateten westdeutschen Frauen sind dagegen von allen betrachteten Gruppen am wenigsten erwerbstätig und insbesondere in den seltensten Fällen vollzeitbeschäftigt (mit 26,8 % nur halb so häufig wie die ostdeutschen oder französischen verheirateten Frauen).

**Tab. 15: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem Familienstand, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)\*\***

	vollzeit- erwerbs- tätig	teilzeit- erwerbs- tätig	gering- fügig beschäf- tigt	erwerb- stät ig ohne Angabe gewöhn- licher Stunden	Erzie- hungs- urlaub	erwerbs- los	Nicht- erwerbs- person	gesamt
<b>Frankreich</b>								
verheiratet	49,8	14,8	3,5	0,7	1,5	6,9	22,8	100
ledig	59,1	11,0	1,9	0,9	1,2	10,7	15,1	100
verwitwet/ geschie- den/ getrennt lebend	58,1	10,9	2,4	0,9	0,5	11,6	15,8	100
<b>Westdeutschland</b>								
verheiratet	26,8	23,1	13,9	-	4,3	4,7	27,3	100
ledig	67,9	9,3	3,7	-	1,6	6,1	11,5	100
verwitwet/ geschie- den/ getrennt lebend	48,1	21,2	5,4	-	0,9	10,3	14,1	100
<b>Ostdeutschland</b>								
verheiratet	58,4	10,5	3,6	-	2,4	15,5	9,6	100
ledig	56,8	8,4	3,8	-	2,6	16,2	12,2	100
verwitwet/ geschie- den/ getrennt lebend	53,5	7,5	5,4	0,1	0,7	23,6	9,2	100

Frankreich n=15116, Westdeutschland n=44530, Ostdeutschland n=11919.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

An diesem Punkt werden die innerdeutschen Unterschiede im Erwerbsverhalten der Frauen überaus deutlich. Die Ehe übt in den Neuen Bundesländern keinen und in den Alten Bundesländern einen sehr starken Einfluss auf die Frauenerwerbsbeteiligung aus. Trotz gleicher steuerlicher und anderer institutioneller Rahmenbedingungen in den beiden Teilen Deutschlands trifft das starke Ernährermmodell nach Ostner (1995a) weiterhin nur für die Alten Bundesländer zu.

Ökonomische Gründe wie eine geringere Arbeitsplatzsicherheit in Ostdeutschland oder anhaltende Gehaltsunterschiede zwischen West und Ost können als förderlich für die Erwerbsneigung auch verheirateter ostdeutscher Frauen angesehen werden. Darüber hinaus bestehen offenbar die Erwerbsmuster aus der Zeit vor der „Wende“ als kulturelles Leitbild fort, insbesondere, wenn man bedenkt, dass nur ein Teil der betrachteten 25- bis 49-jährigen Frauen, die heute etwa 35- bis 49-Jährigen, ein bereits vor der Wiedervereinigung

gelebtes Zweiverdienermodell fortsetzt. Auch bei der Überprüfung des Zusammenhangs zwischen Familienstand und Erwerbsstatus der Frau in den jüngeren Geburtsjahrgängen hält die egalitäre Verteilung der Erwerbsrollen bei den verheirateten Paaren an.

Während in Westdeutschland die verheirateten bzw. die verwitweten, geschiedenen oder getrennt lebenden Frauen im Vergleich zu den Frauen in Ostdeutschland oder Frankreich in geringerem Umfang vollzeiterwerbstätig sind, nehmen die ledigen Frauen mit 67,9 % Vollzeitbeschäftigten die Spitzenposition ein. Sie sind auch seltener, weniger als halb so häufig wie die anderen westdeutschen Frauen, teilzeitbeschäftigt und nur zu 6,8 % Nichterwerbspersonen. In Westdeutschland gelten, überspitzt ausgedrückt, zwei entgegengesetzt verlaufende Muster. Frauen sind entweder ledig und vollzeiterwerbstätig, oder sie sind verheiratet und dann zum größten Teil Hausfrauen, teilzeiterwerbstätig oder geringfügig beschäftigt. Insbesondere die geringfügige Beschäftigung von weniger als 15 Wochenstunden scheint ein Phänomen der verheirateten westdeutschen Frauen zu sein, während in allen anderen Gruppen die geringfügige Beschäftigung immer nur eine Randerscheinung mit einem maximalen Anteil von 5,4 % darstellt.

Für Frankreich ist, ähnlich wie für Ostdeutschland, zu beobachten, dass der Familienstand kaum unterschiedliche weibliche Erwerbsmuster bewirkt, auch wenn die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Französinen etwas geringer ausfällt. Ähnlich wie die westdeutschen, verheirateten Frauen sind sie weniger häufig erwerbslos und verlassen den Arbeitsmarkt stattdessen eher vollkommen. Die Anteile der Nichterwerbspersonen sind unter den verheirateten Frauen in Frankreich und in den Alten Bundesländern am höchsten. Sie ziehen sich am ehesten aus dem Berufsleben zurück. Bei den ledigen und verwitweten, geschiedenen oder getrennt lebenden Französinen zeigt sich eine sehr ähnliche Verteilung des Erwerbsstatus.

Während in Frankreich und Ostdeutschland der Familienstand einer Frau ihre Teilnahme am Erwerbsleben, und insbesondere die Vollzeiterwerbstätigkeit nicht wesentlich beeinflusst, ist für die westdeutschen Frauen festzustellen, dass der Ehestatus eine verminderte Erwerbsneigung mit sich bringt. Das Modell des *male breadwinner* kommt in Westdeutschland offenbar am deutlichsten zum Tragen.

### **6.2.5 Der Einfluss des Partners**

Im Weiteren werden der Einfluss des Bildungsniveaus des Partners im Haushalt auf die Erwerbsneigung der Frau und die Auswirkungen der verschiedenen, möglichen Bildungs-

konstellationen zwischen der Frau und ihrem Partner untersucht, bevor schließlich der Effekt des Erwerbsstatus des Partners auf die Erwerbstätigkeit der Frau dargestellt wird.

Tabelle 16 gibt die Verteilungen der Erwerbskategorien der Frauen mit Partnern unterschiedlicher Bildungsgruppen sowie der Frauen ohne Partner im Haushalt an.

**Tab. 16: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschluss des Partners im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)\*\*\***

	vollzeit- erwerbs- tätig	teilzeit- erwerbs- tätig	gering- fügig beschäf- tigt	erwerbs- tätig ohne Angabe gewöhn- licher Stunden	Erzie- hungs- urlaub	erwerbs- los	Nicht- erwerbs- person	gesamt
<b>Frankreich</b>								
<b>Partner:</b>								
ohne qualifizierten Abschluss	40,8	10,0	4,0	0,7	0,4	10,1	33,9	100
Sekundarstufe I	50,9	12,1	3,3	0,8	1,4	8,8	22,8	100
Sekundarstufe II	53,3	15,2	3,0	0,8	1,6	6,9	19,3	100
tertiärer Bereich	53,5	16,3	2,9	0,6	2,6	6,3	17,9	100
kein Partner	59,3	9,8	2,1	0,9	0,3	12,0	15,6	100
<b>Westdeutschland<sup>33</sup></b>								
<b>Partner:</b>								
ohne qualifizierten Abschluss	19,2	11,0	11,0	-	1,1	9,7	48,0	100
Sekundarstufe I	28,1	16,6	11,8	-	2,2	7,3	34,0	100
Sekundarstufe II	31,0	22,8	13,2	-	4,0	4,7	24,3	100
tertiärer Bereich	32,0	23,6	12,7	-	5,7	3,0	23,1	100
kein Partner	59,4	12,9	4,9	-	0,8	8,3	13,8	100
<b>Ostdeutschland</b>								
<b>Partner:</b>								
ohne qualifizierten Abschluss	16,4	6,8	2,7	-	0,0	24,7	49,3	100
Sekundarstufe I	39,9	7,6	5,6	-	0,9	26,1	19,9	100
Sekundarstufe II	56,3	10,1	3,9	-	2,5	18,3	8,9	100
tertiärer Bereich	66,9	10,9	2,2	-	3,9	8,1	7,9	100
kein Partner	54,9	8,0	4,8	-	0,8	19,2	12,4	100

Frankreich n=15094, Westdeutschland n=44476, Ostdeutschland n=11901.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Allgemein lässt sich anhand der Prozentwerte aussagen, dass die 25- bis 49-jährigen Frauen in allen drei Regionen mit steigendem Bildungsniveau des Partners häufiger vollzeit- sowie teilzeiterwerbstätig sind. Außerdem sinkt mit höherem Bildungsniveau des Partners der Anteil der Frauen, die als Nichterwerbspersonen zu bezeichnen sind. Eine Erklärung für diese Trends ergibt sich, wenn man bedenkt, dass Partner häufig gleiche Bildungsniveaus besitzen. Insofern reflektieren die steigenden Anteile vollzeit- und teilzeiterwerbstätiger Frauen größtenteils die Tendenzen, welche für den (Aus-)Bildungsabschluss der Frauen festgestellt wurde (vgl. Abb. 8 und 9 S. 113).

<sup>33</sup> Für West- und Ostdeutschland sind die Werte für die Partner ohne Angaben zum Bildungsstand nicht abgebildet.

Einige regionsspezifische Besonderheiten sind dennoch hervorzuheben. Westdeutsche und französische 25- bis 49-jährige Frauen mit Partner sind in allen Bildungsgruppen der Partner weniger häufig vollzeiterwerbstätig, häufiger geringfügig beschäftigt sowie häufiger Nichterwerbspersonen als die Frauen ohne Partner im Haushalt. Ohne Partner zu sein, erhöht in Frankreich und Westdeutschland demnach die Wahrscheinlichkeit für eine Vollzeiterwerbstätigkeit der Frau, da ein eigenständig erzieltes, möglichst hohes Erwerbseinkommen nötig ist, um finanziell abgesichert zu sein. Gleichzeitig verringert sich die Wahrscheinlichkeit, ein sehr geringes Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung zu erzielen bzw. dem Arbeitsmarkt als Nichterwerbsperson bzw. Hausfrau vollkommen fern zu bleiben. Die erhöhten Erwerbslosenquoten für französische und westdeutsche Frauen ohne Partner verdeutlichen zudem, dass die Frauen, wenn sie eine Arbeitsstelle fänden, gern arbeiten würden.

Das Niveau der Vollzeiterwerbstätigkeit ist in Westdeutschland außer bei den Frauen ohne Partner um etwa 20 Prozentpunkte geringer als in Frankreich. In Frankreich wird das Ausmaß der Vollzeiterwerbstätigkeit offenbar in geringerem Maße vom Bildungsniveau des Partners beeinflusst, da die Vollzeitquoten durchgängig über 40 % betragen. Die westdeutschen Frauen sind bis zu dreimal so häufig geringfügig beschäftigt und häufiger Nichterwerbspersonen als Französinen mit einem Partner. Westdeutsche und französische Frauen weisen jedoch ein ähnliches Erwerbsverhalten auf, wenn sie nicht mit einem Partner zusammenleben.

In Ostdeutschland verläuft der Einfluss des Bildungsstandes des Partners auf die Erwerbstätigkeit der Frau nach anderen Mustern. Am häufigsten vollzeiterwerbstätig sind nicht die Frauen ohne Partner, sondern diejenigen, deren Partner einen Universitätsabschluss besitzt. Mit steigendem Bildungsniveau des Partners nimmt die Vollzeiterwerbstätigkeit der ostdeutschen Frauen stärker zu als in Westdeutschland. Gleichzeitig sinken die Anteile der Nichterwerbspersonen deutlicher als bei den westdeutschen oder französischen Frauen.

Ein weiterer bemerkenswerter Befund betrifft die Frauen mit Partnern ohne qualifizierten Abschluss. Sie sind in Ostdeutschland seltener erwerbstätig als in Westdeutschland oder Frankreich. Vermutlich zeigt auch dieses Ergebnis, dass Paare häufig bildungshomogam sind, so dass ein fehlender Abschluss der Partner die Möglichkeiten für die Erwerbstätigkeit der Frau (und des Mannes) stark einschränkt. Dass dieser Effekt in Ostdeutschland stärker ausgeprägt ist als in den beiden anderen Regionen, weist nochmals auf die

schlechte Arbeitsmarktsituation hin, die sich vor allem auf gering qualifizierte Personen negativ auswirkt.

Tabelle 17 zeigt, inwiefern die Bildungskonstellation der Partner in einem Haushalt das Erwerbsverhalten der Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland beeinflusst.

**Tab. 17: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach der Bildungskonstellation der Partner im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)\*\*\***

	vollzeit- erwerbs- tätig	teilzeit- erwerbs- tätig	gering- fügig beschäf- tigt	erwerbs- tätig ohne Angabe gewöhn- licher Stunden	Erzie- hungs- urlaub	erwerbs- los	Nicht- erwerbs- person	gesamt
<b>Frankreich</b>								
gleiche Qualifikation bis Sekundarstufe II oder einer keine Angabe	50,2	14,1	3,5	0,8	1,3	8,1	22,0	100
beide tertiärer Bereich oder einer keine Angabe	56,5	16,5	3,1	0,6	3,1	5,7	14,5	100
Partner höher qualifiziert	42,0	14,6	3,4	0,7	1,1	7,8	30,4	100
Partner geringer qualifiziert	59,7	12,9	1,8	0,9	1,9	6,3	16,6	100
<b>Westdeutschland</b>								
gleiche Qualifikation bis Sekundarstufe II oder einer keine Angabe	29,4	21,9	13,2	-	3,6	5,2	26,7	100
beide tertiärer Bereich oder einer keine Angabe	39,9	23,1	10,7	-	6,0	3,0	17,3	100
Partner höher qualifiziert	25,2	23,1	13,9	-	5,1	3,3	29,4	100
Partner geringer qualifiziert	45,4	20,4	8,9	-	3,9	5,3	16,0	100
<b>Ostdeutschland</b>								
gleiche Qualifikation bis Sekundarstufe II oder einer keine Angabe	51,1	9,6	4,6	-	2,1	21,7	10,9	100
beide tertiärer Bereich oder einer keine Angabe	71,7	10,2	1,8	-	4,2	5,6	6,5	100
Partner höher qualifiziert	57,1	12,2	3,0	0,1	3,4	12,7	11,4	100
Partner geringer qualifiziert	71,1	11,0	1,4	-	3,5	7,3	5,6	100

Frankreich n=11025, Westdeutschland n=32491, Ostdeutschland n=8329.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

In allen drei Regionen sind die Frauen dann häufig vollzeiterwerbstätig, wenn der Partner eine geringere berufliche Qualifikation als sie selbst besitzt. Die Niveaus sind jedoch sehr unterschiedlich. In Ostdeutschland ist die Vollzeitquote ähnlich hoch wie für den Fall, dass beide Partner einen Universitätsabschluss besitzen. In Frankreich und Westdeutschland bestehen zwischen den beiden Kategorien Differenzen von 3,2 bzw. 5,5 Prozentpunkten zugunsten der geringer qualifizierten Partner.

Ist der Partner höher qualifiziert als die Frau, sind die Frauen in allen drei Regionen deutlich seltener vollzeiterwerbstätig. Die geringste Vollzeitquote weisen dabei die Frauen in Westdeutschland auf. Dies stellt einen weiteren Indikator für das Fortbestehen des

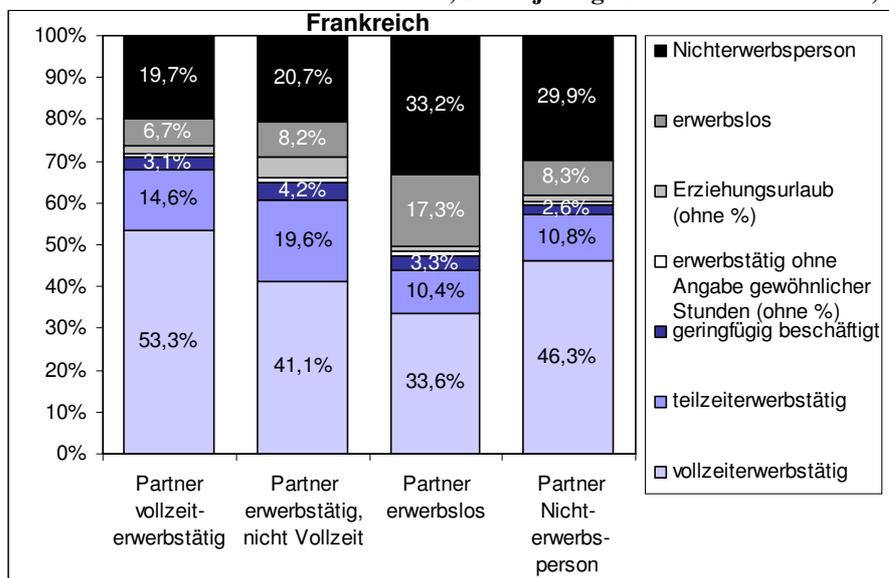
starken männlichen Ernährer-Modells nach Ostner (1995a) bzw. der Versorgerehe nach Pfau-Effinger (2000) dar.

Sowohl in Westdeutschland als auch in Frankreich sind die Frauen mit höher qualifiziertem Partner mit hoher Wahrscheinlichkeit Nichterwerbspersonen. In Frankreich sind sie dann dagegen häufiger auch vollzeiterwerbstätig, während die westdeutschen Frauen eher in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt sind und folglich mit geringerem Einkommen auch einen geringeren Anteil zum Haushaltseinkommen beitragen.

Frankreich und Westdeutschland zeigen ähnliche Verhältnisse bei der Verteilung der Nichterwerbspersonen in den einzelnen Bildungskonstellationen der beiden Partner im Haushalt, während bei den ostdeutschen Frauen die Anteile der Nichterwerbspersonen jeweils um mindestens die Hälfte geringer ausfallen. Unabhängig vom eigenen Bildungsstand bzw. dem ihres Partners sind die ostdeutschen Frauen demnach auf eine Erwerbstätigkeit ausgerichtet.

Die Abbildungen 10 und 11 stellen die Verteilungen des Erwerbsstatus der Frau nach dem Erwerbsstatus ihres Partners dar.

**Abb. 10: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem Erwerbsstatus des Partners im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, 2004 (in %)\*\*\***



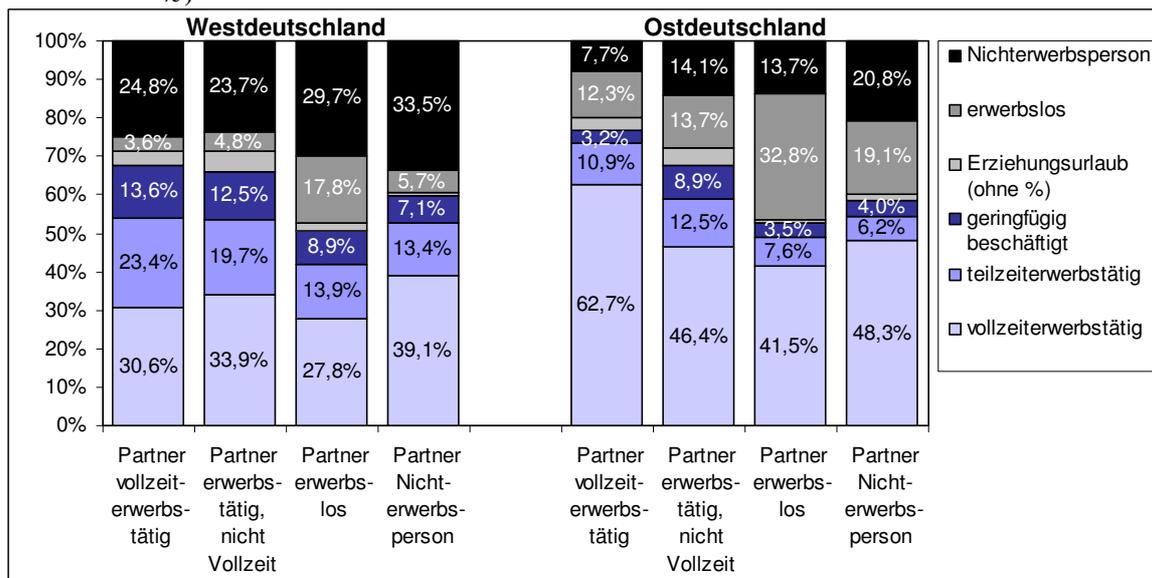
Frankreich n=11025.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Das dominante Erwerbsmuster ist in Frankreich das zweier vollzeiterwerbstätiger Partner. Außerdem sind die Französisinnen dann sehr häufig vollzeiterwerbstätig, wenn der Partner Nichterwerbsperson ist und somit kein Einkommen aus Erwerbsarbeit erwirtschaftet.

Auch in Ostdeutschland, und dort in höherem Maße als in Frankreich, sind die Frauen vollzeiterwerbstätig, wenn der Partner es auch ist, wie Abbildung 11 zeigt. In Westdeutschland besteht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Frau vollzeiterwerbstätig ist, wenn der Partner zu den Nichterwerbspersonen zählt.

**Abb. 11: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem Erwerbsstatus des Partners im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)\*\*\***



Westdeutschland n=32491, Ostdeutschland n=8329.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

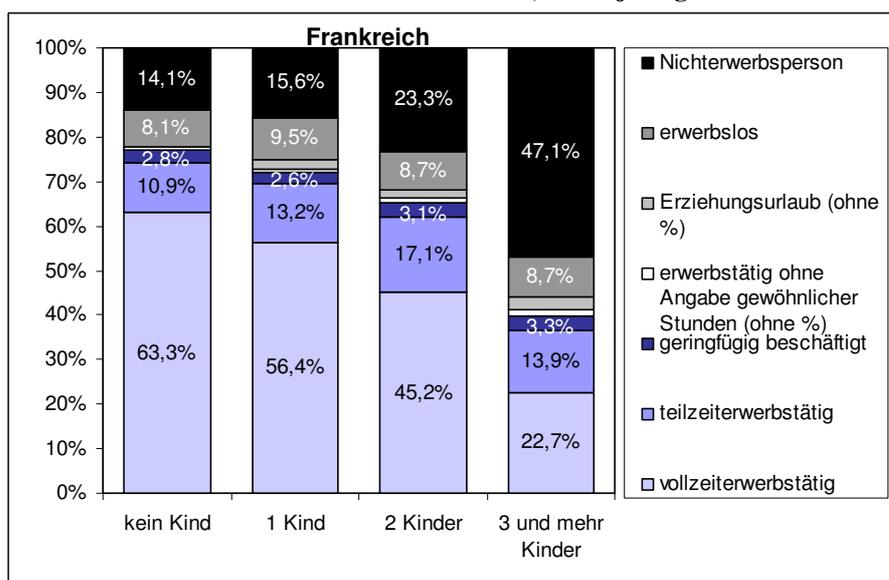
In Ostdeutschland sind die Paare weitaus häufiger als in Westdeutschland und Frankreich davon betroffen, dass beide Partner erwerbslos sind. Unabhängig davon, ob der Partner erwerbstätig ist oder nicht, besitzen die ostdeutschen Frauen jedoch eine hohe Erwerbsneigung, die sich in den sehr geringen Anteilen weiblicher Nichterwerbspersonen bzw. den vergleichsweise höchsten Erwerbsquoten äußert.

Generell überrascht der Befund, dass die Frauen in den drei betrachteten Gebieten nicht häufiger erwerbstätig sind, wenn der Partner nicht Vollzeit arbeitet oder gar nicht erwerbstätig ist. Wahrscheinlich bestehen Korrelationen mit anderen benachteiligenden Merkmalen wie geringeren (Aus-)Bildungsabschlüssen oder auf dem Arbeitsmarkt weniger gefragten Berufen.

### 6.2.6 Der Einfluss der Kinder

Der Einfluss von Kindern auf das Erwerbsverhalten von 25- bis 49-jährigen Frauen ist besonders interessant und bedeutend, weil in dieser Altersgruppe sowohl die Hauptphase der Erwerbstätigkeit als auch die Phase aktiver Mutterschaft parallel verlaufen. Nur wenn die Müttererwerbstätigkeit in hohem Maße realisiert werden kann, kann auch die gesamte Frauenerwerbstätigkeit auf einem hohen Niveau liegen. Die Abbildungen 12 und 13 stellen zunächst den Einfluss der Kinderzahl auf die Frauenerwerbstätigkeit dar.

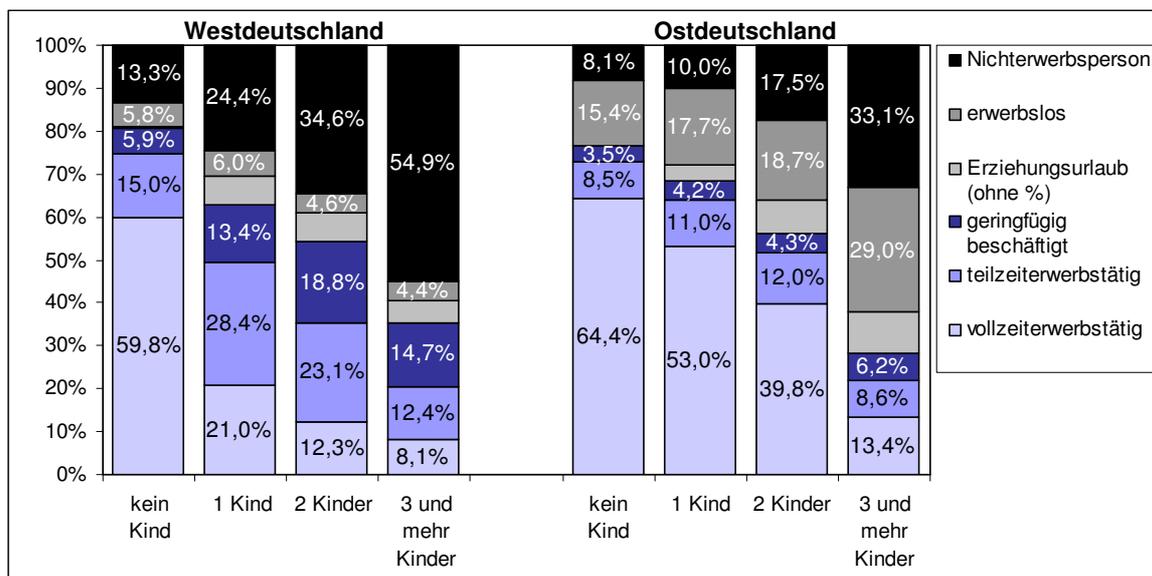
**Abb. 12: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach der Anzahl der Kinder bis 14 Jahre im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, 2004 (in %)\*\***



Frankreich n=15094.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

**Abb. 13: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach der Anzahl der Kinder bis 14 Jahre im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)\*\***



Westdeutschland n=44476, Ostdeutschland n=11901.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Betrachtet man die Abbildungen, so fällt auf, dass sich für 25- bis 49-jährige Frauen in Ostdeutschland und Frankreich überaus ähnliche Erwerbsmuster für Mütter und Frauen ohne Kinder ergeben. Die Frauen mit und ohne Kinder sind in den beiden Regionen etwa gleich häufig erwerbstätig und vor allem auch etwa gleich häufig vollzeiterwerbstätig.

Die Verteilungen in Westdeutschland fallen dagegen aus der Reihe. Dort verringern sich die Wahrscheinlichkeiten für eine Vollzeiterwerbstätigkeit drastisch, wenn eine Frau Mutter ist, und die Beschäftigungsformen Teilzeit und geringfügige Beschäftigung nehmen einen größeren Stellenwert ein.

Zwar ist die generelle Tendenz auch in Ostdeutschland und Frankreich die, dass die Mutterschaft die Erwerbstätigkeit einschränkt, doch bleibt das Niveau im Gegensatz zu Westdeutschland erheblich höher. Ein drastisches Absinken der Erwerbstätigenquoten setzt in Frankreich und Ostdeutschland erst ab dem dritten Kind ein.

Das Zusammenspiel von wenig vorhandenen Kinderbetreuungsmöglichkeiten und der Vorstellung, eine Mutter sollte nicht vollzeiterwerbstätig sein, bewirkt in Westdeutschland die niedrigen Müttererwerbsquoten. Demgegenüber empfinden es französische und ostdeutsche Frauen offenbar als unproblematischer, als Mütter (vollzeit-)erwerbstätig zu sein. Der Einfluss des Alters des jüngsten Kindes im Haushalt auf die Erwerbstätigkeit der Frauen wird in Tabelle 18 sichtbar.

**Tab. 18: Erwerbsquoten nach gewöhnlich geleisteter Wochenarbeitszeit nach dem Alter des jüngsten Kindes im Haushalt, 25-49-jährige Frauen in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004 (in %)\*\*\***

	vollzeit- erwerbs- tätig	teilzeit- erwerbs- tätig	gering- fügig beschäf- tigt	erwerbs- tätig ohne Angabe gewöhn- licher Stunden	Erzie- hungs- urlaub	erwerbs- los	Nicht- erwerbs- person	gesamt
<b>Frankreich</b>								
<b>0 – 4 Jahre</b>	39,1	13,4	1,9	0,8	3,9	8,9	32,0	100
<b>5 – 9 Jahre</b>	51,8	16,2	3,9	0,8	0,8	10,1	16,5	100
<b>10 – 14 Jahre</b>	54,8	15,5	3,5	1,0	0,6	8,2	16,5	100
<b>kein Kind</b>	63,3	10,9	2,8	0,8	0,1	8,1	14,1	100
<b>Westdeutschland</b>								
<b>0 – 4 Jahre</b>	9,6	15,0	12,4	-	15,8	4,2	43,0	100
<b>5 – 9 Jahre</b>	16,8	29,0	19,1	-	1,1	5,8	28,2	100
<b>10 – 14 Jahre</b>	24,0	32,1	16,0	-	0,6	6,1	21,2	100
<b>kein Kind</b>	59,8	15,0	5,9	-	0,2	5,8	13,3	100
<b>Ostdeutschland</b>								
<b>0 – 4 Jahre</b>	35,0	10,4	3,4	-	13,9	15,2	22,2	100
<b>5 – 9 Jahre</b>	49,1	12,6	5,1	0,1	0,7	22,7	9,8	100
<b>10 – 14 Jahre</b>	57,5	10,8	4,8	-	0,2	19,1	7,6	100
<b>kein Kind</b>	64,4	8,5	3,5	-	0,1	15,4	8,1	100

Frankreich n=15094, Westdeutschland n=44476, Ostdeutschland n=11901.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Das Alter des jüngsten Kindes nimmt in Frankreich und Ostdeutschland in geringerem Maße Einfluss auf die (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit von Müttern als in Westdeutschland. Auch mit einem jüngsten Kind zwischen 0 und 4 Jahren sind sie zu 35 bis 40 % vollzeiterwerbstätig.

In Westdeutschland haben weniger als 10 % der Mütter solch kleiner Kinder eine Vollzeitstelle. Zwar steigen die Anteile der vollzeiterwerbstätigen Mütter mit dem Alter der Kinder auch in Westdeutschland an, doch sind sie in allen Altersgruppen am häufigsten teilzeitbeschäftigt. Selbst dann, wenn das jüngste Kind zwischen 10 und 14 Jahre alt ist und bereits die Grundschule absolviert hat, sind die westdeutschen Frauen weniger als halb so häufig vollzeiterwerbstätig wie die Frauen ohne Kinder bis 14 Jahre. Erwerbstätigkeit von Müttern spielt sich in Westdeutschland augenscheinlich im Rahmen von Teilzeit- oder geringfügiger Beschäftigung und nur in eingeschränktem Umfang als Vollzeiterwerbstätigkeit ab.

In Ostdeutschland und Frankreich sind die Mütter mit einem jüngsten Kind ab 5 Jahre auch weniger häufig vollzeiterwerbstätig als die Frauen ohne Kind, doch sind die Unterschiede um einiges geringer ausgeprägt. Vollzeiterwerbstätigkeit ist für die Mütter die vorherrschende Beschäftigungsform. Erneut müssen für die deutlichen Unterschiede zwischen Frankreich und Ostdeutschland auf der einen und Westdeutschland auf der anderen Seite die begünstigenden Infrastrukturen bei der Kinderbetreuung in den beiden erstgenannten Gebieten sowie die unterschiedlichen Vorstellungen von der Vereinbarkeit der beruflichen und familiären Rollen angeführt werden. Diese beiden Faktoren bestimmen zum einen die Erwerbswünsche der Mütter sowie auf der anderen Seite die Umsetzung derselben.

### **6.2.7 Zusammenfassung**

Mit Hilfe der Kreuztabellenanalysen konnten die Zusammenhänge der einzelnen ausgewählten Determinanten Alter, Bildung, Familienstand, Bildungs- und Erwerbsstatus des Partners sowie Kinderzahl und Alter des jüngsten Kindes im Haushalt mit der Frauenerwerbstätigkeit in Frankreich, West- und Ostdeutschland gezeigt werden.

Für Westdeutschland wurde zum einen der Fortbestand des männlichen starken Ernährers-Modells, wie es Ostner (1995a) gekennzeichnet hat, offensichtlich. Erkennbar ist die relativ starke Verbreitung des *male breadwinner* daran, dass sich der Ehestatus bzw. das Leben mit einem Partner im Haushalt im Gegensatz zu anderen Familienständen oder dem Leben ohne Partner negativ auf die Frauenerwerbstätigkeit auswirkt. Zum anderen

bestehen in Westdeutschland im Vergleich zu Ostdeutschland und Frankreich geringere Wahrscheinlichkeiten für die Realisierung von Müttererwerbstätigkeit. In Frankreich und Ostdeutschland gibt es ebenfalls gewisse Anteile nicht erwerbstätiger Mütter. Im Unterschied zu Westdeutschland können jedoch die Mütter, die vollzeiterwerbstätig sind, ihren ursprünglichen Erwerbswunsch offenbar in stärkerem Maße realisieren.

Die Befunde zum Einfluss des Bildungsstandes einer Frau auf ihre Erwerbstätigkeit decken sich mit den Annahmen aus der Humankapitaltheorie und Neuen Haushaltsökonomie. Höhere Bildungsniveaus bewirken eine höhere Erwerbstätigkeit, da Investitionen in das eigene Humankapital in Form von Erwerbseinkommen einen Ertrag bringen sollen. Für die Frauen mit höherem Bildungsstand steigen die Opportunitätskosten eines Verzichts auf die Erwerbstätigkeit, indem sie z.B. die Hausfrauenrolle übernehmen.

Allgemein zeigen die Kreuztabellen, dass sich das Erwerbsverhalten der ostdeutschen und französischen Frauen in vielen Punkten ähnelt, während die westdeutschen Frauen stets in geringerem Maße erwerbstätig und vor allem weniger vollzeiterwerbstätig sind. Da in West- und Ostdeutschland die gleichen familienpolitischen Rahmenbedingungen gegeben sind, müssen die hohen (Vollzeit-)Erwerbsquoten der Frauen in den Neuen Bundesländern auf die deutlich bessere Kinderbetreuungssituation und anders gelagerte Einstellungen zur Erwerbstätigkeit und der Vereinbarkeit mit der Familienarbeit zusammenhängen. Diese beiden Faktoren sind es auch, die in Frankreich die Umsetzung des Ideals der vollzeiterwerbstätigen Mutter ermöglichen.

Kreuztabellen zeigen gut die Zusammenhänge einzelner unabhängiger Variablen mit der abhängigen Variable an, sind jedoch z.B. wegen der Unübersichtlichkeit und bei wenigen Fällen in einigen Zellen weniger geeignet, die Korrelationen zwischen der abhängigen Variablen und mehrerer unabhängiger Variablen gleichzeitig zu kontrollieren (Andreß et al. 1997: 261).

Um anstelle von Häufigkeitsauszählungen und der einfachen Korrelation von Merkmalsausprägungen die Frage zu beantworten, wie hoch die Erklärungskraft der einzelnen Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit ist, bietet sich das Verfahren der Regressionsanalyse an. Denn erst indem in einem multivariaten Modell das Zusammenwirken der Einflussfaktoren simultan geschätzt wird, lässt sich herausfinden, wie groß die Relevanz der einzelnen Faktoren in ihrem Zusammenwirken ist (Urban 1993: 5). Man unterscheidet zum einen die lineare und zum anderen die logistische Regression und bei der letztgenannten das binäre sowie das multivariate Logitmodell. Im Folgenden wird eine binäre logistische Regression durchgeführt.

### 6.3 Logitmodell zu den Determinanten der Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen

#### 6.3.1 Modellbeschreibung

Wird ein linearer Zusammenhang zwischen dem abhängigen und dem zu erklärenden Sachverhalt angenommen, schätzt man ein lineares Regressionsmodell. Es kann immer dann angewendet werden, wenn es sich bei den erklärenden um metrische Variablen handelt.

Da bei keiner der unabhängigen Variablen zur Messung der Frauenerwerbstätigkeit eine metrische Skalierung vorliegt, kann die lineare Regression nicht angewendet werden. Das Spektrum der Variable *Erwerbsstatus des Partners im Haushalt* reicht z.B. von den Ausprägungen „vollzeiterwerbstätig“ bis „Nichterwerbsperson“, deren Abstufungen nicht metrisch, sondern kategorial verlaufen. Das heißt, die Variablenausprägungen unterscheiden sich nicht in quantitativer, sondern in qualitativer Hinsicht. Ähnliches gilt für die Variablen zur Bildung, zum Familienstand, zur Staatsangehörigkeit oder zu den Kindern im Haushalt.

Im Logitmodell zur Erwerbssituation der Frauen in Deutschland und Frankreich kann die abhängige Variable dichotomisiert werden, so dass die Voraussetzung für die Schätzung eines binären Logitmodells erfüllt wird (Urban 1993: 24). Es soll ein Modell der vollzeiterwerbstätigen Frauen geschätzt werden, um zeigen zu können, ob und wenn ja, welche verschiedenen Determinanten in Frankreich, West- und Ostdeutschland beeinflussen, dass eine Frau einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgeht. Dabei wird die Altersgruppe der 25- bis 49-Jährigen betrachtet. Für dieses Modell ergeben sich die zwei Ausprägungen der abhängigen Variablen „Frau ist vollzeiterwerbstätig“ bzw. „Frau, für die diese Bedingung nicht zutrifft“.

#### 6.3.2 Methodische Grundlagen

Um die Beschränkung des Wertebereichs der dichotomisierten Variable von Werten zwischen 0 und 1 aufzuheben, wird in der logistischen Regression eine „doppelte Transformation“ (Urban 1993: 25) durchgeführt. Dabei wird zunächst der Wahrscheinlichkeitswert (P) für das Eintreten eines Ereignisses durch die Gegenwahrscheinlichkeit (1-P) des Ereignisses dividiert, so dass für  $P'_i$  Werte größer 1 zulässig werden. Die entsprechende Gleichung heißt:  $P'_i = P_i/(1-P_i)$ .

Man erhält für  $P'_i$  eine Verhältniszahl zweier Wahrscheinlichkeiten, die im Englischen *odds* genannt wird (Andreß et al. 1997: 24). Ein deutscher Begriff für *odds* ist z.B.

„Gewinnchance“ (Urban 1993: 25). Er drückt aus, dass die *odds* für die Wahrscheinlichkeit stehen, dass ein Ereignis oder ein Gewinn eintritt.

Im zweiten Transformationsschritt wird durch das Logarithmieren der Divisionsgleichung erreicht, dass Werte kleiner 0 erlaubt sind. Die möglichen Werte für die so transformierte abhängige Variable  $P''_i$  liegen zwischen  $-\infty$  und  $+\infty$ . Die Transformationsgleichung lautet:  $P''_i = \ln(P'_i) = \ln [P_i/(1-P_i)]$  (Urban 1993: 25).

Aus der beschriebenen Transformation der Variablenwerte leitet sich die Bezeichnung der statistischen Methode ab. Das Ergebnis  $P''_i$  wird auch als *Logit* nach dem englischen *log* für *logarithm* bezeichnet und das Verfahren dementsprechend *Logitmodell* oder *logistische Regression* genannt (Urban 1993: 25). Die Berechnung der Logits erfolgt auf Basis der Maximum-Likelihood-Methode, in welcher

„im Zuge einer schrittweisen Annäherung diejenigen Koeffizienten als optimale Schätzwerte aus[gewählt werden], die, unter der Annahme[,] sie wären identisch mit den wahren Parametern in der Grundgesamtheit, die beobachteten Stichprobenwerte mit der größten Wahrscheinlichkeit hervorbringen würden“ (Urban 1993: 53).

Während die Regressionskonstante  $\beta_0$  eine bestimmte Verschiebung der Regressionskurve entlang der x-Achse bewirkt und so einen Einfluss auf „das Niveau der Wahrscheinlichkeiten“ (Andreß et al. 1997: 268) ausübt, zeigen die Regressionskoeffizienten  $\beta_1$  bis  $\beta_x$  „die Richtung und die Intensität der Beziehung zwischen der unabhängigen Variablen und der abhängigen Variablen“ (Andreß et al. 1997: 267) an.

Ein negativer Regressionskoeffizient bewirkt bei ansteigenden Werten der unabhängigen Variablen eine sinkende Wahrscheinlichkeit für das Eintreffen des abhängigen Ereignisses, ein positiver Regressionskoeffizient hat hingegen eine steigende Wahrscheinlichkeit zur Folge. Ist der Regressionskoeffizient gleich 0, erhält man eine Parallele zur x-Achse, was bedeutet, dass zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variablen kein Zusammenhang besteht. Je größer der Wert des Regressionskoeffizienten ist, umso steiler fällt die Regressionskurve aus und umso intensiver ist demzufolge der beobachtete Zusammenhang (Andreß et al. 1997: 267). Bei der Interpretation von Logitkoeffizienten sind sowohl ihre Vorzeichen (- bzw. +) als auch ihre Größen bzw. Beträge von Bedeutung (Urban 1993: 37), die Regressionskoeffizienten können jedoch statistisch eindeutig nur im Hinblick auf die Richtung des Zusammenhangs ausgewertet werden (Backhaus et al. 2003: 433f.).

Zum Vergleich der Einflussstärken innerhalb eines geschätzten Modells müssen andere Maßzahlen, die sogenannten Effektkoeffizienten herangezogen werden, welche durch Entlogarithmierung der Logitkoeffizienten entstehen. Der Antilogarithmus  $\exp(\beta_1)$  stellt einen Wert dar, der als „Multiplikationsfaktor“ (Urban 1993: 41) interpretiert werden kann.

Dieser Multiplikationsfaktor gibt an, um wie viel höher das Verhältnis der Wahrscheinlichkeit des Eintretens des Ereignisses zur Gegenwahrscheinlichkeit unter dem Einfluss der unabhängigen Variablen im Vergleich zur Referenzgruppe ist. So bedeutet z.B. ein Wert  $\exp(\beta_1)=1,9$ , dass das Wahrscheinlichkeitsverhältnis für das Eintreten des Ereignisses, also die *odds*, bei der Zunahme der unabhängigen Variable um eine empirische Einheit, um das 1,9-fache bzw. um 90 % ansteigt. Ist der Effektkoeffizient gleich 1, so hat die unabhängige Variable keinen Einfluss auf die zu erklärende Variable. Ein Wert zwischen 0 und 1, drückt aus, dass sich bei Zunahme der unabhängigen Variable um eine empirische Einheit, das Wahrscheinlichkeitsverhältnis des Ereignisses vermindert. Ein Wert  $\exp(\beta_1)=0,6$  sagt beispielsweise aus, dass das Wahrscheinlichkeitsverhältnis des Ereignisses um 40 % geringer als in der Referenzgruppe ist. Effektkoeffizienten werden auch als *odds ratios* oder „relative Chancen“ (Tutz 2000: 47) bezeichnet, da sie das Verhältnis zweier *odds* beschreiben (Andreß et al. 1997: 24). Sie drücken nicht nur die Stärke, sondern darüber hinaus auch die Richtung des Zusammenhangs zweier *odds* aus (Tutz 2000: 47).

Anhand der Maßzahlen Cox & Snell  $R^2$  sowie Nagelkerke  $R^2$  wird der „Anteil der durch die logistische Regression erklärten Varianz“ (Bühl/ Zöfel 2000: 358) abgebildet. Steigende Werte verdeutlichen eine höhere Erklärungskraft des Modells. Da Nagelkerke  $R^2$  im Gegensatz zu Cox & Snell  $R^2$  auch den Maximalwert von 1 erreichen kann, ist es bei der Beurteilung der Güte eines Modells vorzuziehen (Backhaus et al. 2003: 441) und wird im Folgenden für die geschätzten Modelle angegeben. Ein  $R^2$ -Wert von unter 0,05 weist auf einen eher geringen Zusammenhang zwischen der unabhängigen und den abhängigen Variablen hin, und ein Wert über 0,2 steht für einen starken Zusammenhang (Andreß et al. 1997: 288).

Die Güte der einzelnen Ausprägungen der unabhängigen Variablen wird mit dem Signifikanztest kontrolliert. Wenn der Signifikanzwert unter Berücksichtigung der Freiheitsgrade (df) der unabhängigen Variablen unter dem Grenzwert 0,05 liegt, kann die angenommene Nullhypothese, welche besagt, dass der Einfluss der betrachteten unabhängigen Variablen gleich 0 und somit ohne Aussagekraft sei (Urban 1993: 58), mit mindestens 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit abgelehnt werden (Backhaus et al. 2003: 70).

### 6.3.3 Logitmodell zur Vollzeitwerbstätigkeit von Frauen

#### *Frankreich*

In Tabelle 19 sind die Ergebnisse der stufenweisen logistischen Regression für Frankreich dargestellt. Für das Baseline-Modell (Modell 1) wurde die Variable zum *höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschluss* der Frau verwendet. Als Referenzgruppe wurde die Variablenausprägung *Sekundarstufe II* bestimmt. Bei der Betrachtung der odds ratios [ $\exp(\beta)$ ] wird folgender Zusammenhang deutlich: Je höher das Bildungsniveau einer Frau, umso positiver fällt das Chancenverhältnis für eine Vollzeitwerbstätigkeit aus. Während es für Frauen mit Universitätsabschluss um 30,1 % höher liegt als für Frauen der Referenzgruppe, reduziert es sich für Frauen mit dem Abschluss der Sekundarstufe I um 38,3 % und liegt für Frauen ohne qualifizierten Abschluss um deutliche 65,4 % niedriger. Diese Effekte erscheinen sehr plausibel und lassen sich (1) mit der Humankapitaltheorie, gemäß derer die Investitionen in das eigene Humankapital einen Ertrag erwirtschaften sollen, (2) mit den verbesserten Arbeitsmarktchancen für qualifizierte Frauen und (3) damit begründen, dass Jobs für Höherqualifizierte auch eher Vollzeitbeschäftigung umfassen. Für alle Kategorien sind die Ergebnisse im Vergleich zur Referenzgruppe hoch signifikant.

In Modell 2 wurde die Variable *Familienstand* hinzugenommen. Auch hier ist der Zusammenhang stark signifikant. Das geringste Chancenverhältnis für eine Vollzeitwerbstätigkeit besteht für die Referenzgruppe der verheirateten Frauen und das größte für verwitwete, geschiedene oder getrennt lebende Frauen (+ 52,0 %). Die Vermutung, dass für die letztgenannte Gruppe eine hohe ökonomische Notwendigkeit für ein vollwertiges Einkommen vorhanden ist, wird hiermit bestätigt. Ebenso sind ledige Frauen wahrscheinlicher als die Referenzgruppe vollzeiterwerbstätig (+ 35,3 %), da sie anders als die verheirateten Frauen nicht durch einen Partner abgesichert sind.

Auch die *Staatsangehörigkeit* muss als ausschlaggebender Faktor für eine Vollzeitwerbstätigkeit angesehen werden (Modell 3). Frauen mit einer anderen als der französischen Staatsangehörigkeit besitzen ein um 58,6 % geringeres Chancenverhältnis, vollzeitbeschäftigt zu sein, als Französinen. Dieser Fakt beruht zum einen sicherlich auf traditionelleren Frauenbildern, z.B. von Migranten aus den islamisch geprägten Maghreb-Staaten, die in Frankreich die größte nicht europäische Einwanderergruppe ausmachen (Große/ Lüger 1996: 174). Andererseits lässt sich in Frankreich für Ausländerinnen und Ausländer eine starke Diskriminierung am Arbeitsmarkt feststellen. Ein Hinweis dafür zeigt sich in der Arbeitslosenquote, die für Ausländer in Frankreich in allen Altersgruppen mindestens doppelt so hoch ist wie für Franzosen (Maruani 2004: 104).

**Tab. 19: Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Frauen in Frankreich, 2004**

Variable Ausprägung	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4a		Modell 4b		Modell 5a		Modell 5b	
	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss</b>														
ohne qualifizierten Abschluss	0,346	0,000 ***	0,349	0,000 ***	0,415	0,000 ***	0,384	0,000 ***	0,357	0,000 ***	0,391	0,000 ***	0,421	0,000 ***
Sekundarstufe I	0,617	0,000 ***	0,610	0,000 ***	0,621	0,000 ***	0,598	0,000 ***	0,578	0,000 ***	0,604	0,000 ***	0,625	0,000 ***
Sekundarstufe II	1		1		1		1		1		1		1	
tertiärer Bereich	1,301	0,000 ***	1,282	0,000 ***	1,289	0,000 ***	1,291	0,000 ***	1,315	0,000 ***	1,426	0,000 ***	1,298	0,000 ***
<b>Familienstand</b>														
verheiratet			1		1		1		1		-		-	
verwitwet/ geschieden/ getrennt											-		-	
lebend			1,520	0,000 ***	1,503	0,000 ***	1,300	0,000 ***	1,302	0,000 ***	-		-	
ledig			1,353	0,000 ***	1,326	0,000 ***	1,055	0,171	1,188	0,000 ***	-		-	
<b>Staatsangehörigkeit</b>														
französisch					1		1		1		1		1	
andere Staatsangehörigkeit					0,416	0,000 ***	0,437	0,000 ***	0,445	0,000 ***	0,405	0,000 ***	0,420	0,000 ***
<b>Anzahl der Kinder bis 14 Jahre im Haushalt</b>														
kein Kind							1,364	0,000 ***	-		-		-	
1 Kind							1		-		-		-	
2 Kinder							0,615	0,000 ***	-		-		-	
3 und mehr Kinder							0,247	0,000 ***	-		-		-	
<b>Alter des jüngsten Kindes bis 14 Jahre im Haushalt</b>														
kein Kind									2,840	0,000 ***	-		-	
0 bis 4 Jahre									1		-		-	
5 bis 9 Jahre									1,822	0,000 ***	-		-	
10 bis 14 Jahre									2,107	0,000 ***	-		-	
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss des Partners im Haushalt</b>														
ohne qualifizierten Abschluss											1,086	0,289	-	
Sekundarstufe I											1,044	0,408	-	
Sekundarstufe II											1		-	
tertiärer Bereich											0,754	0,000 ***	-	
kein Partner im Haushalt											1,306	0,000 ***	-	
<b>Erwerbsstatus des Partners im Haushalt</b>														
Partner vollzeiterwerbstätig													1	
Partner nicht vollzeiterwerbstätig													0,685	0,000 ***
kein Partner im Haushalt													1,309	0,000 ***
<b>Nagelkerke R<sup>2</sup></b>		0,048		0,057		0,070		0,134		0,118		0,071		0,072

n=15094; \*\*\* p≤ 0,001, \*\* p≤ 0,01, \* p≤ 0,05

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

In den Modellen 4a und 4b werden die beiden Variablen zur *Anzahl der Kinder* und zum *Alter des jüngsten Kindes* getrennt voneinander kontrolliert. Da in beiden Variablen die Merkmalsausprägung *kein Kind* vorkommt, käme es bei der Betrachtung in einem gemeinsamen Modell zu unerwünschten Korrelationseffekten.

Modell 4a zeigt die Auswirkungen der *Anzahl der Kinder bis 14 Jahre*, die im Haushalt leben. Im Verhältnis zu Frauen mit einem Kind vergrößert sich das Chancenverhältnis einer Vollzeittätigkeit für kinderlose Frauen um den Faktor 1,364. Des Weiteren wird folgender Zusammenhang deutlich: Je mehr Kinder eine Frau hat, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit ihrer Vollzeiterwerbstätigkeit. Für Frauen mit zwei Kindern reduziert sich das Chancenverhältnis um 38,5 % und für Frauen mit drei oder mehr Kindern um 75,3 %. Für alle Kategorien sind die Ergebnisse hoch signifikant im Vergleich zur Referenzgruppe.

Der Effekt der Anzahl der Kinder verringert im Vergleich zu den zuvor geschätzten Modellen ohne Einfluss der Kinder zudem das Chancenverhältnis der verwitweten, geschiedenen bzw. getrennt lebenden Frauen deutlich in Richtung der verheirateten Frauen, und das Ergebnis für die ledigen Frauen ist nicht mehr signifikant. Sobald eine Frau ein Kind hat, ist demzufolge der Familienstand ein weniger einflussreicher Faktor dafür, vollzeiterwerbstätig zu sein. Ausschlaggebend ist vielmehr der Mutterstatus.

Das *Alter des jüngsten Kindes bis 14 Jahre* hat ebenfalls einen entscheidenden Einfluss (Modell 4b). Es ist auch hier eine klare Richtung des Zusammenhangs erkennbar. Das günstigste Chancenverhältnis für eine Vollzeiterwerbstätigkeit ergibt sich für Frauen ohne Kinder. Es liegt im Vergleich zur Referenzgruppe der Frauen mit Kindern im Alter zwischen *0 und 4 Jahren* um 184,0 % höher. Für Frauen mit sehr jungen Kindern fällt das Wahrscheinlichkeitsverhältnis am geringsten aus, weil Mütter mit Kleinkindern vermutlich häufiger im Erziehungsurlaub sind bzw. lieber verminderte Wochenstundenzahlen arbeiten oder weil gerade für diese Altersgruppe die Kinderbetreuung auch in Frankreich am schwierigsten zu organisieren ist.

Ist das jüngste Kind 5 bis 9 Jahre alt, ist es für die Frau wahrscheinlicher, vollzeiterwerbstätig zu sein und am wahrscheinlichsten wenn das Kind 10 bis 14 Jahre alt ist. Mit zunehmendem Alter des Kindes steigt die umfassende Betreuung der Kinder an und ist am besten gewährleistet, sobald die Kinder die Schule bzw. die Vorschule (*école maternelle*) besuchen. Vereinbarkeitsschwierigkeiten existieren für die Mütter dann kaum noch, zumal das Schulsystem in Frankreich auf die Ganztagschule ausgerichtet ist. Sobald die Kinder in die Vorschule gehen, ist die Betreuung außerdem kostenlos. Anders als in Deutschland

besteht bei der Versorgung der 3- bis 6-Jährigen durch das öffentliche Schulsystem kaum ein Mangel an Plätzen.

Auch der Effekt des Alters des jüngsten Kindes verringert den Einfluss des Familienstandes. Das Chancenverhältnis der verwitweten, geschiedenen bzw. getrennt lebenden sowie jenes der ledigen Frauen nähert sich den verheirateten Frauen an.

Die Ergebnisse zum Einfluss der Kinder auf die Vollzeiterwerbstätigkeit einer Frau stützen die Erkenntnisse der Wohlfahrtsstaatsforschung, wonach die institutionellen Rahmenbedingungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig beeinflussen. Wie groß der Einfluss des Wohlfahrtsregimes tatsächlich ist, wird sich beim Vergleich des französischen Logitmodells mit den beiden deutschen Berechnungen zeigen.

In den Modellen 5a und 5b wurden der *höchste Bildungs- und Ausbildungsabschluss des Partners* sowie der *Erwerbsstatus des Partners im Haushalt* integriert. Auch der Einfluss dieser beiden Variablen wurde getrennt geschätzt, da es für die Ausprägung *kein Partner im Haushalt* zu unzulässigen Überschneidungen kommen würde. Die Variable zum Erwerbsstatus wurde aufgrund sehr geringer Fallzahlen außer für die Ausprägungen *vollzeiterwerbstätig* und *kein Partner im Haushalt* zu den drei Kategorien *Partner vollzeiterwerbstätig*, *Partner nicht vollzeiterwerbstätig* und *kein Partner* zusammengefasst. Zusätzlich wurde die Variable *Familienstand* entfernt, da es auch dabei zu Wechselwirkungen mit den Merkmalen der Partner kommen würde.

Der *höchste Bildungs- und Ausbildungsabschluss des Partners* liefert nur für die beiden Ausprägungen *tertiärer Bereich* sowie *kein Partner im Haushalt* signifikante Ergebnisse (Modell 5a). Hat der Partner einen Universitätsabschluss, vermindert sich das Chancenverhältnis der Frau, vollzeiterwerbstätig zu sein, um den Faktor 0,754 gegenüber der Referenzgruppe *Sekundarstufe II*. Für Frauen ohne Partner im Haushalt erhöht es sich um den Faktor 1,306. Diese Befunde drücken aus, dass ein hohes Bildungsniveau des Partners eine Vollzeitberufstätigkeit der Frau nicht begünstigt, da ein hoch gebildeter Partner vermutlich einen höher bezahlten und relativ sicheren Arbeitsplatz hat, mit dem er die Familie ernähren kann. Ist die Frau jedoch allein stehend, so besteht eine größere Chance und finanzielle Notwendigkeit für eine Vollzeittätigkeit.

In Bezug auf den *Erwerbsstatus des Partners im Haushalt* liefert Modell 5b den Befund, dass sich für Frauen ohne vollzeiterwerbstätigen Partner das Chancenverhältnis um 31,5 % gegenüber Frauen mit vollzeiterwerbstätigem Partner vermindert. Dieses Ergebnis erstaunt deshalb, weil nach der haushaltsökonomischen Theorie zu erwarten wäre, dass die Frau die Rolle des Familienernährers übernimmt, wenn der Partner nicht vollzeiterwerbstätig ist.

Dass diese Annahme nicht zutrifft, liegt wahrscheinlich daran, dass Paare, bei denen der Mann nicht Vollzeit arbeitet, eine weniger häufig verbreitete Gruppe mit bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen darstellen. Denkbar ist, dass die Tatsache, nicht vollzeiterwerbstätig zu sein, eher geringer (aus-)gebildete Personengruppen oder Personen in strukturell benachteiligten Berufsfeldern betrifft. Da Partner häufig Bildungsabschlüsse ähnlichen Niveaus aufweisen, bieten sich in diesem Fall beiden schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Beide sind dann auch eher von Erwerbslosigkeit oder (unerwünschter) Teilzeitarbeit betroffen.

Insgesamt überrascht im Logitmodell für die französischen Frauen am meisten der negative Einfluss der Anzahl der Kinder auf die Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen, da für Frankreich eine überaus günstige Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Hinblick auf die Kinderbetreuung festzustellen ist. Offenbar lässt der Effekt der guten Kinderbetreuungssituation jedoch ab dem zweiten Kind deutlich nach.

Sollen die Effekte der beiden Variablen, welche sich auf die Kinder einer Frau beziehen, gemeinsam geschätzt werden, ist dies nur dann möglich, wenn die kinderlosen Frauen aus dem Regressionsmodell ausgeschlossen werden. Andernfalls würden sich, ähnlich wie bei den Variablen, die den Partner betreffen, durch die Doppelung der Ausprägung *kein Kind* unzulässige Korrelationen ergeben. In Tabelle 20 sind die Ergebnisse der logistischen Regression für Mütter ausgewiesen.

Im ersten Modell werden die Determinanten *höchster Bildungs- und Ausbildungsabschluss, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Anzahl der Kinder* sowie *Alter des jüngsten Kindes im Haushalt* gemeinsam geschätzt. Außer für die ledigen Mütter sind alle Ergebnisse signifikant gegenüber den Referenzgruppen. Im Vergleich zu den vorherigen Modellen 4a und 4b verstärkt sich der Effekt der *Bildung* für Frauen mit einem Universitätsabschluss leicht. Die Richtung des Effektes bleibt in der Tendenz jedoch gleich. Der Einfluss des *Familienstandes*, der *Staatsangehörigkeit* sowie der *Anzahl der Kinder* ist bei Betrachtung der Mütter sehr ähnlich zu dem Modell, welches auch kinderlose Frauen einschloss.

Modell 2 zeigt zusätzlich den Einfluss des *höchsten (Aus-)Bildungsabschlusses des Partners im Haushalt*. Lediglich das Ergebnis für Mütter mit einem Partner mit einem Universitätsabschluss ist signifikant zur Referenzgruppe. Es ergibt sich wie zuvor in Modell 5a der Effekt, dass ein gehobenes Bildungsniveau des Partners das Chancenverhältnis für eine Vollzeiterwerbstätigkeit der Frau verringert. Keinen Partner zu haben,

weist für die Vollzeitwerbstätigkeit der Mütter hingegen keinen signifikanten Einfluss auf.

**Tab. 20: Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Mütter in Frankreich, 2004**

Variable Ausprägung	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
	exp( $\beta$ )	Signifikanz	exp( $\beta$ )	Signifikanz	exp( $\beta$ )	Signifikanz
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss</b>						
ohne qualifizierten Abschluss	0,355	0,000 ***	0,343	0,000 ***	0,370	0,000 ***
Sekundarstufe I	0,574	0,000 ***	0,563	0,000 ***	0,585	0,000 ***
Sekundarstufe II	1		1		1	
tertiärer Bereich	1,466	0,000 ***	1,629	0,000 ***	1,461	0,000 ***
<b>Familienstand</b>						
verheiratet	1		-		-	
verwitwet/ geschieden/ getrennt lebend	1,289	0,001***	-		-	
ledig	1,104	0,074	-		-	
<b>Staatsangehörigkeit</b>						
französisch	1		1		1	
andere Staatsangehörigkeit	0,463	0,000 ***	0,455	0,000 ***	0,474	0,000 ***
<b>Anzahl der Kinder bis 14 Jahre im Haushalt</b>						
1 Kind	1		1		1	
2 Kinder	0,620	0,000 ***	0,618	0,000 ***	0,612	0,000 ***
3 und mehr Kinder	0,269	0,000 ***	0,266	0,000 ***	0,264	0,000 ***
<b>Alter des jüngsten Kindes bis 14 Jahre im Haushalt</b>						
0 bis 4 Jahre	1		1		1	
5 bis 9 Jahre	1,833	0,000 ***	1,822	0,000 ***	1,829	0,000 ***
10 bis 14 Jahre	1,526	0,000 ***	1,508	0,000 ***	1,510	0,000 ***
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss des Partners im Haushalt</b>						
ohne qualifizierten Abschluss			1,081	0,478	-	
Sekundarstufe I			1,039	0,571	-	
Sekundarstufe II			1		-	
tertiärer Bereich			0,758	0,000 ***	-	
kein Partner im Haushalt			1,053	0,443	-	
<b>Erwerbsstatus des Partners im Haushalt</b>						
Partner vollzeiterwerbstätig					1	
Partner nicht vollzeiterwerbstätig					0,687	0,000 ***
kein Partner im Haushalt					1,050	0,438
<b>Nagelkerke R<sup>2</sup></b>		0,149		0,150		0,151

n=8789; \*\*\* p $\leq$  0,001, \*\* p $\leq$  0,01, \* p $\leq$  0,05.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Auch die Betrachtung des *Erwerbsstatus des Partners* liefert ein ähnliches Bild wie im Modell, welches für Frauen mit und ohne Kinder geschätzt wurde. Jedoch ist auch hier der Effekt der Partnerlosigkeit nicht mehr signifikant. Wenn der Partner nicht Vollzeit arbeitet, vermindert sich das Chancenverhältnis der Mütter für eine Vollzeittätigkeit.

Das für Mütter geschätzte Logitmodell bringt kaum neue Erkenntnisse über die Einflussfaktoren der Vollzeitwerbstätigkeit von Frauen. Zwar haben auch in Frankreich Frauen ohne Kinder ein erhöhtes Chancenverhältnis bezüglich Vollzeitwerbstätigkeit als Mütter, doch in dem oben beschriebenen Modell, das ausschließlich die Chancenverhältnisse von Müttern schätzt, ändern sich die Effektkoeffizienten nur minimal. Die unabhängigen Variablen *höchster (Aus-)Bildungsstand der Frau*, *Familienstand* und

*Staatsangehörigkeit* weisen folglich Effekte auf, die für alle 25- bis 49-jährigen Französinen gelten, unabhängig davon, ob sie ein Kind haben oder nicht.

Die folgenden Logitmodelle für West- und Ostdeutschland wurden in gleicher Weise wie die Modelle für die französischen Frauen und Mütter aufgebaut.

### ***Westdeutschland***

Das stufenweise Logitmodell für westdeutsche Frauen im Alter zwischen 25 und 49 Jahren (Tab. 21) verdeutlicht im ersten Schritt den Einfluss des *höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschlusses* der Frau (Modell 1). Die Ergebnisse sind außer für die wenig aussagekräftige, weil vermutlich sehr heterogen zusammengesetzte Kategorie *keine Angabe* hoch signifikant im Bezug zur Referenzgruppe *Sekundarstufe II*. Mit höherem Bildungsniveau steigt die Wahrscheinlichkeit, Vollzeit zu arbeiten, an. Für Frauen mit Universitätsabschluss ist das Chancenverhältnis um den Faktor 1,741 höher als für Frauen mit Fachhochschulreife, Abitur und/oder abgeschlossener Berufsausbildung. Geringer ist es dann, wenn die Frauen einen Haupt- oder Realschulabschluss erlangt haben (- 43,4 %) und sehr gering, wenn sie gar keinen qualifizierten Abschluss besitzen (- 65,6 %). Dieses Ergebnis verdeutlicht die große Bedeutung einer abgeschlossenen Lehre für die Ausübung einer Vollzeittätigkeit bzw. für die Integration in den Arbeitsmarkt in Deutschland.

Modell 2 gibt die Effekte des *Familienstandes* an. Wie nach der Neuen Haushaltsökonomie angenommen wurde, nimmt das Wahrscheinlichkeitsverhältnis, vollzeiterwerbstätig zu sein, für die nicht verheirateten im Vergleich zu den verheirateten Frauen am deutlichsten zu. In Westdeutschland ist offenbar noch immer die Versorgung mit der Frau als Hausfrau oder Teilzeitbeschäftigte das vorherrschend gelebte Geschlechter-Arrangement (Pfau-Effinger 2000: 90). Die steuerliche Begünstigung einer Nichterwerbstätigkeit der Ehefrau durch das Ehegattensplitting übt einen weiteren Einfluss auf die geringe Chance der verheirateten Frauen, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen, aus. Für die verwitweten, geschiedenen bzw. getrennt lebenden Frauen ist das Chancenverhältnis für eine Vollzeittätigkeit mehr als 2,5-mal und für ledige Frauen mehr als fünfmal so hoch wie für die verheirateten. Die Erklärung für diese Tendenz leitet sich daraus ab, dass nicht verheiratete Frauen nicht oder weniger durch einen *male breadwinner* finanziell unterstützt werden bzw. eher durch eine eigene (Vollzeit-)Erwerbsarbeit unabhängig von einem männlichen Ernährer sein wollen.

Tab. 21: Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Frauen in Westdeutschland, 2004

Variable Ausprägung	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4a		Modell 4b		Modell 5a		Modell 5b	
	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss</b>														
ohne qualifizierten Abschluss	0,344	0,000 ***	0,317	0,000 ***	0,359	0,000 ***	0,375	0,000 ***	0,363	0,000 ***	0,324	0,000 ***	0,348	0,000 ***
Sekundarstufe I	0,566	0,000 ***	0,599	0,000 ***	0,628	0,000 ***	0,588	0,000 ***	0,581	0,000 ***	0,544	0,000 ***	0,580	0,000 ***
Sekundarstufe II	1		1		1		1		1		1		1	
tertiärer Bereich	1,741	0,000 ***	1,576	0,000 ***	1,591	0,000 ***	1,714	0,000 ***	1,750	0,000 ***	1,845	0,000 ***	1,694	0,000 ***
keine Angabe	0,949	0,313	0,918	0,121	0,948	0,332	0,917	0,143	0,900	0,076	0,750	0,000 ***	0,936	0,218
<b>Familienstand</b>														
verheiratet			1		1		1		1		-		-	
verwitwet/ geschieden/ getrennt lebend			2,660	0,000 ***	2,632	0,000 ***	2,084	0,000 ***	1,997	0,000 ***	-		-	
ledig			5,482	0,000 ***	5,408	0,000 ***	2,787	0,000 ***	2,956	0,000 ***	-		-	
<b>Staatsangehörigkeit</b>														
deutsch					1		1		1		1		1	
andere Staatsangehörigkeit					0,699	0,000 ***	0,747	0,000 ***	0,770	0,000 ***	0,603	0,000 ***	0,610	0,000 ***
<b>Anzahl der Kinder bis 14 Jahre im Haushalt</b>														
kein Kind							4,487	0,000 ***	-		-		-	
1 Kind							1		-		-		-	
2 Kinder							0,577	0,000 ***	-		-		-	
3 und mehr Kinder							0,213	0,000 ***	-		-		-	
<b>Alter des jüngsten Kindes bis 14 Jahre im Haushalt</b>														
kein Kind									10,802	0,000 ***	-		-	
0 bis 4 Jahre									1		-		-	
5 bis 9 Jahre									1,962	0,000 ***	-		-	
10 bis 14 Jahre									3,136	0,000 ***	-		-	
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss des Partners im Haushalt</b>														
ohne qualifizierten Abschluss											1,296	0,032 *	-	
Sekundarstufe I											1,300	0,000 ***	-	
Sekundarstufe II											1		-	
tertiärer Bereich											0,789	0,000 ***	-	
keine Angabe											1,386	0,001 ***	-	
kein Partner im Haushalt											3,154	0,000 ***	-	
<b>Erwerbsstatus des Partners im Haushalt</b>														
Partner vollzeiterwerbstätig													1	
Partner nicht vollzeiterwerbstätig													1,318	0,000 ***
kein Partner im Haushalt													3,385	0,000 ***
<b>Nagelkerke R<sup>2</sup></b>		0,039		0,186		0,188		0,335		0,342		0,129		0,127

n=44476; \*\*\* p<0,001, \*\* p<0,01, \* p<0,05.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Die *Staatsangehörigkeit* der Frau stellt einen weiteren Indikator für die Chance, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen, dar (Modell 3). Das Chancenverhältnis für Frauen mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit fällt um 30,1 % geringer aus. Auch dieser Zusammenhang ist hoch signifikant und deutet entweder auf eine strukturelle Benachteiligung ausländischer Frauen im Hinblick auf eine Vollzeiterwerbstätigkeit oder auf eine kulturell bedingte, geringere Neigung zur Vollzeitarbeit in dieser Gruppe hin.

Der Einfluss der Kinder ist sowohl für deren Anzahl als auch für deren Alter in allen Kategorien im Vergleich zur Referenzgruppe hoch signifikant. Bemerkenswert ist daneben die hohe Erklärungskraft der beiden Variablen. Die Werte von Nagelkerke  $R^2=0,335$  bzw.  $0,342$  weisen auf einen sehr starken Zusammenhang zwischen der unabhängigen und den abhängigen Variablen hin (Andreß et al. 1997: 288).

Betrachtet man die *Anzahl der Kinder im Haushalt* (Modell 4a), so ist der Effekt der Kinderlosigkeit am größten. Westdeutsche kinderlose Frauen haben ein um den Faktor 4,487 erhöhtes Chancenverhältnis, vollzeiterwerbstätig zu sein, als Frauen mit einem Kind. Mit wachsender Kinderzahl reduziert sich die Wahrscheinlichkeit, vollzeiterwerbstätig zu sein. Für Mütter mit zwei Kindern verringert sich das Chancenverhältnis um 42,3 % im Vergleich zu den Frauen mit einem Kind und für Mütter mit drei oder mehr Kindern um 78,7 %. Die Vollzeiterwerbstätigkeit einer Frau lässt sich demnach in Westdeutschland kaum mit der Mutterschaft vereinbaren und umgekehrt. Die Gründe dafür liegen in den ungünstigen familienpolitischen und institutionellen Rahmenbedingungen, welche eher die Teilzeiterwerbstätigkeit oder Nichterwerbstätigkeit der Frauen fördern. Zum anderen bestimmen die kulturellen Leitbilder das Verhalten der Frauen. Die Einstellung, Mutterschaft und (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit passten nicht zusammen, ist in Deutschland vor allem in den Alten Bundesländern verbreitet. In Westdeutschland finden sich darüber hinaus auch verstärkt Angebote für Teilzeitarbeitsplätze, welche offenbar auch intensiver genutzt werden.

Das *Alter des jüngsten Kindes* ist neben der Kinderzahl ein weiterer Indikator für die Chancen einer Vollzeiterwerbstätigkeit. Die Ergebnisse sind hoch signifikant. So liegt das Chancenverhältnis für Frauen ohne Kinder um fast das 11-fache höher als für Frauen mit einem jüngsten Kind zwischen 0 und 4 Jahren. Je älter das jüngste Kind im Haushalt ist, desto stärker nimmt das Chancenverhältnis auch für Mütter wieder zu. Es ist für Frauen mit einem Kind von 5 bis 9 Jahren etwa doppelt und mit einem Kind von 10 bis 14 Jahren etwa dreimal so hoch. Für Frauen mit Kleinkindern lässt sich in Westdeutschland eine Vollzeiterwerbstätigkeit demnach kaum vereinbaren. Erst mit höherem Alter des jüngsten

Kindes wird eine Vollzeittätigkeit wahrscheinlicher, da mit dem Einsetzen der Schulpflicht eine geregelte Betreuung der Kinder gewährleistet ist.

Die Variablen zu Kindern im Haushalt verringern im Vergleich zu den verheirateten Frauen deutlich die Effekte für ledige sowie für verwitwete, geschiedene und getrennt lebende Frauen. Diese Tendenz zeigt, dass der Familienstand für Frauen ohne Kinder einen größeren Einfluss auf ihre Vollzeiterwerbstätigkeit hat, als dies für Mütter der Fall ist. Sobald eine Frau Kinder hat, sind demnach nicht mehr die mit der Ehe in Zusammenhang stehenden Begünstigungen des starken Ernährer-Modells ausschlaggebend dafür, nicht in Vollzeit zu arbeiten, sondern der Effekt der ungünstigen Kinderbetreuungsmöglichkeiten und der Einfluss kultureller Leitbilder, welche eine Vereinbarkeit von Mutterschaft und Vollzeitberuf ablehnen, werden dominant.

Der Einfluss des *höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschlusses des Partners im Haushalt* ergibt außer für die Merkmalsausprägung *ohne qualifizierten Abschluss* hoch signifikante Ergebnisse im Vergleich zur Referenzgruppe *Sekundarstufe II*. Am geringsten fällt das Chancenverhältnis für eine Vollzeiterwerbstätigkeit der Frau aus, wenn der Partner einen Universitätsabschluss besitzt. Dies hängt vermutlich mit dem höheren Einkommen eines hoch qualifizierten Partners zusammen, der eine Haushaltskonstellation mit zwei Vollzeitverdienern nicht zwingend notwendig macht. Hat der Partner einen Haupt- oder Realschulabschluss ohne Lehre (*Sekundarstufe I*), erhöht sich das Chancenverhältnis, dass die Frau Vollzeit arbeitet, um 30,0 %. Die Frau gleicht in diesem Fall häufig die schlechteren Arbeitsmarkt- und Einkommenschancen des Partners durch eine eigene Vollzeittätigkeit aus. Ohne Partner im Haushalt zeigt sich ein ähnlich hohes Wahrscheinlichkeitsverhältnis wie soeben beschrieben. Lebt die Frau ohne Partner, ist ihr Chancenverhältnis im Vergleich zu den Frauen mit einem Partner mit Abitur und/oder Lehre um etwa das Dreifache erhöht.

Das letzte Modell integriert anstelle des Bildungsstandes des Partners dessen *Erwerbsstatus*. Im Vergleich zur Referenzgruppe der Frauen mit vollzeiterwerbstätiem Partner ist das Chancenverhältnis für eine Vollzeiterwerbstätigkeit bei den beiden anderen Merkmalsausprägungen erhöht. Der Effekt erhöht sich am deutlichsten bei den Frauen ohne Partner, und zwar um den Faktor 3,385. Als Grund kann die große finanzielle Notwendigkeit eines Einkommens aus Vollzeiterwerbstätigkeit angenommen werden, wenn die Frau allein stehend ist. Auch für die Frauen mit einem Partner, der aber nicht vollzeiterwerbstäti ist, ist das Chancenverhältnis vermutlich aus diesem Grund höher.

Die logistische Regression für Westdeutschland bestätigt die Stärke und die Richtung der zuvor vermuteten Zusammenhänge zwischen den einzelnen unabhängigen Variablen und den Chancenverhältnissen für die Vollzeitwerbstätigkeit einer Frau. Vor allem das deutlich höhere Wahrscheinlichkeitsverhältnis von Kinderlosen im Gegensatz zu Müttern, muss nochmals betont werden, da in der Altersgruppe der 25- bis 49-Jährigen parallel die Haupterwerbsphase und der Eintritt in die Mutterschaft zu verorten sind, welche offenbar in Westdeutschland mit einer Vollzeitwerbstätigkeit kaum zu vereinbaren sind. Im Anschluss wird nun in Tabelle 22 die logistische Regression für Mütter in Westdeutschland dargestellt.

Im ersten Modell zeigt sich im Vergleich zu den Ergebnissen in Tabelle 21 für die Variable *Bildung* in den Kategorien *ohne qualifizierten Abschluss* und *Sekundarstufe I* ein verminderter Effekt. Im Vergleich zur Referenzgruppe *Sekundarstufe II* fällt das Chancenverhältnis der Mütter mit geringerem oder fehlendem Abschluss weniger ungünstig aus, als wenn Frauen mit und ohne Kinder gemeinsam betrachtet werden. Ein Universitätsabschluss erhöht hingegen deutlich das Wahrscheinlichkeitsverhältnis der Mütter, vollzeiterwerbstätig zu sein. Eine einfache Begründung liefert die Humankapitaltheorie. Die Mütter mit Universitätsabschluss haben durch ihre hohe Qualifikation mit größerer Wahrscheinlichkeit eine gut bezahlte Arbeit, wodurch es ihnen möglich ist, externe Kinderbetreuung zu bezahlen. Für Personen mit höherem Bildungsniveau wird zudem angenommen, dass sie von vornherein eine gesteigerte Erwerbsneigung besitzen, da eine Investition in ihr Humankapital sonst nicht sinnvoll wäre. Somit kann vermutet werden, dass das Chancenverhältnis für die höher gebildeten Mütter, vollzeiterwerbstätig zu sein, deshalb höher ist, weil für sie die Einstellung, Mutterschaft und Vollzeitwerbstätigkeit seien nicht miteinander vereinbar, seltener zutrifft.

Für westdeutsche Mütter erhöht sich der Einfluss der *Staatsangehörigkeit* für die Frauen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit im Gegensatz zu den Modellen, in denen alle Frauen einbezogen waren, stark und kehrt sich von einem negativen Effekt in einen leicht positiven um. Für westdeutsche Mütter hat die Staatsangehörigkeit kaum Einfluss auf eine Vollzeitwerbstätigkeit. Der Effekt ist außerdem nicht signifikant.

Der Einfluss der *Anzahl der Kinder im Haushalt* ist im Modell für Mütter weniger ausgeprägt als im Modell 4a, das alle Frauen umfasste. Zwar bleibt die Richtung des Effektes bestehen, d.h. das Chancenverhältnis sinkt mit steigender Kinderzahl, doch verringert sich die Stärke des negativen Effekts.

Tab. 22: Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Mütter in Westdeutschland, 2004

Variable Ausprägung	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
	exp( $\beta$ )	Signifikanz	exp( $\beta$ )	Signifikanz	exp( $\beta$ )	Signifikanz
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss</b>						
ohne qualifizierten Abschluss	0,404	0,000 ***	0,327	0,000 ***	0,377	0,000 ***
Sekundarstufe I	0,785	0,000 ***	0,686	0,000 ***	0,754	0,000 ***
Sekundarstufe II	1		1		1	
tertiärer Bereich	2,048	0,000 ***	2,233	0,000 ***	2,043	0,000 ***
keine Angabe	1,191	0,072	0,775	0,151	1,187	0,077
<b>Familienstand</b>						
verheiratet	1		-		-	
verwitwet/ geschieden/ getrennt lebend	2,233	0,000 ***	-		-	
ledig	2,302	0,000 ***	-		-	
<b>Staatsangehörigkeit</b>						
deutsch	1		1		1	
andere Staatsangehörigkeit	1,095	0,176	0,982	0,789	0,968	0,632
<b>Anzahl der Kinder bis 14 Jahre im Haushalt</b>						
1 Kind	1		1		1	
2 Kinder	0,658	0,000 ***	0,640	0,000 ***	0,643	0,000 ***
3 und mehr Kinder	0,520	0,000 ***	0,490	0,000 ***	0,491	0,000 ***
<b>Alter des jüngsten Kindes bis 14 Jahre im Haushalt</b>						
0 bis 4 Jahre	1		1		1	
5 bis 9 Jahre	1,935	0,000 ***	1,861	0,000 ***	1,876	0,000 ***
10 bis 14 Jahre	2,619	0,000 ***	2,460	0,000 ***	2,489	0,000 ***
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss des Partners im Haushalt</b>						
ohne qualifizierten Abschluss			1,639	0,012 *	-	
Sekundarstufe I			1,573	0,000 ***	-	
Sekundarstufe II			1		-	
tertiärer Bereich			0,843	0,001 ***	-	
keine Angabe			1,811	0,003 *	-	
kein Partner im Haushalt			2,152	0,000 ***	-	
<b>Erwerbsstatus des Partners im Haushalt</b>						
Partner vollzeiterwerbstätig					1	
Partner nicht vollzeiterwerbstätig					1,886	0,000 ***
kein Partner im Haushalt					2,289	0,000 ***
<b>Nagelkerke R<sup>2</sup></b>		0,104		0,103		0,106

n=21637; \*\*\* p $\leq$  0,001, \*\* p $\leq$  0,01, \* p $\leq$  0,05.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Beim *Alter des jüngsten Kindes im Haushalt* ist für die Gruppe der 10- bis 14-jährigen Kinder ein weiterhin deutlicher, aber verminderter positiver Effekt zu verzeichnen. Insbesondere sehr junge Kinder schränken demnach Chancen einer Mutter, vollzeiterwerbstätig zu sein, ein.

Die Effekte des *(Aus-)Bildungsabschlusses des Partners* in einem Haushalt mit Kindern fallen so aus, dass in allen Bildungsstufen außer für die Mütter ohne Partner die Chancenverhältnisse im Vergleich zum Modell 5a, das für alle Frauen durchgeführt wurde, ansteigen. Ein Abschluss der Sekundarstufe I oder ein fehlender qualifizierender Abschluss des Partners erhöhen im Vergleich zur Referenzgruppe der Partner mit einem Abschluss der Sekundarstufe II das Wahrscheinlichkeitsverhältnis für eine Mutter, vollzeiterwerbstätig zu sein. Ein tertiärer Bildungsabschluss verringert das Chancenverhältnis. Das starke Ernährer-Modell kommt hier wiederum zum Tragen.

Lebt kein Partner im Haushalt, so ist das Chancenverhältnis für Mütter weniger stark erhöht, als wenn Frauen mit und ohne Kinder betrachtet werden. Dies deutet darauf hin, dass es für allein erziehende Mütter in Westdeutschland eine größere Schwierigkeit darstellt, Kinderbetreuung und Vollzeitwerbstätigkeit zu vereinbaren.

Der Einfluss der Variablen zum *Erwerbsstatus des Partners im Haushalt* liefert für alle Kategorien hoch signifikante Ergebnisse. Die Chancenverhältnisse für eine Mutter, vollzeiterwerbstätig zu sein, erhöhen sich in allen Variablenausprägungen im Vergleich zur Referenzgruppe der vollzeiterwerbstätigen Partner um etwa das Doppelte. Für Mütter ohne Partner ist das Chancenverhältnis dabei am stärksten ausgeprägt. Sobald der Partner nicht mehr die Rolle des vollzeiterwerbstätigen Familienernährers einnimmt, ist es für westdeutsche Mütter außerdem wahrscheinlich, dass sie die Sicherung des Haushaltseinkommens durch eine Vollzeitwerbstätigkeit übernehmen.

### ***Ostdeutschland***

Das Baseline-Modell der schrittweisen logistischen Regression für ostdeutsche 25- bis 49-jährige Frauen (Tab. 23) stellt die außer in der Kategorie *keine Angabe* hoch signifikanten Einflüsse des *höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschluss* der Frau dar. Für die ostdeutschen Frauen zeigt sich ein Anstieg der Wahrscheinlichkeitsverhältnisse für eine Vollzeitwerbstätigkeit mit zunehmendem Bildungsniveau. Der positive Effekt eines Universitätsabschlusses gegenüber einem Abschluss der Sekundarstufe II beträgt 125,9 %. Ein geringerer Abschluss bzw. das Fehlen eines solchen führen mit den Faktoren 0,407 bzw. 0,146 zu einem stark verringerten Chancenverhältnis. Das Bildungsniveau ist in Ostdeutschland demnach ein überaus entscheidender Faktor für bzw. gegen eine Vollzeitwerbstätigkeit, was sicherlich zu großen Teilen auf den Arbeitsplatzmangel und die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften zurückgeht.

Im zweiten Modell wurde für den *Familienstand* lediglich für die Gruppe der verwitweten, geschiedenen oder getrennt lebenden Frauen eine schwache Signifikanz ermittelt. Für die Referenzgruppe, die verheirateten ostdeutschen Frauen, ist das Chancenverhältnis für eine Vollzeitwerbstätigkeit am günstigsten.

Tab. 23: Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Frauen in Ostdeutschland, 2004

Variable Ausprägung	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4a		Modell 4b		Modell 5a		Modell 5b	
	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss</b>														
ohne qualifizierten Abschluss	0,146	0,000 ***	0,147	0,000 ***	0,219	0,000 ***	0,239	0,000 ***	0,217	0,000 ***	0,248	0,000 ***	0,228	0,000 ***
Sekundarstufe I	0,407	0,000 ***	0,409	0,000 ***	0,458	0,000 ***	0,490	0,000 ***	0,469	0,000 ***	0,474	0,000 ***	0,482	0,000 ***
Sekundarstufe II	1		1		1		1		1		1		1	
tertiärer Bereich	2,259	0,000 ***	2,254	0,000 ***	2,309	0,000 ***	2,363	0,000 ***	2,383	0,000 ***	2,228	0,000 ***	2,254	0,000 ***
keine Angabe	1,052	0,687	1,051	0,692	1,087	0,511	1,088	0,514	1,067	0,616	0,979	0,915	1,084	0,524
<b>Familienstand</b>														
verheiratet			1		1		1		1		-		-	
verwitwet/ geschieden/ getrennt lebend			0,880	0,032 *	0,861	0,012 *	0,786	0,000 ***	0,783	0,000 ***	-		-	
ledig			0,949	0,229	0,922	0,064	0,832	0,000 ***	0,927	0,091	-		-	
<b>Staatsangehörigkeit</b>														
deutsch					1		1		1		1		1	
andere Staatsangehörigkeit					0,272	0,000 ***	0,298	0,000 ***	0,295	0,000 ***	0,277	0,000 ***	0,295	0,000 ***
<b>Anzahl der Kinder bis 14 Jahre im Haushalt</b>														
kein Kind							1,612	0,000 ***	-		-		-	
1 Kind							1		-		-		-	
2 Kinder							0,571	0,000 ***	-		-		-	
3 und mehr Kinder							0,155	0,000 ***	-		-		-	
<b>Alter des jüngsten Kindes bis 14 Jahre im Haushalt</b>														
kein Kind									3,465	0,000 ***	-		-	
0 bis 4 Jahre									1		-		-	
5 bis 9 Jahre									1,925	0,000 ***	-		-	
10 bis 14 Jahre									2,624	0,000 ***	-		-	
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss des Partners im Haushalt</b>														
ohne qualifizierten Abschluss											0,649	0,233	-	
Sekundarstufe I											0,900	0,412	-	
Sekundarstufe II											1		-	
tertiärer Bereich											1,151	0,011 *	-	
keine Angabe											1,199	0,426	-	
kein Partner im Haushalt											0,919	0,062	-	
<b>Erwerbsstatus des Partners im Haushalt</b>														
Partner vollzeiterwerbstätig													1	
Partner nicht vollzeiterwerbstätig													0,543	0,000 ***
kein Partner im Haushalt													0,771	0,000 ***
<b>Nagelkerke R<sup>2</sup></b>		0,077		0,078		0,092		0,145		0,145		0,093		0,105

n=11901; \*\*\* p≤ 0,001, \*\* p≤ 0,01, \* p≤ 0,05.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Die Variable *Staatsangehörigkeit*, die in das dritte Modell einfließt, hat in Ostdeutschland einen signifikanten Einfluss. Für Frauen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist das Chancenverhältnis, vollzeiterwerbstätig zu sein, um 72,8 % geringer als für die deutschen Frauen. In Ostdeutschland lebt mit 2,4 % an der Gesamtbevölkerung nur ein geringer Anteil ausländischer Bürger (Statistisches Bundesamt 2004a: 49). Für die Frauen dieser Gruppe muss angenommen werden, dass sie entweder mit diskriminierenden Mechanismen am Arbeitsmarkt konfrontiert sind oder kulturell bedingt eine geringere Neigung für eine Vollzeiterwerbstätigkeit besitzen.

Als nächste Variable fließt die *Anzahl der Kinder bis 14 Jahre* in das Logitmodell ein (Modell 4a). Bei mehreren Kindern im Haushalt nimmt das Chancenverhältnis für eine Vollzeitbeschäftigung der Mütter gegenüber Frauen mit nur einem Kind deutlich ab (um 42,9 % bei zwei Kindern und um 84,5 % bei drei und mehr Kindern). Der Effekt der Kinderlosigkeit verläuft hingegen positiv. Das Wahrscheinlichkeitsverhältnis der Vollzeiterwerbstätigkeit ist für Kinderlose um den Faktor 1,612 erhöht.

Im Modell 4b wird der Einfluss des *Alters des jüngsten Kindes* einer Frau deutlich. Kinderlos zu sein erhöht in Ostdeutschland das Chancenverhältnis einer Frau für eine Vollzeittätigkeit um den Faktor 3,465 gegenüber der Referenzgruppe der Frauen mit einem jüngsten Kind im Alter von 0 bis 4 Jahren. Je älter das jüngste Kind ist, umso wahrscheinlicher wird eine Vollzeitbeschäftigung auch für Mütter. Für Frauen mit dem jüngsten Kind zwischen 5 und 9 Jahren, also im Alter des Einsetzens der Schulpflicht ist das Chancenverhältnis etwa doppelt so hoch und bei dem jüngsten Kind zwischen 10 und 14 Jahren erhöht es sich sogar um den Faktor 2,624. Der Abstand zu den kinderlosen Frauen wird damit um einiges geringer. Eine Vollzeiterwerbstätigkeit für Mütter mit einem Kleinkind ist also am wenigsten wahrscheinlich, was, da kaum Hemmnisse bei der öffentlichen Kinderbetreuung bestehen, mit Diskriminierungen am Arbeitsmarkt bzw. der schlechten wirtschaftlichen Lage oder mit dem Wunsch, als Mutter eines Kleinkindes weniger als Vollzeit bzw. vorläufig nicht zu arbeiten, zusammenhängt.

Bei Einbeziehung der Variablen zu den Kindern einer Frau verändert sich die Signifikanz der Ergebnisse der Variable *Familienstand* gegenüber den vorherigen Modellen. Ihr Einfluss ist nun für alle Ausprägungen hoch signifikant. Verglichen mit Frankreich und Westdeutschland verläuft die Richtung des Effekts jedoch entgegengesetzt. Das günstigste Chancenverhältnis besteht bei den verheirateten Frauen, das ungünstigste bei den verwitweten, geschiedenen oder getrennt lebenden Frauen. Dieser Befund weist einerseits darauf hin, dass sich seit der deutschen Wiedervereinigung die hohe Vollzeiterwerbs-

neigung der verheirateten Frauen behauptet hat. Andererseits spielen in Ostdeutschland heutzutage die prekäre Arbeitsmarktlage mit hoher Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit sowie die weniger verbreiteten Teilzeitangebote eine Rolle für die weiterhin hohe Vollzeiterwerbsneigung von Frauen.

Im nächsten Modell wurde der *höchste Bildungs- und Ausbildungsabschluss des Partners im Haushalt* einbezogen (Modell 5a). Lediglich für die Merkmalsausprägung *tertiärer Bereich* ergibt sich dabei ein, wenn auch schwacher, signifikanter Zusammenhang. Die Tendenz des Einflusses des Bildungsniveaus des Partners verläuft so, dass nur für Frauen mit einem Partner ohne qualifizierten Abschluss ein deutlich vermindertes Chancenverhältnis besteht. Alle anderen Ausprägungen liegen nahe an der Referenzgruppe.

Der *Erwerbsstatus des Partners im Haushalt*, welcher in Modell 5b einbezogen ist, lässt für alle Ergebnisse eine hohe Signifikanz im Vergleich zur Referenzgruppe der vollzeiterwerbstätigen Partner erkennen. Ist der Partner nicht vollzeiterwerbstätig, so reduziert sich das Chancenverhältnis einer Vollzeiterwerbstätigkeit der Frau. Auch wenn die Frau keinen Partner im Haushalt hat, ist das Chancenverhältnis für ihre Vollzeitbeschäftigung geringer. Für diesen Befund müssen Unterschiede in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Gruppe mit vollzeiterwerbstätigem Partner im Vergleich zu den Gruppen ohne Partner bzw. ohne vollzeiterwerbstätigem Partner angenommen werden. Effekte geringerer Bildung von Frau bzw. Partner und zusätzlich häufig auftretende Bildungshomogamie nehmen Einfluss auf schlechtere Arbeitsmarkt- und Vollzeiterwerbschancen. Im Folgenden wird die logistische Regression zur Vollzeiterwerbstätigkeit ostdeutscher Mütter (Tab. 24) durchgeführt.

Modell 1 zeigt für die Variablen *höchster Bildungs- und Ausbildungsabschluss, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Anzahl der Kinder bis 14 Jahre* sowie *Alter des jüngsten Kindes im Haushalt* die gleichen Tendenzen wie im Modell aus Tabelle 23 mit leicht veränderten Effektstärken. Die deutlichste Veränderung ergibt sich für ausländische Frauen, die ein weniger geringeres Chancenverhältnis für eine Vollzeiterwerbstätigkeit als in dem Modell der Frauen mit und ohne Kinder aufweisen. Außerdem ist der zuvor stark signifikante Effekt des Familienstandes aus den Modellen 4a und 4b im Modell 1 für Mütter nicht mehr vorhanden.

Der höchste (Aus-)Bildungsabschluss des Partners ist für Mütter lediglich in der Kategorie *kein Partner im Haushalt* hoch signifikant. Ist die Frau allein erziehend, ist ihr Chancenverhältnis um 26,9 % geringer als für Mütter mit einem Partner mit Abitur und/oder Lehre.

Tab. 24: Logitmodell „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Mütter in Ostdeutschland, 2004

Variable Ausprägung	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz	exp(β)	Signifikanz
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss</b>						
ohne qualifizierten Abschluss	0,190	0,000 ***	0,169	0,001 ***	0,203	0,000 ***
Sekundarstufe I	0,413	0,000 ***	0,442	<b>0,000</b> ***	0,442	0,000 ***
Sekundarstufe II	1		1		1	
tertiärer Bereich	2,225	0,000 ***	2,301	0,000 ***	2,163	0,000 ***
keine Angabe	1,142	0,516	1,068	0,858	1,174	0,436
<b>Familienstand</b>						
verheiratet	1		-		-	
verwitwet/ geschieden/ getrennt lebend	0,754	0,005 **	-		-	
ledig	0,910	0,211	-		-	
<b>Staatsangehörigkeit</b>						
deutsch	1		1		1	
andere Staatsangehörigkeit	0,404	0,000 ***	0,422	0,000 ***	0,451	0,000 ***
<b>Anzahl der Kinder bis 14 Jahre im Haushalt</b>						
1 Kind	1		1		1	
2 Kinder	0,677	0,000 ***	0,672	0,000 ***	0,669	0,000 ***
3 und mehr Kinder	0,201	0,000 ***	0,201	0,000 ***	0,205	0,000 ***
<b>Alter des jüngsten Kindes bis 14 Jahre im Haushalt</b>						
0 bis 4 Jahre	1		1		1	
5 bis 9 Jahre	1,866	0,000 ***	1,891	0,000 ***	1,899	0,000 ***
10 bis 14 Jahre	2,107	0,000 ***	2,130	0,000 ***	2,163	0,000 ***
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss des Partners im Haushalt</b>						
ohne qualifizierten Abschluss			1,264	0,671	-	
Sekundarstufe I			0,731	0,117	-	
Sekundarstufe II			1		-	
tertiärer Bereich			0,894	0,187	-	
keine Angabe			1,083	0,850	-	
kein Partner im Haushalt			0,731	0,000 ***	-	
<b>Erwerbsstatus des Partners im Haushalt</b>						
Partner vollzeiterwerbstätig					1	
Partner nicht vollzeiterwerbstätig					0,559	0,000 ***
kein Partner im Haushalt					0,673	0,000 ***
<b>Nagelkerke R<sup>2</sup></b>		0,167		0,169		0,179

n=4738; \*\*\* p≤ 0,001, \*\* p≤ 0,01, \* p≤ 0,05.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Der *Erwerbsstatus des Partners im Haushalt* liefert für alle Ausprägungen einen signifikanten Zusammenhang im Vergleich zur Referenzgruppe der vollzeiterwerbstätigen Partner. Das Chancenverhältnis für Mütter in Ostdeutschland, vollzeiterwerbstätig zu sein, ist mit nicht vollzeiterwerbstätigem Partner am geringsten und mit vollzeiterwerbstätigem Partner am höchsten. Alleinerziehende besitzen ebenso wie bei Betrachtung des Bildungsniveaus des Partners ein negatives Chancenverhältnis für eine Vollzeiterwerbstätigkeit. Mütter ohne Partner stellen vermutlich eine besondere Gruppe dar, bei der beispielsweise ein geringeres Bildungsniveau dafür verantwortlich ist, dass sie eher teilzeiterwerbstätig oder sogar erwerbslos sind. Denn die gute Kinderbetreuungssituation in Ostdeutschland kann kaum als Grund für eine Nichtvereinbarkeit von Vollzeiterwerbstätigkeit und Mutterschaft angesehen werden.

### 6.3.4 Zusammenfassung der Ergebnisse der logistischen Regression

Die unten stehende Tabelle stellt noch einmal die Logitmodelle für die Müttervollzeiterwerbstätigkeit in Frankreich, West- und Ostdeutschland gegenüber.

**Tab. 25: Logitmodelle „Vollzeittätigkeit vs. Rest“ für 25-49-jährige Mütter in Frankreich, West- und Ostdeutschland, 2004**

Variable Ausprägung	Frankreich		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	exp( $\beta$ )	Signifikanz	exp( $\beta$ )	Signifikanz	exp( $\beta$ )	Signifikanz
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss</b>						
ohne qualifizierten Abschluss	0,343	0,000 ***	0,327	0,000 ***	0,169	0,001 ***
Sekundarstufe I	0,563	0,000 ***	0,686	0,000 ***	0,442	<b>0,000</b> ***
Sekundarstufe II	1		1		1	
tertiärer Bereich	1,629	0,000 ***	2,233	0,000 ***	2,301	0,000 ***
keine Angabe	-		0,775	0,151	1,068	0,858
<b>Familienstand</b>						
verheiratet	-		-		-	
verwitwet/ geschieden/ getrennt lebend	-		-		-	
ledig	-		-		-	
<b>Staatsangehörigkeit</b>						
französisch bzw. deutsch	1		1		1	
andere Staatsangehörigkeit	0,455	0,000 ***	0,982	0,789	0,422	0,000 ***
<b>Anzahl der Kinder bis 14 Jahre im Haushalt</b>						
1 Kind	1		1		1	
2 Kinder	0,618	0,000 ***	0,640	0,000 ***	0,672	0,000 ***
3 und mehr Kinder	0,266	0,000 ***	0,490	0,000 ***	0,201	0,000 ***
<b>Alter des jüngsten Kindes bis 14 Jahre im Haushalt</b>						
0 bis 4 Jahre	1		1		1	
5 bis 9 Jahre	1,822	0,000 ***	1,861	0,000 ***	1,891	0,000 ***
10 bis 14 Jahre	1,508	0,000 ***	2,460	0,000 ***	2,130	0,000 ***
<b>Höchster (Aus-)Bildungsabschluss des Partners im Haushalt</b>						
ohne qualifizierten Abschluss	1,081	0,478	1,639	0,012 *	1,264	0,671
Sekundarstufe I	1,039	0,571	1,573	0,000 ***	0,731	0,117
Sekundarstufe II	1		1		1	
tertiärer Bereich	0,758	0,000 ***	0,843	0,001 ***	0,894	0,187
keine Angabe	-		1,811	0,003 *	1,083	0,850
kein Partner im Haushalt	1,053	0,443	2,152	0,000 ***	0,731	0,000 ***
<b>Nagelkerke R<sup>2</sup></b>		0,150		0,103		0,169

Frankreich: n=8789, Westdeutschland: n=21637, Ostdeutschland: n=4738; \*\*\* p $\leq$ 0,001, \*\* p $\leq$  ,01, \* p $\leq$ 0,05.

Quelle: Labour Force Survey 2004, eigene Berechnungen.

Der *höchste (Aus-)Bildungsabschluss* der Frau hat in allen drei Regionen dieselbe Tendenz des Effekts. Für alle drei Modelle gilt, dass für eine Mutter mit ansteigendem Bildungsniveau die Wahrscheinlichkeit für eine Vollzeitbeschäftigung ansteigt. Als Begründung dafür eignen sich sowohl die Humankapitaltheorie als auch Arbeitsmarktmechanismen, die eine (Vollzeit-)Beschäftigung von höher qualifizierten Frauen begünstigen. Die Stärke des Einflusses auf die Vollzeiterwerbstätigkeit der Mütter ist jedoch in den Regionen verschieden. Ein tertiärer Bildungsabschluss begünstigt das Chancenverhältnis in Ostdeutschland am meisten und in Frankreich am wenigsten.

Ostdeutsche Mütter haben zudem das vergleichsweise ungünstigste Chancenverhältnis, wenn sie keinen qualifizierten Abschluss besitzen.

Beim Einfluss der *Staatsangehörigkeit* sind sich Frankreich und Ostdeutschland sehr ähnlich. Mütter mit ausländischer Staatsangehörigkeit besitzen ein geringeres Chancenverhältnis als französische bzw. deutsche. Dies deutet, wie bereits erwähnt, entweder auf die Diskriminierung ausländischer Frauen auf dem Arbeitsmarkt oder eine geringer ausgeprägten Vollzeiterwerbsneigung von Frauen aus bestimmten ethnischen Gruppen hin. Der Effekt der Staatsangehörigkeit ist in Westdeutschland nicht signifikant. Dort ist der Wert der *odds ratios* außerdem fast 1 wie bei der Referenzgruppe, so dass keine Unterschiede im Chancenverhältnis für eine Vollzeiterwerbstätigkeit von westdeutschen Müttern mit oder ohne deutscher Staatsangehörigkeit bestehen.

Das *Alter des jüngsten Kindes* sowie die *Anzahl der Kinder bis 14 Jahre* üben in Frankreich, West- und Ostdeutschland im Vergleich zur jeweiligen Referenzgruppe signifikante Effekte auf die weibliche Vollzeiterwerbstätigkeit aus.

Die steigende *Anzahl der Kinder im Haushalt* beeinflusst in allen drei Regionen die Chancen der Mütter, vollzeiterwerbstätig zu sein, negativ. Für Frauen mit zwei Kindern ist das Niveau etwa gleich hoch. Erst ab dem dritten Kind ergeben sich deutliche Unterschiede mit einem deutlich günstigeren Chancenverhältnis in Westdeutschland als in Ostdeutschland oder Frankreich. Die weniger starke Verringerung des Effekts für vollzeiterwerbstätige Mütter in Westdeutschland mit drei und mehr Kindern geht jedoch vermutlich darauf zurück, dass dort die Chance für Mütter, vollzeiterwerbstätig zu sein, generell um ein Vielfaches geringer ausfällt als für kinderlose Frauen (vgl. Modell 4a und 4b in Tab. 21). Wenn westdeutsche Mütter vollzeiterwerbstätig sind, so sind sie es auch eher mit mehreren Kindern.

Im Hinblick auf das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt zeigt sich in West- und Ostdeutschland der Zusammenhang, dass mit steigendem Alter die Chancenverhältnisse für eine Vollzeiterwerbstätigkeit zunehmen. In Westdeutschland erfolgen dabei stärkere Niveauveränderungen, was auf die Auswirkungen der unterschiedlich umfangreich ausgebauten Kinderbetreuung innerhalb Deutschlands zurückzuführen ist. Außerdem ist im Fall Westdeutschlands zu bedenken, dass der Anteil vollzeiterwerbstätiger Mütter viel niedriger als in Ostdeutschland oder Frankreich ist (vgl. Abschnitt 6.2.6). Dass sich mit steigendem Alter des jüngsten Kindes die Chancenverhältnisse deutlich steigern, betont noch einmal die überaus ungünstige Betreuungssituation für Kleinkinder.

In Frankreich zeigt sich ein anderer Effekt. Dort ist das Chancenverhältnis für Mütter mit 5- bis 9-jährigen Kindern am größten und nimmt für Mütter mit 10- bis 14-jährigen Kindern wiederum ab. Offenbar reduzieren französische Mütter ihre wöchentliche Arbeitszeit, wenn die Kinder nicht mehr im Grundschulalter sind. Der Beweggrund dafür ist auf den ersten Blick nicht klar ersichtlich.

Der *höchste (Aus-)Bildungsabschluss des Partners* ist in Westdeutschland am deutlichsten ein Indikator für bzw. gegen eine Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern. Mit niedrigem Bildungsniveau des Partners steigen die Chancenverhältnisse für eine Vollzeiterwerbstätigkeit der Frau gegenüber der Referenzgruppe mit einem mittleren Bildungsabschluss an. Die geringeren Erwerbs- und/oder Einkommenschancen werden in diesem Fall eher durch eine Vollzeiterwerbstätigkeit der Frau kompensiert. Ist der Partner hoch gebildet, verringert sich das Chancenverhältnis. Das traditionelle Muster des männlichen Familienernährers mit der Frau in der Rolle der Hausfrau und Mutter bzw. der teilzeiterwerbstätigen Zuverdienerin trifft dann am ehesten zu. Bezieht man auch die Ergebnisse zum Familienstand mit ein (vgl. Tab. 22), so zeigt sich, dass das starke Ernährermodell nach Ostner in Westdeutschland fortbesteht. Es ist finanziell gesehen logisch, dass der Effekt der steuerlichen Begünstigungen vor allem bei Frauen wirkt, deren hoch gebildete Partner wahrscheinlicher eine gut bezahlte Arbeitsstelle haben.

In Ostdeutschland und Frankreich sind die Ergebnisse zum Bildungsstand des Partners weniger eindeutig, zumal sie im Vergleich zur Referenzgruppe kaum signifikant sind. In Frankreich zeigt sich nur für die Mütter mit einem Partner mit Universitätsabschluss eine klare Richtung des Effekts. Ist der Partner hoch gebildet, verringert sich wie in Westdeutschland das Chancenverhältnis für eine Vollzeiterwerbstätigkeit, während das Chancenverhältnis bei einem Partner ohne Abschluss bzw. mit einem Abschluss der Sekundarstufe I nahe 1 liegt, also so hoch wie in der Referenzgruppe.

Zu den nicht signifikanten Befunden im Fall ostdeutscher Mütter ist zu sagen, dass für Partner ohne qualifizierten Abschluss, mit Abschluss der Sekundarstufe I sowie ohne Angabe zum Bildungsstand nur sehr geringe Fallzahlen gelten (insgesamt n=309). Die Hauptzahl der Fälle verteilt sich gleichmäßig auf die anderen drei Merkmalsausprägungen. Am interessantesten ist im Ost-West-Vergleich die entgegengesetzte Wirkung der Partnerlosigkeit. Während in Westdeutschland das Chancenverhältnis im Vergleich zur Referenzgruppe um das Doppelte steigt, fällt es in Ostdeutschland geringer als in der Referenzgruppe aus. Ostdeutsche Mütter mit Partner besitzen demnach sogar ein höheres Chancenverhältnis als diejenigen ohne Partner.

Dieses Ergebnis deckt sich mit der Erkenntnis aus der Kreuztabellenanalyse (vgl. Abschnitt 6.2.5), dass das Erwerbsverhalten ostdeutscher Frauen nur schwach vom Partner bzw. dessen Bildungsstand beeinflusst wird. Innerhalb Deutschlands bewirken folglich gleiche steuer- und familienpolitische Maßnahmen eine vollkommen unterschiedliche Erwerbsneigung der Frauen. Während in Westdeutschland das Modell des starken männlichen Ernährers weiterhin Bestand hat, wird die Frauen- und Müttererwerbstätigkeit in Ostdeutschland weniger vom Partner bzw. dem Familienstand bestimmt. Die hauptsächlichsten Einflussfaktoren für die Müttererwerbstätigkeit sind in Deutschland die Kinderbetreuungssituation und die Einstellungen zur Berufstätigkeit von Frauen. Die Richtung des Effekts verläuft dabei jedoch entgegengesetzt.

Zusammenfassend ist für die Logitmodelle für Mütter in Frankreich, West- und Ostdeutschland noch einmal zu betonen, dass offensichtlich das Bildungsniveau einer Frau und mit ihr in einem Haushalt lebende Kinder die wichtigsten Einflussfaktoren auf eine Vollzeitwerbstätigkeit darstellen. In Frankreich, West- und Ostdeutschland lassen sich für diese Determinanten eindeutige Zusammenhänge ablesen. Lediglich das Ausmaß der Effekte ist unterschiedlich stark ausgeprägt. Ferner ist nur in Westdeutschland der Bildungsstand des Partners von großer Bedeutung, in Frankreich und Ostdeutschland zeigen sich in dieser Hinsicht kaum klare Effekte. Dort besteht jedoch bezüglich der Staatsangehörigkeit der Frau ein Einfluss.

### ***Fazit und Ausblick***

Das zentrale Interesse der vorliegenden Arbeit bestand in der Bestimmung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Erwerbstätigkeit von deutschen und französischen Frauen. Die empirische Forschungsgrundlage stellte dafür der Datensatz des European Labour Force Survey 2004 dar.

Im ersten Teil der Arbeit ging es um die Bestimmung der theoretischen Grundlagen zum Thema *Frauenerwerbstätigkeit*. Zunächst wurden anhand der mikroökonomischen Perspektive die Humankapitaltheorie und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nach der Neuen Haushaltsökonomie vorgestellt. Daraus abgeleitet wurden Faktoren für die Bestimmung der Motivationen von Frauen für eine Erwerbsarbeit oder Nichterwerbstätigkeit.

Da dieser allgemeine ökonomische Ansatz jedoch keine Erklärungen für die unterschiedlichen Erwerbsmuster in verschiedenen Staaten liefert, wurden die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung und dabei insbesondere die Typologien von Gøsta Esping-Andersen und Ilona Ostner einbezogen.

Esping-Andersen (1990, 1999) ordnet Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland in die Gruppe der konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaaten ein. In diesem Wohlfahrtsregime werden die Ansprüche auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen primär aus der geleisteten Erwerbstätigkeit abgeleitet. Es gilt zunächst das Subsidiaritätsprinzip, dass an erster Stelle die Familie und erst danach der Staat unterstützend eingreift. Das Ausmaß der Familialisierung ist eher hoch und der Dekommodifizierungsgrad, d.h. die von staatlicher Seite gegebenen Möglichkeiten der Existenzsicherung außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses, sind mittelmäßig einzuschätzen.

In ihrer Antwort auf die Typologie Esping-Andersens verschiebt Ostner (1995a) die Blickrichtung der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung auf die Frau und ihre Abhängigkeit vom männlichen Ernährer. Für Deutschland identifiziert sie ein starkes Ernährer-Modell, in dem die ökonomisch rationale Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern gefördert wird, und für Frankreich die Variante des moderaten *Monsieur Gagne-Pain*, welche es den Frauen ermöglicht, insbesondere auch als Mütter eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Im dritten theoretischen Abschnitt konnte mittels Birgit Pfau-Effingers These der kulturellen Leitbilder eine weitere wichtige Analyseebene eingeführt werden. Pfau-Effinger (2000) schreibt Frankreich, West- und Ostdeutschland unterschiedliche dominante Geschlechter-Arrangements zu, welche sich auf die Einstellungen und Normen bezüglich

der Frauenerwerbstätigkeit in den einzelnen Regionen auswirken. An dieser Stelle konnte besonders deutlich gezeigt werden, dass zwischen den Alten und Neuen Bundesländern stark unterschiedliche Erwerbsneigungen der Frauen bestehen, die kulturell begründet werden können. In Westdeutschland herrscht vor allem die Versorgungerehe (in Form des Dreiphasenmodells der Hausfrauenehe oder als Vereinbarkeits-Modell mit weiblicher Teilzeiterwerbstätigkeit) vor. Für Ostdeutschland und Frankreich kann als dominierendes Geschlechter-Arrangement das Doppelversorger-Modell mit staatlicher Kinderbetreuung identifiziert werden. Daneben sind in den drei Regionen auch andere Arrangements vertreten, wie sich bei der differenzierteren Betrachtung der Einstellungen zur Frauen- und Müttererwerbstätigkeit zeigt. Dennoch kann für Frankreich und Ostdeutschland eine starke Befürwortung der Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen und insbesondere auch Müttern ausgemacht werden, während in Westdeutschland die Teilzeitarbeit als Variante des Vereinbarens von Familie und Beruf bevorzugt wird.

Im zweiten Kapitel wurde die Entwicklung der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung der französischen, west- und ostdeutschen Frauen nachvollzogen. Überraschenderweise erwiesen sich die Frauenerwerbsquoten in den drei Regionen als weniger unterschiedlich, als zuvor angenommen werden konnte. Ursächlich sind die unterschiedlichen Formen der Frauenerwerbstätigkeit. Reine Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten verschleiern nämlich den hohen Anteil teilzeiterwerbstätiger Frauen in Westdeutschland. Westdeutsche Frauen vereinbaren vorrangig auf diese Weise Familien- und Erwerbsleben. In Frankreich und Ostdeutschland fallen die Teilzeitquoten bei den Frauen hingegen geringer aus. Dort bestehen eher Probleme der Erwerbslosigkeit und in Frankreich insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit.

Der Vergleich der verschiedenen staatlichen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland und Frankreich führte zu der Einschätzung, dass der französische Wohlfahrtsstaat durch die Förderung der Zwei-Verdiener-Familien und der öffentlichen Kinderbetreuung konkret die Erwerbstätigkeit von Frauen und gerade auch Müttern begünstigt. Neuere Maßnahmen wie das reformierte Erziehungsgeld stehen dazu im Kontrast. In Deutschland richtet sich die staatliche Förderung vor allem auf verheiratete Paare, welche u.a. enorme steuerliche Vorteile haben, wenn ein Ehepartner (zumeist die Frau) nicht oder in geringem Umfang erwerbstätig ist. Im Hinblick auf die öffentliche Kinderbetreuung existieren in Deutschland zwei sehr unterschiedliche Situationen. In Ostdeutschland liegen die Versorgungsquoten nicht nur für Kinder im Vorschulalter hoch. Zudem besteht hauptsächlich familienfreundliche Ganztagesbetreuung. In den Alten

Bundesländern stellt die vor allem für Kleinkinder unzureichende Versorgungsdichte einen hemmenden Einfluss für die Frauenerwerbstätigkeit dar.

Im Anschluss an die theoriebezogenen Betrachtungen zur Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland und Frankreich wurden die Forschungshypothesen bezüglich Bildung der Frau und Haushaltskontext, d.h. zum Familienstand, zur Bildung und Erwerbstätigkeit des Partners sowie zum Einfluss von Kindern, abgeleitet. Als Einführung in den empirischen Teil der Arbeit wurden der deutsche Mikrozensus und die französische Enquête Emploi als Bestandteile des European Labour Force Survey charakterisiert.

Wichtig war außerdem die Beschreibung der abhängigen und unabhängigen Variablen. Zwar ist der Datensatz des LFS für Deutschland und Frankreich identisch aufgebaut, doch ist es nötig, die teilweise unterschiedlichen Erhebungsarten in Mikrozensus und Enquête Emploi, z.B. in Bezug auf die Bildung einer Person, nachzuvollziehen, um zu verstehen, in welcher Form bestimmte Merkmale ursprünglich erfasst wurden. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Vorzügen und Nachteilen der Klassifizierung von Erwerbstätigkeit nach dem ILO-Erwerbskonzept geschenkt. In Anlehnung daran wurde ein erweitertes Erwerbskonzept konstruiert, welches die durchschnittlich geleisteten Wochenstunden sowie Personen im Erziehungsurlaub berücksichtigt. Dadurch konnte die Aussagekraft der Erwerbsquoten erhöht werden.

In der Kreuztabellenanalyse wurde der Einfluss des Alters, der Bildung der Frau, des Familienstandes, der Bildung und des Erwerbsstatus des Partners sowie der Kinder im Haushalt dargestellt. Der Vergleich der altersspezifischen Erwerbsquoten machte deutlich, dass die hohe Erwerbstätigenquote in Westdeutschland mit den geringsten Vollzeitquoten einhergeht. Ostdeutsche und französische Frauen sind in den einzelnen Altersgruppen häufiger vollzeiterwerbstätig. Eine Einschränkung besteht lediglich für die jungen Französischen. Aus den Betrachtungen ließ sich außerdem die Altersgruppe der 25- bis 49-jährigen Frauen für die weiteren Berechnungen ermitteln. Frauen dieses Alters sind am häufigsten erwerbstätig. Zudem ist der Einfluss der Mutterschaft in dieser Phase am stärksten ausgeprägt. Die weiteren wichtigsten Ergebnisse lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

In Übereinstimmung mit den festgestellten institutionellen Rahmenbedingungen sagen in Westdeutschland die meisten teilzeiterwerbstätigen Frauen aus, dass sie aufgrund der Versorgung von Kindern (oder pflegebedürftigen Erwachsenen) einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Ostdeutsche und französische Frauen geben demgegenüber häufig an, keine Vollzeitstelle gefunden zu haben.

Hinsichtlich des Bildungsstandes zeigt sich in allen drei Regionen die gleiche Tendenz. Mit steigendem Bildungsniveau steigen auch die Erwerbsquoten der Frauen an. Es existieren jedoch Niveauunterschiede, die vor allem zu Ungunsten der westdeutschen Frauen ausfallen.

Der Familienstand ist für ostdeutsche Frauen kaum als wichtige Einflussgröße auf die Erwerbsneigung anzusehen. Dieser Befund entspricht der Annahme, in Ostdeutschland habe sich auch nach der Wiedervereinigung die hohe Erwerbsorientierung der verheirateten Frauen gehalten. Institutionelle, z.B. steuerliche, Hemmnisse des starken Ernährerwohlstands wirken nicht, wohingegen sie westdeutsche verheiratete Frauen übermäßig stark in die Teilzeitarbeit oder Nichterwerbstätigkeit drängen. In Frankreich gibt es leichte Tendenzen hin zu einer geringeren Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen.

Dort und in Ostdeutschland hat der Bildungsstand des Partners einen geringeren Einfluss auf die Erwerbstätigkeit der Frauen als in den Alten Bundesländern. Eine Vollzeitenerwerbstätigkeit des Partners bewirkt in Westdeutschland anders als in Frankreich und Ostdeutschland eine verringerte Frauenerwerbsbeteiligung, was einem weiteren Indiz für die Existenz des starken Ernährer-Modells in der ehemaligen Bundesrepublik und für die Ausrichtung auf zwei Vollzeiternährer in Frankreich und den Neuen Bundesländern gleichkommt.

Der innerdeutsche Gegensatz verfestigt sich noch einmal, wenn man die Kinder als Determinante des Erwerbsverhaltens einbezieht. In Westdeutschland verringert sich die Wahrscheinlichkeit für eine Frau, vollzeiterwerbstätig zu sein, drastisch, wenn sie Mutter ist. Zwar ist die generelle Tendenz auch in Ostdeutschland und Frankreich die, dass die Mutterschaft die Erwerbstätigkeit einschränkt, doch bleibt das Niveau im Gegensatz zu Westdeutschland erheblich höher. Erst ab dem dritten Kind kommt es auch in Frankreich und Ostdeutschland zu einem deutlichen Absinken der Erwerbstätigenquoten.

Das Alter des jüngsten Kindes der Frau untermauert die Hypothesen, welche mit Bezug auf die unterschiedlichen Kinderbetreuungssituationen aufgestellt wurden. Der Effekt der Kinderbetreuung stellt sich offensichtlich als überaus entscheidend heraus. In allen drei Regionen sind für die Frauen mit Kleinkindern die geringsten Erwerbsquoten zu verzeichnen, doch vor allem westdeutsche Frauen werden augenscheinlich nicht in die Lage versetzt, Berufstätigkeit und Betreuungspflichten miteinander zu vereinbaren. Über den Effekt der institutionellen Rahmenbedingungen darf nicht vergessen werden, dass mit großer Wahrscheinlichkeit eher negative Einstellungen zur Machbarkeit von Mütter-

erwerbstätigkeit in Westdeutschland die Erwerbsneigung der Mütter von vornherein dämpfen.

Im letzten Analyseschritt wurde zur Bestimmung der Einflussstärken der einzelnen Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit eine logistische Regression hinsichtlich der Vollzeitwerbstätigkeit von Frauen und speziell Müttern durchgeführt. Als zusätzliche Erkenntnis (denn im Groben wurden die Befunde der Kreuztabellenanalyse bestätigt) konnte für Frauen mit universitären Bildungsabschlüssen der stärkste begünstigende Effekt auf das Chancenverhältnis, vollzeiterwerbstätig zu sein, festgestellt werden. Betrachtet man alle Frauen der Altersgruppe zwischen 25 und 49 Jahren, so besticht der überaus starke Effekt der Kinderlosigkeit in Westdeutschland gegenüber dessen Ausmaß in Ostdeutschland oder Frankreich. Auch der Effekt der Partnerlosigkeit ist in Westdeutschland am deutlichsten ausgebildet, während die Chancenverhältnisse, vollzeiterwerbstätig zu sein, für französische und ostdeutsche Frauen weder wesentlich steigen noch absinken, wenn sie keinen Partner haben.

Als Fazit der empirischen Analysen lässt sich zusammenfassen, dass die Betrachtung reiner Erwerbs- oder Erwerbstätigenquoten nicht ausreicht, um die tatsächlichen Unterschiede im Erwerbsverhalten von Frauen (bzw. Männern) zu entdecken. In quantitativer Hinsicht nahezu gleiche Quoten können deutliche qualitative Differenzen wie den Umfang der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung oder die Realisierung von Müttererwerbstätigkeit nicht veranschaulichen.

Der Ländervergleich hat gezeigt, dass sich typologisch ähnliche Wohlfahrtsstaaten im Hinblick auf die Ausgestaltung der Frauenerwerbstätigkeit grundlegend unterscheiden können. Als Besonderheit im Fall Deutschlands ist hervorzuheben, dass unterschiedliche Erwerbsmuster von Frauen sogar innerhalb nationaler Grenzen von Bestand sein können.

Interessant wäre es, in einer weiteren Forschungsarbeit Wohlfahrtsstaaten mit den Merkmalen der beiden anderen Regimetypen (nach Esping-Andersen) in den Vergleich einzubeziehen, um der Frage nach der Bedeutung der institutionellen Rahmenbedingungen gegenüber den kulturell vorherrschenden Leitbildern nachzugehen.

**Literaturverzeichnis**

Andreß, Hans-Jürgen/ Hagenaars, Jacques, A./ Kühnel, Steffen 1997: *Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz*. Berlin/ Heidelberg/ New York: Springer.

Attal-Toubert, Kitty/ Couderc, Christine 2004: Enquête emploi 2002 en continu. In: *Insee Résultats Société*, H. 35, S. 1-32. Link: [http://www.insee.fr/fr/ffc/docs\\_ffc/IRSOC035.pdf](http://www.insee.fr/fr/ffc/docs_ffc/IRSOC035.pdf) (03.02.2006)

Attal-Toubert, Kitty/ Derosier, Alice 2005: Enquête sur l'emploi 2004. Le chômage augmente légèrement malgré la reprise de l'emploi. In: *INSEE Première*, Jg. 17, H. 1009, S. 1-4. Link: [http://www.insee.fr/fr/ffc/docs\\_ffc/IP1009.pdf](http://www.insee.fr/fr/ffc/docs_ffc/IP1009.pdf) (24.01.2006)

Bachelard, Brigitte 2000: Les modes de garde et d'accueil des jeunes enfants. Présentation et synthèse. In: *Drees Document de travail*, Série statistiques, Nr. 1, o.S. Link: <http://www.sante.gouv.fr/drees/seriestat/collstat01.htm#sommaire> (07.04.2006)

Backhaus, Klaus/ Erichson, Bernd/ Plinke, Wulff/ Weiber, Rolf 2003: *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 10. erw. Aufl. Berlin/ Heidelberg/ New York: Springer.

Barron, Richard David/ Norris, Geoffrey Michael 1976: Sexual divisions and the dual labour market. In: Barker, Diana Leonard/ Allen, Sheila (Hg.): *Dependence and Exploitation in Work and Marriage*. London/ New York: Longman, S.47-69.

Battagliola, Françoise 2000: *Histoire du travail des femmes*. Paris: La Découverte.

Beck, Ulrich 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Becker, Andrea 2000: *Mutterschaft im Wohlfahrtsstaat. Familienbezogene Sozialpolitik und die Erwerbsintegration von Frauen in Deutschland und Frankreich*. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag.

Becker, Gary S. 1965: A Theory of the Allocation of Time. In: *The Economic Journal*, Jg. 75, H. 299, S. 493-517.

Becker, Gary S. 1975: *Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis with Special Reference to Education*. 2<sup>nd</sup> Edition. New York: Columbia University Press.

Becker, Gary S./ Murphy, Kevin M./ Tamura, Robert 1990: Human Capital, Fertility, and Economic Growth. In: *Journal of Political Economy*, Jg. 98, H. 5, S. S12-S37.

Becker, Gary S. 1993: *A Treatise on the Family*. Enlarged Edition. Cambridge, MA/ London: Harvard University Press.

Beckmann, Petra/ Kurtz, Beate 2001: Erwerbstätigkeit von Frauen – Die Betreuung der Kinder ist der Schlüssel. In: *IAB-Kurzbericht*, Nr.10 vom 15.06.2001: 1-7. Link: <http://doku.iab.de/kurzber/2001/kb1001.pdf> (31.03.2006)

Beckmann, Petra 2003: Die Beschäftigungsquote – (k)ein guter Indikator für die Erwerbstätigkeit von Frauen? In: *IAB-Graue Papiere*, 01.08.2003, S. 1-14. Link: [http://doku.iab.de/grauepap/2003/kb1103\\_langfassung.pdf](http://doku.iab.de/grauepap/2003/kb1103_langfassung.pdf) (22.05.2006)

Bielinski, Harald/ Bosch, Gerhard/ Wagner, Alexandra 2002: *Wie die Europäer arbeiten wollen. Erwerbs- und Arbeitszeitwünsche in 16 Ländern*. Frankfurt/ New York: Campus.

- Blohm, Michael 2002: Einstellungen zur Rolle der Frau. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): *Datenreport 2002*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 533-540. Link: <http://www.destatis.de/download/veroe/datenreport02n.pdf> (31.03.2006)
- Blossfeld, Hans-Peter/ Huinink, Johannes 1991: Human Capital Investments or Norms of Role Transition? How Women's Schooling and Career Affect the Process of Family Formation. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 97, H. 1, S. 143-168.
- BMFSFJ (Hg.) 2003: *Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik*. Berlin: BMFSFJ. Link: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-24184-Gesamtbbericht-Familie-im-Spieg,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf> (07.04.2006)
- BMFSFJ 2005: *Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG)*. Link: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Tagesbetreuungsausbaugesetz-TAG,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf> (22.05.2006)
- BMFSFJ 2006: *Das Kindergeld*. Link: <http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie,did=31470.html> (22.05.2006)
- Bothfeld, Silke 2004: Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück? Die Situation der Frauen im gesamtdeutschen Arbeitsmarkt. In: Hufnagel, Rainer/ Simon, Titus (Hg.): *Problemfall Deutsche Einheit. Interdisziplinäre Betrachtungen zu gesamtdeutschen Fragestellungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 125-146.
- Bothfeld, Silke 2005: Arbeitsmarkt. In: Bothfeld, Silke/ Klammer, Ute/ Klenner, Christina/ Leiber, Simone/ Thiel, Anke/ Ziegler, Astrid (Hg.) 2005: *FrauenDatenReport 2005. Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen*. Berlin: edition sigma, S. 109-186.
- Bothfeld, Silke/ Klammer, Ute/ Klenner, Christina/ Leiber, Simone/ Thiel, Anke/ Ziegler, Astrid 2005: *FrauenDatenReport 2005. Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen*. Berlin: edition sigma.
- Braun, Michael/ Müller, Walter 1997: Measurement of Education in Comparative Research. In: Mjøset, Lars/ Engelstad, Fredrik/ Brochmann, Grete/ Kalleberg, Ragnvald/ Leira, Arnlaug (Hg.): *Comparative Social Research*, Jg. 16. Greenwich/ London: JAI Press, S. 163-201.
- Brauns, Hildegard/ Steinmann, Susanne/ Kieffer, Annick/ Marry, Catherine 1997: Does Education matter? France and Germany in Comparative Perspective. In: Brauns, Hildegard/ Müller, Walter/ Steinmann, Susanne (Hg.): *Educational Expansion and Returns to Education. A Comparative Study on Germany, France, the UK, and Hungary*. MZES-Arbeitspapiere Nr. 23. Mannheim: MZES, S. 1-42. Link: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp1-20.pdf> (09.05.2006)
- Brauns, Hildegard/ Steinmann, Susanne 1999: Educational Reform in France, West-Germany and the United Kingdom: Updating the CASMIN Educational Classification. In: *ZUMA-Nachrichten*, Nr. 44, S. 7-45. Link: [http://www.gesis.org/Publikationen/Zeitschriften/ZUMA\\_Nachrichten/documents/pdfs/zn44\\_5brauns.pdf](http://www.gesis.org/Publikationen/Zeitschriften/ZUMA_Nachrichten/documents/pdfs/zn44_5brauns.pdf) (09.05.2006)
- Brauns, Hildegard/ Scherer, Stefani/ Steinmann, Susanne 2003: The CASMIN Educational Classification in International Comparative Research. In: Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P./ Wolf, Christof (Hg.): *Advances in Cross-National Comparison. A European Working Book for Demographic and Socio-Economic Variables*. New York: Kluwer Academic/ Plenum Publishers, S. 221-244.

Brautzsch, Ulrich 2005: Ist die Frauenbeschäftigung im Osten höher als im Westen? In: *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 11, H. 5, S. 153-156. Link: <http://www.iwh-halle.de/d/publik/wiwa/5-05.pdf> (22.05.2006)

Büchel, Felix/ Spieß, C. Katharina 2002: *Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland*. Schriftenreihe des BMFSFJ Bd. 220. Stuttgart: Kohlhammer. Link: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-23974-SR-Band-220.property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf> (07.04.2006)

Buchmann, Marlies o.J.: *Haushalt und Beruf. Geschlechterungleichheiten*. Vorlesungsskript. Link: <http://homepage.swissonline.ch/bmuerner/soz/pdfs/2003WS%20HaushaltBeruf.pdf> (10.02.2006)

Bühl, Achim/ Zöfel, Peter 2000: *SPSS Version 10. Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows*. 7. überarb. und erw. Aufl. München: Addison-Wesley.

Chastenet, Benoît 2005: L'accueil collectif et en crèches familiales des enfants de moins de 6 ans en 2004. In: *Études et Résultats*, H. 446, S. 1-8. Link: <http://www.sante.gouv.fr/drees/etude-resultat/er446/er446.pdf> (07.04.2006)

Christadler, Marieluise/ Hervé, Florence (Hg.) 1994: *Bewegte Jahre – Frankreichs Frauen*. Düsseldorf: Zebulon.

Christadler, Marieluise 1994: Eine Kulturrevolution auf Abruf? Frauen und gesellschaftlicher Wandel. In: Christadler, Marieluise/ Hervé, Florence (Hg.): *Bewegte Jahre – Frankreichs Frauen*. Düsseldorf: Zebulon, S. 163-186.

Clarke, John/ Langan, Mary/ Williams, Fiona 2001: Remaking Welfare: The British Welfare Regime in the 1980s and 1990s. In: Cochrane, Allan/ Clarke, John/ Gewirtz, Sharon (Hg.): *Comparing Welfare States*. 2<sup>nd</sup> Edition. London/ Newbury/ New Delhi: Sage, S. 71-111.

Couppié, Thomas/ Mansuy, Michèle 2003: Young people and new entrants in European labour markets: the timing of gradual integration. In: Müller, Walter/ Gangl, Markus (Hg.): *Transitions from Education to Work in Europe. The Integration of Youth into EU Labour Markets*. Oxford: Oxford University Press, S. 63-106.

Dahms, Vera/ Wahse, Jürgen 1996: Zur Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland im Transformationsprozeß. In: Nickel, Hildegard Maria/ Kühl, Jürgen/ Schenk, Sabine (Hg.): *Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch*. 2. überarb. Aufl. Opladen: Leske + Budrich, S. 29-54.

Daune-Richard, Anne-Marie 1998: How does the 'societal effect' shape the use of part-time work in France, the UK and Sweden. In: O'Reilly, Jacqueline/ Fagan, Colette (Hg.): *Part-Time Prospects. An international comparison of part-time work in Europe, North America and the Pacific Rim*. London/ New York: Routledge, S. 214-231.

Demetriades, Stavroula/ Meixner, Marie/ Barry, Adam 2006: *Reconciliation of work and family life and collective bargaining in the European Union: An analysis of EIRO articles*. Dublin: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Link: <http://www.eurofound.eu.int/pubdocs/2006/06/en/1/ef0606en.pdf> (30.04.2006)

Deutsches Jugendinstitut 2005: *DJI-Kinderbetreuungsstudie 2005. Erste Ergebnisse*. München: DIJ. Link: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/dji-kinderbetreuungsstudie.property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf> (07.04.2006)

Dingeldey, Irene 2000: Einkommenssteuersysteme und familiäre Erwerbsmuster im europäischen Vergleich. In: Dingeldey, Irene (Hg.): *Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und*

*Sozialversicherungssystemen. Begünstigungen und Belastungen verschiedener familialer Erwerbsmuster im Ländervergleich.* Opladen: Leske + Budrich, S. 11-47.

Dingeldey, Irene/ Gottschall, Karin 2001: Alte Leitbilder und neue Herausforderungen: Arbeitsmarktpolitik im konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 51, H. B21, S. 31-38.

Dingeldey, Irene 2002: Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich. In: *WSI-Mitteilungen*, Jg. 55, H. 3, S. 154-160. Link: [http://www.boeckler.de/pdf/wsimit\\_2002\\_03\\_dingeldey.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2002_03_dingeldey.pdf) (31.03.2006)

Dingeldey, Irene/ Reuter, Silke 2003: Beschäftigungseffekte der neuen Verflechtung zwischen Familien- und Arbeitsmarktpolitik. In: *WSI-Mitteilungen*, Jg. 56, H. 11, S. 659-665.

Dorbritz, Jürgen/ Lengerer, Andrea/ Ruckdeschel, Kerstin 2005: Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt. Link: [http://www.bib-demographie.de/info/ppas\\_broschuere.pdf](http://www.bib-demographie.de/info/ppas_broschuere.pdf) (13.04.2006)

Duru-Bellat, Marie 1992: L'éducation, une conquête, mais pour quoi faire? In: Duby, Georges/ Perrot, Michelle (Hg.): *Femmes et Histoire*. Paris: Plon, S. 165-178.

Edwards, Richard C. 1975: The Social Relations of Production in the Firm and Labor Market Structure. In: Edwards, Richard C./ Reich, Michael/ Gordon, David M. (Hg.): *Labor Market Segmentation*. Lexington, MA: D.C. Heath and Company, S. 3-26.

Edwards, Richard C./ Reich, Michael/ Gordon, David M. (Hg.) 1975: *Labor Market Segmentation*. Lexington, MA: D.C. Heath and Company.

Ehling, Manfred/ Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P./ Lieser, Heike 1988: *Merkmale einer allgemeinen Standarddemographie. Gegenüberstellung soziodemographischer Variablen aus dem Mikrozensus, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, der Volkszählung und der Standarddemographie des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Eifler, Christine 1998: Die deutsche Einheit und die Differenz weiblicher Lebensentwürfe. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 58, H. B 41-42, S. 37-42.

Engels, Friedrich 1970 [1884]: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluss an Lewis H. Morgans Forschungen. 9. Aufl. Berlin: Dietz.

Esping-Andersen, Gøsta 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.

Esping-Andersen, Gøsta 1998: Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt am Main/ New York: Campus, S. 19-56.

Esping-Andersen, Gøsta 1999: *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.

Europäische Kommission (Hg.) 2002: *Eurostat Jahrbuch 2002. Der statistische Wegweiser durch Europa. Daten aus den Jahren 1990-2000*. Luxemburg: Eurostat.

Europäische Kommission (Hg.) 2005: *LFS Users Guide. Labour Force Survey Anonymised data sets*. Luxemburg: Eurostat.

Europäische Kommission o.J.: *Online-Datenbank*. Link: [http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?\\_pageid=1090,30070682,1090\\_30298591&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1090,30070682,1090_30298591&_dad=portal&_schema=PORTAL) (12.05.2006)

Fagan, Colette/ Warren, Tracey/ McAllister, Iain 2001: *Gender, employment and working time preferences in Europe*. Dublin: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Link: <http://www.eurofound.eu.int/pubdocs/2001/45/en/1/ef0145en.pdf> (30.04.2006)

Fagnani, Jeanne 2002: Why do French women have more children than German women? Family policies and attitudes towards child care outside the home. In: *Community, Work & Family*, Jg. 5, H. 1, S. 103-120.

Fuchs, Johann/ Weber, Brigitte 2004: Frauen in Ostdeutschland. Erwerbsbeteiligung weiterhin hoch. In: *IAB-Kurzbericht*, Nr. 4 vom 02.02.2004), S. 1-6. Link: <http://doku.iab.de/kurzber/2004/kb0404.pdf> (31.03.2006)

Gauvin, Annie 2001: Die überhöhte Arbeitslosigkeit der Frauen im europäischen Vergleich. In: Kraus, Beate/ Maruani, Margaret (Hg.): *Frauenarbeit – Männerarbeit. Neue Muster der Ungleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt*. Frankfurt/ New York: Campus, S.286-303.

Geissler, Birgit/ Oechsle, Mechthild 1994: Lebensplanung als Konstruktion: Biographische Dilemmata und Lebenslauf-Entwürfe junger Frauen. In: Beck, Ulrich/ Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.): *Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt: Suhrkamp, S. 139-167.

Geissler, Birgit/ Oechsle, Mechthild 1996: *Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.

Givord, Pauline 2003: Une nouvelle *Enquête Emploi*. In: *Économie et Statistique*, H. 362, S. 59-66. Link: [http://www.insee.fr/fr/ffc/docs\\_ffc/ES362D.pdf](http://www.insee.fr/fr/ffc/docs_ffc/ES362D.pdf) (24.01.2006)

Goux, Dominique 2003: Une histoire de l'*Enquête Emploi*. In: *Économie et Statistique*, H. 362, S. 59-66. Link: [http://www.insee.fr/fr/ffc/docs\\_ffc/ES362C.pdf](http://www.insee.fr/fr/ffc/docs_ffc/ES362C.pdf) (24.01.2006)

Grohmann, Heinz 2000: Geschichte und Zukunft der Volkszählung in Deutschland. In: „Berliner Statistik“– Monatsschrift, H. 7-12, S. 216-223. Link: <http://www.statistik-berlin.de/aktuell/ms/ms2000/aufsatz0200b.pdf> (19.05.2006)

Große, Ernst Ulrich/ Lüger, Heinz-Helmut (Hg.) 1996: *Frankreich verstehen. Eine Einführung mit Vergleichen zu Deutschland*. 4. überarb. Aufl. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Gustafsson, Siv 1994: Childcare and Types of Welfare States. In: Sainsbury, Diane (Hg.): *Gendering Welfare States*. London/ Thousand Oaks/ New Delhi: Sage, S. 45-61.

Gysi, Jutta/ Meyer, Dagmar 1993: Leitbild: berufstätige Mutter – DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe. In: Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria (Hg.): *Frauen in Deutschland 1945-1992*. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 139-165.

Hampele Ulrich, Anne 2004: Frauen- und Geschlechterpolitik im vereinten Deutschland. In: Hufnagel, Rainer/ Simon, Titus (Hg.): *Problemfall Deutsche Einheit. Interdisziplinäre Betrachtungen zu gesamtdeutschen Fragestellungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 243-264.

Hantrais, Linda 1994: Comparing Family Policy in Britain, France and Germany. In: *Journal of Social Policy*, Jg. 23, H. 2, S. 135-160.

Heckman, James J. 1974: Effects of child-care programs on women's work effort. In: *Journal of Political Economy*, Jg. 82, H. 2, S. S136-S163.

Helwig, Gisela 1988: Staat und Familie in der DDR. In: Glæßner, Gert-Joachim (Hg.): *Die DDR in der Ära Honecker. Politik-Kultur-Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 465-480.

Henry-Huthmacher, Christine 2004: „... und wer passt auf Ihre Kinder auf?“ Vereinbarkeitspolitik in Europa. Online-Beitrag zum ARTE-Themenabend vom 16.11.2004. Link: [http://www.artetv.com/de/geschichte-gesellschaft/archivs/Stirbt\\_20Europa\\_20aus\\_3F/Wer\\_20passt\\_20auf\\_20Ihre\\_20Kinder\\_20auf\\_3F/694294.html](http://www.artetv.com/de/geschichte-gesellschaft/archivs/Stirbt_20Europa_20aus_3F/Wer_20passt_20auf_20Ihre_20Kinder_20auf_3F/694294.html) (31.03.2006)

Hübner, Sabine 2001: Auswirkungen der 35-Stunden-Woche in Frankreich. In: *WSI-Mitteilungen*, Jg. 54, H. 5, S. 344-348.

INSEE 2004: Questionnaire Enquête Emploi. In: Attal-Toubert, Ketty/ Couderc, Christine (Hg.): *Enquête Emploi 2002 en continu. CD-ROM*. Paris: INSEE. (Datei: Q\_individu.pdf)

INSEE 2005: *Le recensement de la population vivant en France. Lancement de l'enquête 2005 et restitution des premiers résultats de l'enquête de 2004*. Communiqué de presse. Paris: INSEE. Link: [http://www.insee.fr/fr/recensement/nouv\\_recens/com\\_presse/liste\\_comm\\_presse.asp](http://www.insee.fr/fr/recensement/nouv_recens/com_presse/liste_comm_presse.asp) (19.05.2006)

INSEE o.J.: Online Datenbank – La France en faits et chiffres. Link: [http://www.insee.fr/fr/ffc/accueil\\_ffc.asp?theme=3](http://www.insee.fr/fr/ffc/accueil_ffc.asp?theme=3) (05.04.2006)

Institut für Demoskopie Allensbach 2005: Rollenverteilung bei der Hausarbeit. Kaum Veränderungen in den letzten Jahren. In: *allensbacher berichte*, H. 19, S. 1-4. Link: [http://www.ifd-allensbach.de/news/prd\\_0519.html](http://www.ifd-allensbach.de/news/prd_0519.html) (31.03.2006)

Joshi, Heather 1998: The opportunity costs of childbearing: More than mothers' business. In: *Journal of Population Economics*, Jg. 11, H. 2, p. 161-183.

Jouhette, Sylvain/ Romans, Fabrice 2005: EU-Arbeitskräfteerhebung. Hauptergebnisse für 2004. In: *Statistik kurz gefasst*, H. 9, S. 1-12. Link: [http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-NK-05-009/DE/KS-NK-05-009-DE.PDF](http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY_OFFPUB/KS-NK-05-009/DE/KS-NK-05-009-DE.PDF) (27.03.2006)

Klein, Thomas/ Lauterbach, Wolfgang 1994: Bildungseinflüsse auf Heirat, die Geburt des ersten Kindes und die Erwerbsunterbrechung von Frauen. Eine empirische Analyse familienökonomischer Erklärungsmuster. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 46, H. 2, S. 278-298.

Klenner, Christina 2000: Arbeitszeiten – Lebenszeiten. In: Klammer, Ute/ Klenner, Christina/ Ochs, Christiane/ Radke, Petra/ Ziegler, Astrid (Hg.): *WSI-FrauenDatenReport*. Berlin: edition sigma, S. 151-192.

Knapp, Ulla 2001: Arbeitslosigkeit und (Frauen-)Erwerbsangebot – Eine andere Sicht des Beschäftigungsproblems. In: *WSI-Mitteilungen*, Jg. 54, H. 11, S. 692-697.

Kohl, Jürgen 1993: Der Wohlfahrtsstaat in vergleichender Perspektive. Anmerkungen zu Esping-Andersens „The Three Worlds of Welfare Capitalism“. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 39, H. 2, S. 67-82.

Kolberg, Jon Eivind/ Esping-Andersen, Gøsta 1991: Welfare States and Employment Regimes. In: *International Journal of Sociology*, Jg. 21, H. 1, S. 3-35.

Kreyenfeld, Michaela/ Geisler, Esther 2006: Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland. Eine Analyse mit den Mikrozensus 1991-2002. In: *Zeitschrift für Familienforschung*, Jg. 18, H. 3, S. 333-360.

Krüsselberg, Hans-Günter 1987: Ökonomik der Familie. In: Heinemann, Klaus (Hg.): *Soziologie wirtschaftlichen Handelns*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 28. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 169-192.

Künzler, Jan 1994: *Familiale Arbeitsteilung. Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit*. Bielefeld: Kleine.

Lallement, Michel 2001: Familie und familienbezogene Dienstleistungen. In: Kraiss, Beate/ Maruani, Margaret (Hg.): *Frauenarbeit – Männerarbeit. Neue Muster der Ungleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt*. Frankfurt/ New York: Campus, S.224-240.

Laufer, Jacqueline 2001: Einführung: Zwischen öffentlicher und privater Sphäre: Menschenrechte, Bürgerrechte, Frauenrechte. In: Kraiss, Beate/ Maruani, Margaret (Hg.): *Frauenarbeit – Männerarbeit. Neue Muster der Ungleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt*. Frankfurt/ New York: Campus, S.155-165.

Lauterbach, Wolfgang 1991: Erwerbsmuster von Frauen. Entwicklungen und Veränderungen seit Beginn dieses Jahrhunderts. In: Mayer, Karl Ulrich/ Allmendinger, Jutta/ Huinink, Johannes (Hg.): *Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie*. Frankfurt: Campus, S. 23-56.

Lauterbach, Wolfgang/ Huinink, Johannes/ Becker, Rolf 2001: Erwerbsbeteiligung und Berufschancen von Frauen. Theoretische Ansätze, methodische Verfahren und empirische Ergebnisse aus der Lebenslaufperspektive. In: Beckmann, Petra/ Engelbrech, Gerhard (Hg.): *Arbeitsmarkt für Frauen 2000 – Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen*. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 175-208.

Lengerer, Andrea/ Bohr, Jeanette/ Janßen, Andrea 2005: Haushalte, Familien und Lebensformen im Mikrozensus – Konzepte und Typisierungen. In: *ZUMA-Arbeitsbericht*, Nr. 2005/05, S. 1-46. Link: [http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/ZUMA\\_Arbeitsberichte/05/AB\\_05\\_05.pdf](http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/ZUMA_Arbeitsberichte/05/AB_05_05.pdf) (11.04.2006)

Marry, Catherine 2001: Eine neue Perspektive im deutsch-französischen Vergleich: Die Situation der Frauen. In: Kraiss, Beate/ Maruani, Margaret (Hg.): *Frauenarbeit – Männerarbeit. Neue Muster der Ungleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt*. Frankfurt/ New York: Campus, S.105-121.

Maruani, Margaret 1995: Erwerbstätigkeit von Frauen in Europa. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 1, S. 37-47.

Maruani, Margaret 2004: Activité, précarité, chômage: toujours plus? In: *Revue de l'OFCE: observations et diagnostics économiques*, H. 90, S. 90-115.

Maruani, Margaret (Hg.) 2005: *Femmes, genre et sociétés. L'état des savoirs*. Paris: La Découverte.

Neidhardt, Friedhelm 1986: „Kultur und Gesellschaft“. Einige Anmerkungen zum Sonderheft. In: Neidhardt, Friedhelm/ Lepsius, M. Rainer/ Weiss, Johannes (Hg.): *Kultur und Gesellschaft*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 27. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 10-18.

Nickel, Hildegard Maria 1990: Frauen in der DDR. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 40, H. B 16-17, S. 39-45.

Nickel, Hildegard Maria 1993: »Mitgestalterinnen des Sozialismus« - Frauenarbeit in der DDR. In: Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria (Hg.): *Frauen in Deutschland 1945-1992*. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 233-256.

Ochs, Christiane 2000: Erwerbstätigkeit. In: Klammer, Ute/ Klenner, Christina/ Ochs, Christiane/ Radke, Petra/ Ziegler, Astrid (Hg.): *WSI-FrauenDatenReport*. Berlin: edition sigma, S. 43-109.

OECD 2001: *Labour Force Statistics 1980-2000*. Paris: OECD.

OECD 2005: *OECD Employment Outlook 2005. Statistical Annex*. Paris: OECD. Link: <http://www.oecd.org/dataoecd/36/30/35024561.pdf> (12.05.2006)

Ostner, Ilona 1995a: Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 45, H. B 36-37: 3-12.

Ostner, Ilona 1995b: Sozialstaatsmodelle und die Situation der Frauen. In: Fricke, Werner (Hg.): *Jahrbuch Arbeit und Technik 1995*. Bonn: Dietz, S. 57-67.

Ott, Notburga 1992: *Intrafamily Bargaining and Household Decisions*. Berlin u.a.: Springer.

Ott, Notburga 1997: Beruf, Kinder, Familie – ein Spannungsfeld aus ökonomischer Sicht. In: Behning, Ute (Hg.): *Das Private ist ökonomisch. Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien- und Haushaltsdienstleistungen*. Berlin: edition sigma, S. 41-66.

Ott, Notburga 1998: Der familienökonomische Ansatz von Gary S. Becker. In: Pies, Ingo/ Leschke, Martin (Hg.): *Gary Beckers ökonomischer Imperialismus*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 63-90.

Pfau-Effinger, Birgit 1995: Geschlechterkontrakt, Familienmodell und Erwerbsbeteiligung von Frauen in europäischen Industrieländern. In: Gerhardt, Uta/ Hradil, Stefan/ Lucke, Doris/ Nauck, Bernhard (Hg.): *Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 171-187.

Pfau-Effinger, Birgit 1998: Culture or structure as explanations for differences in part-time work in Germany, Finland and the Netherlands? In: O'Reilly, Jacqueline/ Fagan, Colette (Hg.): *Part-Time Prospects. An international comparison of part-time work in Europe, North America and the Pacific Rim*. London/ New York: Routledge, S. 177-198.

Pfau-Effinger, Birgit 2000: *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen: Leske + Budrich.

Pfau-Effinger, Birgit 2001: Kontextualisierung der international vergleichenden Analyse von Arbeitsmarktwandel. In: Berger, Peter A./ Konietzka, Dirk (Hg.): *Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten*. Opladen: Leske + Budrich, S. 277-310.

Piore, Michael J. 1975: Notes for a Theory of Labor Market Stratification. In: Edwards, Richard C./ Reich, Michael/ Gordon, David M. (Hg.): *Labor Market Segmentation*. Lexington, MA: D.C. Heath and Company, S. 125-150.

Pollack, Robert A. 1985: A Transaction Cost Approach to Families and Household. In: *Journal of Economic Literature*, Jg. 23, H. 2, S. 581-608.

- Rees, Teresa L. 1992: *Women and the labour market*. London/ New York: Routledge.
- Rengers, Martina 2004: Das international vereinbarte Labour-Force-Konzept. In: *Wirtschaft und Statistik*, Jg. 56, H. 12, S. 1369-1383. Link: [http://www.destatis.de/download/d/dt\\_erheb/re\\_wista\\_1204.pdf](http://www.destatis.de/download/d/dt_erheb/re_wista_1204.pdf) (26.05.2006)
- Reuter, Silke 2002: Frankreichs Wohlfahrtsregime im Wandel? Erwerbsintegration von Französisinnen und familienpolitische Reformen der 90er Jahre. In: *ZeS-Arbeitspapier*, Nr. 13/2002, S. 1-28. Link: <http://www.zes.uni-bremen.de/~sreuter/publikationen.htm> (24.02.2006)
- Reuter, Silke 2003a: Frankreich: Die vollzeitberufstätige Mutter als Auslaufmodell. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 53, H. B 44, S. 39-46.
- Reuter, Silke 2003b: Frankreich – ein konservativ-korporatistischer Regimetypus? Familienpolitik und Arbeitsmarktintegration von Frauen in den 1990er Jahren. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 49, H. 4, S. 583-596.
- Rogerat, Chantal 2001: Einführung: Stieftöchter des Beschäftigungssystems. In: Kraiss, Beate/ Maruani, Margaret (Hg.): *Frauenarbeit – Männerarbeit. Neue Muster der Ungleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt*. Frankfurt/ New York: Campus, S.277-285.
- Rubery, Jill 1998: Part-time work: a threat to labour standards? In: O'Reilly, Jacqueline/ Fagan, Colette (Hg.): *Part-Time Prospects. An international comparison of part-time work in Europe, North America and the Pacific Rim*. London/ New York: Routledge, S. 137-155.
- Sachße, Christoph 1993: Diskussion: Gösta Esping-Andersen, The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton, N.J.: Princeton University Press 1990. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 39, H. 2, S. 65-66.
- Sainsbury, Diane 1996: *Gender, equality, and welfare states*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Scherer, Stefanie/ Kogan, Irena 2004: Erwerbseintritt in Europa. In: *Bildung und Erziehung*, Jg. 57, H. 2, S. 133-154.
- Schmid, Josef 2002: *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme*. 2. überarb. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Simone 2000: Erwerbstätigkeit im Mikrozensus. Konzepte, Definition, Umsetzung. In: *ZUMA-Arbeitsbericht*, Nr. 2000/01, S. 1-37. Link: [http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/ZUMA\\_Arbeitsberichte/00/00\\_01.pdf](http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/ZUMA_Arbeitsberichte/00/00_01.pdf) (11.04.2006)
- Schober, Karen 2001: Junge Frauen beim Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem: die Lage in den neuen Bundesländern. In: Beckmann, Petra/ Engelbrech, Gerhard (Hg.): *Arbeitsmarkt für Frauen 2000 – Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen*. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 523-565.
- Schramm, Florian 1996: Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland: Wie betroffen sind die Nichtbetroffenen? In: Nickel, Hildegard Maria/ Kühl, Jürgen/ Schenk, Sabine (Hg.): *Erwerbstätigkeit und Beschäftigung im Umbruch*. 2. überarb. Auflage. Opladen: Leske + Budrich, S. 55-74.
- Schultheis, Franz 1988: *Sozialgeschichte der französischen Familienpolitik*. Frankfurt/ New York: Campus.

Schultheis, Franz 1991: Familie oder Beruf – das Los der Frau? Mariannes Antwort auf eine Gretchen-Frage. In: *Lendemains*, H. 61, S. 103-108.

Schultheis, Franz 1998: Familiäre Lebensformen, Geschlechterbeziehungen und Familienwerte im deutsch-französischen Gesellschaftsvergleich. In: Köcher, Renate/ Schild, Joachim (Hg.): *Wertewandel in Deutschland und Frankreich*. Opladen: Leske + Budrich, S. 207-225.

Schultz, Theodore W. 1971: *Investment in Human Capital. The Role of Education and of Research*. New York: Free Press.

Schulze Buschoff, Karin 1995: Familie und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik. Rückblick, Stand der Forschung und Design einer Lebensformtypologie. *Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Working Paper*, FS III 95-402, S. 1-36.

Sessar-Karpp, Ellen/ Harder, Elke 2001: Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Weiterbildung von Frauen in den neuen Bundesländern. In: Beckmann, Petra/ Engelbrech, Gerhard (Hg.): *Arbeitsmarkt für Frauen 2000 – Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen*. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 567-613.

Silvera, Rachel 2001: Löhne und Gehälter in Europa: ungleiche Arbeit, ungleicher Lohn? In: Kraus, Beate/ Maruani, Margaret (Hg.): *Frauenarbeit – Männerarbeit. Neue Muster der Ungleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt*. Frankfurt/ New York: Campus, S.182-199.

Spieß, C. Katharina/ Büchel, Felix 2002: Kindertageseinrichtungen und Müttererwerbstätigkeit – Neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Jg. 71, H. 1, S. 95-113. Link: [http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/vierteljahrshefte/docs/papers/v\\_02\\_1\\_8.pdf](http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/vierteljahrshefte/docs/papers/v_02_1_8.pdf) (12.04.2006)

Spieß, Katharina C./ Wrohlich, Katharina 2005: Kindertagesstätten: Bedarf und nachhaltige Finanzierung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 55, H. 23-24, S. 30-37.

Spilerman, Seymour/ Lunde, Tormod 1991: Features of Educational Attainment and Job Promotion Prospects. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 97, H. 3, S. 689-720.

Statistisches Bundesamt 2002: *Datenreport 2002*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Link: <http://www.destatis.de/download/veroe/datenreport02n.pdf> (31.03.2006)

Statistisches Bundesamt 2004a: *Datenreport 2004*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.destatis.de/download/d/datenreport/datrep04gesch.pdf> (31.03.2006)

Statistisches Bundesamt 2004b: *Kindertagesbetreuung in Deutschland 2002*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Link: [http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2004/faltblatt\\_kinderbetreuung.pdf](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2004/faltblatt_kinderbetreuung.pdf) (07.04.2006)

Statistisches Bundesamt (Hg.) 2004c: *Methoden – Verfahren – Entwicklungen. Demographische Standards. Eine gemeinsame Empfehlung des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V.(ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V. (ASI) und des Statistischen Bundesamtes*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Link: <http://www.destatis.de/download/d/veroe/demograph.pdf> (03.02.2006)

Statistisches Bundesamt 2004d: *Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Mikrozensus 2004 und Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union 2004. Erhebungsbogen I + E*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt? Link: [http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/GML/Daten/MZ/mz\\_2004/frabo04.pdf](http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/GML/Daten/MZ/mz_2004/frabo04.pdf) (12.04.2006)

Statistisches Bundesamt 2005a: *Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2004*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Link: [http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2005/MZ\\_Broschuere.pdf](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2005/MZ_Broschuere.pdf) (31.03.2006)

Statistisches Bundesamt 2005b: *Qualitätsbericht Mikrozensus*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Link: [http://www.destatis.de/download/qualitaetsberichte/qualitaetsbericht\\_mikrozensus.pdf](http://www.destatis.de/download/qualitaetsberichte/qualitaetsbericht_mikrozensus.pdf) (19.05.2006)

Trappe, Heike 1995: *Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik*. Berlin: Akademie Verlag.

Tutz, Gerhard 2000: *Die Analyse kategorialer Daten. Anwendungsorientierte Einführung in Logit-Modellierung und kategoriale Regression*. München/ Wien: Oldenbourg.

UNESCO 2003: International Standard Classification of Education, ISCED 1997. In: Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P./ Wolf, Christof (Hg.): *Advances in Cross-National Comparison. A European Working Book for Demographic and Socio-Economic Variables*. New York: Kluwer Academic/ Plenum Publishers, S. 195-220. Link zum offiziellen Dokument der UNESCO: [http://www.uis.unesco.org/TEMPLATE/pdf/isced/ISCED\\_A.pdf](http://www.uis.unesco.org/TEMPLATE/pdf/isced/ISCED_A.pdf) (11.04.2006)

Urban, Dieter 1993: *Logit-Analyse. Statistische Verfahren zur Analyse von Modellen mit qualitativen Response-Variablen*. Stuttgart/ Jena/ New York: G. Fischer.

van Bastelaer, Alois/ Lemaître, Georges/ Marianna, Pascal 1997: The Definition of Part-Time Work for the Purpose of International Comparisons. In: *Labour Market and Social Policy Occasional Papers*, Nr. 22, S. 1-32. Link: [http://www.oilis.oecd.org/OLIS/1997DOC.NSF/LINKTO/OCDE-GD\(97\)121](http://www.oilis.oecd.org/OLIS/1997DOC.NSF/LINKTO/OCDE-GD(97)121) (03.04.2006)

Veil, Mechthild 1997: Der Beitrag der Familienarbeit zum Sozialstaat – umsonst und grenzenlos? In: Behning, Ute (Hg.): *Das Private ist ökonomisch. Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien- und Haushaltsdienstleistungen*. Berlin: edition sigma, S. 89-102.

Veil, Mechthild 2002: Geschlechtsspezifischer Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in Frankreich. In: Gottschall, Karin/ Pfau-Effinger, Birgit (Hg.): *Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich, 59-86.

Vogel, Claudia 2000: *Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien*. Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 11. Potsdam: Universität Potsdam.

Wagner, Alexandra 2002: Dienstleistungen – eine weibliche Teilzeitbranche? Ein europäischer Vergleich. In: *WSI-Mitteilungen*, Jg. 55, H. 9, S. 546-549.

### *Danksagung*

Ich bedanke mich bei Prof. Dr. Jan Hoem für die Möglichkeit, meine Magisterarbeit u.a. in der Abteilung *Fertilität und Familiendynamik im heutigen Europa* des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung anzufertigen. Ein großer Dank gilt den verantwortlichen Personen, die mir die Nutzung des European Labour Force Survey ermöglichten. Für die hilfreiche Unterstützung und fachliche Betreuung meiner Magisterarbeit danke ich besonders Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld. Außerdem möchte ich mich bei Katja Köppen für die wertvollen Hinweise und Anregungen bedanken.

***Eidesstattliche Versicherung***

Ich versichere eidesstattlich durch eigenhändige Unterschrift, dass ich die Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen entnommen sind, habe ich als solche kenntlich gemacht. Ich weiß, dass bei Abgabe einer falschen Versicherung die Prüfung als nicht bestanden zu gelten hat.

.....  
Unterschrift

.....  
Ort, Datum

***Einverständniserklärung***

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass ein Exemplar meiner Magisterarbeit in der Universitätsbibliothek der Universität aufbewahrt und für die allgemeine Nutzung zugänglich gemacht wird. Ich nehme zur Kenntnis, dass dies die Wirkung einer Veröffentlichung im urheberrechtlichen Sinne hat.

.....  
Unterschrift

.....  
Ort, Datum